Heft 11 November 1988 6,- DM C 4143 E

Konkret

Politik & Kultur

- Chile vor dem Putsch?
- Gnade, Gnade!
- Hauchler und Heuchler
- Bucharin und Trotzki
- PorNo und Kommunisten
- Der Culture Club von Bockenheim
- Ebermann, Reemtsma, Piwitt, Strobl, Tomayer, Diederichsen

in konkret November 1988

Von Konkret

An Konkret

Gnade, Gnade! von Hermann L. Gremliza

Groß, deutsch und tot von Initiative Sozialistisches Forum
Vom Nutzen und Nachteil der Staatstrauer für des politische Leben handelt ein ganz anderer Nachruf auf den Vorsitzenden der CSU, den die Initiative Sozialistisches Forum, Freiburg, verfaßt hat

F. J. Strauß von Erich Kuby

Hauchler und Heuchler von Thomas Ebermann
In einem Brief und einem Appell hat der SPD-Abgeordnete Freimut Duve die MdBs der SPD und der Grünen aufgefordert, sich mit dem Kollegen Ingomar Hauchler solidarisch zu erklären, der bei einer IWF-Diskussion in Hamburg von 30 vermummten Personen angegriffen und verletzt worden war. Ebermann antwortet Duve hier in einem Offenen Brief

»Liebling der ganzen Partei« von Gerald Munier
Zum 50. Jahrestag seiner Hinrichtung hat das Politbüro des ZK der KPdSU Nikolai Bucharin, einen der prominentesten Parteiführer der 20er Jahre, rehabilitiert. Eine Geste, die weniger einer antistalinistischen Emphase als vielmehr der Tatsache zu verdanken ist, daß Bucharin »für mehr unternehmerische Freiheiten und eine Politik eingetreten ist, die große Ähnlichkeiten mit den Reformen hat, die Gorbatschow jetzt durchsetzen will« (»Kieler Nachrichten«, 11.7.88)

Trotzki als Gegengift von Georg Fülberth
Leo Trotzki, einer der Anführer der Oktoberrevolution und Organisator der Roten Armee, wurde durch Stalin ums Leben gebracht und aus der Geschichte der Bolschewiki getilgt. Anders als andere, reformistische Stalin-Opfer bleibt der linke Trotzki bis heute ein Tabu der sowjetischen Geschichtsschreibung. Warum?

Starke Wurzeln von Sjewa Wolkow Bronstein; Reimar Paul
Gunther Aschemann und Reimar Paul sprachen in Mexiko mit Sjewa Wolkow Bronstein, einem Enkel Trotzkis, über Möglichkeiten und Initiativen zur Rehabilitierung seines Großvaters

Vom Wachsen der Waffenwelt von Rainer Rilling; Paul Schäfer
Genaues weiß man nicht, aber man hat so irgendwie den Eindruck, daß nun endlich die Abrüstung weltweit begonnen hat. Mit großem Brimborium werden Trägerraketen der Pershing 11 und Cruise Missiles abtransportiert und zersägt. Wer will da wissen, daß die Sprengköpfe samt und sonders auf neue Waffensysteme montiert werden

»Soldaten in der Stadt« von Oliver Tolmein
Der Staat ist sauer. Trotz des Einsatzes von 8.500 Polizisten wurde Westberlin zur Stadt nicht der Weltbanker, sondern des Protestes gegen sie. Schuld daran war eine spontane Koalition, mit der niemand gerechnet hatte

Menschen im hotel von Peter Hetzler
In Hessen wird auf einer verseuchten Wiese der modernste Knast der Republik gebaut Was da höhnisch »Hotelvollzug genannt wird, ist in Wahrheit die perfideste Menschenzurichtungs-Maschine, die Staatspsychologen sich ausdenken konnten

Buch des Monats: »Sozialismus deutscher Nation«? von Arno Klönne
Erich Kuby: Deutsche Schattenspiele. Verlag Knesebeek & Schuler, München 1988, 368 Seiten, 39,80 Mark

Jamas sera vencido? von Iris Stolz; Thomas Nachtigall
Ein seltener Fall: Ein Diktator verliert ein von ihm veranstaltetes (und vielfältig manipuliertes) Plebiszit. Hat damit die Demokratie in Chile schon gesiegt? Oder steht das Land nur vor einem neuen Putsch der Rechten? Ein Bericht über die Stimmung nach der Abstimmung, über Ökonomie, Christdemokraten und Kommunisten

Gegendarstellung zu »Der Todluftsee«

Sorry, John Lennon von Günter Amendt
Sein Statement beim PorNO-Hearing der SPD (KONKRET 10/88) brachte Günter Amendt eine barsche Zurechtweisung durch ein Mitglied der DKP-Führung ein. KONKRET dokumentiert die Rüge und Amendts Antwort

Rhein/Main-Area von Hermann L. Gremliza
Ein Prozeß und ein Lernprozeß für und über die ökolibertären Mitläufer der Metropolen, für und über Schmierer, Cohn-Bendit, die Kultur des Streits und andere schlechte Manieren

Mehl statt Zyankali von Volker A. Zahn
Die bundesdeutsche Jugend soll durch realistische Literatur nicht länger behelligt werden. Der Jugendbuchautor Klaus-Peter Wolf hat aufschlußreiche Verlagspost bekommen

Mutterschaft und Sexus von Johannes Reichmayr
Marie Langer, Psychoanalytikerin und politische Kämpferin, ist 1987 gestorben. Erst ein Jahr danach erscheint die deutsche Übersetzung ihres Buchs »Maternidad y Sexo« (1951), einer Studie zu den Störungen der weiblichen Fortpflanzungsfunktionen

Aus dem Leben eines Aufrechten von Vincent von Wroblewsky
Acht Jahre nach seinem Tod ist in der Bundesrepublik eine ausführliche Darstellung des Lebens Jean Paul Sartres erschienen. Im Auftrag eines amerikanischen Verlages hat die Französin Annie Cohen-Solal eine Biographie des Schriftstellers und politischen Aktivisten verfaßt, die nicht nur informativ, sondern auch gut zu lesen ist

Platte des Monats: Jad Fair beschwert sich von Diedrich Diederichsen
Jad Fair. Great Expectations, Doppelalbum (Bod Alchemy Records /Recommended Records)

Stück Deutschland von Jan Philipp Reemtsma
Der 1956 aus dem Rheinland in die DDR übergesiedelte Schriftsteller Werner Steinberg ist hierzulande nahezu unbekannt. Erst 1986 ist einer seiner Romane in der Bundesrepublik erschienen: »Die Mördergrube« berichtet vom Arrangement des deutschen Untertanen mit seinen Obrigkeiten – zunächst im Nationalsozialismus, dann in der DDR

Böse, krank und seelisch abnorm von Walter Boehlich
Entmündigt, vom Vater denunziert, drogenabhängig und zwangspsychiatrisiert: Das Leben und die Texte des schweizerischen Kohlengräbers, Gärtners, Fremdenlegionärs und Schriftstellers Friedricb Glauser zeugen von der Brutalität, mit der eine selbstgerechte Gesellschaft einen Außenseiter zur Strecke brachte, der lieber Landstreicher als Offizier sein wollte

Masters of the Universe von Ingrid Strobl

Solange ein Mädchen als emanzipiert gilt, wenn es sich ab und zu wie ein Junge verhält, ein Junge aber als lächerlich, wenn er sich wie ein Mädchen benimmt, wird sich am Sexismus dieser Gesellschaft nichts ändern

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

Kein feuchter Hipstertraum von Christian Storms

Clint Eastwood hat einen Film über den Altsaxophonisten Charlie Parker, den Erfinder des »Bebop«, gedreht

Große deutsche Literatur: geglückt von Klaus Roehler

Erste kurze Zusammenfassung von Gedanken und Einsichten, wie sie der Sachverständige H. Wieser kürzlich veröffentlicht hat

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 11/88, S. 4

Von Konkret

Sisyphos meets Augias Wollte man alles, was die Szene Monat für Monat über KONKRET verbreitet, jede Lüge, jede Entstellung, jede Verleumdung, jedes verfälschte Zitat, vorführen und richtigstellen, bliebe kaum noch Platz für neue Texte. Am Beispiel der »Kommune« und des «Pflasterstrand« ist in diesem Heft (Seite 52ff) nachzulesen, wieviel Raum eine genaue und nur dann erledigende Antwort verlangt. Nachzutragen ist, daß kurz vor Redaktionsschluß ein Brief der »Pflasterstrand GmbH« einging, in dem es heißt: Sehr geehrter Herr Gremliza, in der Ausgabe unseres Magazins Nr. 298, erschienen am 28.9.1988, ist auf Seite 53 ... ein Beitrag erschienen. Darin wird behauptet, daß Ihr Autor Peter Krauß mit Herrn Ignatz Bubis nie ein Interview über den Wiederaufbau der Frankfurter Oper geführt hat. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, ist diese Behauptung objektiv nicht richtig ... Wir verpflichten uns hiermit, diese Behauptung weder zu wiederholen noch in anderer Form zu verbreiten bzw. verbreiten zu lassen, bei Meidung einer Vertragsstrafe....

In der »TAZ« vom 17 Oktober gibt Christian Ströbele für den »Verein Freunde der Alternativen Tageszeitung« eine Erklärung ab:

Einige aus den El-Salvador-Solidaritätsgruppen scheinen in der taz den Hauptfeind ausgemacht zu haben. In Flugblättern und jetzt auch in KONKRET unterstellen sie allen Ernstes, die taz wolle »aus betriebswirtschaftlichen Gründen« das Waffenkonto nicht abgeben und die Reaktivierung der Sammlung nicht angehen. Das ist kompletter Blödsinn.

Bevor wir kompletten Blödsinn publizieren, pflegen wir uns zu informieren und beispielsweise die Protokolle jener taz-Vollversammlungen zu lesen, auf denen Christian Ströbele für eine Beibehaltung des Waffenkontos mit dem Hinweis warb, daß daran »fünf- bis achttausend Abonnenten« hingen. Betriebswirt Ströbele weiter:

Die Lösung, in die sich auch die Soli-Gruppen jetzt reingefunden haben, ist eine vernünftige Weiterführung des Spendenkontos, hoffentlich ohne weitere Anmache und Unterstellungen: die taz behält das Konto und reaktiviert nach Kräften. Die Soli-Gruppen und der von ihnen neu gegründete Verein »El Salvador Libre« mobilisieren für die Sammlung. Dies entspricht auch den Vorstellungen der Commandantia der FMLN.

So ist es, in der Tat: Die Commandantes haben die Lösung, welche die Soli-Gruppen nur der Gründung des Vereins »El Salvador Libre« zur Verbreiterung der Spendenkampagne gefunden haben, ausdrücklich begrüßt. Aber die Soli-Gruppen haben sich nicht »jetzt auch reingefunden«, sondern haben diese Lösung selbständig entwickelt, nachdem sie bei der «TAZ« für ihren Vorschlag einer Verbreiterung der Kampagne nur Hohn geerntet hatten, und die »TAZ« hat sich jetzt auch reingefunden, weil die Mitglieder von »El Salvador Libre« auf betriebswirtschaftliche Erwägungen verzichten und auch in ihren Medien zu Spenden auf das von der »TAZ« geführte Waffenkonto aufrufen. Die Aufforderung aber, auf Anmache zu verzichten ist nichts als Anmache.

Über den Vortrag des KONKRET-Autors Günter Amendt auf dem Anti-Porno-Hearing der SPD (KONKRET 10/88) berichtet die »Emma«:

Einer der wenigen Lichtblicke für die Pornographen war in Bonn der Auftritt des Ex-SDS-Mitglieds und Soziologen Günter Amendt (»Sexfront«), der im Namen der sexuellen Revolution ein flammendes Plädoyer für die freie Pornographie und für den »freien Markt« (sic) hielt...

Amendts flammendes Plädoyer für den freien Markt im Wortlaut:

Die Sexualkampagne der Studentenbewegung setzte, wie hätte es anders sein können, nicht nur die Schubkraft emanzipatorischer Bestrebungen frei, sie ließ auch dem Mechanismus des Marktes freien Lauf. Porno, Puff und Peepshow sind folglich nicht unangenehme Begleiterscheinungen der »sexuellen Liberalisierung« sondern deren unter den gegebenen gesellschaftlichen Voraussetzungen logische Konsequenz.

Im »Kapital« hielten Marx und Engels ein flammendes Plädoyer für die Bourgeoisie. In »Emma« hält Alice Schwarzer flammende Plädoyers für die Vergewaltigung.

Im »Stern« beklagt der Redakteur Niklas Frank, daß der Dramatiker Franz Xaver Kroetz »geknebelt« sei »durch Presse-Verrisse, wie den voll Häme und menschenverachtend genauer Beweisführung in KONKRET« (Wolfgang Schneider: »Der Musenficker«, 1/88). Was ist menschenverachtend: eine genaue Beweisführung – oder die Denunziation einer genauen Beweisführung als menschenverachtend ?

Veranstaltungen: Am 4 November um 19 Uhr im Kokoschka-Saal des Phil-Turms der Uni Hamburg ein Streitgespräch übers »Neue Denken« mit Michael Stamm (GAL), Ellen Weber (DKP) und Hermann L. Gremliza. Und am 20. November um 20 Uhr auf Kampnagel (Foyer 2) Hermann L. Gremliza mit »Wie Hannelore Kohl die Russen bezauberte oder: Letzte Lesung«.

Konkret 11/88, S. 6

An Konkret

»Boockscher Klüngel«

KONKRET 10/88 Erklärung der Gefangenen aus der RAF zum Fall Boock

in eurer wiedergabe unsrer erklärung hat sich ein druckfehler eingeschlichen, es fehlt ein 'nicht'. wir sind nicht kleinlich, uns gehts aber um den inhalt. um diesen bestimmten sinn: eine voraussetzung für unsern kampf, alle verhältnisse umzuwälzen, sind beziehungen, in denen nicht gelogen wird. sich und einander trauen können, über alle schwierigkeiten und widersprüche hinaus. von anfang an und selbstverständlich. das macht erstmal ausnutzbar gegen tückisches kalkül, ist aber – da am ziel orientiert – keine schwäche.

es heißt also: seine geschichte ist ein hochgebauter dom auf verlogenen stelzen. sie ist fast ausschließlich sein trip. ware, mit der er seine begnadigung erdealt, auch rache, projektion und verachtung gegenüber allen, die ihm *nicht* auf seinem terrain – schläue – begegnen.

Knut Folkerts, Hochsicherheitstrakt Celle

Als »normaler Gefangener« fand ich die Bemerkungen in dem o.g. Text zunächst recht informativ, ist man doch als Außenstehender mit den Vorgängen nicht so vertraut. Von uns als Gefangenen wurde mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, wie Linksintellektuelle die Werbetrommel für die Begnadigung Boocks schlugen. Nicht etwa, daß es nicht legitim wäre, wenn jemand leben möchte, statt in einem Knast zu vegetieren, aber was, so fragt sich hier eine große Zahl zu lebenslanger Haft verurteilter Gefangener, hat Boock, was sie nicht haben? Sollte dies daran liegen, daß er sich für gewisse Bestrebungen als derart nützlich erweist?

Er, der so viel von Solidarität redet, forderte zwar für sich selbst bessere Haftbedingungen, erwähnte hierbei aber die, die sich noch heute jener Isolationshaft ausgesetzt sehen, unter deren Folgen er angeblich immer noch leidet, mit keinem Wort. Und jeglicher Versuch »normaler« Gefangener, ihre Position in den Publikationen deutlich zu machen, deren MitarbeiterInnen sich für die Kampagne von Begnadigung und »Dialog« als HofberichterstatterInnen betätigen, wurde als »Neid« oder »Mißgunst« gegenüber Boock abgetan. Für jene, die bei uns Normalgefangenen schließlich den Beinamen »Bookscher Klüngel« erhielten, waren wir denn auch genau das, was er selbst in Beiträgen skizzierte: Statisten aus der Subkultur, die doch gefälligst anzuerkennen hätten, daß er der am härtesten getroffene Gefangene der bundesdeutschen Klassenjustiz sei . Insofern ist zu ihm nur zu sagen, daß sich das in dem Text geschilderte Verhalten des ewig unverstandenen, mißbrauchten Fürsorgezöglings, der es aber glänzend versteht, möglichst andere für sich zu funktionalisieren, nahtlos fortsetzt.

Viel wichtiger dürfte doch die Frage sein, warum sich eine derartige Anzahl von bürgerlichen wie linken Intellektuellen, Schriftstellern, Künstlern, Politikern etc. für jene Begnadigungskampagne stark macht. Pies dürfte weniger mit dem »sozialen Gewissen« dieser Damen und Herren zu tun haben als vielmehr damit, daß die denunziatorischen Äußerungen Boocks ihnen die nachträgliche Rechtfertigung für ihr Arrangement mit der Macht liefern. Dem »Zeitgeist« entsprechend scharen sie sich denn auch einträchtig um ihren selbsternannten Vollzugs-Messias und strafen jene mit Verachtung, die sich für ihre Gewissensberuhigung als nicht so nützlich erweisen.

Es ist ihnen zu gönnen, daß Weizsäcker sich ihnen gegenüber als gnädig erweist und dafür sorgt, daß sie ihren Knudeljungen denn bald in ihrer linksbürgerlichen Nische in die Arme schließen können. Daß jene, denen die staatlich verordnete Scheiße noch nicht das Gehirn verklebt hat (man möge bitte die Sprache des Subproletariats verzeihen), weiterhin übelsten Bedingungen ausgesetzt sind, dürfte dabei wohl kaum als störend empfunden werden.

Werner Kühne, Knast Fuhlsbüttel, Hamburg

Herzlichen Dank für Euer Freiabo.

Nun möchten wir Euch aber gleich um die Erlaubnis bitten, den in Nr. 10 erschienenen Beitrag – Boocks Lügen – in unserer Novemberausgabe nachdrucken zu dürfen. Wir meinen, besser kann man das Verhalten des Herrn Aussteiger nicht auf den Punkt bringen. Mit viel Gefasel – staatserwünscht versteht sich – wird die eigene Schäbigkeit vertuscht. Boock ist und bleibt, bei aller Bemühung sein bißchen Begabung zu schauspielern. . . der ewig leidende und unverstandene Fürsorgezögling. Die Blickpunktredaktion hat sich von Herrn Boock getrennt.

Horst W. Morthèl, Blickpunkt-Insassen- Journal, JVA Fuhlsbüttel

Die von KONKRET erteilte Erlaubnis zum Nachdruck wurde der »Blickpunkt«-Red. von der Anstaltsleitung verweigert. – Red.

Pauschaldeppen

KONKRET 10/88 »Bölkstoff und Tod« von Hormann L Gremliza

Nun hört doch endlich auf mit dem weinerlichen Gejammere über die Bestechung der metropolitanen Arbeiterklassen durch die kolonialen und neokolonialen Extraprofite. Mit Analyse, gar mit Klassenanalyse hat das überhaupt nichts zu tun, mag man sich auch noch so oft auf Lenin berufen. Klassenanalytisch kommt es alleine darauf an, ob die Arbeiter in den Metropolen nach wie vor gezwungen sind, unbezahlte Mehrarbeit zu leisten, einen Mehrwert für die Kapitalisten zu produzieren, oder nicht. Sind sie es nicht, gehören sie auch nicht mehr zum Proletariat und haben überhaupt keinen Grund, sich für dessen Befreiung die Beine auszureißen. Aber dies ist natürlich eine ganz schwachsinnige Hypothese. Sie setzt voraus, daß die kapitalistischen Unternehmen in den Metropolen reine Wohlfahrtsinstitutionen sind, die Millionen von Arbeitern beschäftigen, ohne an ihnen zu verdienen. So blöd ist kein Kapitalist. Müssen aber auch die Arbeiter in den Metropolen trotz ihrer im Vergleich zur Dritten Welt hohen Löhne per Saldo mehr an Wert schaffen, als sie zurückerhalten, dann gehören sie – Mehrwerttransfer hin, Mehrwerttransfer her – nicht zu den Ausbeutern, sondern zu den Ausgebeuteten, und Gremliza schürt nur die Gegensätze unter den letzteren.

Natürlich ist Hartenholm ekelhaft. Natürlich sieht die deutsche Arbeiterklasse insgesamt betrachtet nicht so aus, als ob sie morgen die Revolution machen würde – auch wenn die Bölkstoffel in ihr eine winzige Minderheit sind. Natürlich kommt es darauf an, möglichst viel Sand ins Getriebe zu streuen, statt messianische Hoffnungen zu pflegen. Wenn man aber die metropolitanen Arbeiter mit solch einer elitären Arroganz wie Gremliza pauschal zu Deppen erklärt, sorgt man höchstens dafür, daß der Sand immer weniger wird – und man versperrt sich jede Möglichkeit zur Analyse.

Gerhard Hauck Landau/Pfalz

Mann der Revolte

KONKRET 10/88 »Symmetrien des Irrsinns«, Walter Klier über die Palästina-Berichte Jean Genets, u a.

Bleibt anzumerken: »Wenn ich ehrlich bin, liegt mir gar nichts daran, daß eine Revolution stattfindet. Die aktuelle Situation, die augenblicklichen Regimes erlauben mir die Revolte. Die Revolution würde mir wahrscheinlich keine individuelle Revolte gestatten. Ich kann dagegen sein. Wenn eine wirkliche Revolution stattfände, könnte ich nicht dagegen sein. Ich würde kein Anhänger dieser Revolution werden. Ein Mann wie ich ist kein Anhänger von irgendwas. Ich bin ein Mann der Revolte. Mein Standpunkt ist sehr egoistisch. Ich möchte, daß die Welt sich nicht verändert, damit ich mir erlauben kann, gegen die Welt zu sein.« (Jean Genet in einem Interview zu Hubert Fichte, in: G. Amendt, u.a.: 2. Juni 1967, Dortmund 1977, *S. 31).*

Ralph Wiechert, Düsseldorf

Irrwitzige Logik

KONKRET 10/88 »Der perfekte Mord,« Irmela Hannover über den Thälmann Prozeß

Der Mord an Ernst Thälmann bleibt also, dank der bundesdeutschen Justiz, auch nach 44 Jahren – und damit wohl für immer – ungesühnt. Den Freispruch Wolfgang Ottos mußte man befürchten. Waren die Kölner Ermittler in ihrer Beweiswürdigung doch schon 1974 zur Auffassung gekommen, daß Otto, »wenn überhaupt, nur der Vorwurf der Beihilfe zum Mord gemacht« werden könne, und dieses Delikt sei verjährt. Warum? Weil, so der Oberstaatsanwalt Dr. Gehrling in der »Begründung«, »keine Anhaltspunkte« dafür vorlägen, »daß die Tötung Thälmanns grausam, heimtückisch oder von niedrigen Beweggründen getragen war«. Im Gegenteil. Ein Gerichtsverfahren müßte zu dem Ergebnis kommen, daß die Mörder nur ihre Pflicht getan hätten: Sie haben »offensichtlich nur einem Befehl Folge geleistet und sicherlich nicht mehr getan, als ihnen befohlen worden war«. Welch irrwitzige »Logik«! Welch schauerliche »Begründungs«-Willkür. Welch widerliche Entschuldigung des befehlsgehorsamen deutschen Untertanen! Und doch typisch für die herrschende Gesinnung bundesdeutscher Staatsanwälte und Richter in NS-Prozessen. Da hat Ernst Thälmann natürlich keine Chance.

Hans Wittek, Leutkirch

Konkret 11/88, S. 8

Hermann L. Gremliza

Gnade, Gnade!

Sie sitzen seit fünf, zehn, fünfzehn Jahren und mehr in Hochsicherheitstrakten, allein, zu zweit oder zu dritt, Sichtblenden vor den vergitterten Fenstern, Dauerbeleuchtung in der Zelle, Kameraüberwachung, Leibesvisitationen, Zensur von Post und Besuchen, Verweigerung der freien Arztwahl, Schikanen aller Art. Monika Berberich erhielt 1970 eine Haftstrafe von 17 Jahren und sechs Monaten; sie wurde in diesem Frühjahr, an einem Sonnabend, entlassen – einen Tag vor Ablauf der Frist; sonntags arbeitet das für die Entlassung zuständige Personal nicht. Vollzug made in Germany. Das macht uns so schnell keiner nach.

Andererseits machen wir uns auch Gedanken. Von Amnestie ist die Rede, von Dialog und von Gnade. Vor Jahren haben Wolfgang Pohrt und andere erklärt: Der Krieg ist aus, die Kriegsgefangenen sind zu entlassen. Die gute Absicht mußte daran scheitern, daß die Gefangenen sich keineswegs mit der Gesellschaft um drei im Kelch treffen wollten und die zivile Claque des Staates, auch liberale Öffentlichkeit genannt, unter diesen Auspizien zu einem ihrer Engagements nicht bereit war. Denn auch sie billigt, ja fordert geradezu emphatisch, daß der Strafvollzug zur Resozialisierung führe: zur (Wieder-)Herstellung der Fähigkeit und der Bereitschaft des Sträflings, ein nützliches Glied der Gesellschaft zu sein. Die da sitzen aber wollen, wenn überhaupt Mitglieder, schädliche sein, und solange sie das wollen, ist das Haftziel nicht erreicht. Die Fortdauer ihrer Haft kann deshalb nicht als Willkürakt bösartiger Reaktionäre verstanden werden, gegen den das liberale Gewissen aufzustehen hätte, sondern ist die Erfüllung des Sinnspruchs auf diesem Ruhekissen.

Also zurück zur Resozialisierung, wenn auch mit anderen Mitteln als denen der Anstaltsleitungen und Strafvollstreckungskammern (Landgericht Lüneburg: *Ließe man dem Gefangenen die Möglichkeit, seine ablehnende Haltung gegen die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland ... immer wieder zu artikulieren..., so würde die Schaffung der inneren Voraussetzung für das Erreichen des Vollzugszieles zumindest erheblich erschwert. Hingegen schwindet eine feindliche, ablehnende Haltung nicht selten, wenn sie sich nicht immer ausdrücken kann...).* Die Parolen heißen »Dialog« und »Gnade«.

Was haben Frau Vollmer und Herr Walser mit den Gefangenen zu besprechen? Wenn man ausschließt, daß sie von den Gefangenen etwas lernen, gar sich für die RAF rekrutieren lassen wollen, bleibt jenseits von Seelsorge und dem Tapetenmuster »politische Kultur« nur eins: die Inhaftierten weichzuklopfen, sie zur Aufgabe ihrer feindlichen Haltung gegenüber der realo existierenden Gesellschaft zu überreden. Warum? Was plagt das ehemalige Mitglied der KPD, was den ehemaligen Parteitagsredner der DKP? Können sie ihre Bekehrung zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft erst dann genießen, wenn alle zugegeben haben, daß andere Opposition als die ihre nicht möglich ist? Kommt ihnen ihr eigener »Kampf«, der sich im Schreiben von Beschwerden an die Öberen und im Plattsitzen von Fahrbahnen manifestiert, nicht »existenziell« genug vor, solange ehemalige Genossen noch sitzen, weil sie das System anders bekämpfen wollen, als es die Polizei erlaubt? Oder wollen sie, die Realisten, nach dem Erfolg fragen? Da wüßte ich eine vorläufige Antwort: Die Militanten haben so wenig ausgerichtet wie angerichtet; die »gewaltfreien« Damen und Herren von den Grünen haben mehr angerichtet als ausgerichtet – wenn man davon absieht, daß es ihnen unter heroischem Einsatz und großen intellektuellen Opfern gelungen ist, die als uneinnehmbar geltende Festung von Talkshow zu stürmen. Die ministrabel gewordenen und mittlerweile (wie schnell das geht!) schon pensionsberechtigten Streetfighter von einst wollen diesen ihren Staat; die Gefangenen wollen ihn nicht. Und wenn sie ihn mal wollen sollten, werden sie sich schon melden.

Manche haben es getan; für einen, Peter-Jürgen Boock, läuft nun die Gnaden-Kampagne. Der Präsident wägt unter dem Beifall des liberalen Leitartikels sorgfältig ab, womit er sich und dem System, das ihn angestellt hat, den besseren Dienst erweist: Ob die Freilassung eines Mannes zum Lohn für seine »glaubwürdige Abkehr« die anderen, die ohne Aussicht auf ein Ende in mörderischer Haft gequält werden, zur Aufgabe nicht ihres »Kampfes«, den sie in Stammheim oder Plötzensee doch nur ums Überleben führen können, sondern ihres Beispiels verlocken würde, und ob dies, staatspolitisch, zu wünschen wäre.

Natürlich soll Boock raus, und mit ihm die Frau, die im Knast verfault, weil sie ihr Kind getötet hat, und der Mann, der aus Eifersucht oder in anderer Not einen erschlagen hat, denn sie sind mindestens so bekehrt wie Boock und Jünschke, deren publizistischem Anhang die ungezählten Opfer der staatlichen Rachegötter nicht einmal in den Blick kommen. Daß Boock um Gnade bittet und alles tut, um sich ihrer selbst vor seinem Dialog-Partner Heinrich Lummer würdig zu erweisen, kann ihm nur übelnehmen, wer weder seine Vita kennt noch sich die Wirklichkeit eines zeitlich unbegrenzten Strafvollzugs vorzustellen vermag. Daß der Verein, der sich immer noch »die Linke« nennt, beifällig

nickt, wenn die Entscheidung über Leben oder Tod bei lebendigem Leib einem staatspolitischen Spekulanten zugeschoben wird; daß sie damit dem Repräsentanten eines auf mindestens drei Kontinenten gefürchteten Systems und diesem selbst Moral attestiert: das ist ein psychopathologisches Datum, das man sich merken sollte.

Der »freiheitlich-demokratische Rechtsstaat« BRD ist die politische Organisationsform, die es der deutschen Bourgeoisie erlaubt, ihr Ausbeutungsgeschäft besonders effektiv, weil reibungslos, zu betreiben. Er ist, heilige Dialektik!, aber auch eine sog. Errungenschaft, was sich darin ausdrückt, daß manche seiner Normen den Herrschenden unbequem sind, insbesondere gewisse Bestimmungen des Grundgesetzes wie die Unantastbarkeit der Menschenwürde, das Asylrecht, das Verbot von Todesstrafe und Folter. Diese Rechte wurden nicht »gewährt«, sondern in Jahrhunderten (und leider, Antje, muß ich es sagen: nicht immer ganz gewaltfrei – denk bloß an die Sitzblockade Juli 1789 vor der Bastille!) erstritten, auch wenn sie, Dialektik noch einmal!, immer wieder zur Herrschaftssicherung gebraucht wurden und werden. Damit nun die Rechte der Beherrschten als Mittel der Beherrschung taugen, muß der Schein gewahrt werden: Ob es Folter oder die Menschenwürde zerstörende Haftbedingungen gibt, ist gleichgültig, solange die Behauptung hält, es gebe sie nicht.

Es gibt sie. Und an diesem Punkt sind die Herrschaften empfindlich. Jeder Hinweis auf das, was in den Knästen mit den politischen Gefangenen geschieht, wird von der Bundesanwaltschaft mit einem Verfahren nach Paragraph 129a beantwortet. Wirkungsvoll, wie man zugeben muß. Aber es ist das Einzige, was die Legalen draußen für die Illegalen drinnen tun können: den Staat zur Einhaltung dessen zu zwingen, was seine Vertreter in endlosen FDGO-Kantaten zu jedem besseren Feiertag vorsingen, oder aber ihn vor sich selbst und jenem Rest der Welt, den das noch interessiert, zu blamieren.

Nicht Amnestie, nicht Dialog, nicht Gnade sind zu fordern, sondern die Herstellung von Haftbedingungen, welche die physische, psychische und geistige Integrität der Gefangenen, der politischen wie der sozialen, nicht zerstören, und die Beschränkung der Gewaltmaßnahmen auf den einzig legitimen Haftzweck: die Gefangenen daran zu hindern, Straftaten zu begehen, Banker zu erschießen oder Wirtschaftsführer zu entführen. Das heißt: Abschaffung der bloß den staatlichen Sadismus befriedigenden Einzel- und Kleinstgruppenhaft, entweder »Normalvollzug« oder, wenn dies den Umerziehern zu riskant ist, Zusammenlegung der politischen Gefangenen in Gruppen einer Größe, die ein Leben im lebenslänglichen Knast ermöglichen, Ende der Post- und Besuchszensur, freie Arztwahl und sofortige Freilassung der Haftunfähigen. In diesen Wochen werden Unterschriften unter einen Aufruf gesammelt, der diese Forderungen (ohne die Alternative »Normalvollzug«) enthält. Er war in der »TAZ« am 15. Oktober abgedruckt, als Anzeige, versteht sich. Kontaktadresse: Rosita Timm (GAL), Paulsenplatz 3, 2 Hamburg 50.

Konkret 11/88, S. 10

Initiative Sozialistisches Forum

Groß, deutsch und tot

Vom Nutzen und Nachteil der Staatstrauer für des politische Leben handelt ein ganz anderer Nachruf auf den Vorsitzenden der CSU, den die Initiative Sozialistisches Forum, Freiburg, verfaßt hat

Der Staat zeigt Flagge und hißt Gefühle: Ein bayerischer Metzgersohn, der fließend Griechisch sprach, etwas von der Demokratie in Südafrika und einiges von Flugzeugen verstand, der Mao und das Oktoberfest besuchte, der aber trotzdem noch Gelegenheiten genug fand, sich fürs Gemeinwohl stark zu machen, hat das Zeitliche gesegnet. Spät, aber doch noch: Man muß noch lange kein Menschenfeind sein, um auf die Idee zu kommen, daß Strauß sich längst überlebt hatte und daß es allerhöchste Eisenbahn wurde. Ende gut, alles gut?

Zwar läuft die politische Verwertung des abgelebten Staatskörpers auf vollen Touren, aber in die Begeisterung über den Menschen Franz Josef mischt sich doch die Enttäuschung über den unheimlich schwachen Abgang des Politikers Strauß. Zwar mag man mit den Christlich-Sozialen des Glaubens sein, er habe sich »im Dienst für andere und das Vaterland verzehrt« (Süddeutsche Zeitung«, 5.10.). Aber soll nicht diese heroische Phrase darüber hinwegtäuschen, daß der Mann einfach einging wie eine Primel, statt, wie es sich gehört hätte, sein letztes Gefecht zu finden? Ist es gerecht, daß unter der Obhut barmherziger Brüder friedlich verdämmern durfte, wer vielleicht lieber im Kugelhagel der bewaffneten Genossen hätte fallen sollen? Was, so der festtagsvermiesende geheime Zweifel links von der Mitte, was ist schon ein Kreislaufkollaps gegen eine Kommandoaktion der RAF? Und was eine Landpartie gegen ein Volksgefängnis?

Buback, Ponto, Schleyer – es war wieder einmal nur Phrasendrescherei: Der nächste war eben nicht der Bayer. Über die Parteiungen hinweg, ob Freund oder Feind, egal, ob man, links, Strauß für einen Scharfmacher oder ganz rechts für einen Weichspüler hielt, regt sich die dumpfe Ahnung wirklicher geschichtlicher Tragik und also der bohrende Verdacht, hier sei einer um seinen Tod betrogen worden. Soll, wer von Naturell wie von Amts wegen, ein Feind war, zum 'politischen Gegner', mit dem einfach nur nicht gut Kirschen essen war, verharmlost werden dürfen? Müßte, wer den Linksradikalen von der ApO vorhielt, sie benähmen sich »wie Tiere, auf die die Anwendung der von Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist«, nicht selber tierisch Angst vor dem Tod haben? Und schließlich: Hat, wer dafür Propaganda machte, daß »die Demokratie gelegentlich in Blut gebadet werden muß«, nicht einen Anspruch darauf, daß die Staatstrauer nicht einfach nur empfohlen wird und im übrigen schulfrei ist, sondern auch, wie anläßlich Hanns Martin Schleyers, Betroffenheit inclusive Trauermiene und Strammstehen per Kündigungsdrohung durchgesetzt wird?

Es sind diese Fragen, die nicht nur altgedienten Hassern dieses »Radikalen im öffentlichen Dienst« die Stimmung versalzen, sondern auch staatstragenderen Gemütern die Feier zur Pflichtübung verkommen lassen. Nicht nur die, die ihm im Leben spinnefeind waren, sind daher über seinen Tod sturzbetroffen. Während in der ganzen Republik nur Walter Fitz aus München wirklich trauert, – »Es ist schrecklich. Das muß man erst verarbeiten. Ich habe als sein Imitator ja irgendwie in seinem Schatten gelebt. Als ich vor einiger Zeit einen Schlaganfall erlitt, hat mir Strauß einen sehr netten Brief geschrieben. Da hat er noch gesagt, er werde sich bemühen, möglichst lange gesund zu bleiben, damit ich weiterhin etwas zu tun habe.« (»SZ«, 4.10.) – , während also die Nachäffer das Original überlebt haben, müssen die bürgerliche Öffentlichkeit und ihr Staat sich auf die etwas blasse Formel einigen, daß Strauß groß war und deutsch, und jetzt eben tot ist. Damit gilt es, das Beste anzurichten, d.h. einen zünftigen Leichenschmaus.

In der Natur der Sache liegt es, daß ein poitisierendes Mannsbild vom Schlage Strauß, dessen Lebensmaxime der deutsche Taufspruch »Dankbar rückwärts, mutig vorwärts, gläubig aufwärts« (»SZ«, 5.10.) war, nicht so leicht unter die Erde gebracht werden kann. Einerseits, und im allgemeinen, ist das Hinscheiden eines Repräsentanten immer eine Messe wert, andererseits besteht in diesem besonderen Fall die Gefahr, daß der Leichenschmaus im Halse stecken bleibt und auf dem Wege der Zwangsernährung verabreicht werden muß. Denn zum einen haben die Verwalter von Volkes Stimme allemal die verdammte Pflicht, sich die Mühe ansehen zu lassen, die es ihnen macht, vor lauter Ergriffenheit über den fürs Gemeinwesen eingetretenen Schaden nicht die Sprache zu verlieren, zum anderen aber nagt der Ärger, daß sie der Tote ums Eigentliche geprellt hat.

Das Leichenbegängnis des Mannes, dem eine »Stimme der Betroffenheit« aus München bescheinigt, er sei »innerhalb dieser anonymen Politikermasse ein Vollblutmensch« (»SZ«, 4.10.) gewesen, droht zum 08/15-Ritual zu werden, wenn der durchschnittliche Politikerpöbel sich aussprechen darf. In dieser Situation muß das, was alle sowieso schon denken, auf eine ganz besondere und unverwechselbare Weise gesagt werden – ein Fall also für Richard Weizsäcker. Wer hätte besser auf evangelischen Kirchentagen die Kunst gelernt, nicht nur immer genau der Meinung von Peter Neubert (52), Angestellter aus Freiburg, zu sein (»Das wird jetzt ganz schön langweilig ohne ihn«, »Bild«, 4.10.), sondern sie überdies mit dem originellen Beileidstelegramm von Martin Gammer (22), Soldat aus Ludwigsburg: «Ein toller Politiker« (»Bild«, 4.10.), zu einem geistreichen Humanismus zu verrühren.

Weizsäcker hat die Doppelbödigkeit des Wörtchens 'toll' nicht nur glatt vergessen, sondern seinen beredt beschwiegenen Hintersinn zum eigentlichen Lehrplan der Feier erhoben. Die Botschaft war ans Publikum zu bringen, daß zu einer kühl kalkulierenden und berechenbaren Staatsraison der zum Staatlichkeitswahn überschnappende, leicht hysterische Zug eines Strauß so organisch gehörte wie einst Plisch zu Plum. Mangels Gelegenheit, das Versagen der inneren Organe einer von außen organisierten Sabotage anzuhängen, feierte die politische Öffentlichkeit die Einheitsfront ihres gesunden Menschenverstandes mit dessen staatlicher Avantgarde ab. Noch der falsche Tod des Politikers ist Anlaß zum Schwur auf die Notwendigkeit von Politik nur überhaupt; der Abgang eines Vertreters taugt immer zur öffentlichen Probe auf die Unabdingbarkeit von Stellvertretung als solcher. Das macht: Nirgends feiert sich der Staat lieber als im Angesicht von Leichen.

Es ist gerade die Vergänglichkeit des Menschen, die die Ewigkeit der Macht aufs erbaulichste unterstreichen soll. Wenn der Staat die Strecke bläst und zum Bodycount schreitet, demonstriert er die Entschlossenheit, die Ideologie seiner selbst wahrzulügen, wonach Ordnung von Anbeginn war und in Ewigkeit sein wird. Der Satz, daß ein Deutscher ein Mensch ist, der keine Lüge aussprechen kann, ohne sie noch selber zu glauben, bestätigte sich wieder einmal, als der Präsident des bayerischen Landtages zum wahren Unglück erklärte, daß selbst Strauß, der doch von Amts wegen an der Unsterblichkeit der Herrschaft teilhatte, nicht in den rechtsstaatlichen Genuß kommt, auch vor dem Tod gleicher als gleich zu sein und vielmehr wie die erstbeste Jedermannskreatur seinen Abschied nehmen muß: Strauß habe »schier Übermenschliches geleistet«, und daher sei der »Gedanke, daß FJS, dem eine scheinbar unerschöpfliche Vitalität zu eigen war, nicht mehr unter uns ist, immer noch unfaßbar« (»SZ«, 6.10.).

Der kleine, aber folgenreiche Unterschied von Wesen und Schein, d.h. »zwischen Politikern und gewöhnlich Sterblichen« (»Welt«, 6.10.) ist im Selbstbewußtsein der politischen Übermenschen derart gewaltig, daß schon eine enorme Masse Mensch massakriert werden muß, damit die Gefühle auf Hochtouren kommen. Würde die Sozialrentnerin von nebenan eine 'scheinbar unerschöpfliche Vitalität' an den Tag legen, wäre das nur ein Grund mehr zu weiteren Überlegungen über die Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Aber auch wenn der Staatsbürger, wie in Ramstein, gleich dutzendweise alle Viere von sich streckt, klingen die amtlichen Beileidsbekundungen irgendwie jenseitig, schal und verbraucht. In der fertig gestanzten Durchschnittsandacht für die 'Opfer' von Weltkrieg und Straßenverkehr klopft sich die politische Klasse vielmehr dafür auf die Schulter, daß viele durchschnittliche und tote Individuen noch lange nicht die Drüsenleistung für einen exemplarischen und verschiedenen Politiker erfordern.

Von Herzen kommt die Andacht erst, wenn ein so »blutvoller Mensch« (»Mannheimer Morgen«, 3.10.) wie Strauß so leichenblaß daliegt, als sei er eine zeitweilige Leihgabe aus dem Kabinett der Madame Tussaud. Daß die Freizeitmenschen von Ramstein blutig zur Ader gelassen werden, ist irgendwie ganz in Ordnung, während es bei einem »praktizierenden Katholiken« (»FAZ«, 4.10.), einem »Humanisten im wahrsten (!) Sinne des Wortes« (»Welt«, 5.10.) und überhaupt einem politischen Arbeitstier und »Urgestein« (»Bild«, 4.10.) par excellence letztlich eine Unverschämtheit und wider die Natur ist, einen Kreislauf zu haben.

Die Beschämung darüber, daß der politische Geist zur Ewigkeit willig, das bürgerliche Fleisch aber ziemlich schwach ist, rührt an den Nerv der Staatstrauer: Ebenso unbewußt wie ehrlich spricht sich darin die objektive Ideologie aus, beim Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und Staat handle es sich im Kern um das von Natur und Geist. Im genauen Maße, in dem die gesellschaftliche Produktion eine Funktion des Kapitals ist, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen dient und also verkehrt ist, kann sie auch nur in dieser Verkehrung, d.h. als Ausdruck der menschlichen Natur und als Herrschaft von Übermenschen über Menschen, weniger begriffen als vielmehr nachgeplappert werden. Der daraus gesellschaftsnotwendig folgende Gegensatz von ökonomischem Egoismus und politischer Gemeinwohlorientierung, vulgo von Trieb und Vernunft, ist es, den der Staat an seinen Kadavern in der Rede von Masse und Persönlichkeit heiligspricht.

Macht macht weniger sinnlich als vielmehr übersinnlich: »Das Übermaß an Willen, Gefühl und Kraft«, das der »Bild«-Zeitung (5.10.) an Strauß aufgefallen sein will, und die beeindruckende »Summe von Eigenschaften, die Strauß schon als jungen Mann fast unheimlich machte«, – soll, und darin sind sich die Kretins von »Bild« alle Mal mit dem gehobenen Feuilleton für Deutschlehrer und Akademiker einig, aus seiner Natur als »Olympier« und »Titan« (»Die Zeit«, 7.10.) resultieren, daraus, daß er eine »starke Persönlichkeit« war und überhaupt ein »Intellektueller« (»FAZ«, 4.10.). Die Metaphysik der Macht veredelt die Menschen, die es beruflich mit ihr zu tun kriegen, salbt sie mit dem Hl. Geist der Staatsraison und benutzt ihre Leiblichkeit als die blöd-natürliche Absteige, in der er sich zeitweilig niederläßt. Der egoistische Triebtäter, dem die Ehre seiner Politisierung widerfährt, der zum »Politiker durch und durch« (»Welt«, 4.10.) mutiert, erhält im Gegenzug zur Gnadenwahl die Pflicht zugesprochen, »die Gründungsidee der BRD zu verkörpern« (»Bild«, 4.10.). Vom Staat zwangsrekrutiert, erfährt er das Schicksal als innere Berufung und unbedingten Auftrag, den logischen und praktischen Widersprüchen einer staatsmännischen Existenz als gemeinwohlorientiertes Geistwesen ein Schnippchen zu schlagen.

Strauß, eigentlich »ein philosophisches, ein den Menschen freundlich gesonnenes« (»Bild«, 4.10.) Wesen mit Hang zur Grübelei, mußte gerade deshalb »ein Machtmensch« werden. »Er hatte Geschichte studiert und hegte keinen Zweifel, daß

die Macht abstoßend, gefährlich, nützlich und unentbehrlich ist« (»FAZ«, 4.10.). Die Macht ist die Einheit der sich nach Maßgabe der Vernunft ausschließenden Gegensätze und gerade deshalb über jeden Zweifel erhaben. Als ein »Gewissen unseres Staats« (»Bild«, 4.10.) einerseits verpflichtet zu sein, aus seinem Herzen eine Mördergrube zu machen und doch andererseits für sich als darunter leidenden Gefühlsmenschen Reklame zu treiben – diese leicht schizophren anmutende Fähigkeit ist es dem Staat wert, den Bundesadler rauszuhängen, das qualifizierte Franz Josef Strauß zu seiner Karriere als unverwechselbare Charaktermaske.

Die Wandlung des Menschen zum Politiker erscheint aus dem Blickwinkel der Staatsraison als bloßes Gesellenstück; die Zulassungsvoraussetzung zu höheren Führungsposten besteht in der Meisterprüfung darauf, ob es gelingt, den Politiker auch wieder glaubwürdig in der Rolle als Menschen wie Du und Ich zu geben. Der ins Individuum wie der Teufel in die arme Seele hineingefahrene Staatszweck hat menschliche Qualitäten zu beweisen, soll die belebte Staatsattrappe ihren Zweck auch wirklich erfüllen. Die Kunst der Politik besteht in der Hexerei, die unbedingte Autorität auf reine Freundlichkeit und Kundendienst am Nächsten zu schminken, mit dem Resultat, daß der demokratisch organisierte Zwangsapparat als ein menschliches Netzwerk und große Encountergruppe erscheint. Wie geht das: Einerseits ein Staatsmann mit »Mut zu unpopulären Entscheidungen« (»SZ«, 4.10.) zu sein, d.h. »politische Leidenschaft« (»FAZ«, 4.10.) zu besitzen, und andererseits als »ein Mann des Volkes« (»Bild«, 4.10.) zu gelten, also als »Mann von äußerer Grobheit und innerem Feingefühl« (»FAZ«, 4.10.)? Wie muß es im Seelenleben eines Doppelcharakters hergehen, damit nicht am Ende ein chaotisches Durcheinander, ein Tausendköpfler, der nicht weiß, wo ihm welcher Kopf steht und der es allen recht machen will, herauskommt, sondern ein »Mann der Versöhnung« (Kardinal Ratzinger)?

Vor allem muß er an Allem und Jedem ordentlich Anteil nehmen und gleichzeitig auf Durchzug schalten können. Er hat die absolute Kommunikation zu sein, reine Schaltstelle und Vermittlung, ein Nichts also, das alles in sich hineinsaugt und sich in diesem paradoxen Akt als das Ganze erweist. »Vielleicht«, meint einer von Strauß' Kofferträgern, »charakterisiert es die Größe der Person von FJS am besten, daß er mit gleichem Engagement mit Staatsmännern, Kirchenfürsten und Industriellen wie mit dem sogenannten einfachen Mann auf der Straße sprechen konnte« (»FAZ«, 6.10.). Zur chamäleonhaften Anpassung ans jeweilige Objekt der Staatsreklame ist imstande, wer in einem die Selbstlosigkeit in Person darstellt und zugleich das totale Interesse vertritt, das die bürgerlichen Egoismen immer schon und vorab in sich enthält – das Interesse der Souveränität an unbedingter Selbsterhaltung, die nur durch die Reproduktion des Kapitals hindurch zu haben ist. Die absolute Kommunikationsfähigkeit mit Allen über nichts ist derart die Rückseite eines ebenso absoluten Autismus, eines endlosen Palavers mit sich selbst über alles und jedes.

Diese geschlossene Anstalt feiert sich als offene Gesellschaft; ihre immer rücksichtsloser bekundete Entschlossenheit zur Kommunikation gibt den genauen Pegel der schon erreichten Autarkie und Isolation. Die politische Charaktermaske Strauß konnte über alles sprechen, weil es dazu der nur geringen Anstrengung bedurfte, sich mit sich selber zu unterhalten. Das dem Leichnam von der demokratischen Presse attestierte Persönlichkeitsprofil deutet schon an, daß Strauß eine perfekte Gesellschaft in der Hirnschale herumtrug: In einer Person war er »Intellektueller« und »Machtpolitiker«, »Einser-Abiturient« und »Bierzelt-Demagoge«, »Pragmatiker« und »Radikaler«, »Ideologe« und »Bürokrat«, »Gründungsvater« und »Adenauer-Sohn«, »Steuermann« und »Baumeister«, »Philosoph« und »Deutscher«, »Humanist« und »Pflichtmensch«, »Anwalt aller Deutschen« und »Ökonom«, ein »Helfer in der Not« und ein »Sinnstifter«, ein »Katholik« und obendrein, wie um das Maß der sich nie und nimmer auf die Füße tretenden Widersprüche voll zu machen, ein »Denker«. Als reichte diese Truppe noch nicht aus, um ordentlich Staat zu machen, sollen dem Politiker Strauß noch alle erdenklichen Gefühls- und Seelenzustände zu eigen gewesen sein, so daß eine Psychologie der Gattung Mensch nur anhand der Betrachtung dieses einen Exemplars zu geben wäre, mit der Ausnahme nur einer Psychologie des Selbstmords.

Dieser ungeheure innere Reichtum vermittelt weitere Aufklärung über den wesensmäßigen Unterschied zwischen der Ramsteiner Dutzendfeier und dem Münchner Staatsbegräbnis: Die gescheiterte Landpartie forderte einfach erheblich mehr Opfer als der ganze Flugtag. Die Geschäftsordnung der staatstragenden Betroffenheit soll die Angst bewältigen, die die Gesellschaft der Interessenten regelmäßig beim Tod des allgemeinen Menschen überfällt; seine Sterblichkeit ist ihnen ebenso unvorstellbar und außer der Welt wie die Idee der Abschaffung eines gesellschaftlichen Verhältnisses, in dem alle Wege wie früher nach Rom so heute zum Staat führen.

Die geheime Frohbotschaft hinter all den Leichenbittermienen – Strauß ist tot, es lebe der Staat! – stößt deshalb auch im Lager des politischen Gegners, der das gerade Gegenteil eines sozialen Feindes ist, der vielmehr erst Kompagnon werden und dann alleinige Prokura haben möchte, auf offene Ohren. Mag auch die Dynamik des politischen Alltaghändels die bürgerliche Wahrheit bisweilen verdeckt haben, daß der Streit um die Besetzung der Regierung die Existenz eines schlagkräftigen Staatswesens voraussetzt, so wird es dem Publikum spätestens beim Deutschlandlied schmerzlich bewußt werden, daß Strauß erst in zweiter Linie ein Parteipolitiker war.

»Trotz unterschiedlicher Standpunkte genoß seine politische Kompetenz bei den Gewerkschaften große Wertschätzung«, läßt der DGB verlauten (»SZ«, 5.10.), und hat damit zugleich erklärt, daß die politische Meinung nur eine

Geschmacksfrage ist, über die man sich trefflich streiten mag, die aber im gleichen Moment zum bloßen Ballast wird, in dem es um den Staat als solchen geht.

Trotz verschiedener Kritikpunkte, behaupten die Grünen, habe sie vor allem der etwas »eigenwillige Politikstil« und das »obrigkeitsstaatliche Politikverständnis« (»SZ«, 4.10.) an Strauß verstört. Hätte er nicht, so Antje Vollmer, »zu früh« (»Welt«, 5.10.) abgedankt, so wäre bestimmt Gelegenheit gewesen, die Sache auszudiskutieren und ein Konsens-Dissens-Papier über den richtigen Gebrauch des Staates zu erarbeiten.

Eigentlich ist es schade um einen Politiker, an dem selbst seine Opposition außer der Angewohnheit, ins Fettnäpfchen zu treten, und einer gewissen Neigung zu deutschnationaler Polemik nichts auszusetzen hat. Auch wenn die Öffentlichkeit Strauß unter der Rubrik toter Hund abbuchen wird – als Staatsmann war er eine überaus lohnende Investition, die sich mit Zins und Zinseszins rentierte. »Oft ließ Strauß das Richtige wider Willen in hellerem Licht erstrahlen. So gesehen war er für die demokratische Entwicklung unbezahlbar« (»Die Zeit«, 7.10.). Aber die genauere Berechnung des Nutzens von Strauß für das Gedeihen der Staatsmacht gehörte zur Arbeit der Historiker – im politischen Geschäft ist nichts so langweilig wie die Programme von vorgestern und nichts so kalt wie die Leichen von gestern, weil nichts so aufregend sein soll wie die Politik von heute.

Die Initiative Sozialistisches Forum, ein lokaler Arbeitskreis unabhängiger Linkssozialisten und Linkssozialistinnen in Freiburg, versteht sich in der Tradition der Kritischen Theorie und bemüht sich, durch polemische Texte, durch Kongresse und Veröffentlichungen des Ca ira-Verlages die Kritik zur Krise zu radikalisieren

Konkret 11/88, S. 14

Erich Kuby

F. J. Strauß

In den Archiven der Zeitungen, Zeitschriften, Sender liegt Strauß-Material, das in Leitzordnern und laufenden Metern gemessen, weit übertrifft, was über andere BRD-Politiker gesammelt worden ist. So füllen die Strauß-Akten des Archivs der »Süddeutschen Zeitung« 70 Ordner, im Bildarchiv des »Spiegel« füllt Strauß dreieinhalb Meter Hänger. In vier Jahrzehnten gesammelt, scheint dieser Bodensatz des Strauß-Lebens all jenen recht zu geben, die sich aus Anlaß seines Hinscheidens dazu aufgeschwungen haben, in dem bayerischen Ministerpräsidenten einen der bedeutendsten, wirkungsmächtigsten Politiker Westdeutschlands zu feiern – bis hin zu der Behauptung, er sei einer der »Gründungsväter« der BRD gewesen.

Da lachen ja die Hühner! Es gibt gewiß mehr als hundert zeitgeschichtliche Buchveröffentlichungen über die Frühgeschichte der BRD, zudem eine diesbezüglich fixierte öffentliche Meinung. Danach sind nächst den Amerikanern zwei Deutsche die Hebammen dieses Staates gewesen und damit basta: Konrad Adenauer als der Vollzugsgehilfe Washingtons und Ludwig Erhard, der als Vater des »Wirtschaftswunders« den Westdeutschen den Reichsverzicht so spielend leicht gemacht hat. Dazu ließe sich allenfalls noch von Kurt Schumacher sagen, er habe Verdienste daran, daß die Erhaltung der noch in Potsdam beschlossenen Einheit gar nicht versucht worden ist dank seiner radikalen Abgrenzungsstrategie gegen die Kommunisten. Niemand aber ist eingefallen, was jetzt plötzlich so vielen einfällt: Der streitbare Bayer habe an der Gründung der Bundesrepublik mitgewirkt.

Um diese unsinnige Behauptung nicht als ganz aus der Luft gegriffen erscheinen zu lassen, wird ihm nachgerühmt, er habe die Aufrüstung im Parlament durchgesetzt und als zweiter Verteidigungsminister der Regierung Adenauer (ab Oktober 1956) die Bundeswaffe geschliffen. Wahr ist, daß er Adenauer mit einer fulminanten Propagandarede für die Aufrüstung beigesprungen ist, aber auch wenn er das nicht getan hätte, wäre die BRD Nato-Mitglied geworden, die Amerikaner wollten es.

Seine Hoffnung, die Bundeswehr mit Atomwaffen aufrüsten zu dürfen, ging allerdings nicht in Erfüllung. Nicht zufällig war er für ein Jahr Minister für Atomfragen geworden, im Kabinett damals ein unwichtiger Posten, der ihm aber Gelegenheit gab, sich mit den Problemen der Atomrüstung und -energie vertraut zu machen, sodaß er künftig als *der* Fachmann für dieses Gebiet in Bonn galt. Sein Interesse dafür war alles andere als nur wissenschaftlicher oder technischer Natur. Die Souveränität des neuen Staates hielt

er – darin mit Adenauer übereinstimmend – für unvollständig, solange die BRD nicht über Atomwaffen verfüge. Hinter dieser Auffassung von Souveränität stand seine Vorstellung, Macht, die nicht absolute Macht sei, verdiene diesen Namen gar nicht. Für ihn galt Paul Valérys Wort: »Schließlich ist es die Vorstellung vom Mißbrauch der Macht, die so tief von der Macht träumen läßt«.

Sein ganzes Sinnen und Trachten hat offen oder versteckt der Produktion von und der Verfügbarkeit über Atomwaffen gegolten; nicht, um damit Krieg zu führen, sondern um mit Krieg drohen zu können. Mit der Plutoniumfabrik Wackersdorf wollte er – er vor allem, wenn auch nicht er allein – diesem Ziel mit einem gewaltigen Schritt näher kommen. Wenn sich Journalisten zu der absurden Behauptung versteigen, der Tod von Strauß bedeute »das Ende einer Ära« (Leitartikel der »SZ« am 4.10.), dann ließe sich dafür allenfalls anführen, es werde nun möglicherweise etwas länger dauern, bis Bonn eine weitere Atommacht in der Nato wird.

Nicht von ungefähr hatte ich am 11. Oktober 1956 im Frankfurter Sender eine Lehrstunde über Atomphysik und -waffen veranstaltet, zusammen mit Heisenberg und Strauß. Dafür hatte ich im Maßstab 1:1 ein Modell der Hiroshima-Bombe anfertigen lassen – sie war kleiner als ein Fußball – und ich habe nicht vergessen, mit welch lüsternen Blicken Strauß das Ding angesehen hat. Es »auf echt« in die Hand zu bekommen, ließ er in der Oberpfalz von der bayerischen Polizei einen Bürgerkrieg entfesseln, der keineswegs beendet ist, und dazu ein Sonderkommando aus Berlin einfliegen, das die Bayern an Brutalität noch übertroffen hat.

Es muß einer nur sterben, dann ist das alles vergessen. »Tod eines Großen«, schrieb die »FAZ« am 4. Oktober, und: »Die Trauer um den Tod von Franz Josef Strauß vereint, selten genug, Freund und Feind«. Wie wahr! Mit ausgeblasenen Hirnschalen, gedächtnislos, präsentierte sich, geschlossen in Lobhudelei, die politische Szene und die Medienwelt. Die letztere hat allerdings triftigen Anlaß, Strauß nachzutrauern. Eine der Wortmünzen, mit denen sich Journalisten darüber hinweghelfen, daß sie mit der eigenen Sprache auf Kriegsfuß stehen, lautet: Er oder sie »war immer für eine Überraschung gut«. Die alberne Phrase konnte auf keinen häufiger angewendet werden als auf Strauß; seinen Freunden und Gegnern Überraschungen zu bereiten, war ihm Herzensbedürfnis und Selbstbestätigung. Der Stil seiner Verlautbarungen, nicht seine Handlungen, geringfügig im Vergleich zum Getöse ihrer Ankündigungen, war die Ursache, daß die Archive von

Strauß'scher Ausschnittware überquellen. An ihm und durch ihn verwandelte sich ein erheblicher Teil der politischen Publizistik in psychologische Faxen und biographischen Schmonzes. Kesse Aufmacher über Strauß ließen sich aus dem Ärmel schütteln.

Wenn da einer frank und frei verkündete: »Die Strategie der Abschreckung beruht auf zwei Voraussetzungen: 1. auf dem Besitz der Waffen, 2. auf der Entschlossenheit, sie einzusetzen, 3. auf dem Vorhandensein eines Anlasses. der die Anwendung dieser Waffen mit ihren unübersehbaren gegenseitigen Folgen...als plausibel erscheinen läßt« (in »Foreign Affairs«, April 1959), dann konnte man darüber jubeln oder sich darüber erregen, aber weder das eine noch das andere, ohne die Person, die das gesagt hatte, in ihrer Gerissenheit und Brutalität vor den Leser hinzustellen. Strauß sei, schrieb die »FAZ«, wahrscheinlich »der meistverketzerte Politiker dieser Republik gewesen«. Er wollte es sein: überlebensgroß Herr Strauß. In den Nachrufen ist er nun gänzlich in den Himmel gewachsen, und der sonst für angeblich vernünftige Reden hochangesehene Bundespräsident hat es fertig gebracht, zu sagen: »Er wirkte unter uns mit der Kraft eines Naturereignisses«. Abgesehen davon, daß jeder Mensch ein Ereignis der Natur ist, gibt es die verschiedensten Naturereignisse. War Strauß für Weizsäcker ein Gewitter, ein Wasserfall oder ein Hurrikan? In der Politik sind im allgemeinen solche Naturereignisse von Übel, und eben das war Strauß oft genug gewesen.

Wir Journalisten sind samt und sonders auf dieses »Naturereignis« hereingefallen, die einen mit ihrem Jubel, die andern mit ihrer Kritik. Ich kann mich nicht ausnehmen von dem Heer der Schreiber, die ihn überschätzten. Mit Eugen Kogon, Otto von Löwenstern und Jürgen Seifert veröffentlichte ich über diesen »Typus unserer Zeit« 1963 ein dickes Buch – also zu einem Zeitpunkt, als er nach der sogenannten »Spiegel«-Affäre, die eine Strauß-Affäre gewesen ist, ein erledigter Politiker zu sein schien. Ich hielt ihn nicht dafür, denn ich führte seine Erfolge auf eine seltene Doppelbegabung zurück: mit Demagogie sich populistisch eine Hausmacht schaffen zu können, zugleich als Funktionär sich durch die Institutionen nach oben zu bohren.

Eine Ära geht zu Ende? So fährt man fort in der Überschätzung, in der Verwechslung von Handeln und Brüllen. Die Bonner Kamelkarawane zieht weiter. Das Stück, das unsere Parteien aufführen, bleibt im Programm, nur das Bühnenlicht ändert sich, die bengalische Beleuchtung wird abgeschaltet. Ach, die armen Tagesschreiber!

Die Scharfmacherrolle von Strauß – seine ihm wichtigste, nicht seine einzige – braucht im politischen Textbuch nicht gestrichen zu werden, sie ist schon wieder besetzt. Nach dem Heldendarsteller hat sie ein Provinzschauspieler übernommen, der derzeitige Verteidigungsminister, dieser unsägliche Rupert Scholz, der es fertig gebracht hat, vom fast schon toten Strauß zu fordern, dieser möge so schnell wie möglich wieder an der »gemeinsamen Verteidigungsfront« stehen. Wo verläuft diese Front? An der Elbe, an der Oder, im Golf, oder gegenüber den Grünen und der Friedensbewegung entlang am stählernen Schutzzaun von Wackersdorf?

Konkret 11/88, S. 16

Thomas Ebermann

Hauchler und Heuchler

In einem Brief und einem Appell hat der SPD-Abgeordnete Freimut Duve die MdBs der SPD und der Grünen aufgefordert, sich mit dem Kollegen Ingomar Hauchler solidarisch zu erklären, der bei einer IWF-Diskussion in Hamburg von 30 vermummten Personen angegriffen und verletzt worden war. Ebermann antwortet Duve hier in einem Offenen Brief

An die

Mitglieder der SPD-Fraktion und der Fraktion

DIE GRÜNEN Bonn, den 21.9.1988 Liebe Kolleginnen und Kollegen,

beigefügte Erklärung möchte ich Euch/Sie bitten, aufmerksam zu lesen. Es wäre schön, wenn viele von Euch/Ihnen sie unterschreiben könnten.

Wir werden in den nächsten Tagen und Wochen zu diesem Thema öffentlich reden können. Ich selbst schon morgen nachmittag auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz in Hamburg bei einer großen Demonstration von Terre des hommes Wir Bundestagsabgeordneten brauchen in dieser Situation eine klare Position und untereinander ein Stück Solidarität. Der brutale Anschlag auf Ingomar Hauchler, das Durchschneiden des Mikrofon-Kabel und der Gebrauch von Knüppeln und wahrscheinlich Schlagringen muß uns alle aufschrecken. Keinen Tag dürfen wir länger warten, um auch der Öffentlichkeit klar zu machen, wo in dieser Lage die besonders für die Probleme der Dritten Welt engagierten Mitglieder des Deutschen Bundestages stehen.

Ich bitte Sie/Euch, mir möglichst rasch über mein Büro mitzuteilen, ob Sie/Ihr diese Erklärung mittragen.

Mit freundlichen Grüßen

Freimut Duve

Anlage

Erklärung zu dem gewalttätigen Anschlag auf unseren Bundestagskollegen Prof. Dr. Ingomar Hauchler am IR9.1988 in Hamburg

Während einer Veranstaltung der Katholischen Akademie in Hamburg zur Rolle des IWF sind die Diskussionsteilnehmer, der Vertreter der Bundesrepublik im IWF, Dr. Günter Grosche, und unser Bundestagskollege, Prof. Dr. Ingomar Hauchler, von etwa 30 mit Knüppeln und wahrscheinlich auch mit Schlagringen bewaffneten und vermummten Personen tätlich angegriffen und verletzt worden.

Von diesen Schlägen und Verletzungen fühlen auch wir uns betroffen. Viele von uns arbeiten seit vielen Jahren, einige seit Jahrzehnten, gegen die Folgen einer Weltwirtschaftsordnung, in der die Reichen reicher und die Armen ärmer, die Schwachen schwächer und die Mächtigen mächtiger geworden sind.

Viele von uns haben in den vergangenen Jahren die Orte des Leids und der Verelendung in Lateinamerika, Afrika und Asien aufgesucht und kennen die unmittelbaren Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik.

Viele von uns haben sich mit den Ursachen und Folgen der mörderischen Kriege in der Dritten Welt befaßt und gegen die Waffenverkäufe der Industrieländer protestiert, die die Schulden weiter hochtreiben, und mit denen Menschen umgebracht werden.

Viele von uns haben in der Tagung des IWF in Berlin eine Chance gesehen, mit Argumenten für eine bessere und gerechtere Weltwirtschafts- und Finanzordnung zu streiten.

Viele von uns planen, auf Veranstaltungen zu diesem Thema zu sprechen.

Die Gewalt, mit der die Veranstaltung in der Katholischen Akademie zum Verstummen gebracht worden ist, richtet sich auch gegen die Hungernden der Dritten Welt, richtet sich gegen das Engagement für mehr Gerechtigkeit hier. Wer Knüppel und Schlagringe gegen Argument und Diskussion einsetzt, will die Kritiker der Politik des IWF zum Verstummen bringen, will die Keime einer solidarischen Diskussion schon im Ansatz kaputt treten.

Wir fordern alle an der Diskussion Beteiligten auf, den gewaltbereiten Gruppen und den Gewalttätern ebenso aktiv und mutig entgegenzutreten, wie wir uns kritisch mit der bisherigen Politik des Weltwährungsfonds auseinandersetzen.

gez. Freimut Duve MdB

Sehr geehrter Herr Duve,

die von Ihnen verfaßte Erklärung unterzeichne ich nicht. Ich möchte Ihnen begründen, warum ich weder mit Ihnen, noch mit Ingomar Hauchler solidarisch sein will.

Zunächst zwei Auffälligkeiten:

Ihre tiefe Betroffenheit ist selektiv. Sie sind tief bestürzt über das, was Ihrem Fraktionskollegen Hauchler widerfuhr. Sie erwähnen ihn im Anschreiben, in der Überschrift Ihrer Erklärung (!) und in deren Text. Nur eine, geradezu versteckte und durch kein Argument verstärkte Erwähnung widmen Sie dem Vertreter der Bundesrepublik im IWF, Dr. Günter Grosche. Ehrlich gesagt glaube ich Ihnen, daß Sie über die Gewalt, die Dr. Grosche erfuhr, ebenfalls sehr bestürzt und betroffen sind. Ich vermute lediglich, Sie haben ihn deswegen im Text so versteckt, weil sonst Ihr Argument, die Akteure vom 19.9. richteten »sich auch gegen die Hungernden in der Dritten Welt« und sie *wollten* »die Kritiker der Politik des IWF zum Verstummen bringen« zu leicht als lächerlich erkennbar wäre.

Wenn ich die Aktionen vom 19.9. kritisiere, dann will ich das ohne demagogische Verdrehungen der politischen Auffassung und Absichten derer, die dort agierten. Sie wollten erstrangig den bundesdeutschen Verantwortlichen und Befürworter der Politik des IWF »zum Verstummen bringen«, weil sie auf der Seite der »Hungernden in der Dritten Welt« stehen.

Zweitens ist bemerkenswert, daß Sie unter Ihre Erklärung ausschließlich Unterschriften von sozialdemokratischen und Grünen Abgeordneten erbeten. Warum wollen Sie keine Christ- und Freidemokraten, obwohl die ganz bestimmt auch zahlreich bestürzt und betroffen sind?

Der Grund muß darin liegen, daß die Unterzeichner Ihrer Erklärung sich ein kollektives Selbstzeugnis ausstellen, dessen Lächerlichkeit schnell auffiele, wenn CDU/CSU/FDP ebenfalls die Möglichkeit der Selbstadelung eingeräumt wurde.

Schließlich wollen Sie der Öffentlichkeit klar machen, »wo in dieser Lage (!) die besonders für die Probleme der Dritten Welt engagierten Mitglieder des Deutschen Bundestages stehen«.

Alle Unterzeichner, also potentiell Sozialdemokraten und 44 Abgeordnete der GRÜNEN, dürfen (welche Verlockung für all die GRÜNEN, die darunter leiden, von den Sozialdemokraten verunglimpft statt gewürdigt zu werden) über sich selbst feststellen, »seit vielen Jahren, einige seit Jahrzehnten, gegen die Folgen (!) einer Wirtschaftsordnung« gekämpft zu haben, »in der die Reichen reicher und die Armen ärmer, die Schwachen schwächer und die Mächtigen mächtiger geworden sind«. Darüber hinaus kennen wir alle (natürlich nur, weil wir die unsägliche Mühe der kostenlosen Weltreisen, die jedem Abgeordneten zustehen, selbstlos auf uns nehmen) »die unmittelbaren Folgen einer verfehlten (!) Wirtschaftspolitik«.

Schließlich haben wir uns mit Ursachen und Folgen von »mörderischen Kriegen in der Dritten Welt befaßt«. Dann bestätigen wir uns per Unterschrift, wie bekloppt wir sind, weil wir als Ursachen »die Waffenverkäufe der Industrieländer« (da schmerzt das Hirn!) erkannten, gegen die wir »protestiert« haben, und als Folge kam höhere Verschuldung, und wir wissen, daß mit Waffen »Menschen umgebracht werden«, weswegen wir Kriege fortan nur noch »mörderische Kriege« nennen.

Zusammenfassend: Grüne und Sozialdemokraten sind besonders solidarisch mit der Dritten Welt. Sie sind deswegen besonders bestürzt, daß der besonders engagierte Freund der Dritten Welt und Kritiker von IWF und Weltbank einer gewaltsamen Attacke ausgesetzt war. Das – meine ich – kann nur unterschreiben, wer entweder die Politik der SPD-Bundestagsfraktion nicht kennt, oder ihr öffentlich ein Ansehen verschaffen will, das den Tatsachen nicht entspricht.

Am 9.8.1988 hat die SPD-Fraktion einen Antrag aus Anlaß der Berliner IWF-Tagung in den Bundestag eingebracht. Erstunterzeichner dieses Antrags ist Professor Hauchler. Nach »parlamentarischer Gepflogenheit« bedeutet dies in etwa Autorschaft bzw. besondere politische Verantwortung für einen Antrag. Kritik aus der SPD-Fraktion an diesem Dokument ist unbekannt. Die Kernforderungen aus diesem Antrag lauten: *Erlaß der Schulden für am wenigsten entwickelte Länder, vor allem der südlich der Sahara gelegenen, sowie in besonders begründeten Fällen – ein teilweiser Erlaß der Schulden anderer Entwicklungsländer.*

Sie werden zugeben müssen, Herr Duve, dies ist keine Forderung an die Bundesregierung, sondern die präzise und zustimmende Beschreibung dessen, was die Regierung in Übereinstimmung mit IWF/Weltbank praktisch betreibt. Dort, wo die Menschen derart verhungern, daß kein noch so ausgeklügeltes IWF-Programm über Senkung der Sozial- und Bildungsleistungen, Kürzungen der Löhne und Gehälter, Privatisierung, noch mehr Exportorientierung und Zerschlagung von Subsistenzwirtschaft etwas herausquetschen könnte, dort werden, politische Gefügigkeit der Schuldner unterstellt, einigen Ländern Schulden erlassen. Alle anderen verschuldeten Länder dürfen sich bettelnd als »besonders begründeter Fall« andienern, was praktisch heißt, dem internationalen Kapital besonders günstige Bedingungen einzuräumen oder sich als besondere Kraft gegen den antiimperialistischen Befreiungskampf zu profilieren. Für alle anderen gilt:

»Umschuldung und Konsolodierung (...) durch Verlängerung der Rückzahlungsfristen, langfristige Zinsvereinbarungen, Obergrenzen für Zinssätze sowie Begrenzung des Schuldendienstes auf einen bestimmten Anteil der Exporterlöse«

Dies ist nichts anderes als die realistische Anpassung des Schuldendienstes an den ohnehin nur abpreßbaren Teil. Daß alle Schulden nicht im vereinbarten Zeitraum getilgt werden können akzeptiert heute der bornierteste imperialistische

Reaktionär. Darum ja die dauernden Umschuldungsverhandlungen. Den Schuldendienst als Anteil der Exporterlöse zu fixieren (früher legte sich die SPD auf 20 Prozent fest), organisiert die Unterwerfung und Abhängigkeit der Dritten Welt geradezu langfristig-rational. Damit würde der Zwang, Nahrungs- und Futtermittel sowie Mineralien etc. dauerhaft in den imperialistischen Kernländern unter Bedingungen des ungleichen Tauschs abliefern zu müssen, verewigt. Weiter will die SPD

»die Umwandlungen von Kreditforderungen in Beteiligungen (...)«

Wie Sie wissen, geehrter Herr Duve, bin ich erstens Mitglied einer gewaltfreien Partei, zweitens fanden die Vorfälle in der Katholischen Akademie in Hamburg statt und drittens bin ich ein taktischer Mensch, der nicht alles sagt, was er denkt. Jede dieser drei Tatsachen verbietet mir zu schreiben, daß jeder, der die »Umwandlung von Kreditforderungen in Beteiligungen« fordert, sich damit einiges auf die Schnauze verdient.

Sie wissen ja, wie das weltweit läuft mit diesen »Umwandlungen«. die Finanzzeitschrift »Euromoney« nannte diesen Vorschlag die »Geburt eines neuen Marktes aus den Flammen der Drittwelt-Verschuldung«. Knallharte Kriegsgewinnler kaufen den Banken Schuldtitel, die die Banken für uneintreibbar erachten, relativ billig ab. Dann wird der Forderungsanspruch gegenüber der Zentralbank des Schuldnerlandes in alter, voller Höhe geltend gemacht, allerdings in Landeswährung, und – wenn der Deal gelingt – in Unternehmensbeteiligungen umgewandelt. Die Finanzwelt nennt diesen Vorgang 'Deptto-Equity-Swop', wir können es auch schlicht den Totalausverkauf der Schuldnerländer nennen, und die Sozialdemokraten, die diese Sauerei ausgedehnt wissen wollen, sollen ruhig öffentlich benennen, welche Objekte sie für 'Umwandlungen' besonders geeignet halten. Eher Fischfangflotten oder Hotelketten? Ländereien oder nationale Banken? Stromversorgungsunternehmen? Telephongesellschaften oder Bergbauunternehmen? Ganze Kaffeernten oder nationale Viehbestände?

Nach und nach oder alles auf einmal? Dazu paßt:

»Reformen müssen vor allem darauf abzielen, die Rolle des IWF(...) wieder zu stärken, die Stimmengewichte in dieser Institution wie in anderen internationalen Finanzierungsinstitutionen den heutigen wirtschaftlichen Gewichtsverhältnissen anzupassen und dabei auch der Dritten Welt die ihr zukommenden Mitspracherechte einzuräumen«.

»Vor allem« (!) – Herr Duve – will Ihre Partei den IWF dahingehend reformieren, die Stimmverhältnisse präziser der Ökonomischen Potenz anzupassen. Nun schrieben Sie selbst in dem Text, den Sie unterzeichnet haben möchten, daß »die Reichen reicher und die Armen ärmer (...) geworden sind«. Logisch wäre demnach, den Ländern der Dritten Welt ihre Stimmanteile zu minimieren, logisch wär's, aber gemeint ist es wohl nicht so. Schließlich weiß jeder, daß die armen Länder im IWF so drastisch minoritär sind, daß eine weitere Beschneidung ihres Stimmpaketes blödester Symbolismus wäre. »Vor allem« geht es Ihrer Partei bei der Reform des IWF wohl um die Tatsache, daß die Reichen nicht gleichermaßen reicher werden, sondern die BRD z. B. im Vergleich mit den USA besonders erfolgreich akkumuliert hat, also größeres Stimmgewicht in IWF und Weltbank beansprucht. Den Ländern der Dritten Welt wird nichts versprochen. Wer nichts verspricht, räumt »Mitspracherecht« ein. Das wissen Sozialdemokraten. Betriebsräte haben Mitspracherechte, Kleinaktionäre auch.

Viele fortschrittliche Menschen haben eine falsche Kritik an der SPD. Sie glauben, man könne sich nicht darauf verlassen, daß die SPD an der Regierung hält, was sie in der Opposition verspricht. Bezogen auf den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur IWF-Politik ist diese Vermutung falsch. Alles, was materiell vorgeschlagen wird, könnte morgen sozialdemokratische Regierungspolitik werden, bruchlos imperialistisch, wie zu Zeiten Brandts und Schmidts, die Zwecksetzung von IWF und Weltbank als Instrumente der Ausplünderung der Dritten Welt nutzend. Und in der Zeit sozialdemokratischen Regierens gab es wahrlich nicht nur keine Kritik an der Politik des IWF, sondern aktive Beförderung.

Denken wir nur an die Waffenverkäufe, die Sie, Herr Duve, fälschlicherweise für die Ursache der Kriege in der Dritten Welt halten.

In den Jahren 1971-1980, als die Sozialdemokraten regierten, stieg der Rüstungsexport der BRD um 983 Prozent (It. ACDA-Daten). Davon gingen rund 80 Prozent an die Staaten der Dritten Welt. Bevorzugt wurden bedient: Argentinien, Iran, Türkei, Südafrika, Brasilien, Indien, Irak, Saudi-Arabien, Venezuela. Unverkennbar standen also Diktaturen und kriegführende Staaten in der ersten Reihe.

Wer sich diese Fakten über den offenen Imperialismus der SPD reinzieht, muß darüber verärgert sein, daß Sozialdemokraten, die dafür eine Mitverantwortung tragen, so selbstverständlich in der Anti-IWF/ Weltbank-Szene herumlaufen. Offensichtlich liegt das an einer Uninformiertheit über SPD-Politik und vielleicht auch daran, daß viele Menschen den Glauben an radikale Veränderungen verloren haben. Das macht sie anfällig für Heuchler.

Die politischen Tatsachen begründen, daß die Akteure in Hamburg kritisiert werden können, die Kritik aber auf keinen Fall zu einer 'Solidarität' oder zum Unterschreiben einer gemeinsamen Erklärung mit denen führen darf, die nicht auf der Seite

der »Hungernden in der Dritten Welt« stehen, sondern deren Ausbeutung intensivieren.

Konkret 11/88, S. 22

Gerald Munier

»Liebling der ganzen Partei«

Zum 50. Jahrestag seiner Hinrichtung hat das Politbüro des ZK der KPdSU Nikolai Bucharin, einen der prominentesten Parteiführer der 20er Jahre, rehabilitiert. Eine Geste, die weniger einer antistalinistischen Emphase als vielmehr der Tatsache zu verdanken ist, daß Bucharin »für mehr unternehmerische Freiheiten und eine Politik eingetreten ist, die große Ähnlichkeiten mit den Reformen hat, die Gorbatschow jetzt durchsetzen will« (»Kieler Nachrichten«, 11.7.88)

Am 9. Oktober 1988 hätte Nikolai Ivanovic Bucharin seinen 100. Geburtstag gehabt, doch Stalin – so der sowjetische Dissidentenhistoriker Roy Medwedew in einem »Spiegel«-Interview – »brauchte Bucharins Blut« und ließ ihn, knapp 50jährig, am 13. März 1938 hinrichten.

Durch Beschluß einer Kommission des Politbüros des ZK der KPdSU wurde das Urteil gegen Bucharin am 5. Februar 1988 aufgehoben, welches gelautet hatte, er habe eine Verschwörung mit dem Ziel des Sturzes der sozialistischen Gesellschaftsordnung unter Einsatz subversiver und terroristischer Mittel geplant. Am 21. Juni 1988 wurde er gar posthum wieder in die Partei aufgenommen.

Ein Akt, bei dem man sich unwillkürlich fragt, ob diese Art der Rehabilitation eines Toten nicht ein reichlich merkwürdiges Verfahren für eine kommunistische Organisation wie die KPdSU ist, die – nach eigenem Bekunden – auf dem Boden einer materialistischen Weltanschauung stehen will. Tote Genossen können schließlich keine Mitgliedsbeiträge mehr zahlen.

Wer diesen Einwand pietätlos findet, sei darauf hingewiesen, daß die Materie als solche wenig Stoff für zarte Gemüter enthält. Rüde im Ton war ja nicht erst der Ankläger Wyschinski, als er am Ende des Prozesses gegen Bucharin und den »Block der Rechten« den Angeklagten, dem er intellektuell nicht gewachsen war, als das Heimtückischste und Heuchlerischste bezeichnete, was die Menschheit je hervorgebracht habe.

Auch die Perfidie Stalins war von erlesener Qualität. 1935, drei Jahre bevor er Bucharin ermorden ließ und zu einem Zeitpunkt, als dieser bereits entmachtet war und in der sowjetischen Presse die Hetzkampagne gegen ihn als angeblichen Mitschuldigen an der Ermordung Kirows – des Stalin-Vertrauten in Leningrad – hochgekocht wurde, brachte Stalin bei einem Bankett zu Ehren der Absolventen der Militärakademie den Trinkspruch aus: »Laßt uns, Genossen, auf Nikolai Bucharin trinken! Wir alle kennen und lieben ihn...«.

Von der Liebe zu schweigen; die wenigsten seiner Zeitgenossen dürften ihn auch nur gekannt haben, jedenfalls so, wie man einen Theoretiker – und das war er nach Meinung Lenins: »Bucharin ist nicht nur ein überaus wertvoller und bedeutender Theoretiker der Partei, er gilt auch mit Recht als Liebling der ganzen Partei« – kennen sollte: durch Beschäftigung mit seinen Lehren.

Bucharins Ausführungen, niedergelegt in mehr als einem Dutzend Bücher aus den Jahren 1916 bis 1928, dürften schon damals bloß einer Handvoll Leuten genauer bekannt gewesen und von noch wenigeren verstanden worden sein, da sie erstens auf der seltsamen Gleichgewichtstheorie von Bogdanow und zweitens auf teils recht eigenwilligen Ableitungen aus dem politökonomischen Teil des Werkes von Marx (hier speziell den Reproduktionsschemata) fußten. Der 2. Band von »Das Kapital« ist aber seinerzeit in Rußland bestimmt nicht die Hauptlektüre der Revolutionäre gewesen.

So stand Bucharin, was immer gefährlich ist, stets eher für etwas Plakatives, eine Botschaft. Aus seinen Überlegungen wurde ein Extrakt gezogen, der sich tagespolitisch vereinnahmen ließ. »Bereichert Euch!«, lautete das zur Programmformel verstümmelte Resultat seiner Untersuchungen an die Adresse der Bauern, womit er gemeint hatte, daß es beim Aufbau des Sozialismus möglicherweise eine längere Etappe der Dualität von Privatkapitalismus im Landwirtschaftssektor und staatlicher Planung der städtischen Industrie geben würde.

Mit dieser Auffassung schaufelte er den »Linken« um Trotzki, Preobraschenski und später Sinowjew und Kamenjew das Grab. Sie hatten das Konzept einer raschen Industrialisierung als Prozeß einer »ursprünglichen sozialistischen Akkumulation« verfolgt, d. h. die Mittel für den Grundlagenaufbau sollten aus dem ländlichen Sektor abgeschöpft werden, und überhaupt sollte energisch ans Werk der Verstaatlichung aller Betriebe und der Kollektivierung der Landwirtschaft gegangen werden.

Dagegen richtete sich mit voller Wucht die Konzeption Bucharins, der der Machtentfaltung Stalins ab 1924 überhaupt erst die theoretischen Grundlagen schuf. Im Klima des seit 1921 bestehenden Fraktionsverbotes konnte die linke Position verhältnismäßig leicht ausgegrenzt und – anders als noch zu Lebzeiten Lenins – mit administrativen Mitteln zerschlagen werden. Bucharin kommentierte diesen Prozeß stets mit zynischer Häme, bevor er selbst von der »stalinistischen Mitte- und Mehrheitsströmung« ausgeschaltet wurde, die seine bauernfreundliche Option als kurzfristig wirksam werdendes Konzept des Krisenmanagements und Aufbaus mißverstanden hatte. Als die Rechnung mit den reichen Bauern als einer mit der Arbeiterklasse befreundeten Schicht so nicht aufging und aufgehen konnte, drehte »die Mitte« durch und stürzte das

Land in das blutige Abenteuer der Zwangskollektivierung und Totalverstaatlichung des Wirtschaftslebens. (Ob eine andere Politik als die 1929 eingeleitete in der Lage gewesen wäre, die materiellen Ressourcen bereitzustellen, die schließlich nötig waren, um der faschistischen Barbarei in den 40er Jahren Einhalt zu gebieten, sollte nie als Problem bei der Begutachtung der Alternativkonzepte vergessen werden, wie das leider so häufig geschieht.)

Jetzt, 1988, ist mit der Rehabilitation dieses führenden Kopfes der Bolschewiki die Gefahr verbunden, daß er erneut vulgarisiert und wieder nur wahrgenommen wird, was der politischen Führung gerade in den Kram paßt.

Doch wir wollen differenzieren zwischen seinen falschen Freunden hierzulande und der erneuten Adaption in der Sowjetgesellschaft im Zeichen von »Glasnost« und »Perestroika«. Vorweg: Viele Freunde hat er hier nicht gehabt. Im Gegensatz zum Leninismus, Trotzkismus, Luxemburgismus alias Spontaneismus hat es einen »Bucharinismus« nie gegeben und »seinetwegen haben sich auch keine linken Gruppen gespalten« (Uwe Stehr).

Als Joscha Schmierer, Chefredakteur des realo-grünen Monatsblattes »Kommune«, noch für »Kommunismus und Klassenkampf« in der Version des KBW stritt, galt ihm das Sowjetreich als unreformierbar verloren. Chruschtschow wurde lediglich als Modernisierer eines sozialimperialistischen Staatswesens begriffen, gegenüber dessen Expansionsgelüsten die Nato besser noch wachsamer wäre. Noch 1981 wähnte Schmierer die Sowjets kurz vor dem Marsch auf Europa. Diese Sichtweise, teilte er jetzt seinen Lesern mit (in »Kommune« 8/88), müsse heute dahingehend korrigiert werden, daß es in der Sowjetunion wohl immer Kräfte sozialer und demokratischer Reformen gegeben habe. Über den späten Lenin, also den der Neuen Ökonomischen Politik, über Bucharin, Chruschtschow bis hin zu Gorbatschow ließe sich eine reformkommunistische Linie feststellen.

Die eigentliche Pikanterie besteht nun darin, daß die Schmiererschen Ausführungen das Editorial zu dem Artikel eines Walter Süß über Gorbatschow bilden, worin der Autor ziemlich umstandslos die These vertritt: »Die Leitung einer industriellen Gesellschaft...nach dem Modell einer von einem Zentrum aus gesteuerten Fabrik, ist schlichtweg ein Ding der Unmöglichkeit.« Süß, der so generell die Möglichkeit einer Planwirtschaft verwirft, hatte 1975 am Fachbereich Politikwissenschaft der FU Berlin noch mit einer Diplomarbeit bei Professor Elmar Altvater zum Thema »Bucharin – Gesellschaftliches Gleichgewicht und proletarische Revolution« geglänzt. Diese zeichnete sich vor allem durch den Versuch aus, Bucharin einer mangelhaften Marx-Rezeption überführen zu wollen, was »bei einem führenden Theoretiker einer politischen Organisation nur ein erster Schritt zu einer tatsächlich materialistischen Kritik darstellen« könne (Süß).

Wir lassen uns das nochmal auf der Zunge zergehen. Schmierer und Süß, einst die Sowjetgesellschaft wegen mangelnder Verwirklichung des Kommunismus rügend, ergreifen heute Partei für Bucharin als beispielhaftem Vertreter einer in der SU ungebrochenen Reformkontinuität. Die nun hat ihre Besonderheit darin, der Sowjetwirtschaft immer schon mit mehr Markt und Privateigentum auf die Sprünge geholfen haben zu wollen. Die Korrektur der stalinistischen Verfehlungen wird also durch den vormals als »kapitalistische Restauration« verketzerten »Sowjetrevisionismus« vorgenommen.

Was bedeutet es nun, wenn die bürgerliche Presse sich gemeinsam mit den Ex-KBWlern darüber freut, daß Bucharin »für mehr unternehmerische Freiheiten und eine Politik ein(getreten ist), die große Ähnlichkeiten mit den Reformen hat, die Gorbatschow jetzt durchsetzen will« (»Kieler Nachrichten«, 11. Juli 1988)? Sehen wir uns zuvor an, wer der Mann war und was sein spezieller Beitrag zur Neuen Ökonomischen Politik der 20er Jahre gewesen ist.

Der Lehrersohn tritt 1906, als 18jähriger, dem bolschewistischen Parteiflügel bei. Seit 1908 als Agitator des Moskauer Parteikomitees aktiv, wird er erstmals 1909 verhaftet und 1911 ins nördliche Gouvernement Archangelsk verbannt. Von dort flüchtet er nach Hannover. In den folgenden sechs Jahren wird er als Spion in Österreich verhaftet, in die Schweiz abgeschoben, in eine englische Militärfestung verschleppt, nach Schweden und Norwegen abgeschoben; er wandert illegal nach Amerika ein und kehrt schließlich nach dem Sturz des Zarismus im Frühjahr 1917 über Japan nach Rußland zurück.

Zwischendurch lernt er 1912 in Krakau Lenin kennen und wird Mitarbeiter an der »Prawda«. In Wien hört er Wirtschaftstheorie bei Böhm-Bawerk und schreibt 25jährig »Die politische Theorie des Rentners«. Das Buch richtet sich gegen bürgerliche Nationalökonomen wie Struve, Tugan-Baranowski und Oppenheimer und verschafft Bucharin den Ruf des scharfsinnigsten marxistischen Kritikers der sogenannten »Grenznutzenschule«.

In Lausanne verfaßt er 1915 »Imperialismus und Weltwirtschaft«, worin er noch ein Jahr vor Lenins »Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« die wesentlichsten Gedankengänge der Bolschewiki zur Imperialismustheorie begründet. Weltruhm erlangt zwar nur Lenins Schrift, aber Bucharin walzt die »Fettnäpfchen« dieser eigenwilligen Anschauungen, die bis heute als »Stamokaptheorie« fortleben, gleichsam noch plastischer aus als Lenin.

Mit Trotzki zusammen in New York Redakteur des »Novi Mir«, steigt er nach seiner Rückkehr nach Rußland ins ZK der Partei auf und ist maßgeblich im Exekutivkomitee des Moskauer Stadtsowjet an der militärischen Durchführung der Oktoberrevolution beteiligt.

Seit Dezember Chef der »Prawda«, verliert er diese Position, als er in der Frage des Friedensschlusses mit Deutschland in Brest-Litowsk für die »revolutionäre Fortsetzung des Kampfes« votiert, also – nach einem Streit über das

Nationalitätenproblem – zum zweiten Mal ernsthaft mit Lenin aneinander gerät. Kurze Zeit später erhält er die Stelle wieder und bleibt bis 1929 Chefredakteur.

Mit Preobraschenski verfaßt er 1918 die populärwissenschaftlich-propagandistische Abhandlung »ABC des Kommunismus«, die in der Nach-68er-Linken in zahllosen Raubdrucken zirkulieren wird, 1920 folgt die »Ökonomik der Transformationsperiode«, die erste systematische Wirtschaftstheorie des Sozialismus.

Seiner dritten und letzten »Linksabweichung« macht er sich in der Gewerkschaftsdebatte 1920 schuldig; es kostet ihn den Job als Politbüromitglied, den er erst 1924 zurückerhält. Doch von nun an hält er sich konsequent an die Parteimajorität und läßt die Finger von unpopulären Konzepten. 1926 übernimmt Bucharin die Nachfolge des entmachteten Sinowjew als Präsident der Kommunistischen Internationale.

1929, als Stalin die Verschärfung des Klassenkampfes gegen die Bauern verkündet und dafür die Parteimehrheit findet, verliert Bucharin seine politischen Führungspositionen als Chefredakteur, als KI-Präsident und Politbüromitglied im ZK der KPdSU(B). Auch die zusammen mit seinen engsten Gefährten Rykow und Tomski auf dem XVI. Parteitag 1930 geübte Selbstkritik hilft nun nicht mehr, er wird als potentieller Konkurrent Stalins um den Parteivorsitz auf's Abstellgleis geschoben.

Nach der Ermordung Kirows, die im Lichte neuerer Forschung auf das Konto Stalins zu gehen scheint, der damit einen weiteren Anwärter auf die Macht aus dem Weg räumte, wird im Dezember 1934 in der sowjetischen und kominternahen Presse eine Kampagne gegen Bucharin entfacht, die in der Anschuldigung gipfelt, er habe bereits 1918 Lenin wegen des Brest-Litowsker-Friedensschlusses ermorden wollen. Im Frühjahr 1937 wird er verhaftet.

Im »Prozeß gegen den antisowjetischen Block der Rechten und Trotzkisten« vom 2.-13. März 1938 werden ihm neben der Beteiligung an der Ermordung Kirows, die Vorbereitung terroristischer Anschläge auf Gorki und anderer KPdSU-Führer und Pläne zur Ermordung Lenins, Stalins und Swerdlows im Jahre 1918 unterstellt, sowie Spionagetätigkeit für ausländische Geheimdienste (u. a. des faschistischen Deutschland) mit dem Ziel, die Ukraine, fernöstliche Küstenregionen und Belorußland aus dem Staatsverband der UdSSR brechen zu wollen.

Unter Folter gesteht Bucharin eine Mitverantwortlichkeit »für die Gesamtheit der ihm zur Last gelegten Handlungen«, bestreitet jedoch alle konkret ihm zur Last gelegten Verbrechen und findet noch die Kraft, im Schlußwort – angesichts des Todes – davon zu sprechen, die Geständnisse der Angeklagten wären Beweis für die Durchsetzungsfähigkeit eines mittelalterlichen Prinzips, also der Folter. Am 13. März 1938 wird das Todesurteil gegen ihn vollstreckt.

Mit der Verurteilung wird auch Bucharins theoretisches Werk mit dem Bann belegt und sein Name aus den Annalen der offiziellen Geschichtsschreibung getilgt. Der dafür zuständigen Historikergilde, ihren Archivaren und Retouscheuren dürfte diese Tätigkeit eine Menge Mühe gemacht haben, bei der langjährigen Präsenz des Mannes an führender Stelle. Sie haben ihre Arbeit aber tadellos bewältigt. In der vom Pahl-Rugenstein vertriebenen, dreibändigen »Geschichte der UdSSR« beispielsweise lassen sich im Register die bestimmt wichtigen Herren Brusilow, Brusnew, Brjussow, Bubnow, Buchholz, Brurimowy und Bugajew finden, Bucharin kommt nicht vor, aber das verhält sich mit dem Buchstaben »T«, bei Trotzki, ebenso. Wo sich der Bezug auf Bucharin nicht gänzlich vermeiden läßt, wie z. B. in der Ausgabe der Leninschen Werke, wird für die Vorspänne der offizielle Sprachgebrauch »Revisionist«, »Parteifeind« oder »Rechtsabweichler« eingebürgert.

Da diese Charakterisierung, wie auch die ins Persönliche gehenden Ausfälle von Wyschinski – »Bucharin, diese verfluchte Spottgeburt von Fuchs und Schwein« – jenseits jeder greifbaren Wahrheit liegen, nimmt es nicht Wunder, daß die Wiederentdeckung Bucharins in der heutigen Sowjetunion umso liebevoller ausfällt. »Sowjetunion heute« vom März 88 etwa zeichnet sein Bildnis so: »Eine hohe Stirn, helle leuchtende Augen, der Blick offen, freundlich und leicht ironisch (...). Als Inhaber hoher Posten in Partei und Staat, als, wie man sich damals ausdrückte, einer der Führer, blieb er ein zugänglicher, lebhafter, heiterer und ungeniert lebensfroher Mann«.

Bucharin hat sich nicht gescheut, den Dialog mit nichtmarxistischen Theoretikern zu suchen. Sein Marxismus war originell in dem Sinne, daß er sich nicht an das klammerte, was schon im Buche stand. Seine philosophische Position ist von der Gleichgewichtskonzeption Bogdanows geprägt. Danach gilt, daß der menschlichen Gesellschaft ähnlich wie der Natur ständige Störungen eines ansonsten ausgeglichenen Zustandes widerfahren. Erst wenn Kommunisten in die Bewegung, die um einen gesellschaftlichen Gleichgewichtszustand schwankt, eingreifen, brauchen sich Veränderungen nicht mehr unter dem elementaren Druck gegenläufiger privater Tätigkeiten abzuspielen, sondern können die Menschen zu »Herren ihrer Beschlüsse« werden.

Erkennbar haftet dieser Philosophie ein mechanistisches Moment an, insbesondere dort, wo Kommunisten in ihr auf den Plan treten und fortan den historischen Prozeß unbeschadet weitergehender dialektischer Flausen fest im Griff haben. Dennoch beließ es Lenin bei freundschaftlicher Kritik, als er feststellte, Bucharins »theoretische Anschauungen können nur mit sehr großem Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden, denn in ihm steckt etwas Scholastisches (er hat die Dialektik nie studiert und, glaube ich, nie vollständig begriffen)«. Erläuternd fügte Lenin, als er dies 1922

niederschrieb, an, diese Aussage gelte nur für die Gegenwart und den Fall, daß Bucharin nicht die Gelegenheit finden sollte, sein Wissen zu erweitern und gewisse Einseitigkeiten zu überwinden.

Bucharin, der seinen Rezipienten zwar nie erlesenen literarischen Hochgenuß verschaffen konnte, dafür aber das Problem der gesellschaftlichen Umwälzung ein stückweit einer systematischen Lösung zuzuführen vermochte, der also als Feingeist weniger zu bieten hatte als als Revolutionär, prophezeite, daß die Nationalökonomien der kapitalistischen Staaten monopolistische Strukturen annehmen würden. Am Ende käme es national zum Erliegen der Konkurrenz und einem Zusammenschmelzen der wenigen verbliebenen Unternehmen zu staatskapitalistischen Trusts. »Um so heftiger entbrennt aber der Kampf zwischen den staatskapitalistischen Trusts selbst... die Konkurrenz der staatskapitalistischen Trusts drückt sich im 'Frieden' im Rüstungswetteifer aus und mündet zuletzt in verheerenden Kriegen. Somit vernichtet das Finanzkapital die Konkurrenz innerhalb der einzelnen Staaten, führt aber zu einer ungeheuren, erbitterten Konkurrenz dieser Staaten untereinander.« Einem 27jährigen Zeitgenossen des I. Weltkriegs mußte sich diese Optik wohl aufdrängen, mit der darin enthaltenen Datierung des Endes der imperialistischen Weltherrschaft um etwa 1920. Hernach ist man schlauer! Auch was das vorausgesagte Verschwinden des binnenwirtschaftlichen Konkurrenzmechanismus' betrifft.

Es fehlen Bucharins Imperialismustheorie also die feinen Zwischentöne; auch in ihren Einzelheiten sind seine Konzepte eher etwas grob gerastert: Die Arbeitsorganisation während der Machtübernahme durch das Proletariat soll straff und unnachsichtig sein, die Demokratisierung der Staatsverwaltung durch Räte erst später stattfinden. Aber mitten im Bürgerkrieg und angesichts westlicher Interventionstruppen sowie unter der Notwendigkeit, die erforderliche nichtkapitalistisch-nachholende Industrialisierung sozialistisch zu verklären, kann wohl kein feiner Sozialismusbegriff gewoben werden. Man muß sich das immer klarmachen: Wenn in den 20er Jahren nicht Nägel mit Köpfen gemacht worden wären, wäre die Sowjetunion heute deutsche Kolonie oder ein »souveräner Staat« auf der Entwicklungsstufe Indiens. Völlig abhängig von den westlichen Metropolen, mit krassen sozialen Gegensätzen im Innern und zehntausenden Hungertoten jährlich. Eine vom Vatikan ausgehaltene Mutter Theresa bekäme dann möglicherweise den Friedensnobelpreis dafür, den Verhungernden in den Straßen Moskaus beim Sterben mit frommen Sprüchen beiseitezustehen.

Die eigentlich vertrackte Frage für den jungen Sowjetstaat stellte sich in den 20er Jahren so: Wie könnte angesichts der anarchischen Tendenzen millionenfacher bäuerlicher Einzelwirtschaften die Warenökonomie in eine sozialistische Organisationsform umgewandelt werden, die in der Lage wäre, die Werktätigen in Stadt und Land satt zu machen? Und die die Sowjetgesellschaft dann planmäßig aus den Miseren mittelalterlicher Rückständigkeit und imperialismuspolitisch bedingter Barbareien befreien würde. Genau an dieser Frage schieden sich dann die Geister. Bucharin hatte den Punkt, um den es gehen würde, und der ihm das Genick brechen sollte, als einer der ersten ganz klar erkannt, als er 1920 schrieb: »Da aber die Wiedergeburt der Industrie selbst von einem Zufluß der Lebensmittel in die Städte bedingt ist, so ergibt sich daraus die absolute Notwendigkeit dieses Zuflusses um jeden Preis«.

Die drei Worte *um jeden Preis* hatte er zwecks Betonung dem Setzer kursiv in Auftrag gegeben. Diese Klarsicht mutet rückblickend fast tragisch an, denn auf der Grundlage einer schon über die Zeit verschleppten »Neuen Ökonomischen Politik«, die von 1921-1928/29 wirksam blieb und das Privateigentum nicht antastete, verweigerten die produktiven Bauern, also die mehr als nur bedarfsdeckend wirtschaftenden Mittelbauern und Kulaken, am Ende dieser Periode die Lieferung ihrer Erzeugnisse in die Städte, da diese ihnen keine Warenwerte als Gegenleistung bieten konnten. Daraufhin wurde der Zufluß von Lebensmitteln »um jeden Preis« wiederhergestellt von einer in Rage geratenen und sich verbittert vom Bucharin-Kurs verabschiedenden Partei, die das Land in die Akkumulationsdiktatur des Stalinismus peitschte.

Doch verweilen wir noch einen Augenblick bei Bucharins Wirtschaftslehre. Er war davon ausgegangen, daß sich der Aufbau des Sozialismus am günstigsten vollziehen würde, »je schneller die bäuerliche Wirtschaft der Armut entrinnt, je reicher sie wird«. Die Partei dürfe daher nicht nochmals, wie schon im Zeichen des »Kriegskommunismus«, in eine aggressive Kontrastellung zu den bäuerlichen Produzenten geraten, sondern müsse diese gewähren lassen. Man halte sich ständig »mit beiden Händen am Bauern fest«, sagte Bucharin in einer bissigen Polemik gegen Trotzki, und stoße sich nicht daran, daß dieser Privateigentümer ist und es Jahrzehnte dauern wird, ihn in einen Anhänger des Kollektiveigentums zu verwandeln. Aber angesichts der »kapitalistischen Umzingelung« des Sowjetstaates sei der Bauer der alleinige Garant des Überlebens. Bucharin weigerte sich daher strikt, dem Vorschlag Preobraschenskis folgend, durch Abschöpfung eines Teils des bäuerlichen Mehrwerts (z. B. über Steuern oder monopolistische Preisbildung) unmittelbar die Mittel für den industriellen Aufbau aus dem Landwirtschaftssektor abzuziehen.

»Wir gehen langsam immer ein wenig vorwärts und ziehen die Bauernkalesche hinter uns her«, war seine Devise, und kurzfristig gab ihm der Erfolg sogar recht. Das Bruttoproduktionswachstum des Landwirtschaftssektors verzeichnete gegenüber 1923/24 in den Jahren 25/26 Steigerungen um 27,6 Prozent und 26/27 gar um 34 Prozent; die Industrie prosperierte mit einer Verfünffachung ihres Ausstoßes.

Es schien also möglich zu sein, eine rasche Zunahme der industriellen Produktion gegenüber der Landwirtschaft zu erreichen, auch ohne die Bauern »zu prellen«. Nur saßen hier Bucharin und die Parteimehrheit einer Milchmädchenrechnung auf, bei der nicht einkalkuliert wurde, daß noch keine Neuwerte akkumuliert wurden, sondern

lediglich aus dem vorhandenen Wirtschaftspotential effizienter geschöpft werden konnte, weil allmählich die Zerstörungen aus dem I. Weltkrieg und der Bürgerkriegszeit behoben wurden.

Das Kartenhaus dieser Theorie eines »Schneckentempos zum Sozialismus« kollabierte dann 1928 abrupt, als die Kulaken den Städten den Lebensmittelhahn zudrehten. Damit galten Bucharins theoretische Prämissen, an denen sich der junge Sowjetstaat etliche Jahre in seinem Wirtschaftsmanagement orientiert hatte, als gescheitert, mithin auch die kräftige Portion Marktwirtschaftslogik, die Bucharins Votum enthielt.

Der Kern seines Gedankens war ja der: Weil der Sowjetwirtschaft, also der industriellen Produktion im sozialistischen Sektor der Stachel der Konkurrenz fehle,

könne es zu einem ungerechtfertigten Sich Ausruhen der Arbeiterklasse auf der Basis der staatlich regulierten, »künstlichen« Monopolpreise für Industriegüter kommen. Als stimulativer Ersatz für wirkliche Konkurrenz sollte daher wenigstens ein simultaner Konkurrenzmechanismus in Gestalt der Tauschwertbeziehungen zwischen Land und Stadt erhalten bleiben.

Als entscheidendes Defizit dieses Programms erwies sich, daß nicht daran gedacht wurde, woher nach Abschluß der Wiederaufbauperiode die Mittel für den städtisch-industriellen Akkumulationsprozeß genommen werden sollten, wenn nicht aus »ungleichem Tausch« gegenüber der privaten Landwirtschaft. Im Gegensatz zur ursprünglichen Akkumulation in den frühen kapitalistischen Ländern nämlich, die maßgeblich durch Raub und Plünderung »ihrer« Kolonien an die benötigten »Drittmittel« gekommen waren, stand dieser Ausweg der Sowjetunion nur begrenzt offen.

Hier erschließt sich nun, warum die Wirtschaftsberater Gorbatschows der Bucharinsche Grundgedanke faszinieren dürfte. Nachdem im Zeichen des Stalinismus die ländliche Kleinproduktion durch Zwangskollektivierung einer »künstlichen Vergesellschaftung« unterworfen worden war – das gleiche gilt faktisch für viele Tätigkeitsbereiche in Handel, Dienstleistungsgewerbe, Leichtindustrie und kleiner Güterproduktion – , soll wenigstens der damit übersprungene Schritt des Genossenschaftswesens als ökonomische Potenz restauriert werden. Das bedeutet, daß nach Möglichkeiten gesucht wird, den Staat von der obsolet gewordenen Alleinverantwortlichkeit für die Ökonomie zu entlasten und einen Teil des Wirtschaftsverkehrs wieder durch Tauschwertbeziehungen regulieren zu lassen.

In seiner »Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution« hat Gorbatschow, rhetorisch klug differenzierend, klargemacht, daß Kritik an der Bucharin-Gruppe im Rahmen der offiziellen Parteidoktrin zwar bestehen bleibt, jedoch ohne die Verdammungen der Vergangenheit auskommen muß. Von Bucharin – so führte er sinngemäß aus – wurde die Bedeutung des Zeitfaktors beim Aufbau des Sozialismus in den 30er Jahren unterschätzt, und nach seinem Konzept wäre die »Umstellung der Bauernschaft auf das Gleis des Sozialismus« zu spät erfolgt, um der immer deutlicher werdenden Gefahr einer erneuten imperialistischen Aggression wirkungsvoll etwas entgegensetzen zu können.

Das kritische Moment im gegenwärtigen Rückbezug auf Bucharin richtet sich also auf den »Zeitfaktor... um gegen den Faschismus bestehen zu können«, nicht aber auf jenen Bucharin, der die Installation von Markt- und Konkurrenzmechanismen empfahl. Das fällt umso mehr ins Auge, wenn man die aktuelle Bewertung Bucharins durch die politische Führung der SU mit der Vehemenz vergleicht, mit der etwa Trotzki nach wie vor mir dem Bannfluch belegt wird: Trotzki hätte der Bauernschaft Daumenschrauben anlegen und das Land rücksichtslos ausbeuten, sowie den Staat in weltrevolutionäre Abenteuer stürzen wollen.

Wenn wir also aus den Worten des Vorsitzenden Gorbatschow Rückschlüsse auf die zu erwartenden Entwicklungstendenzen der Sowjetwirtschaft zu ziehen suchen, können wir davon ausgehen, daß Bucharin als wirtschaftspolitischer Ratgeber künftig wieder hoch im Kurs stehen wird. Seine Theorien sollten daher ausgegraben und auch in der hiesigen Linken einer kritischen Reflexion unterzogen werden.

Konkret 11/88, S. 28

Georg Fülberth

Trotzki als Gegengift

Leo Trotzki, einer der Anführer der Oktoberrevolution und Organisator der Roten Armee, wurde durch Stalin ums Leben gebracht und aus der Geschichte der Bolschewiki getilgt. Anders als andere, reformistische Stalin-Opfer bleibt der linke Trotzki bis heute ein Tabu der sowjetischen Geschichtsschreibung. Warum?

Stalins schärfster marxistischer Kritiker, überdies eines seiner Opfer, lieferte zugleich Argumente für dessen Apologie: Lew Davidowitsch Trotzki. Unbestreitbar ist seine überragende Bedeutung als Vorsitzender des Petersburger Sowjets 1905, als Organisator des militärischen Aufstands 1917, Gründer und erster Oberbefehlshaber der Roten Armee sowie als Schriftsteller. Mit seiner »Geschichte der russischen Revolution« (1931) schrieb er große Literatur. Gleiches gilt für die Abschnitte über Kindheit und Jugend in seinen Memoiren (»Mein Leben«, 1930), die späteren Teile versacken allerdings zuweilen in Personal-Häme. Isaac Deutschers dreibändige Biografie hat einige Militante der Studentenbewegung veranlaßt, Kommunisten zu werden, und zwar nicht nur dissentierende.

Hier aber soll gefragt werden, ob Trotzki ein gleich hoher Rang auch als Kritiker und Anatom der Stalin-Herrschaft zukommt. Material für eine solche Untersuchung liegt jetzt leicht greifbar vor. Im Auftrag eines »Vereins zur wissenschaftlichen Erforschung und Aufarbeitung historischen Kulturguts e.V.« (Frankfurt/Main) erscheint im Verlag Rasch und Röhring (Hamburg) eine Werkausgabe. Der erste Band – zwei Bücher mit zusammen mehr als 1400 Seiten – ist gerade herausgekommen. Er trägt den Titel: »Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur« . Es handelt sich um eine kommentierte Ausgabe. Der Anmerkungsapparat ist üppig und sehr informativ. Ganz offensichtlich sind hier vorzügliche Sachkenner am Werk. Einzelne kleinere Irrtümer – Keynes' Hauptwerk wird falsch datiert und in seiner Wirkung unrichtig bestimmt, Seite 949 – fallen nicht ins Gewicht. Hat man die beiden Bücher Seite für Seite durchgelesen, dann kennt man auch ihre Druckfehler (einmal sind sogar zwei Übersetzungs-Varianten eines Worte nebeneinander stehengeblieben), aber auch das sind Nebensächlichkeiten. Sind die zehn Bände – auf diesen Umfang ist die Ausgabe geplant – insgesamt so gut wie die beiden Teile des ersten, dann wird eine hervorragende Editionsleistung, die lange Bestand hat, zustandegekommen sein.

Weshalb bilden die Texte über die Stalin-Zeit den Anfang des Unternehmens? Die großen Schriften – »Geschichte der russischen Revolution« und »Mein Leben« – sind nach 1945 erneut bei Fischer aufgelegt worden. Andere (z. B. »Die permanente Revolution«) kamen in linken Verlagen heraus. Die zahlreichen Texte, in denen sich Trotzki mit Stalin auseinandersetzt, wurden meist in seiner Zeitschrift »Bulletin der Opposition« publiziert und waren bis jetzt nicht leicht erreichbar. Schwerer aber mag ein unmittelbar politischer Grund wiegen, der zugleich markt-günstig ist: Im Zuge der von der Führung der KPdSU betriebenen Reformpolitik ist das Interesse an der Geschichte der UdSSR unter Stalin sehr gewachsen. Zugleich hat die Frage nach dem Charakter der Sowjetgesellschaft Aktualität gewonnen. Trotzkis Antworten können da auf keinen Fall vernachlässigt werden.

Ausgangspunkt seiner Stalinismus-Kritik ist seine bereits 1905 konzipierte Theorie der »Permanenten Revolution«. (Der Begriff selbst findet sich schon in einer kurzen Bemerkung von Marx.) Sie meint zweierlei:

Erstens: Die Revolution kann nur als ein einheitlicher Prozeß – vom Aufstand bis schließlich zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft – gelingen.

Zweitens: Sie muß sich im Weltmaßstab vollziehen, insbesondere aber auch in den bereits höchstentwickelten kapitalistischen Gesellschaften stattfinden. Bleibt die Umwälzung in Rußland isoliert, dann wird sie scheitern. »Es gibt keine Rettung außer der Weltrevolution!« (S. 579).

Dieses Konzept geriet spätestens 1923 in die Krise: Im Westen blieb die Revolution aus. Als Reaktion darauf proklamierte Stalin 1924 das Programm des Aufbaus eines »Sozialismus in einem Land«. Hierunter verstand er mehr als nur das Ausharren während einer Isolierung, deren Ende nicht abzusehen war. Vielmehr wurde unterstellt, daß es möglich sei, den Revolutionsprozeß, der für Trotzki – und wohl auch für Lenin – nur international realisierbar war, vorerst in Sowjetrußland allein zu seinem endgültigen Ziel zu bringen. Damit änderte sich auch der Charakter der kommunistischen Weltbewegung, insbesondere der 1919 gegründeten »Kommunistischen Internationale«. Bis 1924 war sie in erster Linie ein Instrument zur Durchsetzung der Revolution in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten und in den kolonial unterdrückten Ländern. Jetzt erst erhielt die Entwicklung Sowjetrußlands Vorrang: Nur über diesen Umweg, so schien es, konnte auf absehbare Zeit der revolutionäre Weltprozeß eine entscheidende Unterstützung erhalten. Galten bis 1924 die industriell hochentwickelten Länder, wenn sie erst einmal sozialistisch waren, als die Lokomotive, welche auch das technologisch, ökonomisch und zivilisatorisch zurückgebliebene rote Rußland aus der Klemme ziehen mußte, so wurden sie nun zu Waggons.

Trotzki sah in alledem nur noch die Rationalisierung einer Katastrophe. Der Stopp der internationalen Revolution bedeute eine tödliche Gefahr auch für den Bolschewismus in Rußland. Er beschrieb das mit Begriffen aus der französischen Geschichte: »Thermidor« und »Bonapartismus«. Im Juli (Thermidor) 1794 war der Jakobiner Robespierre, der sich u.a. auf die Sansculotten stützte, von der Bourgeoisie zu Fall gebracht worden. Diese errichtete ihre nach links hin abgegrenzte und nach unten abgesicherte Herrschaft, welche allerdings auch eine Rückkehr zum Feudalismus ausschloß. Napoleon Bonaparte übte schließlich die Staatsgewalt im ökonomischen Interesse des Großbürgertums aus, entmachtete es jedoch politisch. Die gleiche Funktion hatte in den Augen Trotzkis in Rußland die »Bürokratie« unter ihrem Führer Stalin. Sie herrschte anstelle des Proletariats, ließ aber die neue Eigentumsordnung, welche durch die Oktoberrevolution herbeigeführt worden war, unangetastet.

Bis 1935 war Trotzki der Auffassung, der »Thermidor« in Rußland sei nur eine Gefahr, keine Realität. Als potentielle Nutznießer eines künftigen Rückschlages

galten ihm in dieser Periode die Kulaken (tatsächliche und angebliche Ausbeuter-Bauern), das internationale Kapital und die inländische Bourgeoisie, welche im Zug der »Neuen Ökonomischen Politik« (NEP, 1921 ff.) gefördert worden war. Erst wenn diese sich endgültig durchgesetzt hätten – und das gehe nur in einer blutigen Konterrevolution – , sei der »Thermidor« vollendet. 1935, mit dem Beginn des Terrors gegen die Partei, revidierte Trotzki seine Position. Er behauptete, der »Thermidor« sei längst vollzogen, nämlich schon Mitte der zwanziger Jahre. Auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums habe Stalin einen »Sowjet-Bonapartismus« errichtet und eine »neue Aristokratie durch die außerordentliche Differenzierung der Arbeitslöhne, durch Vorrechte, Orden, usw.« geschaffen (S. 607). Die Kulaken und die NEP-Leute waren inzwischen – in einer Linkswendung der Stalinschen Politik Ende der zwanziger Jahre – liquidiert worden.

Die Tatsache, daß Trotzki innerhalb weniger Jahre völlig verschiedene Nutznießer-Schichten des »Thermidor« bestimmt und diesen selbst umdatiert, legt den Verdacht nahe, daß sein Schema nicht gut fundiert ist. Als Marx 1852 erstmals eine Bonapartismus-Theorie entwickelte, stützte er sich nicht etwa auf eine historische Analogie, sondern er schrieb unmittelbare Zeitgeschichte. Keineswegs bezog er sich auf Napoleon den Ersten, sondern auf dessen Neffen Louis. Knapp achtzig Jahre später havarierte der deutsche Kommunist August Thalheimer bei dem Versuch der Analogie-Bildung. Die Schwäche seiner – im übrigen sehr anregenden und in Einzelaspekten frappierenden – These, Faschismus sei eine Art Bonapartismus, bestand darin, daß er eine politische Form, die sich in der industriellen Revolution herausgebildet hatte, zu sehr mit einer Herrschaftstechnik des Monopolkapitalismus identifizierte.

Noch wackeliger aber ist Trotzkis Konstruktion: Er bezieht den »Bonapartismus« einer Gesellschaft, die gerade mal den Feudalismus hinter sich gelassen hatte, auf ein Regime, das aus einer proletarischen Revolution hervorgegangen war. Es zeigt sich, daß er hier sogar idealistisch verfährt: Sein Modell überspannt verschiedene Gesellschaftsformationen. Dies gilt zwar für Marx' und Engels' These, alle Geschichte sei eine Geschichte von Klassenkämpfen, ebenfalls. Die Begriffe, die sie dabei verwandten – »Geschichte«, »Klassenkämpfe« – sind aber so allgemein, daß ihre Gültigkeit nicht auf eine einzige Gesellschaft zu beschränken ist. Die Termini »Thermidor« und »Bonapartismus« dagegen bleiben eng an eine ganz bestimmte historische Situation gebunden und können nicht auf andere Produktionsverhältnisse übertragen werden.

Bei Trotzki fungieren sie nicht als Elemente einer wissenschaftlichen Theorie, sondern letztlich nur als Bilder, in denen er sich selbst und anderen zu vergegenwärtigen versucht, was ihm und der russischen Revolution geschah. Dabei gelangt er zu einer Art Zwangsläufigkeit, welche, wenn man sie als gegeben annimmt, Stalin von subjektiver Schuld (und Trotzki von dem möglichen Vorwurf, im Kampf um die Macht versagt zu haben) freispricht: »Die Stalin-Fraktion gewann die Oberhand in einer Zeit der Niederlagen des Weltproletariats, der Müdigkeit und Apathie des russischen Proletariats und der raschen Herausbildung einer privilegierten herrschenden Schicht« (S. 565). Die Erschöpfung der Industriearbeiterschaft in Rußland durch Krieg, Hunger und Überbeanspruchung in politischer und Verwaltungs-Tätigkeit (viele revolutionäre Arbeiter sind in Leitungs-Funktionen hineingezogen worden, die Klasse wurde ausgelaugt), dazu das Scheitern der Weltrevolution: Dies sind Voraussetzungen, die den neuen »Bonaparte« unausweichlich machten. Er erfüllte zeitweilig sogar eine progressive Aufgabe: Durch administrativen Druck trieb er die Entwicklung der Produktivkräfte voran, und er verteidigte in seinem eigenen Interesse »das nationalisierte Eigentum gegen den Imperialismus und gegen die allzu ungeduldigen und habgierigen Schichten der Bürokratie selbst« (S. 1126). (In einer Selbstüberschätzung, welche für ihn durchaus typisch ist, führte Trotzki dies u.a. auf die Wirkung einer mit ihm verbundenen »Linken Opposition« zurück.) Die Sowjetunion wurde so kein klassenneutrales Gebilde, auch keine neue Bourgeoisie-Herrschaft, sondern ein »bürokratisierter Arbeiterstaat«.

Erst nachdem dies gesagt ist, beginnt die subjektive Schuldzuweisung, zum Beispiel die Anklage gegen Stalin, daß er weltweit revolutionäre Prozesse verhindere, weil ihre Entfaltung nicht im Interesse seiner Herrschaft in der UdSSR liegt, mehr noch: weil das Wiederaufleben der Weltrevolution die Bürokratie auch in Rußland hinwegfegen werde (in einer *»politischen* Revolution«, nicht in einer *sozialen).* Doch selbst eine solche Politik hat ihre Grundlage in dem vorangegangenen Scheitern von 1923. Dieses ist auch die Voraussetzung für die von Trotzki heftig angeprangerten

Scheußlichkeiten des Systems: Korruption, großrussischer Chauvinismus, neue Herabdrückung der Frauen, Antisemitismus. Die Bürokratie als Nutznießerin des »Thermidor« werde je länger desto mehr zu einer Parasitin am Erbe der Oktoberrevolution. »Der Stalinismus ist die Geißel der Sowjetunion geworden und die Lepra der internationalen Arbeiterbewegung« (S. 1099). Und: »Niemand, Hitler inbegriffen, hat dem Sozialismus so tödliche Schläge versetzt wie Stalin« (S. 1100). Weiter: »In den strengsten Gesetzbüchern der Menschheit findet sich keine Strafe, die für die regierende Moskauer Clique und vor allem ihr Oberhaupt hart genug ist« (Ebd.).

Dies schrieb Trotzki 1937, nachdem er in den Moskauer Prozessen (einer behandelte die »Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums«) zum Teufel erklärt worden war und das Sterben seiner Kinder längst begonnen hatte: durch Selbstmord, im Lager und in der Emigration. Der Zwang zur objektiven Analyse – und sei sie auch nur scheinbar ohne jede persönliche Leidenschaft – den er sich dann doch immer wieder auferlegt, wirkt fast übermenschlich.

Zur Kennzeichnung von Stalins Herrschaftstechnik wählte Trotzki zuweilen den Begriff »totalitär«. In diesem üblen Bereich des Überbaus sah er nicht viele Unterschiede zu Hitler, aber dann machte er doch wieder klar, daß die Differenz der Eigentumsordnung ein Unterschied ums Ganze ist. Im Streit mit übereifrigen Adepten – von denen einige, wie James Burnham, später wüste Antikommunisten wurden – beharrte er darauf, daß die Sowjetunion in jedem Krieg gegen den Imperialismus verteidigt werden muß. Gegen eine militärische Expansion des Sozialismus hatte er überhaupt nichts einzuwenden, unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerung der eroberten Gebiete revolutioniert war.

1934 schrieb Trotzki für die »Saturday Evening Post« einen Fachartikel über die Rote Armee. Der Text ist streng loyal und drückt zugleich den Stolz des Verfassers auf das von ihm geschaffene Instrument aus. Er endet mit den Worten: »Sollte die russische Revolution, die seit dreißig Jahren – seit 1905 – ein ständiges Auf und Ab kennt, gezwungen sein, ihre Strömung in den Kanal eines Krieges zu lenken, so wird sie eine ungeheure, alles überwältigende Kraft entfalten« (S. 536). Im März 1939, nachdem der Terror den Offizierskader weitgehend zerstört hatte, modifizierte er allerdings sein Urteil: »Stalin ist unfähig, Krieg zu führen; und wenn er zum Krieg gezwungen wird, ist er unfähig, anderes als Niederlagen zu erreichen« (S. 1163). Hier haben wir eine seiner sehr häufigen Fehl-Prognosen.

Seit Anbruch des Faschismus und mit wachsender Nähe zum Zweiten Weltkrieg ließ seine analytische Kraft nach: Er war der Mann der Revolutionsperiode 1905-1923, aber nicht mehr der neuen Realitäten in der Systemauseinandersetzung. Das Buch »Verratene Revolution« (1936) ist eine letzte Zusammenfassung seiner Analyse der Stalin-Herrschaft. Danach kommt nichts Neues mehr. Die zusätzlichen Informationen, über die er verfügt, sind dünn wie die anderer Beobachter von außen. Während des gesamten Exils sah er sich als Führer einer großen, internationalen kommunistischen Links-Opposition, deren angebliches Erstarken er triumphalistisch feierte: »Überall auf der Welt wachsen und mehren sich Kader echter proletarischer Revolutionäre, wirkliche Bolschewiki, die sich nicht der sowjetischen Bürokratie anschließen, um deren Autorität und Kasse zu nutzen, sondern dem Programm Lenins und dem Banner der Oktoberrevolution« (S. 647). Ein andermal wählte er folgende Kapitelüberschrift: »Das weltweite Wachstum des authentischen Leninismus – eine furchtbare Gefahr für Stalin« (S. 559). Das ist Selbst-Hypnose gewesen. Als Stalin Trotzki 1929 ins Ausland abschob und ihm damit volle Publikationsfreiheit gab, machte er einen Fehler; als er ihn 1940 ermorden ließ: einen zweiten. Er beseitigte einen Mann, der spätestens nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 endgültig nur noch ein Schatten seiner früheren politischen Existenz gewesen wäre.

Die meisten kleineren Texte, welche Trotzki in der Emigration geschrieben hat, erschienen in Zirkel-Blättern, insbesondere im »Bulletin der Opposition«. In den seltenen Fällen, in denen er sich an ein nicht-kommunistisches Publikum wandte, urteilte er weit zurückhaltender als dort, wo er den Fraktionskampf führte. Seine grellsten Urteile über Stalin waren Produkt der innerkommunistischen Auseinandersetzung. Wo er Außenstehenden etwas erklären wollte – etwa in einer Rede vor sozialdemokratischen Studenten in Kopenhagen 1932 – herrschte das Bemühen um strenges Abwägen vor.

Durchgehend aber blieb das Urteil, daß die Sowjetunion kein sozialistischer Staat sei, auch vor dem »Thermidor« keiner gewesen sei. »Ist das nicht ungeheuerlich: ein Land kommt nicht heraus aus dem Warenhunger, auf Schritt und Tritt wird die Versorgung unterbrochen, die Kinder bekommen nicht genügend Milch, – und die offiziellen Philister verkünden: 'Das Land ist in die Periode des Sozialismus eingetreten.' Kann man den Sozialismus schlimmer kompromittieren?« (S. 248). Das ist keine Polemik, sondern Theorie: »Sozialismus setzt nicht nur die Vergesellschaftung der Produktionsmittel voraus, sondern auch deren Kapazität, alle menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Darum heißt es nämlich in den alten Büchern, daß eine sozialistische Gesellschaft nur auf einem bestimmten Entwicklungsniveau der Produktivkräfte möglich ist« (S. 510 f.).

Hier müssen wir ein bißchen Philologie treiben. Wenn Marx von Sozialismus spricht, dann meint er damit in der Regel nicht eine Gesellschaftsformation, sondern viel häufiger irgendwelche theoretischen und politischen Richtungen (»Bourgeois-Sozialismus« usw.). Für den künftigen Zustand der Emanzipation wählte er andere Begriffe: »Verein freier Menschen« etwa, oder auch gleich »Kommunismus«. Dieser entwickele sich nach der Revolution in zwei Phasen. In der ersten herrsche noch das Leistungsprinzip, in der zweiten aber gelte die Parole: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen«. Lenin nannte die erste Periode »Sozialismus« und die zweite »Kommunismus«. Trotzki führte einen

dritten Begriff ein: »Übergangsgesellschaft«. Diese liegt noch vor der ersten Phase des »Kommunismus« (Marx) und vor dem »Sozialismus« (Lenin). Rußland sei bislang nicht über das Stadium der Übergangsgesellschaft hinausgekommen.

Immerhin konnte Trotzki auf zwei Merkmale der ersten Phase des Kommunismus bei Marx und des Sozialismus bei Lenin hinweisen, die tatsächlich der Sowjetgesellschaft fehlen:

Erstens: die Schwächung der Repressionsfunktion des Staates.

Zweitens: Geld und Markt hören auf, die entscheidenden Instrumente für die Verteilung zu sein. Die individuelle Arbeit wird planmäßig nach ihrem Anteil am »gesellschaftlichen Arbeitstag« vergütet. Das setzt voraus, daß ihr Wert jenseits des Marktes exakt bestimmt werden kann. Stattdessen beobachten wir bis heute in der UdSSR und in anderen Staaten des RGW eine administrative Lohn- und Preispolitik, welche häufig das Gegenteil der von Marx prognostizierten Entsprechung von Leistung und Vergütung darstellt. Im Resultat entsteht (oder bleibt) ein sich spontan entwickelnder Markt, in dem das Geld – und zwar am beliebtesten: ausländische Währung – die alten Funktionen als Zirkulations- und Zahlungsmittel sowie «Wertmesser« hat. Für die Sowjetunion stellte Trotzki dies bereits während der ersten Fünfjahrespläne fest (allerdings noch ohne das Valuta-Problem). Seine Kritik an der Reklamation des Sozialismus-Begriffs durch die Führung der UdSSR ist also durchaus triftig. Wer heute vom »realen Sozialismus« und von »sozialistischen Ländern« spricht, wird dies korrekterweise nur tun können, wenn er (oder sie) weiß und deutlich macht, daß ein noch uneingelöster Anspruch in solchen Wortgebrauch mit eingeht. Vielleicht wäre es ohnehin richtiger, die Vorstellung von der »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Marx/Engels), künftig allein mit dem Begriff Kommunismus zu verbinden, nicht mehr mit Sozialismus. Denn dieser ist abgewetzt durch: Kriegs-Sozialismus, Deutscher Sozialismus, Demokratischer Sozialismus. Kommunismus-Propaganda, nicht Sozialismus-Propaganda, tut not.

Indem Trotzki das Schicksal der russischen Revolution von ihrem internationalen Kontext abhängig machte, lud er sich zugleich die Verpflichtung auf, die Umwälzungs-Potenzen innerhalb der kapitalistischen Welt zu benennen. Hierbei ist er katastrophal gescheitert. Er hat die inneren Potenzen, die Flexibilität und die Wandlungsfähigkeit des Imperialismus vollständig unterschätzt. »Der Kapitalismus hat sich als Weltsystem geschichtlich überlebt. Er hat aufgehört, seine wesentliche Mission zu erfüllen: die Hebung menschlicher Macht und menschlichen Reichtums« (S. 398). Das ist nicht als humanistische Anklage gemeint, sondern als technische Kritik. »Die Produktivkräfte haben aufgehört zu wachsen« (S. 398). Mit solchen Urteilen liegt Trotzki so gründlich daneben, daß die fleißigen Herausgeber ihn in einer Fußnote durch eine von Ernest Mandel verfaßte Neuinterpretation der Produktivkraft-Entwicklung im Kapitalismus zu korrigieren versuchen.

Da der Kapitalismus am Ende ist, steht für Trotzki die proletarische Revolution aktuell auf der Tagesordnung. Ihr Scheitern kann deshalb nur das Produkt von Verrat durch die Sozialdemokratie (und durch Stalin) sowie von subjektiver Unfähigkeit sein. Von der – zumindest vorläufig – fortdauernden Dynamik des imperialistischen Systems und seinen vielfältigen inneren Absicherungen hat er keine Ahnung. Es zeigt sich, daß der Internationalist Trotzki über die Realität der imperialistischen Gesellschaften nicht mehr weiß als Stalin, den er so gern als national bornierten Dorfdeppen vorführt.

»Wenn sich die Revolution in der internationalen Arena nicht als proletarische spiralförmig ausweitet, wird sie unweigerlich anfangen, sich im nationalen Rahmen auf einer bürokratischen Spirallinie zusammenzuziehen« (S. 457). Welch eindrucksvolle Metapher eines großen Schriftstellers ! Aber sie bezeichnet zugleich das Dilemma von Trotzkis Stalin-Kritik. In der heroischen Periode der marxistischen Kritik der Politischen Ökonomie haben Marxisten immer wieder einmal einen möglichen Endpunkt kapitalistischer Entwicklung zu bestimmen versucht. Rosa Luxemburg peilte ihn über die Tendenz zu permanenter Überproduktion an, Henryk Grossmann durch die – umgekehrte – Perspektive auf eine Aufzehrung des Mehrwerts. Auf dem Rechenpapier brauchten sie keine Eile zu haben, der eine oder andere konnte gar noch »modifizierende Gegentendenzen« namhaft machen, welche eine Zwangsläufichkeit des kapitalistischen Zusammenbruchs in Frage stellten. So gemütlich hatte es Trotzki nicht. Nach seiner Logik war die isolierte Sowjetunion auf die aktuelle sozialistische Revolution im Westen angewiesen. Schlug dies fehl – dann wurde Stalin zum fürchterlichen Realisten. Seine Verbrechen wertete Trotzki denn auch – folgerichtig – nur als Produkte einer pathologischen Situation.

Neun Bände der angekündigten Werkausgabe stehen noch aus. Sie werden wohl bestätigen, daß Trotzki den Linken in den kapitalistischen Ländern wenig bei der Analyse der Gesellschaften, in denen sie leben, helfen kann. Für das Verständnis der sowjetischen Geschichte und Gegenwart allerdings vermag er ihnen gute Hinweise zu geben. Wichtiger aber wäre eine Rezeption seiner Schriften in der UdSSR und in den anderen sozialistischen Ländern. Dafür gibt es mindestens zwei Gründe:

Erstens: Im realen Sozialismus ist ein Umbruch der Geschichtswissenschaft dringend notwendig. Bislang dient sie meist nur der historischen Illustration der Richtigkeit aktueller Politik. Diese Kurz-Schließung von Wissenschaft ist zweifellos Stalinsches Erbe. Wenn nunmehr Bucharin deutlich herausgestellt, Trotzki aber nach wie vor allenfalls vorsichtig wieder ans Licht gebracht wird, dann bedeutet dies noch keinen Bruch mit der bisherigen Praxis, sondern nur eine Modifikation.

Der »Rechte« Bucharin, der in den zwanziger Jahren die Unterstützung von Privatwirtschaften forderte (»Bereichert euch!«), paßt zum gegenwärtigen Kurs eher als der Linke Trotzki. Eine Veröffentlichung von dessen Schriften wäre zweifellos keine literarische Bestätigung einer aktuellen Politikvariante, aber sie würde die Selbsterkenntnis der sowjetischen Gesellschaft auch dort fördern, wo ihm widersprochen werden müßte.

Zweitens: Die gegenwärtige »Bewältigung« der Stalinherrschaft in der Sowjetunion erfolgt häufig gefühlig, moralisierend, liberal, selten durch eine Unterscheidung von Ursache und Wirkung. Mag sein, daß dafür sogar die wissenschaftlichen Potenzen fehlen. Trotzkis Analyse könnte da fürs erste wenigstens einmal aushelfen. Der neue Kurs der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der UdSSR ist noch nicht völlig klar. Es besteht die Gefahr eines rückhaltlosen Nachgebens gegenüber kapitalistischen Weltmarkt-Zumutungen und einer Auflösung sozialistischer Komponenten. Trotzkis Texte aus dem Fraktionskampf der zwanziger Jahre (sie sollen in den Bänden 3 und 4 erscheinen) wären da ein marxistisches Gegengift.

Deshalb sollten seine Schriften, so meine ich, auch in der Sowjetunion, in der DDR und in den anderen sozialistischen Ländern bald aufgelegt werden. Nicht nur als Ausgewählte Werke – wie hier – sondern: Sämtliche.

Leo Trotzki: Schriften

Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur. Band 1.1. (1929-1936). Band 1.2. (1936-1940). Herausgegeben von Helmut Dahmer, Rudolf Segall und Reiner Tosstorff im Auftrag des Vereins zur wissenschaftlichen Erforschung und Aufarbeitung historischen Kulturguts e.V. Frankfurt a.M., Rasch und Röhring Verlag, Hamburg 1988,

Konkret 11/88, S. 33

Sjewa Wolkow Bronstein; Reimar Paul

Starke Wurzeln

Gunther Aschemann und Reimar Paul sprachen in Mexiko mit Sjewa Wolkow Bronstein, einem Enkel Trotzkis, über Möglichkeiten und Initiativen zur Rehabilitierung seines Großvaters

In der Sowjetunion sind im Zuge der Perestroika bereits viele der prominenten Stalin-Opfer rehabilitiert worden, darunter Bucharin, Sinowjew, Kamenjew. Die Rehabilitierung Trotzkis steht allerdings noch aus. Was haben Sie bisher von Mexiko aus für Schritte in dieser Sache unternommen?

Vor ungefähr zwei, drei Monaten haben wir dem sowjetischen Botschafter in Mexiko einen Brief überreicht, worin wir die juristische Rehabilitierung von Leo Trotzki fordern. Zugleich haben wir diesen Brief an den obersten Gerichtshof der Sowjetunion gesandt. Ich betone die »juristische« Rehabilitierung, d. h. wir fordern, daß Trotzki von allen falschen Anschuldigungen freigesprochen wird, die ihm von Stalin und der stalinistischen Bürokratie angehängt wurden. Wir fordern von der sowjetischen Regierung eine offizielle Erklärung, daß die Anschuldigungen Stalins gegen Trotzki falsch, erlogen und konstruiert waren. Bisher hat sie sich dazu nur in sehr allgemeiner Weise geäußert.

Und schließlich fordern wir die Rekonstruktion der historischen Wahrheit und die vollständige Abkehr von den stalinistischen Methoden der Verleumdung und Verhetzung, die, wenn auch in abgeschwächter Form, immer noch weiter praktiziert werden. Die Werke Trotzkis sollen veröffentlicht und innerhalb der Sowjetunion frei diskutiert werden. Seine politischen Thesen sollen kritisch beurteilt werden, aber auf der Grundlage von Tatsachen und nicht billiger Behauptungen von der Art, Trotzki sei ein Kleinbürger oder er sei launisch oder machthungrig gewesen.

Wer behauptet das?

Wir habe eine ganze Reihe von Bemerkungen sowjetischer Funktionäre aus den letzten Jahren dokumentiert, von Personen der konservativsten Sektoren, die sich in diesem Sinne geäußert haben. Wir sind gegen diese Methoden. Man muß die Wahrheit wiederherstellen, die freie Diskussion und vor allem den freien Zugang zu allen Schriften. Dieser ganze Schmutz an historischer Fälschung und Massenverdummung, der mehr als ein halbes Jahrhundert in der Sowjetunion angedauert hat, muß endgültig begraben werden.

Wer ist »wir«?

Nun, die bewußten Teile der Linken, die ehrliche Linke auf der ganzen Welt. Vor allem natürlich die Trotzkisten, aber auch andere Gruppen. In England zum Beispiel »The Militant«, eine Fraktion innerhalb der Labourparty. Auch Intellektuelle unterstützen die Forderung, haben sich mit Briefen an die sowjetische Regierung gewandt.

Haben Sie hier in Mexiko ein Komitee gegründet?

Es gibt ein Komitee in Mexiko, das mit anderen Gruppen in verschiedenen Ländern in Kontakt steht und Unterschriften aus der ganzen Welt sammelt. Es hat Veranstaltungen zu diesem Thema in England gegeben, in New York, San Francisco, in Europa ist für den Oktober etwas geplant. Auf der Veranstaltung hier in Mexiko, von der PRT (Revolutionäre Arbeiterpartei) organisiert, waren Vertreter aus fast allen lateinamerikanischen Ländern anwesend.

Welche weiteren Schritte für die Rehabilitierung Trotzkis sind geplant?

In der schriftlichen Eingabe an die sowjetische Regierung beschränken wir uns zunächst auf den juristischen Aspekt der Rehabilitierung. Auf öffentlichen Kundgebungen und in Presseerklärungen fordern wir darüber hinaus die geschichtliche Rehabilitierung Trotzkis. Eine politische Rehabilitierung zu fordern, wäre sinnlos, denn man kann dies nicht von Leuten fordern, die die politischen Antagonisten Trotzkis sind. Der Tag, an dem die sowjetische Regierung die Macht der Sowjets vollständig wiederherstellt, freie Wahlen und Arbeiter-Demokratie zugesteht, d. h. zu den Lehren Lenins wieder zurückkehrt, an diesem Tag wird Trotzki fast automatisch politisch rehabilitiert sein, weil dann die politischen Linien von Regierung und Partei der Sowjetunion einerseits und der Position Trotzkis andererseits in der Realität zusammenlaufen werden. Aber das liegt in der Zukunft. In der Gegenwart sprechen wir davon, die historische Wahrheit wiederherzustellen und die juristische Rehabilitierung zu erreichen. Ich glaube, letztere wird nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Welches sind Ihrer Meinung nach die Gründe dafür, daß die Rehabilitierung Trotzkis in der Sowjetunion nur sehr zögernd vorangeht im Unterschied zu anderen Fällen?

Man muß bedenken, daß Trotzki der unerbittlichste Kritiker und Widersacher der russischen Bürokratie, der stalinistischen Bürokratie war. Und die gegenwärtige Bürokratie ebenso wie viele Regierungsfunktionäre haben doch noch starke Wurzeln im Stalinismus. Denken wir nur an Ligatschow und seine Kreise. Und Trotzki war ihr Todfeind, der Ankläger, der Kritiker, der kompromißlose Gegner des Stalinismus.

Ist nicht einer der Gründe für die schleppende Rehabilitierung Trotzkis darin zu sehen, daß eine Neuschreibung der Geschichte auch die Rolle und Person Lenins berühren würde? Zwischen Trotzki und Lenin gab es ja Meinungsverschiedenheiten.

Die Divergenzen wurden immer stark übertrieben dargestellt. Zur Zeit der bolschewistischen Revolution waren die Meinungsverschiedenheiten das tägliche Brot der Revolutionäre, das war der Reichtum, die Vitalität der bolschewistischen Partei, es war ein Kampf der Ideen. Die Geltung einer einzigen Idee und einer absoluten Disziplin, das waren die Merkmale der Stalinära, der Zeit der monolithischen Partei, des eisernen Apparates. Das war eine Wende um 180 Grad gegenüber der Zeit Lenins. Was das Verhältnis zwischen Lenin und Trotzki angeht, so war dies im Gegenteil zur Zeit der Revolution von größerer Übereinstimmung und Gemeinsamkeit in den täglichen Fragen bestimmt als in den vorrevolutionären Zeiten. Konflikte hatte es sehr viel früher gegeben, als Trotzki noch sozialdemokratischen Positionen nahestand. Aber niemand wird als Bolschewist geboren, und Trotzki machte eine politische Evolution durch.

Ernest Mandel schreibt in einem Artikel über die begrenzte Rehabilitierung Trotzkis in China, daß dieser Vorgang auch dort auf gewisse Hemmnisse stößt, wo er die Neuinterpretation der Rolle anderer Führer der Revolution notwendig macht...

Solche Dinge müssen offengelegt werden. Ich bin nicht der Meinung, daß die Ideen Trotzkis unfehlbar waren. Trotzki hatte sicherlich auch manchmal eine falsche Sicht der Dinge, z. B. was die chinesische Revolution anging. Denn wahrscheinlich hielt er es für ausgeschlossen, die Revolution mit den Bauern zu machen. Dafür waren die Bolschewisten zu sehr davon überzeugt, daß allein das Proletariat an der Spitze einer Revolution stehen müsse. Aber das ist durchaus normal, niemand kann in der Geschichte alle Alternativen vorhersehen. Über diese Dinge muß eben diskutiert werden.

Zur Zeit passiert in der Sowjetunion eine Menge in Sachen Geschichtsrevision: Alte Archive werden geöffnet, die Examen in Geschichte für den Abschluß der Mittelstufe sind suspendiert, eine Revision der Geschichtsschreibung ist angekündigt...

Das ist richtig, aber bisher sind es nur wenige der oberen Funktionärsetagen, die was zu sagen haben. Sie lassen nicht zu, daß andere ihre Meinung äußern. Sie werden eine neue Version geben, aber möglicherweise wird das wieder eine offizielle sein. Es muß Polemik geben, Argumente, offene Diskussion. Ich glaube, daß das die Voraussetzung ist, um den Marxismus zu bereichern. Denn für die sozialistische Entwicklung sind in der Zukunft noch viele Seiten marxistischer Theorie zu schreiben, sehr viele. Es gibt noch ein großes Vakuum, und ich glaube, daß ein breites Spektrum verschiedenartiger Ideen etwas Positives ist, auch wenn andere dagegen halten, daß dies die Spaltung und Fraktionierung fördert. Ich glaube, daß in einer Zeit der Suche nach einem historischen Weg viele Köpfe und viele Ideen etwas Positives sind und daß sich so die gangbarsten Alternativen herausbilden.

Hat die sowjetische Regierung bisher auf Ihre Forderung reagiert?

Nein, aber man gab uns die Zusicherung in der sowjetischen Botschaft, daß wir eine Antwort bekämen, eine offizielle Antwort natürlich. Es ist wahrscheinlich, daß die juristische Rehabilitierung in nächster Zukunft durchgeführt wird.

Konkret 11/88, S. 34

Rainer Rilling; Paul Schäfer

Vom Wachsen der Waffenwelt

Genaues weiß man nicht, aber man hat so irgendwie den Eindruck, daß nun endlich die Abrüstung weltweit begonnen hat. Mit großem Brimborium werden Trägerraketen der Pershing 11 und Cruise Missiles abtransportiert und zersägt. Wer will da wissen, daß die Sprengköpfe samt und sonders auf neue Waffensysteme montiert werden

Zweifellos: Die Situation ist da, und sie war noch nie so prächtig wie heute.

Da werden Raketen in Schrottpressen zerquetscht, in die Luft gejagt, im Weltraum abgelegt. Inspektoren geben sich in Moskau und Washington die Klinke in die Hand. Ein schwäbisches Unternehmen versucht sich daran, die Raketenuntergestelle der russischen SS-20 mit Autokränen auszustatten – Konversion à la carte. Die Nato schafft Atombomben aus Europa. Daten über Atomtests werden ausgetauscht. Die Kriege im Golf, in Afghanistan und im südlichen Afrika gehen zu Ende – schon wird darüber spekuliert, daß regionale, mit großem konventionellen Einsatz geführte Kriege in der Dritten Welt nicht mehr gewonnen werden können und damit militärisch sinnlos werden. Noch nie war die Zahl der Kriegsdienstverweigerer so hoch wie dieses Jahr. Die Rüstungsbudgets stagnieren, Projekte werden gekappt. Während für die »Deutsche Volkszeitung« das SDI-Projekt »in der Wüste verrottet«, ist es für die »Kommune« schon »tot«. Frau Noelle-Neumann notiert zähneknirschend, daß nur noch 6 Prozent der Deutschen (West) an die »Gefahr aus dem Osten« glauben, für 70 Prozent ist Gorbatschow der populärste Politiker geworden. Sogar Reagan redet nicht mehr so.

Alles paletti also: Der Frieden ist ausgebrochen.

Fragt sich, wohin. In deutschen Landen lagern weiterhin die meisten der rund 4000 amerikanischen Atomwaffen in Europa. Nirgendwo sonst auf der Erde gibt es eine ähnlich dichte Konzentration. Die Nato verfügt weiterhin über mehr als 3000 nuklearfähige Kurzstreckenraketen und Gefechtsfeldwaffen unterhalb einer Reichweite von 500 km und über 4000 see- und luftgestützte US-Nuklearwaffen längerer Reichweite – ohne französische und britische Systeme. Zwei Drittel der hierzulande lagernden Atomwaffen haben eine Reichweite unter 25 Kilometern und können beim besten Willen nicht das eigene Land schützen, sondern es nur vernichten. Doch nicht genug damit: Eine neue Aufrüstungsrunde wird nicht bloß eingeläutet – sie ist bereits in Gang.

Sie heißt, es hat sich herumgesprochen, nicht *Nachrüstung* sondern *Modernisierung.* Und sie macht Sinn – auch wenn abgerüstet wird.

Der Widerspruch ist offensichtlich: Den politischen Fortschritten in den Ost-West-Beziehungen steht die kaum gebremste qualitative Rüstungsdynamik gegenüber. Nach der Verschrottung der landgestützten Mittelstreckenraketen sind weitere Durchbrüche bei der strategischen Rüstung nicht auszuschließen; ein sog. START-Abkommen würde die Legitimationsbasis für weitere Hochrüstung erheblich schmälern. Erstmal stehen Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa ins Haus, bei denen die Nato-Militärs in Zugzwänge geraten – dank der Flexibilität der UdSSR. Kurz: Die Bedeutung des militärischen Faktors im internationalen Geschehen sinkt. Die USA und die UdSSR haben sich beim Ringen um Hegemonialpositionen – wie unterschiedlich die Motive und Ursachen auch sein mögen – übernommen. Ihren relativen Niedergang versuchen Teile ihrer Führungsgruppen durch ein Krisenmanagement abzudämpfen oder aufzuhalten, das dem militärischen Faktor eine mindere Rolle zuweist. Dieser Tendenz steht eine Rüstungsdynamik gegenüber, die den positiven Prozeß zu untergraben droht. Zwar sind da die Verhandlungen über die Halbierung der strategischen Rüstung, auf die sich große Hoffnungen richten – doch gemach. Von einer »Halbierung« kann nicht die Rede sein.

Da die seegestützten Marschflugkörper nicht unter die START-Obergrenzen fallen werden und die Bomber – obwohl sie mehrere Bomben tragen können – mit lediglich je einem Sprengkopf angerechnet werden, dürfte die wirkliche Reduzierung zwischen 30 und 40 Prozent der jeweiligen Arsenale liegen. Die gegenwärtig angestrebte Erneuerung der Nukleararmada kann weitgehend innerhalb der anvisierten START-Grenzen stattfinden. Die Erhöhung der Zielgenauigkeit macht die Verringerung der Raketenanzahl möglich. Wenn die START-Abrüstung kommt, gibt es bedeutend weniger Ziele, die im Falle eines nuklearen Präventions- oder Präemptivschlages aus dem Wege zu räumen wären. Die »Halbierung« der Offensivwaffen und eine vorwiegend bodengestützte Luftverteidigung, die Punktziele, wie etwa die eigenen Raketensilos, schützen kann, also START und SDI – das wäre vielleicht eine feine Sache.

Counter Force

In den achtziger Jahren hat sich der endgültige Übergang der Nuklearpotentiale zu counter-force-Eigenschaften vollzogen. Waffen sind gegen Waffen gerichtet – ohne damit die ZivilbevOlkerung im Falle eines Einsatzes zu verschonen. Counter-force-Strategien wurden bereits länger verfolgt. Einen konzentrierten Ausdruck fanden sie in der sog. Schlesinger-Doktrin 1974, die »selektive, nukleare Optionen« vorsah. Aber erst die Erhöhung der Zielgenauigkeit der Raketen und der

Eindringfähigkeit der Sprengköpfe in gehärtete Ziele schafften die materielle Grundlage für ihre Umsetzung. Hinzu kommt gegenwärtig – über neue Ortungs-, Lenkungs- und Kommunikationssysteme vermittelt – die Befähigung der Einsatzmittel auf See zur präzisen Bekämpfung relevanter militärischer Ziele auf der Gegenseite. Mitte der neunziger Jahre wird das Atomwaffenpotential der USA fast völlig auf counter-force ausgerichtet sein. Dazu gehören insbesondere die MX-Raketen und die Interkontinentalraketen auf den Trident-U-Booten (Trident D5). Durch die Ersetzung bzw. Ausmusterung der früheren Waffengeneration durch »effektivere«, präzisere Raketen ist eine erhebliche Reduzierung der Trägermittel und der Sprengkopfarsenale möglich. Die counter-force-Armada müßte auch unter dem sich abzeichnenden Begrenzungsrahmen eines START-Abkommens kaum abgespeckt werden.

Ein zweiter Trend betrifft Entwicklungen in der Sprengkopftechnologie. An einem breiten Spektrum neuer Gefechtskopftypen wird gearbeitet. Eine Gruppe umfaßt solche, die in der Lage sind, gehärtete Ziele wie Raketensilos und Kommandobunker zu attackieren (earth-penetrating warheads). In der Gruppe der sog. Sprengköpfe der Dritten Generation geht es um die Herbeiführung zielgerichteter Effekte: Musterbeispiel ist nach wie vor die Neutronenbombe. Der Zweck dieser neuen Waffen ist klar: Verstärkung gewünschter Zerstörungseffekte, Minimierung unerwünschter Schäden (der sog. Kollateralschäden). Die Abschreckung soll »glaubwürdiger« gemacht werden – durch Waffen, die einsetzbar erscheinen, ohne daß man mit apokalyptischen Wirkungen wie dem »nuklearen Winter« rechnen muß.

Wunderwaffenträume

Noch in diesem Monat soll in den USA die neue Wunderwaffe der Air Force präsentiert werden: der »unsichtbare Bomber«. Das Unternehmen Tarnkappe war in den vergangenen Jahren das geheimste Programm der Reagan-Administration. Im nächsten Jahrzehnt wird eine große Kategorie von Waffen mit »Stealth-Eigenschaften« versehen werden. Neben dem Bomber soll ein Advanced Tactical Fighter in den neunziger Jahren gebaut und disloziert werden. Auch Schiffe sollen die gegnerische Radarortung unterlaufen. Von dem Wunderbomber B 2, der 12000 km weit fliegen kann, sollen 132 Exemplare beschafft werden.

Damit diese Systeme vom Bildschirm verschwinden, müssen ihre Erkennungsmerkmale zum »Verschwinden« gebracht werden: Metall und ausgeprägte Konturen, Geräuschentwicklung der Düsen, Wärmeabstrahlung, elektronische Abstrahlung des Bordradars etc. Man verwendet deshalb beim Bau der Stealth-Flugzeuge besondere Verbundwerkstoffe mit Kohlenstoffasern, entfernt bei der Konstruktion Ecken und Kanten, tauscht Radargeräte gegen Lagersysteme und benutzt zur Kaschierung der Wärmeabstrahlung isolierende Verkleidungen und aktive Kühlung. Doch nicht nur die Flugkörper sollen versteckt werden, auch die von ihnen abzufeuernden Marschflugkörper möchte man vor gegnerischer Radarerfassung verbergen. Geht es mit SDI darum, die gegnerischen Offensivwaffen obsolet werden zu lassen, so sollen mit Stealth die gegnerischen Defensivwaffen unwirksam gemacht werden. Natürlich wird hier die Gegenseite zu Präemptivangriffen herausgefordert.

Hier wird wieder einmal der kaputte Traum von der alles erledigenden *Wunderwaffe* geträumt. Und wie alle Wunderwaffen wirken auch die Stealth-Systeme zuerst auf dem Feld der Propaganda. Festzuhalten ist, daß es unsichtbare Flugzeuge *nicht* geben wird. Das Stealth-Konzept ist voller Widersprüche. Der großflächige B-2-Bomber, auf Angriffe im Tiefflug optimiert, wird von oben – durch AWACS-Aufklärungsflugzeuge oder Satelliten – erfaßt werden können. Warum ist für den B-2 Bomber ein »gewichtiges« Defensivradar – das die gegnerische Abwehr stören, bzw. täuschen soll – vorgesehen, wenn das Ding nicht mehr auf dem Bildschirm zu sehen sein soll? Muß der Pilot nicht, dem Stealth-Prinzip widersprechend, zwecks Zielfindung mit seiner Leitstelle Funkkontakt aufnehmen? Um die nötigen Flugeigenschaften von Jagd- und Aufklärungsflugzeugen sichern zu können, müssen bei deren Bau Kompromisse eingegangen werden, die ihre Ortung wieder erleichtern. Was ist, wenn es gelingt, die Möglichkeiten der Radarortung weiter zu verbessern?

Schon lange gibt es einen Wettlauf zwischen Stealth und Radar – ein neues Kapitel in der Geschichte des aberwitzigen Wettrüstens? Warum also trotz dieser Ungereimtheiten wird das Projekt energisch weiterverfolgt?

l. Die Firma Northrop verdient irrsinnig. Das Finanzvolumen allein des B-2 Bombers wird mit 70 Milliarden Dollar veranschlagt. Der größte Batzen, der jemals für ein einzelnes Rüstungsprojekt ausgegeben wurde.

2. Die stärkere Gewichtung der Bomber könnte unter dem Regime eines START-Abkommens – Bomberzuladungen (mit Ausnahme von Marschflugkörpern) werden als eine Einheit gezählt – eine Erhöhung der Sprengkopfanzahl über die nominell vereinbarte Obergrenze möglich machen.

3. Es bleibt die Hoffnung, mit den neuen Eindringflugzeugen die ständig wachsende Anzahl mobiler Raketenziele im Hinterland des Gegners wirkungsvoll bekämpfen zu können.

4. Richard deLauer, lange Jahre im Pentagon für Forschung und Entwicklung zuständig, versprach sich von der Ausschaltung der sowjetischen Luftabwehr die Verschiebung der strategischen Bilanz zugunsten des Westens. Auf alle Fälle wäre es für die kränkelnde sowjetische Wirtschaft reichlich belastend, müßte sie in diesem Rüstungswettbewerb mithalten. Ökonomische Kriegsführung, wie gehabt.

Der europäische Kriegsschauplatz: Anpassung in die Tiefe des Raums

Auch hierzulande soll's munter vorangehen. Zur Erinnerung: Die doppelte Nullösung des INF-Vertrages bringt die weltweite Vernichtung von etwa 3 Prozent der nuklearen Massenvernichtungswaffen. Zu dieser 3 Prozent-Lösung stellte Nato-Chef Wörner noch vor Vertragsabschluß (am 14.7.1987) bei der Konrad-Adenauer-Stiftung klar: »Die Option der vorbedachten Eskalation, also die Androhung des selektiven Einsatzes nuklearer Waffen unterhalb der strategischen Ebene, ist zwar durch die rüstungskontrollpolitischen Entwicklungen in ihrer Durchführung erschwert, keinesfalls aber beseitigt worden. Sie muß den neuen Bedingungen angepaßt werden. Dabei muß eines klar sein: Das, was an Systemen mit Reichweiten über 500 km weggegeben wurde, kann und darf nicht mit Systemen unter 500 km Reichweite kompensiert werden. Vielmehr gilt es, durch Modernisierung luft- und seegestützter Systeme Optionen in die Tiefe des Warschauer Paktes hinein unter Einschluß des Gebietes der Sowjetunion aufrechtzuerhalten.« Und Staatssekretär Lothar Rühl schob nach, daß der einschlägige Nato-Beschluß von Montebello (1983) »eine tendenzielle Verlagerung auf größere Reichweiten der Waffen vorsieht, um das Gefechtsfeld von nuklearen Optionen zu entlasten, um tiefer in den Raum des Angreifers zu wirken und um auch militärische Ziele in der westlichen Sowjetunion mit in Europa stationierten Nato-Kernwaffen abdecken zu können«.

Die Aufgabe war gestellt, die Nato ging ans Werk. Auf der Münchner Wehrkunde-Tagung im Februar 1988 konkretisierte der US-Verteidigungsminister Carlucci das Modernisierungskonzept: »Auch in der Nach-INF-Ära können wir die in Europa stationierten Nuklearsysteme nicht vernachlässigen. Es ist unsere Aufgabe, das geplante Modernisierungsprogramm für diese Systeme durchzuführen und ihre Überlebensfähigkeit zu verbessern. (...) Modernisierungsprogramme von hohem Vorrang für die Nato sind unter anderem: ein Nachfolger für die 'Lance'-Boden-Boden-Rakete, die Entwicklung einer taktischen Standoff Luft-Boden-Rakete; und die Modernisierung der nuklearen Artillerie der Nato, Flugzeuge mit konventioneller sowie nuklearer Kapazität und Atombomben.« Makabre Pointe: Die Sprengköpfe der zu verschrottenden Pershing und der Marschflugkörper sollen nach Europa zurückkehren – modernes Rüstungsrecycling .

Schon bei den Hearings des US-Senats über den Vertrag zur Abschaffung der landgestützten Mittelstreckenraketen ließ der Nato-Oberkommandierende Galvin wissen, daß die US-Air Force bereits eine taktische Luft-Boden-Rakete habe (Short Range Attack Missile II – SRAM) – ein sogenannter Abstandsflugkörper also, der von Flugzeugen aus abgefeuert werden kann, bisher jedoch nur auf schweren Bombern (B-52, B- I) mitgeführt werden konnte. Die neue Rakete, kleiner als ihr Vorgängermodell, dafür reichweitengesteigert und dreimal präziser, ist besonders gedacht als Waffe gegen mobile sowjetische Ziele. Mit ihrer Einsatzbereitschaft wird ab 1994/95 gerechnet. Die Air Force plant die Beschaffung von 1633 Raketen zum Preis von 2,7 Milliarden Dollar. Wieviele davon in Europa und speziell der Bundesrepublik stationiert werden sollen, ist noch nicht bekannt. Galvin vertraute Reportern an, daß als Trägermittel die F-16 und die Tornado-Flugzeuge in Betracht gezogen würden. Ihre Reichweite soll zwischen 250 und 400 Kilometern liegen. Das heißt im Klartext: TORNADO (Reichweite = 1200 km) + Abstandswaffe (Reichweite = 300 km) = *Reichweite der abgezogenen Cruise Missiles.*

Aus amerikanischen Kongreßunterlagen geht hervor, daß am Umbau der CM-Sprengköpfe für die neue Rakete bereits gearbeitet wird. Das Ganze ist ein Kompensationsgeschäft: Die Beschränkungen des INF-Abkommens werden umgangen und man läßt das wertvolle Gerät nicht verkommen, sondern konvertiert es. Der Deal soll Mitte der 90er Jahre stattfinden. Dregger, der in Washington ja die Bestückung der deutschen Tornados mit US-Nuklearraketen angeregt hatte, würde sehr zufrieden sein.

»Rein zufällig« neue Atomraketen

Mitte der 90er-Jahre sollen die LANCE-Boden-Boden-Raketen, die überwiegend der US-Army gehören, ausgemustert werden. Von 88 Raketenstellungen können derzeit etwa 2000 Raketen abgefeuert werden; etwa 700 davon sind mit nuklearen Sprengköpfen bestückt. Sie reichen etwa 120 km weit. Der erste Nachfolgekandidat für dieses System (Follow-On To Lance – FOTL) heißt ATACMS. Das »Army Tactical Missile System« soll über eine Reichweite von fast 500 km verfügen und von dem Mehrfachraketenwerfer MLRS verschossen werden. Mit der Reichweitensteigerung, den wesentlich »effektiveren« Sprengköpfen und verbesserten elektronischen Führungssystemen handelt es sich faktisch um *eine neue Waffe* – das Gerede von der »Modernisierung« ist nichts als Schwindel. Vom konventionellen ATACMS schwärmte der Army-Projektleiter Colonel Kunhart bereits: »Dieses System ist dabei uns zu erlauben, jeden konventionellen Konflikt, dem sich die USA in der Zukunft gegenübersehen, maßgeblich zu beeinflussen und – nach meiner Überzeugung – zu gewinnen«.

Während das achtzehnmonatige Testprogramm im April begonnen hat, errichtet die zuständige Firma LTV bereits eifrig Fabrikgebäude in El Paso (New Mexico). Es versteht sich, daß für diese neuen Raketen die besten Sprengköpfe gerade gut genug sind. In einem Hearing des zuständigen Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses über den Etat des Energieministeriums sagten die Experten auf die Frage nach der Wiederverwendbarkeit der Pershing II und Cruise Missile-Sprengköpfe: »Was die Sache für das Department of Energy attraktiv macht, ist, daß diese Sprengköpfe die modernsten Waffen darstellen, die wir gegenwärtig im Arsenal haben (...) Wenn wir eine Anwendung für sie finden können, wäre es –

so denke ich – eine kluge Sache, es zu tun« (Mr. Wade). »Die Air Force nimmt die Köpfe der gegenwärtig landgestützten Cruise Missiles und erwägt, sie auf die taktischen Luft-Boden-Raketen zu setzen (...) Rein zufällig löst das unser Problem, drei Geschwader auszurüsten« (General Kavanaugh). Auch Galvin ließ wissen, daß für die ATACMS gegebenenfalls die Pershing-Sprengköpfe benutzt werden sollten, schließlich handele es sich um die modernsten Systeme der Nato.

Ursprünglich sollte ATACMS nur einen konventionellen Sprengkopf bekommen; mittlerweile hat der US-Kongreß Mittel für die Entwicklung eines nuklearen Gefechtskopfes freigegeben (1989 etwa 7 Mio. Dollar). Die USA planen gegenwärtig die Anschaffung von 681 MLRS-Abschußgeräten bis 1994. Etwa 300 sind bereits in der Bundesrepublik stationiert. Die Bundeswehr hat 198 Systeme geordert, Großbritannien 57, Frankreich 55, Italien 20, die Niederlande 22. Es ist noch unklar, wie viele der Raketenwerfer nuklear armiert werden sollen. Im Prinzip könnten pro System zwei ATACMS verschossen werden. General Galvin rechnet mit Entscheidungen der Nuklearen Planungsgruppe der Nato über die Stationierung der LANCE-Nachfolge in »ein bis zwei Jahren«. Die Bundesregierung redet davon, daß gegenwärtig kein Entscheidungsbedarf bestehe. Es ist offensichtlich, worauf sie hinauswill. Der nächste Bundestagswahlkampf soll erst über die Bühne gebracht werden.

Unterwegs ist auch die »Modernisierung« der nuklearen Artillerie in Europa. Für die 203mm-Haubitzen der US-Army sind seit 1981 zwei neue Gefechtsköpfe entwickelt worden: W79-1 und W79-0. Der eine ist bisher in Europa nicht eingeführt – es ist die sog. Neutronenwaffe (Enhanced Radiation Weapon). Der andere ist zumindest umwandlungsfähig. Es würde also keine Schwierigkeit bereiten, die entsprechenden Geschosse im Krisenfall hier zu stationieren. Für die 155mm-Artillerie sollen ab 1989 neue Sprengköpfe gebaut und hier disloziert werden. Insgesamt werden dann über 600 neue Gefechtsköpfe hier zur Verfügung stehen. Der US-Kongreß hat die Gesamtzahl der Artilleriegeschosse auf 925 begrenzt. Carlucci, Galvin und Co. setzen derzeit alles daran, diese Beschränkung wieder aufzuheben. Von einem Einwand der Bundesregierung gegen diese Effektivierung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen ist nichts bekannt.

Strukturelle Angriffsfähigkeit?

Bei der Umsetzung der FOFA-Strategie der Nato werden MLRS und ATACMS eine zentrale Rolle spielen. »Der Mehrfachraketenwerfer (MLRS) ist ein Schlüsselelement von Follow-on Forces Attack (...) MLRS wird komplementiert werden durch die Entwicklung des taktischen Raketensystems der Army (ATAMCS)«, erklärte auf einem Senatshearing Ende Januar/Anfang Februar 1988 General Galvin. Die Prioritäten hatte schon wenige Tage zuvor der US-Verteidigungsminister Frank Carlucci in seinem Bericht an den Kongreß festgeklopft: »Eine moderne Follow-on Forces Attack-Fähigkeit zu erreichen, ergänzt durch vitale offensive und defensive Luftstreitkräfte (counter-air forces) (...) muß vorrangige Angelegenheit bleiben.«

Die Schlüsselsysteme für diese Stärkung der Nato-Vorwärtsverteidigung durch »vitale, offensive und defensive Luftstreitkräfte« sind ROLAND/PATRIOT, TORNADO, Jäger 90, MLRS/ATACMS. Das Jagdflugzeug für das nächste Jahrhundert soll u. a. dem Tornado den Weg für seine zerstörerischen Missionen freihalten. Ziemlich unerfindlich daher, wenn die SPD-Bundestagsfraktion den Jäger aus finanziellen Gründen ablehnt, ihn aber für vereinbar mit der »Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit« hält. Es liegt auf der Hand, daß doppelt verwendungsfähige Systeme ein Haupthindernis für die beginnenden konventionellen Abrüstungsverhandlungen sein werden. Schon hat Carlucci klargestellt, daß man sich nicht von Abrüstungsverhandlungen abhängig machen dürfe: »Im Laufe dieser Verhandlungen müssen unsere doppelt-verwendungsfähigen Systeme und die entscheidenden konventionellen Waffen angemessen verteidigt werden. Wie im Falle von START, dürfen wir unsere Pläne nicht von der Rüstungskontrolle abhängig machen.« Da sage noch einer, Militärpolitiker seien nicht lernfähig. Die Kritik der Konservativen am INF-Abkommen war ja, daß man sich mit der Koppelung von Aufrüstung und Rüstungskontrollverhandlungen im Nato-Beschluß selbst aufs Kreuz gelegt habe. Dieser Fehler soll nicht wieder vorkommen. Galvin hat Entscheidungen innerhalb des nächsten oder des übernächsten Jahres angekündigt.

Immerhin: Auch ein amputiertes START-Abkommen böte erstmals die Basis für einen wirklich nennenswerten Einschnitt. Ein erfolgreicher START-Abschluß würde den Legitimationsdruck auf die Rüstungspolitiker erheblich erhöhen. Die Akzeptanz einer konfrontativen Politik der Stärke würde weiter zurückgehen. Trotz der Fortschritte in der Robotik und der Automatisierung des Gefechtsfeldes – Kriege werden immer noch von Menschen vorbereitet. Und bei den Menschen haben die Herren im Lametta schon heute ein ziemlich schlechtes Blatt.

Konkret 11/88, S. 38

Oliver Tolmein

»Soldaten in der Stadt«

Der Staat ist sauer. Trotz des Einsatzes von 8.500 Polizisten wurde Westberlin zur Stadt nicht der Weltbanker, sondern des Protestes gegen sie. Schuld daran war eine spontane Koalition, mit der niemand gerechnet hatte

Donnerstag, den 29.9., Spätnachmittag, die Weltbanker hatten den Weg zurück in ihre Kapitalzentralen bereits angetreten, zeigten die Sondereinsatzkommandos der Polizei, wozu sie willens und in der Lage sind, wenn sie nur gelassen werden: »Knüppel frei«. Mit gezielter Brutalität wurden die am Anfang der »Internationalistischen Demonstration« des autonomen und antiimperialistischen Spektrums laufenden TransparentträgerInnen eingekreist, zusammengeschlagen und in die bereitstehenden Wannen gezerrt. Lag eine Frau am Boden, gruppierte sich sofort ein Kordon Polizei um sie herum, damit die FotografInnen und Kameraleute die weiteren Mißhandlungen nicht mehr beobachten konnten.

Aber die überfallartigen Einsätze der Sonderkommandos blieben auch am Donnerstag nicht mehr als ein, wenngleich hochgradig gewalttätiges, Intermezzo: Nach anderthalbstündigem Hin und Her, kurzen Attacken und entschlossener Gegenwehr konnten sich die 8.000, die den radikalen Kern der IWF-GegnerInnen darstellten, in Bewegung setzen. Damit war es dem Westberliner Senat und der Polizeiführung auch am letzten Tag der knapp eine Woche dauernden Kampagne gegen die IWF- und Weltbank-Tagung in Westberlin nicht gelungen, sich aus der politischen Defensive in die militärische Offensive zu retten.

Zwar herrschte, wie schon lange vorher erwartet, in der letzten Septemberwoche der Ausnahmezustand in Westberlin – aber die Regeln hatte das oppositionelle Spektrum außer Kraft gesetzt: Ob die Räder auf dem Ku'Damm stillstanden oder nicht, ob die Nachtruhe der in den Nobelhotels schlummernden Finanzelite gewahrt blieb und was für ein Transparent an der kurzzeitig besetzten Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche hochgezogen wurde, lag nicht im Ermessen der knapp 9.000 eingesetzten PolizistInnen. Der am Dienstag plötzlich vor dem ansonsten weiträumig abgesperrten Internationalen Congreß Centrum auftauchenden RadfahrerInnen-Demonstration hatten die Ordnungskräfte wenig mehr als hektisches Wannengekurve entgegenzusetzen. Siemens verlegte am Montag seinen Schichtwechsel um zwei Stunden, damit die ArbeiterInnen ja nicht an der Anti-Siemens-Kundgebung der Anti-AKW-Initiativen teilnehmen konnten. Und als am Flughafen Tegel eine »Begrüßungsaktion« für dort ankommende Banker angesetzt wurde, mußten die Sicherheitskräfte mehrere Tage lang das gesamte Areal absperren. Fast eine Woche lang konfrontierten tausende IWF-GegnerInnen die BewohnerInnen der ganzen Stadt mit ihren Parolen: auf Kundgebungen, anläßlich von Happenings, wie der Enthüllung eines »Gedenksteins für die Opfer der Freiheit des Geldes«, und in einer eigens für diese Woche in 50.000er Auflage verbreiteten »täglichen Massenzeitung gegen IWF und Weltbank«, dem »Zahltag«.

Knapp ein Jahr nach den tödlichen Schüssen an der Startbahn-West zeigte sich, daß der politische Schock und die damals ausgelöste Repressionswelle die radikale Opposition zwar geschwächt, aber doch nicht, wie zehn Jahre zuvor der »Deutsche Herbst«, handlungsunfähig gemacht hatte.

Daß dieser flächendeckende Protest durchsetzbar war und die Öffentlichkeit auch mit seinen Inhalten erreichte, hat die in der Anti-IWF-Kampagne Aktiven selbst am meisten überrascht: Nachdem es im Vorfeld kaum zu einer gemeinsamen Planung gekommen war, Bündnisse jeweils auf das reformerische bzw. militante Spektrum beschränkt blieben (KONKRET 9/88), befürchteten viele, die Opposition werde gerade bei den Aktionstagen in die vom Staat aufgestellte Gewaltfalle tappen. Als dann noch termingerecht eine Polizeipistole als gestohlen gemeldet und ein Anschlag auf den Finanzstaatssekretär Tietmeyer in Zusammenhang mit der IWF-Tagung gebracht wurden, schienen sich die schlimmsten Erwartungen zu bestätigen. Hausdurchsuchungen in Westberlin und einigen westdeutschen Großstädten sowie ein 129a-Verfahren, das gegen einen Westberliner Autonomen eingeleitet wurde, verstärkten diesen Eindruck.

Statt des erwarteten Showdown gab es am Samstag anläßlich der ersten Straßenaktionen aber erst einmal unerwarteten Auftrieb. Eine Trommel-Aktion des »Büros für ungewöhnliche Maßnahmen« auf dem Breitscheidplatz, mitten in der City, war zwar verboten – als die Uniformierten aber versuchten, die Versammlung aufzulösen, brach der Volkszorn über sie herein. Die Menge aus aufgebrachten TouristInnen, verärgerten PassantInnen, nach action gierenden Kids, den guttrainierten TrommlerInnen und etlichen hundert IWF-GegnerInnen stellte die Polizeitruppe vor eine nicht zu lösende Aufgabe: Das weltoffene Image der »Kulturhauptstadt Europas« sollte nicht beschädigt, das gerichtlich bestätigte Verbot aber durchgesetzt werden. Beides mißlang: Der Einsatz war nicht massiv genug, die von der Menge geschützten TrommlerInnen am Spielen zu hindern, aber doch so hart, daß Presse und PassantInnen einhellig empört zurückblieben. »Trommeln in der Nacht« wurde nach diesem Anfangserfolg Maßstab, Beispiel und Ausgangspunkt für die weiteren Aktionen auf der Straße.

Abend für Abend sammelten sich von da an zwei- bis dreitausend Menschen, um vom Breitscheidplatz aus mit spontanen Demonstrationen und vorher geplanten Kundgebungen die Innenstadt in Besitz zu nehmen. Die Treffen am

Breitscheidplatz erwiesen sich faktisch als Vorverlegung der Aktionstage, die eigentlich erst am Montag beginnen sollten. Dadurch wurde die trotz zaghafter Annäherungsversuche im Vorfeld säuberlich aufrechterhaltene Trennung der vom Reformspektrum konzipierten und aufs Wochenende terminierten Aktivitäten (wie dem Gegenkongreß und der Großdemonstration am Sonntag) von den in der Planung von autonomen Gruppen dominierten Vorhaben bereits im ersten Anlauf aufgehoben.

»Trommeln in der Nacht« wurde unerwartet zum Kernstück der auch militantere Widerstandsformen (etliche Bankfilialen und Bankerautos wurden demoliert) einbeziehenden Aktionstage, weil dabei mehrere Elemente, aus denen sich der Erfolg der Anti-IWF-Kampagne insgesamt zusammensetzt, im Ensemble zum Tragen kamen: Die Innenstadt als Ort der Treffen garantierte die Öffentlichkeit, die Aktionsform (Trommeln und Straßentheater) schaffte Sympathien und lud zum Mitmachen ein, der Happening-Charakter der Aktionen und die damit verbundene Resonanz in einem überaus breiten Spektrum verhinderte, daß die Polizei einzelne Gruppen isolieren und dann attackieren konnte.

Deswegen kam es zu den zahlreichen Festnahmen in der Innenstadt meist erst gegen Mitternacht, wenn sich die Menge zerstreut hatte. »Unsere Kundgebungen, Demos und Aktionen wurden lange und sorgfältig inhaltlich vorbereitet. Trotzdem (oder vielleicht auch gerade deshalb) blieben wir während dieser Aktionen ziemlich unter uns. Der wesentliche Auslöser von Massenwiderstand, das 'Trommeln' auf dem Breitscheidplatz, gehörte gar nicht zum autonomen Aktionsprogramm. Erst die Unbekümmertheit einiger hundert oder tausend Menschen auf dem Breitscheidplatz, die gar nicht zu unserem 'Spektrum' gehörten, relativierte die Überschätzung des Repressionsapparates und riß viele Autonome und Antiimps mit«, gesteht dann auch irritiert ein erstes Einschätzungspapier im Westberliner Zirkularium »Intersport – offizielle Meinungslieferantin der westberliner Anti-IWF/WB-Spiele 88«. Und im »Informationsdienst El Salvador« (IDES) wird, bei aller Zufriedenheit über den politischen Erfolg insgesamt, ein selbstkritisches Resumée gezogen: »Wir Autonome mußten gerade in diesen Aktionstagen lernen, wie blödsinnig es gewesen war, die Reformer abzutun als Leute, mit denen wir nie etwas zu tun haben wollten, weil sie einfach für uns Revolutionäre zu wenig revolutionär sind. Die Aktionstage, ursprünglich die Idee der Autonomen in der Widerstandsplanung gegen den Kongreß der Schweine, wurden zu einem Großteil getragen von den Reformern.«

Während die ReformerInnen so den Aktionstagen, die es andererseits ohne die Autonomen nicht gegeben hätte, zum Erfolg verhalfen, prägten die radikalen Kräfte zu einem erheblichen Teil die vom gemäßigten Spektrum organisierte internationalistische Großdemonstration am Sonntag. Die malerischsten Transparente, die in den Nachrichtensendungen zitierten radikalen Parolen und etliche Tausend der insgesamt 80.000 auf die Straße gegangenen Menschen kamen aus dem politischen Spektrum, das wegen politischer Einwände gegen den Demonstrationsaufruf offiziell dort garnicht vorhanden war. Und auch der Gegenkongreß der Reformer hätte ohne Beteiligung des radikalen Spektrums kaum 4.000 TeilnehmerInnen (erwartet worden waren 1.500) verbuchen können. In den verschiedenen Foren fanden sich dafür VertreterInnen nur gemäßigt IWF-kritischer Positionen, wie der Hamburger Ökonom Rainer Tetzlaff, in der Minderheit und mußten scharfe Kritik und sogar Pfiffe einkassieren, als sie feststellten, ein Arrangement mit der Weltbank sei notwendig, da sich kein »revolutionäres Subjekt« in Sicht befinde. Auch die vom Gegenkongreß verabschiedete »Westberliner Erklärung« setzt andere, radikalere Akzente als der vorher formulierte Aufruftext. Der wegen seiner Schwammigkeit viel kritisierte Begriff der »gerechten Weltwirtschaftsordnung« taucht gar nicht auf, stattdessen wird betont, daß die Verelendung der Länder der »Dritten Welt« nur durch das Brechen der »Hegemonie der imperialistischen Zentren USA, EG und Japan« beendet werden kann. Die geforderte »globale, umfassende und sofortige Schuldenstreichung«, auch das ist eine Akzentverschiebung gegenüber dem Aufruftext, biete keine Lösung, schaffe aber den für eine antikapitalistische Umwälzung notwendigen »Handlungsspielraum für die Oppositionsbewegungen dort«. Betont wird auch die Notwendigkeit für die westdeutsche Solidaritätsbewegung, den Kampf im eigenen Land, das eine der führenden neokolonialen Mächte ist, zu führen.

Der Erfolg der Anti-IWF-Kampagne – das wird beim Blick auf dessen zentrale Ereignisse deutlich – ist zumindest über weite Strecken ein paradoxer: Er entspricht nicht der Logik, nach der einzelne Fraktionen der Bewegung im Vorfeld agiert haben, sondern widerspricht ihr. Erklärbar ist er nur durch das Zusammenspiel der Kräfte: die Radikalität des autonomen Spektrums und dessen Interesse, die internationale Solidarität durch den Widerstand gegen Ausbeutungsstrukturen und -symbole hierzulande deutlich zu machen; das Ziel des Trägerkreises der Großdemonstration, ein unübersehbares Signal für die massenhafte Opposition zu setzen; der weitgehende Verzicht des militanten Spektrums auf beliebige »direkte Aktionen«; der Verzicht vor allem der Alternativen Liste (AL) auf Distanzierungen sowie eine von allen Spektren gut organisierte und höchst effizient arbeitende Informations- und Anti-Repressions-Struktur.

In einer aktuellen Stunde des Bundestages über die Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit während der IWF- und Weltbanktagung brachte der CSU-Abgeordnete Zeitlmann die geistige Haltung, die die IWF-Vorplanung des Sicherheitsapparats geprägt hatte, markant zum Ausdruck: Der »Mordanschlag auf Finanzstaatssekretär Tietmeyer« und das Ziel der Autonomen, den IWF-Kongreß zu verhindern, habe eine »prickelnde Bedrohungssituation« geschaffen, in der nur noch eines helfen konnte: »Wir hatten 8.500 Soldaten in der Stadt, um Leib und Leben der 12.000 Banker zu

schützen«. Auch der CDU-Abgeordnete Joachim Kalisch beschwor mit großen Gesten und Worten das »wochenlange Trommelfeuer«, das auf die Stadt abgefeuert worden sei.

Die rechte Unionsführungsriege schürt den Bürgerkrieg. Daß ihre Polizeitruppen angesichts der internationalen Öffentlichkeit in Westberlin zurückgehalten wurden, ändert am dahinterstehenden politischen Interesse nichts. Einzelne der zahllosen Einsätze, zumeist die, die von der Öffentlichkeit nicht beobachtet wurden, warfen ein Schlaglicht auf die innere Verfaßtheit des Apparates: Montagnacht wurden die am Bahnhof Zoo auf IWF-GegnerInnen eindreschenden Polizeitruppen von plötzlich aufgetauchten Neonazis schlagkräftig unterstützt. Besonders rigide wurde während der Aktionstage gegen Frauen vorgegangen: Fünf Fälle sind bekannt geworden, in denen gefangengenommene Frauen unter Anwendung körperlicher Gewalt vollständig nackt ausgezogen wurden. Hemmschwellen, das wurde bei den Einsätzen der verschiedenen SEKs, vor allem aber der bayerischen USK und der Westberliner EbLT, deutlich, sind systematisch herabgesetzt worden – diese Truppen agieren in einem vollständig rechtsfreien Raum.

So erfreulich es ist, daß die zahlreichen Übergriffe der Polizei gegen Kamerateams und Journalisten massiven Protest bis hin zum rechten Flügel der SPD hervorriefen, so problematisch erscheint es, daß weder die Angriffe gegen die Frauen, noch die Zusammenarbeit mit den Neonazis oder die 963 Festnahmen, zu denen es im Verlauf der Aktionstage kam, öffentliche Kritik provoziert haben. Der Gewöhnungsprozeß ist weit fortgeschritten. Die polizeiliche Einschüchterungstaktik, die Drohung mit der Repression, hat zwar bei den IWF-GegnerInnen ihr Ziel verfehlt (die Leute sind trotzdem auf die Straße gegangen); sie deswegen aber als »Normalfall« hinzunehmen, wird schon mittelfristig den politischen Handlungsspielraum erheblich verengen. Daß es hätte sehr viel härter kommen können, darf nicht den Blick dafür trüben, daß in Westberlin, vom Grenzübergang bis in die Innenstadt hinein, tatsächlich Polizeistaat trainiert wurde. Die zahlreichen politischen und taktischen Fehler, die dabei von Seiten der Einsatzleitung gemacht wurden, zeigen zwar, daß die Bullen manchmal dümmer sind, als es die Polizei erlaubt – aber sie werden auch zu lernen wissen.

Daß die Anti-IWF-Kampagne einen »neuen Internationalismus« etablieren könnte, war eine im Vorfeld oft geäußerte Hoffnung. Diese Erwartungen haben sich, zumindest vorerst, nicht erfüllt. Zwar ist es vor allem auf dem Gegenkongreß zum ersten Mal seit vielen Jahren zu einer Diskussion zwischen VertreterInnen sehr unterschiedlicher Gruppen der westdeutschen Linken mit RepräsentantInnen von Bewegungen aus den lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Ländern gekommen – von einer intensiven Aufarbeitung der Defizite in der Internationalismus-Diskussion, und damit von der Auseinandersetzung über eine strategisch gemeinsame Basis für die Solidaritätsarbeit, ist die westdeutsche Linke aber noch weit entfernt.

Welche Bedeutung das weltweite enorme Erstarken des islamischen Fundamentalismus für die Orientierung des Internationalismus hat, wie mit den oft starken nationalistischen Tendenzen in den Befreiungskämpfen umgegangen werden kann, wie die Linke auf die volksfeindliche Entwicklung der nach einem antikolonialen Befreiungskampf an die Macht gekommenen Regierungen, wie sie aktuell beispielsweise in Algerien sichtbar wird, reagieren kann – das sind Fragen, über die eine Verständigung in Westberlin auch nicht ansatzweise stattgefunden hat.

Hier liegt auch eine wesentliche Differenz zur Vietnam-Solidarität der sechziger Jahre. Damals gab es einen klaren, solidarischen Bezug auf den Vietcong und die Einsicht, dessen Befreiungskampf durch den Kampf in den Metropolen unterstützen zu müssen. So ein klarer Bezug existiert heute keineswegs: In Teilen des autonomen Spektrums gibt es eine starke Tendenz, kritische Distanz zu den organisierten Befreiungsbewegungen zu wahren und stattdessen auf spontane Hungerrevolten zu setzen; die Grünen versuchen, ein internationales Netzwerk von Menschenrechtsorganisationen und Öko-Gruppen zu knüpfen, und lassen, zumindest was den Realo-Mainstream angeht, die kämpfenden Befreiungsbewegungen links liegen; Teile der traditionellen Linken blinzeln aktuell etwas ratlos Richtung Sowjetunion, und die revolutionäre Linke beobachtet mangels eigener Masse die Diskussion zumeist nur aus dem Abseits.

Entsprechend zurückhaltend heißt es in der »Westberliner Erklärung«: »Eine strategisch orientierte politische Zusammenarbeit oppositioneller Bewegungen auf internationaler Ebene (ist) möglich und notwendig, um an den zentralen Widersprüchen von Weltherrschaft und Weltwirtschaft anzusetzen«. Der Schritt von der Erkenntnis der Möglichkeit und Notwendigkeit zur Umsetzung muß erst noch getan werden. Ob die Anti-IWF-Kampagne dafür einen wichtigen Impuls geliefert hat, oder ob das internationalistische Engagement in diesem Höhepunkt auch seinen Endpunkt findet und sich einem neuen Konjunktur-Thema zuwendet, muß sich erst noch zeigen.

Konkret 11/88, S. 41

Peter Hetzler

Menschen im hotel

In Hessen wird auf einer verseuchten Wiese der modernste Knast der Republik gebaut Was da höhnisch »Hotelvollzug genannt wird, ist in Wahrheit die perfideste Menschenzurichtungs-Maschine, die Staatspsychologen sich ausdenken konnten

» Wir sollten unsere Gesellschaft so restrukturieren, daß alle von Geburt an trainiert würden, selber zu wollen, was die Gesellschaft von uns fordert.«

(der US-Psychologe James McConnel in seinem Arbeitsbericht »Criminals can be brainwashed«)

Von 1904 bis 1967 ließ die Stadt Darmstadt ihre Abwässer auf einem 230 Hektar großen Gelände der Gemeinde Weiterstadt, einem Vorort von Darmstadt, versickern. Seit den dreißiger Jahren lagerte die Firma Merck im hessischen Ried außerdem HCH, ein Produkt aus der Pflanzenschutzmittelproduktion. HCH ist ein Kontakt-, Freß- und Atmungsgift. Ein Billionstel Gramm HCH ist tödlich für eine Fliege, drei Gramm reichen zur Vernichtung einer Tonne Heuschrecken.

Wenn es windig war, so erinnern sich die Anwohner noch heute, wehte das HCH, das bergeweise aufgeschüttet war, wie feiner Kalk durch die Luft. Wenn Lastwagen HCH transportierten, waren die Straßen oft mit einem weißen Staub überschüttet. Wenn es regnete, wurde das HCH in den Boden gewaschen.

Als sich die Klagen der Anwohner über gesundheitliche Beeinträchtigungen häuften, ging Merck dazu über, das HCH zu verbuddeln. Bis heute sind nicht alle Stellen bekannt, an denen es vergraben wurde. Sicher ist nur, daß Merck es auch unter Werkshallen und Firmenparkplätzen eingrub. 1977 wurden anläßlich von Routineuntersuchungen überhöhte Werte von Pestiziden in der Milch aus dem Ried festgestellt. Die Ergebnisse wurden verschwiegen, und die Milch an Reformhäuser und Schulen geliefert. Zwei Jahre später wurden wiederum überhöhte Werte von Blei, Cadmium und dem krebserregenden HCH in der Milch festgestellt. Diese Ergebnisse wurden veröffentlicht. Der Boden, auf dem die Kühe grasten, wurde untersucht. Er war hochgradig verseucht. Der HCH-Skandal war perfekt. Die Bauern waren ruiniert.

In dieser Situation traf es sich für die Gemeinde Weiterstadt, daß der damalige hessische Justizminister Günther (SPD) Standorte für neue Gefängnisse suchte. Die Weiterstädter SPD und die Weiterstädter CDU beschlossen, das Gefängnis mit dem größten Investitionsvolumen nach Weiterstadt zu holen. Nicht nur das verseuchte Gelände, auch die Gemeindekasse konnte eine Sanierung gut gebrauchen.

Aber ein Knast in einem ruhigen Kleinbürgerstädtchen kann viele Probleme bringen. Deshalb stellte Weiterstadt Bedingungen: Erstens muß der Knast hundertprozentig ausbruchsicher sein. Das Justizministerium versprach es. Zweitens dürfen die Gefangenen nicht nach Weiterstadt entlassen werden, weil sie dann Sozialhilfe aus der Gemeindekasse bekommen würden. Das Justizministerium versprach es. Drittens darf es keinen offenen Vollzug geben, damit die Einwohner auf der Straße nicht mit Verbrechern konfrontiert werden. Das Justizministerium versprach es. Und viertens müssen Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Justizministerium versprach es.

Inzwischen war auf einem Teil des verseuchten Geländes die Erde 30 cm tief ab

getragen worden. Das half nicht viel, – es war zu nichts mehr zu gebrauchen. Also erklärte man einen Teil davon kurzerhand zum Naturschutzgebiet und legte kleine Feuchtbiotope, wie Krötenteiche etc. an. Das HCH war mittlerweile schon ins Grundwasser gesickert. Diejenige Fläche, die so stark verseucht war, daß eine Entsorgung zu teuer gewesen wäre, wurde an das Land Hessen für den Gefängnisbau verscherbelt – die betroffenen Bauern erhielten im Gegenzug Tauschland. Gleichzeitig sicherte die Weiterstädter SPD befreundeten Unternehmen aus dem Ort lukrative Aufträge für den Gefängnisbau: So bekam beispielsweise die Gartenbaufirma Rode den nicht öffentlich ausgeschriebenen Auftrag zur Begrünung der Gefängnismauern (Auftragswert: 300.000 DM) und zum Bau der anstaltsinternen Sportanlage (Auftragswert: unbekannt).

Der Bau der Justizvollzugsanstalt (JVA) Weiterstadt wurde gemeinsam von SPD und GRÜNEN beschlossen. Das Darmstädter Architekturbüro FORUM hat die JVA entworfen. Offiziell ist es eine reine Untersuchungshaftanstalt. Das ist zwar barer Unsinn, aber immerhin die einzige Behauptung, die in Politikerreden immer wieder vorkam. Alles andere, wie etwa die Angaben über Zahl der Haftplätze, Baukosten, Funktion der Sondergebäude usw. änderten sich von Zeit zu Zeit und von Regierung zu Regierung. Tatsache ist: Seit zwei Jahren wird in Weiterstadt gebaut. Da der ganze Komplex der Sicherheitsstufe I (höchste Sicherheitsstufe) unterliegt, wußten nicht einmal die hessischen Parlamentarier, was im einzelnen dort geplant ist, als sie darüber zur Abstimmung gebeten wurden.

Offizielle Version, Sommer 1988: 420 Haftplätze für Männer, 75 Haftplätze für Frauen, 30 Haftplätze für die integrierte Psychiatrie, 120 Haftplätze (Betten) im angeschlossenen zentralen Gefängniskrankenhaus. Kosten: 250 Millionen Mark. Fertigstellung und Erstbelegung: 1992.

Das 12 ha große Anstaltsgelände ist von einer 6,5 m hohen und 1,6 km langen Außenmauer aus Betonfertigteilen umgeben. Die Anstalt liegt soweit außerhalb der Ortschaft, daß extra eine Zufahrtsstraße gebaut werden mußte. Um das Gefängnis herum wurde ein Erdwall aus verseuchter Erde aufgeschüttet, der mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt wird, um den Gefangenen, die im höchsten Stockwerk einsitzen werden (3. Stock) jegliche Sicht nach draußen zu nehmen. Gleichzeitig wird die Anstalt durch die Erdwälle und die Bäume so in die Landschaft integriert, daß sie von außen, also von Weiterstadt aus, nicht mehr zu sehen sein wird. Einige Trakte, Arbeitswerkstätten und technische Einheiten sind bereits im Bau.

Das Gefängnis soll vollkommen autark funktionieren, die Versorgungsschächte liegen sabotagesicher in der Mitte der Gebäude, ein Notstromaggregat ist bereits vorhanden, und selbst die Trinkwasserversorgung soll durch eigenen Brunnenbau von der Außenwelt unabhängig sein, – wie dabei das Problem des HCH im Grundwasser gelöst werden soll, wurde bisher nicht verraten.

Die Architektur aller Gefängnistrakte ist wie bei der Frauenhaftanstalt Berlin-Plötzensee den Hochsicherheitstrakten nachempfunden. In Weiterstadt wird es zwei Frauentrakte geben, die direkt neben einem der vier in die Außenmauer integrierten Wachtürme liegen, und zusätzlich mit einem Stahlgitternetz umgeben sind. Hier sollen Frauen inhaftiert werden, die nach Paragraph 129a verurteilt worden sind. Die gefangenen Frauen aus der RAF beispielsweise, die jetzt noch in Frankfurt-Preungesheim sind, Frauen aus der Frauenbewegung, wie Ingrid Strobl, Frauen aus der Anti-AKW- oder Startbahnbewegung. Die juristische Ausweitung des Paragraph 129a macht es möglich. In diesen Hochsicherheitstrakten unterliegen sämtliche Gefangene der Einzelisolation.

Die weiteren geplanten 5-7 Männertrakte (die JVA ist bis auf 700 Haftplätze erweiterbar) unterscheiden sich jedoch bis auf das fehlende Stahlgitternetz nicht von den Hochsicherheitstrakten. Alle Gebäude wurden aus Betonfertigteilen errichtet. Die Trakte sind in Wohnbereiche unterteilt, die jeweils 10 bis 20 Personen aufnehmen können und voneinander vollständig isoliert sind. Es ist daher theoretisch möglich, daß Gefangene jahrelang in einer Wohngruppe von 10 Personen leben, ohne von den anderen 690 Gefängnisinsassen auch nur einen Ton zu hören.

Die Zellen haben keine Türspione (eine von den GRÜNEN in den Koalitionsverhandlungen geforderte Maßnahme), sind aber alle über eine Gegensprechanlage abhörbar. Zu jeder Wohngruppe gehören eine Teeküche, ein Gemeinschaftsraum und ein Hof von 30 x 35m. Um die Gefangenen ohne Bodenberührung und ohne Kontakt zu anderen Gefangenen von einem Gebäude ins nächste verschieben zu können, sind die einzelnen Trakte durch Plexiglasgänge im dritten Stock miteinander verbunden. Alle Gemeinschaftsräume, die Plexiglasgänge und die Besuchszimmer sind kameraüberwacht.

Während diese Isolationsbunker gebaut werden, rührt die Justiz kräftig die Werbetrommel. So wurde beispielsweise im Hof der JVA Darmstadt-Eberstadt eine Weiterstädter Musterzelle aufgebaut. Von Gegensprechanlage und Kameraüberwachung war selbstverständlich nicht die Rede, aber der fehlende Türspion und die integrierte Naßzelle (Toilette) hat die Knackis mächtig beeindruckt.

Als die hessische Landtagsgruppe der Grünen ihren Anhängern erklären mußte, weshalb sie dem Bau dieser Haftanstalt zugestimmt hatte, pries sie die JVA als Superreformknast mit WG-Scenario: Im Wohnbereich haben die Gefangenen die Schlüssel zu ihren Zellentüren, können sich also frei bewegen, in der Küche Tee kochen, im Gemeinschaftsraum Karten spielen, andere Gefangene im Wohnbereich auf deren Zellen besuchen und sich, wenn sie allein sein möchten, jederzeit in ihre eigene Zelle zurückziehen oder im Hof des Wohnbereichs spazieren gehen. Der Name dafür ist Wohngruppenvollzug, von konservativen Politikern auch »Hotelvollzug« genannt.

Aber so locker wird es – wenn überhaupt – bestenfalls für diejenigen Gefangenen sein, die sich in jahrelangem Behandlungsvollzug den Anforderungen der Anstaltsleitung unterworfen haben. Denn so wie ein Entsorgungspark nichts anderes als ein hochgiftiges Atommüllager ist, so wie ein finaler Rettungsschuß nur den Begriff Hinrichtung verschleiert, so verbirgt sich auch hinter dem klangvollen Namen Wohngruppenvollzug nichts anderes als Kleingruppenisolation. Und zwar für alle Gefangenen in Weiterstadt.

In der Praxis sieht das so aus: Die Gefangenen werden bei ihrer Einweisung von einem Psychologenstab durchgecheckt, und je nach Einschätzung einer »geeigneten« Wohngruppe zugewiesen. Die Wohngruppen sind hierarchisch gestaffelt. In der untersten Wohngruppe für die unangepaßten Gefangenen sind die Haftbedingungen am schlechtesten. In der obersten Wohngruppe am besten. Ziel des Wohngruppenvollzugs ist, den Gefangenen eine Karriere durch die verschiedenartigen Gruppen machen zu lassen.

Den Aufstieg von einer Gruppe zur nächst höheren schafft der Gefangene, indem er mit dem Psychologen- und Sozialarbeiterstab seiner Gruppe an sich arbeitet. Er muß einsehen, daß das Verhalten, das zu seiner Verurteilung geführt hat, eine Art krankhafte Abweichung vom gesamtgesellschaftlichen Konsens bedeutet. Es ist ein typisches Merkmal der neuen Knäste, daß die Zahl der Sozialarbeiter und Psychologen fast genauso hoch ist wie die der Schließer. Wer aktiv an seiner »Behandlung« mitarbeitet, der arbeitet sich von Gruppe zu Gruppe nach »oben«. Wer es nicht tut, wird mit Repressalien wie Einkaufssperre, Postentzug und ähnlichen Maßnahmen bestraft, möglicherweise auch in eine niedrigere Gruppe runtergestuft. Die letzte Konsequenz aus einem nichtkooperativen Verhalten ist Einzelisolation rund um die Uhr.

Anfangs noch zum Vorschmecken für eine Woche innerhalb der Wohngruppe, später dann im Extratrakt. Es ist im Grunde nichts anderes als die Ausweitung der psychologischen »Betreuung« von politischen Gefangenen auf soziale Gefangene.

In der Polar- und Weltraumforschung hat man herausgefunden, daß kleine Gruppen von Menschen, die über einen langen Zeitraum zusammenleben müssen, nur dann eine Chance haben, die Isolation von anderen Menschen durchzustehen, wenn die Mitglieder der Gruppe einer gemeinsamen Motivation folgen. Politische Gefangene hätten demnach in einer Kleingruppe noch eine Chance. Soziale Gefangene, deren Wohngruppenstruktur vom Anstaltspersonal gerade nach Konkurrenzkriterien zusammengestellt wird, haben kein gemeinsames Motiv. Die durch solch ein Zusammenleben entstehenden Aggressionen können nur innerhalb der Gruppe ausgelebt werden. Ein Effekt, der einkalkuliert ist, denn die Gefangenen sollen dadurch, daß ihnen das Leben in der Gruppe unerträglich gemacht wird, motiviert werden, an ihrer »Karriere« zu arbeiten. Der damalige Berliner Justizsenator Meyer erklärte in Bezug auf das Gefängnis Plötzensee, daß die Wohnbereiche mit verschiebbaren Trennwänden ausgerüstet seien, um Spannungen innerhalb der Gruppen jederzeit fördern oder abbauen zu können.

Was die zukünftigen Insassen der JVA Weiterstadt erwartet, beschreiben Frauen aus Berlin-Plötzensee (soziale Gefangene), die letzten Sommer mit einem Hungerstreik gegen die Abschaffung der Wohngruppen gekämpft haben, so: »Die Situation ist gekennzeichnet durch ein Ausmaß an Kontrolle und Repression, wie es in seiner Totalität kaum vorstellbar ist. Die Plötze ist sowohl architektonisch wie personell so konzipiert, daß ein Kontakt zwischen den Frauen gar nicht zustande kommt, oder aber bis ins letzte Detail registriert wird. Die Frauen werden in voneinander abgetrennte Zwangsgemeinschaften, den sogenannten Wohngruppenvollzug gepfercht, in denen sie danach ausgesucht werden, wie sie sich am besten gegenseitig fertig machen... Sehen sich die Frauen nicht bei der Arbeit, haben sie durch die totale Abschottung keine Möglichkeit zusammenzutreffen.«

Arbeitszwang gehört zum Therapieprogramm. Im Gegensatz zu den alten Gefängnissen stehen in den moderneren Knästen für jeden Gefangenen Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung. Gearbeitet wird unter frühkapitalistischen Bedingungen. In Plötzensee arbeiten die Frauen für einen Lohn von 80 Pf/Stunde nach Akkordvorgaben. Wird der Akkord nicht erfüllt, gibt es 10 Prozent Lohnabzug. In der Schneiderei sind die Nähmaschinen durch Sichtblenden voneinander getrennt, und es herrscht absolutes Sprechverbot. Bei Nichteinhaltung gibt es Haftverschärfung. Wer die Arbeit verweigert, sitzt rund um die Uhr in Isolationshaft.

In Weiterstadt hat sich bereits Mercedes angemeldet. Der Auto- und Rüstungskonzern möchte neben der JVA eine Art Lager und Werkstatt aufbauen.

Die Isolation in Weiterstadt ist vielfältiger Natur. Intern verwischen die Grenzen zwischen Einzel- und Kleingruppenisolation. Aber das ist nicht alles. Auch der Kontakt zwischen Gefangenen und Außenwelt wird auf ein Minimum reduziert.

Arztbesuche – etwa Ausführungen zu Spezialisten – entfallen. Das integrierte Gefängniskrankenhaus kann alle Behandlungen durchführen: Von der Zwangsernährung während eines Hungerstreiks bis zur Isolierung AIDS-Infizierter in Quarantänestationen. Einen Arzt ihres Vertrauens werden die Gefangenen in Weiterstadt nicht mehr zu Gesicht bekommen.

Ausführungen zu Gerichtsverhandlungen können bei Bedarf ebenfalls gestrichen werden. Ein anstaltsinternes Mehrzweckgebäude, dessen Funktion bis heute nicht bestimmt wurde, kann ohne weiteres als Gerichtssaal dienen. So wie in Stammheim können dort Prozesse fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden. Läßt es sich einmal doch nicht vermeiden, einen Gefangenen zu transportieren, so macht es die verkehrsstrategische Anbindung der JVA an zwei Autobahnen (Frankfurter Kreuz, BAB Darmstadt/Köln, BAB Frankfurt/Basel) möglich, den Gefangenen wegzufahren, ohne dabei bewohnte Gebiete zu berühren. Mit 15 Autobahnminuten Entfernung zum Frankfurter Flughafen wird Weiterstadt auch erste Adresse für Abschiebehäftlinge sein, – zumal sich die Frankfurter Flughafen AG finanziell an den Baukosten für das Hochsicherheitsgefängnis Weiterstadt beteiligt hat.

Es ist wahrscheinlich, daß bestimmte Trakte ausschließlich zur Internierung AIDS-Infizierter genutzt werden. Das umso mehr, als die Forderung nach unbegrenzter Sicherungsverwahrung für Personen, die mehr als einmal dieselbe Straftat begangen haben, in letzter Zeit immer öfter zu hören ist. Drogenabhängige Frauen, die ihre Sucht durch Prostitution finanzieren, aber AIDS-infiziert sind, werden bereits als Kandidatinnen gehandelt.

In den Vereinigten Staaten gibt es nicht nur derartige Gefängnisse seit langem, sondern auch eine Gesetzgebung, mit der diese Gefängnisse gefüllt werden können. Ähnlich der Sicherungsverwahrung in der BRD werden in den USA bei bestimmten Delikten keine zeitlich begrenzten Strafen mehr ausgesprochen, sondern beispielsweise Urteile wie: Ein Jahr bis lebenslänglich. Über die tatsächliche Haftzeit entscheidet dann der Psychologenstab im Knast. Ein Beispiel: Roosevelt Murray wurde in den USA wegen Autodiebstahl zu 4 Jahren Knast verurteilt. Im Behandlungsvollzug arbeitete er nicht so gut mit, wie es sein Sozialstab forderte. Er wurde nach vier Jahren nicht entlassen. Seine daraufhin vorgetragene Kritik wurde als paranoid diagnostiziert. Nach 14 (vierzehn!) Jahren ist er immer noch inhaftiert.

In Plötzensee und Weiterstadt sind die architektonischen und personellen Voraussetzungen für diese Art von Internierung geschaffen. Aber Weiterstadt ist nur eine Etappe auf dem Weg der »Modernisierung« des bundesdeutschen Strafvollzugs: Sobald dieser Knast bezugsfertig ist, werden einige Gefangene aus Frankfurt-Preungesheim dorthin verlegt, ein Teil von Preungesheim wird abgerissen und neu aufgebaut. Nach Hochsicherheitstraktstandard.

Konkret 11/88, S. 44

Arno Klönne

Buch des Monats: »Sozialismus deutscher Nation«?

Erich Kuby: Deutsche Schattenspiele. Verlag Knesebeek & Schuler, München 1988, 368 Seiten, 39,80 Mark

»Für ein knappes Jahr zwischen Mai 1945 und etwa Februar 1946 hätte ein Bündnis der SPD und der KPD die Voraussetzungen für ein sozialistisches Deutschland schaffen und gegen die Besatzungsmächte durchsetzen können, sofern es zu gemeinsamem deutschen Handeln in allen vier Besatzungszonen gekommen wäre.« So urteilt der streitbare zeitgeschichtliche Publizist Erich Kuby in seinem neuen Buch »Deutsche Schattenspiele«.

Gesamtdeutscher Sozialismus als verpaßte Chance der Monate nach dem Untergang Hitler-Deutschlands? Gar so neu ist diese These nicht, und es existieren mancherlei Variationen derselben, mal eher der verlorenen nationalen Einheit nachtrauernd, mal eher die »versäumte gesellschaftliche Neuordnung« ausmalend. Kuby bleibt, was die Deutung historischer Verantwortlichkeiten angeht, nicht im Unbestimmten; für ihn nimmt sich die Nachkriegsgeschichte so aus: »Durch das Verhalten der SPD (ist) der Versuch eines Reichsneubaus nach sozialistischen Grundsätzen Episode geblieben und

damit der verschlungene Weg zur Teilung hin eine Einbahnstraße geworden.«

Auch die USA als Besatzungsmacht hätten, so Kuby, eine »maßvolle Sozialisierung« damals tolerieren müssen, wenn eine gesamtdeutsch-sozialdemokratisch-kommunistische Koalition eine solche gesellschaftliche Reform betrieben hätte; zumal die frühe kommunistische Version des ökonomisch-sozialen Umbaus in Deutschland nach 1945 mit westlichen Vorstellungen noch nicht unvereinbar gewesen sei. (»Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums« – so stand es im ersten programmatischen Text der KPD 1945.)

Nun hatte zwar Kurt Schumacher, der 1945 rasch – und sicher nicht zufällig – zum Meinungsführer der Sozialdemokratie in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands und dann auch in den westlichen Sektoren Berlins wurde, einen stark ausgeprägten Hang zu einem nationaldeutschen Politikverständnis, aber nicht die mindeste Neigung, sich auf ein Bündnis mit Kommunisten einzulassen. Das weiß auch Kuby. Aber er stellt sich gewissermaßen eine Nachkriegs-Sozialdemokratie ohne Kurt Schumacher vor, um Alternativen in den Ablauf der Geschichte hineindenken zu können; so erst wird dann der Fall klagefähig: »Die weit ins bürgerliche Lager hineinreichende Überzeugung, der Kapitalismus habe abgewirtschaftet und ein sozialistischer Staat müsse aus dem Zusammenbruch hervorgehen, wurde nicht umgesetzt, die nationale Einheit unter sozialistischen Vorzeichen nicht angestrebt.«

Die deutsche Nation, das Dritte Reich gerade hinter sich, auf dem Weg in den gesamtdeutschen Sozialismus (den humanen, selbstverständlich)? Dieser Gedanke lenkt uns, so fürchte ich, von den deutschen Realitäten ab. Erich Kuby selbst stellt übrigens in anderen Kapiteln seines Buches Einwände gegen seine Konstruktion von der Chance einer deutsch-sozialistischen Einheit 1945/46 bereit. Eindrucksvoll schildert er die Mehrheitsfähigkeit des nationalsozialistischen Systems bis zum bitteren Ende, die minoritäre Lage, in der sich die deutschen Gegner des Dritten Reiches befanden. Aber wie hätte dann, nachdem Deutschland gegen den Willen oder jedenfalls ohne ein Zutun der Majorität der Deutschen befreit worden war, die schöne neue Welt eines »maßvollen Sozialismus« ausgerechnet aus dem deutschen Volk hervorgehen können – noch dazu in Distanz zu den Besatzungsmächten aus Ost und West? Wo hätte die Trägerschaft eines eigenständigen »Sozialismus deutscher Nation« 1945 liegen können? Die Linke war, verglichen mit 1933, in Deutschland 1945 nicht stärker, sondern schwächer geworden. Entschiedene Gegner des Nationalsozialismus waren in Deutschland 1945 keineswegs zahlreicher als 1933. Und die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten in der Arbeiterbewegung waren nicht schon dadurch verschwunden, daß unter dem Eindruck der Verfolgung durch die Nazis sich die Einsicht herausgebildet hatte, die politische Aufspaltung der deutschen Arbeiterbewegung sei den Nationalsozialisten zu Nutzen gewesen.

Erich Kuby war nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zeit lang Redakteur der Zeitschrift »Der Ruf«, in der Nachfolge von Alfred Andersch und Hans-Werner Richter. Dieses Blatt galt als Sprachrohr der »heimatlosen Linken«. Hans-Werner Richter schrieb dort am 1.10.1946: »Notwendig ist, daß die Sehnsucht der jungen Generation nach der Einheit Deutschlands, nach der Korrektur der Ostgrenzen und nach der Erhaltung des Status quo von 1937 (!) ihre Erfüllung findet . Nur dann wird ein neuer Weg möglich sein. Die Brückenbildung als sozialistisches Land und demokratischer Staat zwischen dem Westen und zwischen dem Osten... ist Deutschlands politische Möglichkeit.«

Solcherart Ideen von einer besonderen historisch-gesellschaftspolitischen »Mission« der »deutschen Nation« oder ihrer jungen Generation, nach der »Läuterung« durch die Erlebnisse des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges, waren nach 1945 unter linken Intellektuellen in Deutschland häufig zu finden. Ein gesamtdeutscher Staat, so wurde proklamiert, müsse außenpolitisch als »Brückenbauer zwischen Ost und West«, gesellschaftspolitisch als Stifter einer Synthese von

liberaler Demokratie und sozialistischer Ökonomie tätig werden. Zu fragen ist, ob in derartigen Konzepten nicht auch so etwas wie das überlieferte deutsche Sendungsbewußtsein steckte – nun vom Imperialistischen ins Völker- oder Systemversöhnliche umgebogen.

Wenn Hans-Werner Richter 1946 den jungen Deutschen, die eben erst ihren nationalsozialistischen Diensten entrückt waren, die Aufgabe zuschrieb, »auf einer höheren Ebene die sozialistische Ideologie des Ostens und die demokratische Ideologie des Westens in sich zu vereinen, den Sozialismus zu demokratisieren, die Demokratie zu sozialisieren« – und dies alles noch dazu so, daß die deutsche Nation in den Grenzen von 1937 erhalten bleibe, so war damit dem Gang der Geschichte denn doch ein bißchen viel zugemutet.

Der Nationalsozialismus hatte in Deutschland bis zu seiner von außen her zugefügten Niederlage das Terrain beherrscht; wie hätte ausgerechnet auf diesem Terrain eine Gesellschaftsordnung entstehen können, die in einer »dritten Lösung« die Vorzüge von Kapitalismus und Sozialismus verbinden sollte? Von einem »dritten Weg« hatten auch die Nationalsozialisten gesprochen. Und wie hätte ausgerechnet Deutschland, das eben noch Krieg gegen westliche und östliche Staaten geführt hatte, nun den »Bruch« zwischen 0st und West »heilen« können?

Der »deutsche Sonderweg«, als Konsequenz einer Mischung von autoritär organisiertem Kapitalismus und völkischen Wahnideen, hatte in die Katastrophe geführt. Gab es nach 1945 – als Möglichkeit – »einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«? Darüber schrieb 1946 Anton Ackermann, Mitglied des ZK der KPD, einen in der Literatur vielgenannten, aber meist nicht gelesenen Artikel in der Zeitschrift »Einheit«. Darin steht der bemerkenswerte Satz: »Unser Verhängnis ist es, daß das Hitlerregime nicht durch eine revolutionäre, antifaschistisch-demokratische Umwälzung von innen her aus den Angeln gehoben wurde.«

Das von Ackermann so genannte »Verhängnis« hatte seine Folgen. Einige reichen auf riskante Weise bis in die Gegenwart hinein, und Erich Kuby beschreibt sie in seinem Buch. Das »Verhängnis« zog allen Hoffnungen auf ein »anderes Deutschland« enge Grenzen. Der gesamtdeutsche Sozialismus lag nicht im Reservoir der geschichtlichen Möglichkeiten der Jahre nach 1945, und es wäre eine Überschätzung der deutschen Sozialdemokratie, anzunehmen, diese habe damals den Weg in ein sozialistisches Deutschland verfehlt, einmal abgesehen von der Frage, was denn Sozialismus für die SPD jener Jahre bedeutet haben mag.

Das neue Buch von Erich Kuby ist lesenswert auch dort, wo es insofern Widerspruch herausfordert. Genauer: Das Buch ist lesenswert, soweit Kuby schreibt. Der Rest des Werkes besteht aus Interviews zur »nationalen Frage« mit Prominenten, von Augstein bis Teltschik.

Konkret 11/88, S. 46

Iris Stolz; Thomas Nachtigall

Jamas sera vencido?

Ein seltener Fall: Ein Diktator verliert ein von ihm veranstaltetes (und vielfältig manipuliertes) Plebiszit. Hat damit die Demokratie in Chile schon gesiegt? Oder steht das Land nur vor einem neuen Putsch der Rechten? Ein Bericht über die Stimmung nach der Abstimmung, über Ökonomie, Christdemokraten und Kommunisten

Film oder Wirklichkeit? Es scheint wie eine Neuauflage der revolutionären Träume einer ganzen Generation: Im O'Higgins-Park haben sich eine Million Menschen versammelt, ein Meer von Fahnen, rote, blaue der Christdemokraten, grüne der Radikalen. Dahinter die Kulisse der noch schneebedeckten Cordilleren, die Menschen lachen, weinen, fallen sich immer wieder in die Arme. »Ay Ay Ay, ab nach Paraguay« rufen die Sprechchöre, sobald ein Scherzbold mit Pinochetmaske auftaucht. Erschüttertes Schweigen als ein sehr altes Ehepaar im Sonntagsanzug langsam durch die Menge drängt – vor der Brust ein Foto ihres verschwundenen Sohnes mit der Aufschrift: »Wir fordern Gerechtigkeit.« Und dann singt die frisch aus dem Exil zurückgekehrte Musikgruppe der Unidad Popular, Quilapayun, mitten in Santiago, daß das vereinte Volk nie besiegt wird: »Un pueblo unido.«

Oben, im azurblauen Himmel über der Millionenstadt geben sie ein anderes Stück: Der schwere Militärhelikopter hat schon lange abseits gekreist. Doch jetzt, kurz vor dem Finale, setzt er zum Tiefflug an und schrabbt in Hundert Metern Höhe über die Menge. Die Schreie »Mörder, Mörder« erreichen den Piloten nicht. Seine seitlich montierten Bordwaffen sind jedoch für alle deutlich sichtbar – »...jamas sera vencido?«

Die Fähigkeit, die barbarische Wirklichkeit der Tyrannei wahrzunehmen und gleichzeitig intensiv Freude, Witz und Hoffnung nicht nur zu träumen, sondern zu leben, wurde in den letzten Jahren zu einer überlebenswichtigen Kultur, die die chilenischen Intellektuellen sehr von ihren argentinischen oder paraguayischen Kollegen unterscheidet. Seit jedoch das Plebiszit gewonnen wurde, die Militärs aber dennoch weiterregieren, vermischen sich Wunsch und Wirklichkeit auf absurde Weise. »Wir haben den Diktator mit einem Bleistiftstrich geschlagen«, verkündet noch Tage nach der Abstimmung die auflagenstärkste Oppositionszeitung »Fortin Mapocho«. Daß allein in der vergangenen Nacht zwei Bewohner der Elendsviertel von Polizei und zivilen Terrorkommandos bei spontanen Freudenkundgebungen erschossen wurden und der Innenminister die Rechte im Radio zu Aktionen ermuntert, muß dafür als Notiz auf die hinteren Seiten weichen.

Da feiert der Parteichef der Christdemokraten, Patricio Aylwin, bereits Chiles Rückkehr in den »Kreis der zivilisierten Nationen« und vergißt, daß einer seiner sozialistischen Kollegen soeben massive Morddrohungen bekommen hat und der andere wegen illegaler Einreise noch immer im Gefängnis sitzt. Auch der Uno-Menschenrechtsbeauftragte Fernando Volio lobt das »Maß an demokratischer Reife und Selbstbestimmung« der Chilenen, läßt aber unerwähnt, daß diese Selbstbestimmung dezent von der Pazifikflotte der US-Navy unterstützt wird, die mit fünf Schiffen auf der Höhe von Concepcion patroulliert.

Einzig mein Geldwechsler in der Prachtstraße Ahumada scheint einen Sinn fürs Eindeutige zu haben: Hat er am Tag nach der Abstimmung noch Fluchtgelder mit 320 Pesos zu einem Dollar getauscht, will er mir tags drauf noch nicht einmal 290 geben. »Wir wissen doch jetzt, wo's lang geht. Der Alte bleibt noch anderthalb Jahre, und bis dahin hat die Opposition viel Zeit zu streiten.«

Die Positionen für das neue Match sind abgesteckt: Bereits am Abend nach dem Plebiszit verkündete der 72jährige Pinochet über alle Fernsehsender: »Hier ging es weder um die Ideen, noch um die Marschroute, die in der Verfassung festgelegt wurden. Es ging nur um die Wahl der Person, die das Land in der nächsten Präsidentschaftsperiode bis zur vollen Anwendung des Grundgesetzes führen soll.« Pinochet und die ihn stützende Ultrarechte verschanzen sich hinter ihrer Verfassung, die sie 1980 durch ein zweifelhaftes Referendum absichern ließen. Danach bleiben der General und seine Junta noch bis März 1990 an der Macht. Im Dezember 1989 soll Pinochet zu Präsidentschafts- und Parlamentswahlen aufrufen. Ein Teil der Senatoren wird allerdings – so will es die Verfassung – nicht vom Volk gewählt, sondern ernannt, wodurch die Militärs Entscheidungen im Senat blockieren können. Marxistische Parteien bleiben weiter verboten.

Nicht nur die Hunderttausende auf den Straßen, auch die im »Kommando für das Nein« zusammengeschlossenen Oppositionsparteien interpretieren die 55 Prozent gegen Pinochet anders: Ein geschlagener Diktator muß zurücktreten und freie Wahlen ermöglichen. Die Frage ist nur: Wer bringt's ihm bei? Selbst die KP hat mittlerweile eingesehen, daß an Verhandlungen mit den Militärs kein Weg vorbeiführt. Alle Hoffnungen auf »die moralischen Reserven« des deutschstämmigen Luftwaffen-Generals Matthei und des Carabinero-Chefs Stange haben sich jedoch bislang als verfrüht erwiesen. Die Herren halten sich bedeckt, während Pinochets treueste Anhänger mit Überfallkommandos und inszenierten Stromausfällen immer noch versuchen, das Chaos herbeizuführen, das am 5. Oktober ausgeblieben ist.

Die Zurückhaltung dieser Generäle hat Gründe: Zwar haben sie wirtschaftlich längst nicht soviel von der Diktatur profitiert wie Pinochets Gefolgsleute im Heer, doch auch an ihren Händen klebt Blut: Mehr als 20.000 Tote, über 700

Verschwundene und noch ungezählte Folteropfer sind eine schwere Hypothek. »Ohne Gerechtigkeit keine Demokratie« – zumindest in diesem Punkt ist die einflußreiche katholische Kirche eindeutig. Bei Gesprächen zwischen Zentrumspolitikern und Militärs wird diese Frage eine entscheidende Rolle spielen. Der Seniorchef der Christdemokratie, Gabriel Valdes, stimmt bereits seit langem seine Anhänger ein: »Wir wollen keine Prozesse à la Nürnberg oder Argentinien«.

Brücken werden – zumindest verbal – allseitig gebaut: Zu Demokraten mausern sich auch Politiker und Unternehmer, die ihrem General noch bis vor wenigen Wochen treu ergeben waren. »Ein Land der Gewinner« hatte er ihnen in seiner Wahlpropaganda versprochen, und das wollen sie sich auch trotz des Nein-Triumphes nicht nehmen lassen.

»Wir stehen in der Welt heute besser da als vorher«, meint Fernando Alvear vom Komitee für ausländische Investitionen. »Die City-Bank hat gerade angerufen und ein neues Joint-Venture vorgeschlagen.« Die rechtsorientierte »Nationale Erneuerungs-Partei« bereitet sich schon auf die freien Wahlen vor und will in Kürze einen Präsidentschaftskandidaten benennen.

Eine gewisse wirtschaftliche und soziale Kontinuität versprechen auch die bisherigen Oppositionsparteien, die sich auf einen Konsenskandidaten der »nationalen Aussöhnung« einigen wollen. Der populäre Sozialistenführer Ricardo Lagos, der von den oppositionellen Medien bereits als der Felipe Gonzales Chile's gehandelt wird, bemerkte realistischerweise, seine Zeit als Präsidentschaftsanwärter sei noch nicht gekommen.

Uneinig ist sich das Regenbogenspektrum der Opposition, inwieweit die immer noch anhaltenden Straßenproteste und Streikvorbereitungen angefacht und als Druckmittel benutzt werden sollten. In den marginalisierten Vierteln und an den Universitäten ist Ungeduld zu spüren: »Wir können unsere Jungs nicht mehr zurückhalten«, sagt Senora Maria aus dem Armenviertel La Legua. »Wir wissen, daß bewaffnete Aktionen gegen die Militärs sinnlos sind, aber hier sind über die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos, und wer arbeitet, verdient höchstens 15.000 Pesos im Monat (ca. 120 Mark). Sie haben keine Zukunft, schnüffeln Pattex und hassen die Militärs«.

Ein weiteres Erbe der Diktatur: Heute gleicht Chile in seiner Zersplitterung trotz einer breiten Mittelschicht eher dem traditionellen Dritte Welt-Schema als vor zwanzig Jahren. Die reichsten 20 Prozent konsumieren 30 Prozent mehr als vor 18 Jahren. Die ärmsten 40 Prozent dagegen nur noch die Hälfte.

Da Demokratie bekanntlich nicht eßbar ist, ist Chiles politischer Frühling gleich von zwei Seiten in Gefahr: Radikalisieren sich die Klassenkämpfe und gehen die »revolutionäre Linke MIR« und die »Frente Patriotico« wieder zu bewaffneten Aktionen über, dann könnten sich die Generäle doch noch veranlaßt sehen, das Land ein zweites Mal »vor dem Kommunismus zu retten«. Scheiden sich die Geister des politischen Zentrums an der sozialen Frage, ist der Traum vom großen Bündnis der Demokraten geplatzt. Der Anti-Pinochet-Konsens verdeckt nur die klassische ideologische Dreiteilung der chilenischen Gesellschaft – ein Drittel rechts, ein Drittel Mitte, ein Drittel links – die nach Meinung von Soziologen auch die 15 Jahre Militärdiktatur überlebt hat. Scheitert ein Mitte-Links-Bündnis, hätte bei »freien Wahlen« ein Kandidat der Rechten – eventuell Pinochet selbst – gute Chancen.

Doch wie immer setzen die Chilenen gegen düstere Aussichten eine unerschütterliche Hoffnung, die eine bessere Zukunft beschwörend vorwegnimmt: So die junge Frau, die auf der Siegesfeier im O-Higgins Park ein Schild mit der Aufschrift trug: »Wie wunderbar, daß mein Kind in Freiheit und Demokratie geboren wird.« Sie muß zu den ganz großen Optimisten gehören, denn sie ist sichtlich mindestens im sechsten Monat.

Die Wirtschaft

Die schlangestehenden Wähler in den armen Randbezirken Santiagos waren sich einig: »Arbeit und gerechte Löhne«, das ist neben dem Ende des Polizeiterrors ihre Haupterwartung an eine Demokratie. Eine Forderung, die bislang noch keines der Wirtschaftsmodelle erfüllen konnte, die in den letzten 20 Jahren auf Chile angewandt wurden.

Hatte die christdemokratische Regierung von Eduardo Frei mit einer sozialen Marktwirtschaft bei starkem Staatsanteil experimentiert und über die Importsubstitution einen Ausbau der Konsumgüterindustrie für den Binnenmarkt eingeleitet, so verstärkte Allende die Rolle des Staates und kurbelte über Lohnerhöhungen die Kaufkraft an, ohne die sprunghaft steigende Nachfrage allerdings ausreichend befriedigen zu können. Ziel war eine schrittweise Emanzipation von den Abhängigkeiten des Kupferexportes und des Weltmarktes durch engere Zusammenarbeit im Rahmen des Andenpaktes mit Bolivien und Peru. Diese Aussichten waren für die Kapitalverwertung der transnationalen Konzerne mindestens genauso gefährlich wie die partielle Enteignung ihrer chilenischen Zweigstellen und bildeten einen bislang wenig beachteten Hintergrund des Putsches von 1973.

Den Wirtschaftsexperten der Militärs um Milton Friedman gelang mit der Strategie des ungeregelten Marktes, der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen und dem Abbau von Schutzzöllen dann eine radikale Umstrukturierung: Billige, auf Kredit gekaufte Importwaren sorgten für einen kurzzeitigen Konsumboom der Mittelschicht, zerstörten jedoch die heimische Textil-, Elektronik- und Maschinenbauindustrie. Die Landwirtschaft stellte sich mangels Massenkaufkraft auf

Exportprodukte um. Die Arbeitslosigkeit schnellte auf über 30 Prozent, die Verschuldung auf 21 Milliarden Dollar. Ab 1981 mußte der Staat massiv intervenieren, um einen Zusammenbruch zu verhindern. Dabei entmachtete er einen Teil der traditionellen chilenischen Bourgeoisie. Bei der anschließenden Reprivatisierung unter dem Stichwort »Volkskapitalismus«

übernahm ein vor allem aus Heeresoffizieren und Pinochetangehörigen bestehender zivilmilitärischer Clan die Aktienkontrolle über 27 strategische Betriebe.

Die Privatisierung der Sozialversicherung, des Bildungs- und des Krankenhauswesens brachte immerhin soviel Geld in die Kassen, daß Chile seine Auslandsschulden pünktlich bedienen und auf 17 Milliarden reduzieren konnte. Das Land gilt als Musterschüler des IWF. Die Ausbeutung der Holz-, Meeres- und Bodenressourcen mit Ausnahme des Kupfers ist weitgehend in japanischer, nordamerikanischer oder westeuropäischer Hand.

Dank einer konsequenten Modernisierung, einem Durchschnittslohn von unter 180 Mark im Monat und der Spezialisierung auf neue Produkte wie Kiwi, Lachs oder Krill werden in den Exportsektoren z. Zt. zweistellige Wachstumsraten erzielt.

Die gesamten chilenischen Oppositionellen von den Nationalisten bis zu den Kommunisten sehen keine andere Chance, als die auf Export gerichtete Wirtschaftsstruktur mittelfristig beizubehalten. Sie hoffen, eine Art koreanisches Wirtschaftswunder wiederholen zu können und versprechen, durch höhere Löhne, Gewerkschaftsfreiheit und staatliche Sozialinvestitionen den Lebensstandard zu heben. Unabhängige Ökonomen halten das für eine Quadratur des Kreises. Chiles Erfolge auf dem Weltmarkt lägen im Moment allein in der billigen Arbeitskraft begründet. Sobald die nicht mehr garantiert wäre, bräche der Export zusammen.

Selbst ein Wirtschaftsexperte der Deutschen Botschaft in Santiago räumt im privaten Gespräch ein: »Wenn Europa und die USA Chile nicht die Schulden erlassen und eine Neuorientierung der Ökonomie ermöglichen, dann waren ihre Demokratisierungsforderungen hohles Geschwätz.«

Die Christdemokraten

Patricio Aylwin ist Rechtsanwalt und Parteivorsitzender der Christdemokraten, um die sich in Chile das politische Zentrum gruppiert. Noch 1973 hatte er den Sturz des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende begrüßt, aber wie die meisten Christdemokraten hatte er nicht damit gerechnet, daß die Militärs sich an die Macht gewöhnen würden. Seine Partei gilt als stärkste der Opposition und ist auch in den Gewerkschaften fest verankert. Aylwin ist gleichzeitig Vorsitzender des »Kommandos für das Nein«, einem Zweckbündnis aus 16 Parteien, das von den Nationalen bis zu den Sozialisten reicht.

»Für uns bedeutet das Ergebnis des Plebiszits nicht die Niederlage der Streit- und Ordnungskräfte«, urteilt Aylwin. Er vertraut darauf, daß die Generäle sich nun – im Wissen um ihre Minderheitsposition – aus der Politik zurückziehen und zu Verhandlungen bereit erklären. »Wir wollen Präsidentschafts- und Kongreßwahlen in möglichst kurzer Zeit. Das bedeutet, daß der Zeitplan der Verfassung modifiziert werden muß. Auch müssen alle Abgeordneten vom Volk gewählt werden. Es darf keine Sperrminorität der Militärs geben. Aber: Wir beabsichtigen weder einen institutionellen Bruch, noch ein Machtvakuum, sondern einen friedlichen Übergang zur Demokratie. Das kann innerhalb der geltenden Spielregeln geschehen.«

Während Aylwin spricht, dringen von der Straße die Sprechchöre der demonstrierenden und den NEIN-Sieg feiernden Chilenen in das Haus der Christdemokraten. Sie fordern den sofortigen Rücktritt Pinochets. Dazu Aylwin: »Laut Meinungsumfragen bedeutet für die Mehrheit der Chilenen ihre NEIN-Stimme nicht, daß Pinochet sofort gehen soll. Sie bevorzugen die Dinge der Reihe nach. In einem demokratischen System ist die beste Form des Drucks die Wahl. So äußern zivilisierte Völker ihre Wünsche.« Aylwin hat »keine Angst«, daß die Massendemonstrationen anhalten könnten: »Vielleicht gibt es einige Personen oder Sektoren, die die Entscheidungen auf der Straße erzwingen wollen. Es sind Minderheiten.«

Die Christdemokraten wollen versuchen, mit den 16 im »Kommando für das Nein« koordinierten Parteien einen gemeinsamen Kandidaten für die – früher oder später – anstehenden freien Wahlen aufzustellen. Mit den marxistischen Parteien, insbesondere der Kommunistischen, haben sie jedoch ihre Probleme: »Wir hatten während dieser 15 Jahre ernste Meinungsverschiedenheiten mit der Kommunistischen Partei, nicht nur, was die Ziele und Prinzipien betrifft, sondern auch im Hinblick auf die Methoden. Die Kampfformen, die die Kommunistische Partei gegen die Militär-Diktatur benutzt hat, haben nicht auf eine Demokratisierung hingearbeitet, sondern das Regime begünstigt.«

Aylwin bezieht sich auf die Parole von »allen Formen des Kampfes«, die die KP 1980 ausgegeben hat. Weil sie sich nicht explizit vom bewaffneten Kampf distanzieren wollte, wurde die Kommunistische Partei auch vom »Kommando für das Nein« aus geschlossen. Dennoch: Auch die Christdemokraten lehnen den Radikalenerlaß der Pinochet-Verfassung ab, der marxistische Gruppierungen und Ideen verbietet: »Ideen können nicht durch Gesetze verboten werden. Wir Christdemokraten stehen klar im Widerspruch zu den Kommunisten. Aber wir wollen unsere Gegner im demokratischen Feld bekämpfen, nicht, indem wir sie ausschließen. Wer allerdings die demokratischen Spielregeln nicht akzeptiert, muß

sanktioniert werden. Die Kommunistische Partei wird in einem zukünftigen demokratischen Chile ihren Platz haben, wenn sie bereit ist, die Regeln anzuerkennen.«

Die Kommunisten

Jose Sanfuentes ist Ökonom und in Abwesenheit des Parteivorsitzenden Luis Corvalan Sprecher der Kommunistischen Partei. Traditionell in der Industriearbeiterschaft verwurzelt, haben die Kommunisten heute ihre Basis an den Universitäten und in den Armenvierteln. Aus Angst, die Volksabstimmung könnte Pinochets Regime nach außen legitimieren, entschloß sich die KP erst sehr spät und nach langen internen Konflikten, ihre Anhänger für das Plebiszit zu mobilisieren. Sie ist weiterhin illegal und nicht Mitglied des Parteibündnisses für das »Nein«.

Die KP ging von einem großen Betrug beim Plebiszit aus und rief für diesen Fall zum Volksaufstand auf – eine Fehleinschätzung?

Sanfuentes: Nein. Es gab einen großen Betrug. Tausende von doppelten Einschreibungen, massive Einschüchterung und Wahlverhinderung in den Armenvierteln.

Reell hätte Pinochet höchstens 30 Prozent bekommen. Er hat sich bis um ein Uhr morgens die Möglichkeit offen gelassen, den Mehrheitswillen zu fälschen. Doch dank unserer Mobilisierung und der Entschlossenheit der Opposition sahen sich die imperialistischen Kräfte, die Exportunternehmer und die Militärs gezwungen, ihn zum Einlenken zu bewegen.

Pinochet macht weiter, als sei nichts gewesen. Welche Strategie hat die KP, um ihn zu stürzen?

Die Einheit der Opposition aufrechterhalten und eine permanente Mobilisierung aller sozialen Gruppen aufbauen. Sie müssen jetzt in allen Bereichen Demokratisierung fordern, die Studenten an den Unis, die Arbeiter im Betrieb. Wir müssen auch Teile der Rechten gewinnen, die bislang Pinochet gestützt hat. Letztlich müssen sich die Militärs auf Verhandlungen einlassen, die schnell zu Pinochets Ende und einer wirklich demokratischen Verfassung führen.

Sie glauben ernsthaft, die Militärs, deren ideologische Basis der Antikommunismus ist, werden mit ihnen verhandeln?

Generäle ändern ihren Standpunkt nicht in einem langfristigen Prozeß, sondern von heute auf morgen – je nach Einschätzung der Lage. Dafür sind sie ausgebildet. Aber letztlich interessiert es uns nicht, wer verhandelt, wenn es zu einer Demokratisierung führt.

Sehen sie die Gefahr, von den Christdemokraten ausgegrenzt zu werden?

Eine Sache ist, was manche Teile der Christdemokraten wollen, das andere die Realität. Wir mögen in der Politik Fehler gemacht haben, aber in der Bevölkerung sind wir nicht isoliert. Im Gegenteil, wir sind stärker als 1973 und halten eine breite Übergangsregierung für das beste. Es ist ganz einfach: In diesem Land gibt es keine Demokratie ohne die Christdemokratische Partei, aber auch keine ohne uns.

Aber die Christdemokraten haben die Ablehnung der Gewalt zur Vorbedingung für jede Art von Bündnis gemacht.

Wir haben immer betont, daß das Volk ein Recht hat, sich mit allen Mitteln gegen die Tyrannei zu wehren, solange sie existiert. Wenn sich demokratische Bedingungen herausbilden, in denen die Souveränität des Volkes akzeptiert wird, warum soll dann noch Selbstverteidigung nötig sein?

Wie sehen sie die Bedingungen für einen Sozialismus in Chile?

Auf kurze Sicht sehen wir in Chile keinen Sozialismus, wie wir ihn verstehen. Wir wollen eine fortgeschrittene demokratische Gesellschaft, eine gemischte Wirtschaft. Dazu sind auch ausländische Investoren willkommen, immer vorausgesetzt, es ist für beide Seiten von Nutzen.

Konkret 11/88, S. 49

Gegendarstellung zu »Der Todluftsee«

In der Zeitung Konkret, Heft 9, vom September 1988 ist auf S. 44 bis 48 ein Beitrag von Peter Krauß unter der Unterschrift »Der Todluftsee« enthalten, der unrichtige Behauptungen enthält, die ich wie folgt richtigstelle:

a) Zu S. 44, 2. + 3. Spalte: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Der wird psychiatrisiert werden, und es ist fast sicher, daß der Mann zumindest ne seelische Störung hat, was zu einer verminderten Schuldfähigkeit, 21 StGB, führt und auch weil der gerade übermüdet war, nimmt die Strafe über 49 StGB um ein weiteres Viertel ab, also nur noch dreiviertel der im Gesetz angedrohten Höchststrafe. Dann sind wir bei siebeneinhalb Jahren. Dann würden Sie hier auch nie die Höchststrafe bekommen, so daß ich also von meiner Konzeption her auf fünf Jahre hinaussteuere. Zwei Drittel muß er davon nur absitzen, das ist obligatorisch, 57 Absatz Eins StGB, bei Ersttätern. Bleiben 40 Monate, abzüglich die U-Haft und davon wieder ein Teil im offenen Vollzug.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

b) Zu S. 45, 1. Spalte: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Natürlich, das ist ein Argument. Die Tatsache, daß hier ein hoher Schaden da ist, schraubt die Strafandrohung hoch. Aber, das wars dann auch schon. Was haben die sonst? Da macht einer sich ein Feuerchen – ja und? ! Ob einer bei IKEA ansteckt oder die Oper, wo ist da der Unterschied?«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

c) Zu S. 45, 2. Spalte: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Volkswirtschaftlich ist das ja ein Glücksgriff, der ganze Brand. Dem gehört ja noch was raus. Ich habe mal überlegt, wer an dieser Sache alles verdient, von mir mal ganz zu schweigen. Wobei ich finde, mein Mandant müßte bei der Wiedereröffnung der Oper in der ersten Reihe sitzen – im Freigang.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

d) Zu S. 46, 1. Spalte, 3. Abs.: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Ist dummes Zeug. Der Wortha hat da ein ganz realistisches Verhältnis dazu, zu seiner Vermarktung. Der sagt mir ja: Sehn se, wo se was rausschlagen könne für mich, ja, weil wenn ich hier mal rauskomme, möchte ich nach Sri Lanka, bumm, ja, also, wenn er das so will. Und, das wird ja immer gesagt, stimmt aber nicht: Das schadet seiner Verteidigung ja in keiner Weise. Es bleibt bei den normalen Beweismitteln.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

e) Zu S. 46, 1. Spalte, 8. Abs.: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Am Anfang hat gleich ne Zeitung was bezahlt, und er war da auch selbst daran interessiert. Summen möchte ich keine nennen.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

f) Zu S. 46, 1. Spalte unten und 2. Spalte oben: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Das hat mir auch wirklich schlaflose Nächte bereitet. Ich dachte, das ist Scheiße, was da steht, das ist ganz großer Mist. Aber da war das Kind eben schon in den Brunnen gefallen. Ja, natürlich hat er das Ding gelesen. Na was heißt glücklich? Glücklich war er darüber nicht, aber nem geschenkten Gaul guckt man nicht. . . – ich hab dem ja vorher klar gesagt, was los ist. Ich hab gesagt: Entweder Sie schreiben das, dann kriegen Sie Geld, dann führen Sie hier oben, relativ, ein angenehmes Leben, machen Sie's net, dann führen Sie halt ein anderes Leben.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

g) S. 46, 2. Spalte, 3. Abs.: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Ich kenne den Chef, den Chefreporter von der Abendpost/Nachtausgabe sehr gut, den Gräbner, aja, manus manam lavat. Die Fälle, die großen, die ich bisher hatte, die standen immer in der Zeitung. Immer. Sie kriegen dadurch Anrufe, neue Fälle. Wenn Sie oft in der Zeitung mit Namen erwähnt werden, worauf Sie wirklich achten müssen, das macht sich mit der Zeit bezahlt.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

h) S. 47, 2. Spalte, 2. Abs.: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Reich werden Sie sicherlich nicht mit. Was mich an solch einem Fall reizt, ist mit zwei Worten gesagt: Ich lebe davon, daß ich Leute verteidige. Ich verteidige alles, was kommt. Leute die zahlen, verteidige ich. Gucken Sie, in Strafsachen gibts eine Besonderheit: da dürfen Sie freie Honorarvereinbarungen treffen.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

i) Zu S. 47, 2. Spalte, 4. Abs.: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Ach du lieber Gott, ich kanns Ihnen genau sagen. Für das komplette Vermittlungsverfahren, d.h. vom Tag der Verhaftung bis zum ersten Verhandlungstag, sie werden's mir nicht glauben, 200 Mark. Fürn ersten Verhandlungstag 400, für jeden weiteren 310.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

j) Zu S. 47, 2. Spalte, 6. Abs.: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Das ist ganz einfach. Gucken Sie, ich habe da oben in Preungesheim durchschnittlich um die 30 Leute sitzen, nur in U-Haft. Davon geht natürlich immer eine gewisse Propagandawirkung aus. Guck mal, ich will Ihnen eins sagen. Solche Sachen, sind ma doch mal offen, die sind so publicityträchtig, ja, da ist mir doch scheißegal, auch wenn ich nix bekäm dafür, würd ich's machen.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

k) Zu S. 48, 1. Spalte, 2. Abs.: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Natürlich sind die Richter geil. Brandstiftung hat immer was mit Geilheit zu tun. Die Richter, das sind retardierte Persönlichkeiten.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

I) Zu S. 48, 1. Spalte, 4. Abs.: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Da hat er sich aber vertan, aber nicht mit mir.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

m) Zu S. 48, 1. Spalte, 8. Abs.: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Ich sags Ihnen ganz ehrlich, das geilt mich auch auf, der Fall.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß formuliert habe.

n) Zu S. 48, 1. Spalte, 10. Abs.: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Der sitzt da oben und schreibt an einem Roman. Der denkt wohl, das seine, in Anführungsstrichen, Popularität dazu hilft, daß dieses Stück veröffentlicht wird, wobei das eigentlich eher für den Gutachter interessant ist, aber gut. Der lebt in ner Traumwelt, ganz klar. Dann kommt er raus. Und entweder er geht nach Sri Lanka, oder steckt wieder was an, ha, ha, ha.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

o) Zu S. 48, 1. Spalte, 12. Abs.: Unwahr ist, daß ich gesagt haben soll: »Was, das japanische Fernsehen? Woher wissen Sie denn das? Sitzen die hier in Frankfurt, wissen Sie das? Das werde ich ja sofort herausbekommen, in zehn Minuten weiß ich das. Morgen, gleich morgen. Das wär ja gelacht. Wenn der Richter gesagt hat, er konnte den Japanern das noch gerade ausreden, dann werde ich es Ihnen eben wieder kräftig einreden.«

Richtig ist, daß ich diese Formulierung weder wörtlich noch sinngemäß gebraucht habe.

Frankfurt, den 23. September 1988
Gerhard Emmerich
Rechtsanwalt

Ohne Worte. – Red.

Konkret 11/88, S. 50

Günter Amendt

Sorry, John Lennon

Sein Statement beim PorNO-Hearing der SPD (KONKRET 10/88) brachte Günter Amendt eine barsche Zurechtweisung durch ein Mitglied der DKP-Führung ein. KONKRET dokumentiert die Rüge und Amendts Antwort

Nun werde ich schon zum zweiten Mal in der »UZ« zurechtgewiesen, ohne daß die Leserinnen und Leser wissen können, worum es genau geht. Mein Beitrag zur SPD-Anhörung über Pornographie (in KONKRET und der »Frankfurter Rundschau« dokumentiert) und ein Artikel von Matthias Dohmen, der für die »UZ« über das Hearing berichtete, trieben ein Präsidiumsmitglied der DKP an den Schreibtisch, um eine »notwendige Klarstellung« zu formulieren. Was dann folgte, war weder eine Klarstellung noch eine kritische Auseinandersetzung, sondern eine dreiste Anmache. Nicht nur die Form dieser Anmache, auch die Verstiegenheit der Argumentation provoziert mich zu einer Antwort.

Der »UZ«-Artikel von Matthias Dohmen – so wird behauptet – erwecke den Eindruck, »als sei die Argumentation von Günth(!)er Amendt die Position der DKP. Dazu sei klargestellt: Die DKP bekämpft Sexismus und jede frauenverachtende, erniedrigende Darstellung.« Das aber kann nur heißen: Amendt ist für die sexistische und erniedrigende Darstellung von Frauen bzw. nicht bereit, gegen die Demütigung und Erniedrigung von Frauen zu kämpfen. (Nach diesem Muster pflegt auch Alice Schwarzer ihre Kritikerinnen und Kritiker niederzumachen.) Mir entlockt das ein Lächeln, denn ich habe nicht vergessen, mit welchem Mißtrauen noch vor kurzem allen in der DKP begegnet wurde, die darauf bestanden, feministische Theorien in die marxistische Diskussion einzubeziehen... und in der sozialistischen Praxis anzuwenden. Dieser Anbiederung an den Feminismus im DKP-Präsidium begegne ich deshalb mit einer gewissen Skepsis.

Weder mein Bonner Redebeitrag noch der »UZ«-Artikel von Matthias Dohmen versuchen auch nur den Eindruck zu erwecken, ich spräche *im Namen der DKP.* Ich bin Mitglied der Kommunistischen Partei, und ich verstehe mich als Marxist. Im übrigen arbeite ich auf eigenes Risiko. Den Diskussionen mit Genossinnen und Genossen verdanke ich viel, doch hätte ich in den Fragen, zu denen ich mich öffentlich äußere, auf Beschlüsse *der Partei* gewartet, ich wäre über die fünfziger Jahre kaum hinausgekommen.

Um ihrer verbogenen Argumentation Nachdruck zu verleihen, tritt die Autorin im doppelten Genitiv als »Mitglied des Präsidiums der DKP« auf. Um wen zu beeindrucken? Um wen einzuschüchtern?

Auch das sei klargestellt: Das Präsidium der DKP hat weder die Pornographiefrage jemals diskutiert noch je einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Es hat auch niemanden beauftragt, auf die Art mit mir abzurechnen. Deshalb noch einmal: Was soll dieses autoritäre Gehabe, dieses einschüchternde Getue?

Die Anhörung der Bonner SPD-Fraktion – wie auch die der Grünen-Fraktion eine Woche vorher – hat noch einmal deutlich gemacht, wie kompliziert das Thema ist und in welche Widersprüche sich Befürworter wie Gegner der Gesetzesinitiative verwickeln können. Da nehme ich mich selbst nicht aus. Beide Seiten, heißt es im Bericht der »FAZ«, müssen »als Anwälte von unerwünschten Verbündeten auftreten. Die Gegner (eines PorNO-Gesetzes), weil sie objektiv auch die Interessen der milliardenschweren Pornoindustrie wahrnehmen. Die Verfechter, weil sie auch den Puritanismus-Phantasien das Wort reden.« Und weil sie der Zensur zuarbeiten. Fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bonner SPD-Anhörung waren sich dieser Widersprüche bewußt. Das beeinflußte die Umgangsformen – angenehm.

Um so peinlicher ist deshalb die Simplifizierung des Problems in der präsidialen »UZ«-Kolumne: »...deshalb ist es auch unsachlich, in diesem Zusammenhang um die Freiheit von Kunst und Literatur zu zittern«, hieß es in der Mittwochausgabe »Unsere Zeit«. Tags drauf veröffentlichte »Die Zeit« eine »beängstigende« Liste (»Das Sex Buch« war auch dabei) »staatlicher Eingriffe in die Literaturfreiheit«. Eine Zensur findet statt. Was uns aber nicht weiter ins Zittern bringen soll.

Das Thema ist kompliziert, wie gesagt. Was ist Pornographie? Alle Definitionsversuche sind so unbefriedigend wie die Sache selbst. Unklar ist auch, ob es einen Zusammenhang gibt – und wenn, welchen – zwischen fiktiv inszenierter und real ausgeübter Gewalt gegen Frauen. Klar ist nur: Die von einigen Verfechterinnen und Befürwortern der Gesetzesinitiativen konstruierte Kausalkette Gewaltpornographie-Gewaltphantasie-Vergewaltigung-Totschlag ist, auch wenn sie im gerichtsmedizinischen Einzelfall zutreffen mag, in der Verallgemeinerung wissenschaftlich nicht haltbar.

Wer in dieser Diskussion zur Klarstellung beitragen will, sollte auf alle falschen Bildübertragungen – schiefe Metaphern also – verzichten, weil diese die Wirklichkeit gefährlich verzerren. »Was soll ich als Kommunistin, die mit ihrer Partei, die mit der VVN – Bund der Antifaschisten für ein Verbot rassistischer und neonazistischer Propaganda eintritt, von Günth(!)er Amendts Aussage halten, wonach es falsch sei, Gewaltpornographie durch Appelle an den Gesetzgeber, an die Gerichte und an den Staat zu bekämpfen. Ist Gewaltpornographie gegen Frauen weniger schlimm als Rassismus? Oder sollen wir demnächst auch bei Rassismus und Neonazismus 'Liberalisierung' befürworten statt konsequenter Bekämpfung?«

Das hohe moralische Pathos dieser argumentativen Schrotladung kann die Unkenntnis in der Sache und die daraus resultierende gedankliche Konfusion nur mühsam verbergen. Von einer »Liberalisierung« bestehender Strafgesetze war, in diesem Zusammenhang jedenfalls, nie die Rede. Nazistische und rassistische Propaganda wird, falls sie verfolgt wird, durch das Strafgesetz geahndet wie auch Gewaltpornographie, falls sie verfolgt wird. Hier aber geht es um die Einführung eines Zivilrechtsparagraphen, um die Schaffung eines neuen Rechtsinstruments. Diese Gesetzesinitiative »versucht einmal mehr das Sexuelle zu reglementieren, indem sie ein gesellschaftliches Problem verrechtlicht« Warum also sollte man nicht davor warnen dürfen, an den Gesetzgeber zu appellieren, den Gerichten zu vertrauen und auf den Staat zu bauen? Patriarchalisches Recht, ein von Männern beherrschtes Justizwesen, Klassenjustiz – nie gehört? Hätte die Linke nach den Erfahrungen der siebziger Jahre nicht jeden Grund, selbst solchen Gesetzen zu mißtrauen, die in der erklärten Absicht eingebracht werden, die Rechte in Schach zu halten? Gegen die Rechte gemacht – gegen die Linke gedacht. Gibt es da keine historischen Erfahrungen?

Die Pornographiediskussion ist wichtig, sie erneut ausgelöst zu haben, ein Verdienst der »Emma«-Redaktion. Das sagen auch die Kritiker der Gesetzesinitiative, fast schon rituell. Übersehen wird allerdings, daß die »Emma«-Redaktion aus der Pornographie-*Diskussion* schon lange ausgestiegen ist. Ihr geht es nur noch um den Verkauf der Kampagne. Schon behutsame Einwände oder leichte Modifikationen werden da, weil für das Produktimage störend, als unlautere Konkurrenz empfunden und niedergemacht. Was treibt ein Mitglied des Präsidiums der DKP dazu, ungeprüft ein Verkaufsargument der »Emma«-Kampagne zu übernehmen, das die systematische und industrielle Vernichtung jüdischer Frauen und Männer so eben mal in einem Atemzug mit den Auswirkungen von Gewaltpornographie in Verbindung bringt? An dieser Variante der Historikerdebatte werde ich mich nicht beteiligen. Es genügt der Hinweis, daß auch Frauen im nazistischen Liquidationsapparat Täterinnen waren. Vielleicht vermag auch hier die Feminisierung der Sprache das Bewußtsein zu schärfen. Sprechen wir also, um derart verstiegenen Analogien zu begegnen, zukünftig immer von Faschisten und Faschistinnen.

Die Frage, ob »Gewaltpornographie gegen Frauen weniger schlimm« sei als Rassismus, wage ich nicht zu beantworten. Ich will nicht. Sexismus wie Rassismus sind mehr als »nur« Diskriminierung. Sie können schreckliche und gewalttätige Formen annehmen. Doch auf dem Unterschied ist zu beharren, schon deshalb, weil es Millionen Frauen gibt, die mit beidem – der Gewalt des Rassismus wie des Sexismus – konfrontiert sind. Woman is the woman of the world. Nigger is the nigger of the world. Sorry, John Lennon. Auch wenn es gut gemeint war.

Dokument

Aus dem DKP-Organ »UZ« vom 21.9.1988

Zur Porno-Debatte

Notwendige Klarstellung

Von Irmgard Bobrzik, Mitglied des Präsidiums der DKP

Als ich Sonntag abend von der Frauenkonferenz des IMSF heimkam und die Frauenseite der UZ aufschlug, erschrak ich. Da berichtet Mathias Dohmen vom Hearing der SPD zum Thema Pronographie und ergreift Partei gegen den "Emma"-Gesetzentwurf und für die Argumente von Günter Amendt. Mehr noch: Der Artikel erweckt den Eindruck, als sei die Argumentation von Günter Amendt die Position der DKP. Dazu sei klargestellt: Die DKP bekämpft Sexismus und jede frauenverachtende, erniedrigende Darstellung von Frauen. Wir unterstützen auch geeignete gesetzliche Schritte hierzu, ohne und Illusionen zu machen, daß dies die Ursachen von Gewaltpornographie beseitigt. Indiesem Sinne haben wir uns konstruktiv und differenziert zum "Emma"-Gesetzentwurf geäußert. Auch in der UZ.

Es ist höchst unsachlich, die "Emma"-Initiative auf eine Stufe mit verlogenen Kampagnen der Rechten gegen sexuelle Freiheit, für Verklemmtheit und Zensur zu stellen. Was hat sexuelle Befreiung, die ja nur als sexuelle Befreiung von Mann und Frau denkbar ist, mit Darstellungen zu tun, in denen Frauen als Objekte von Gewalt erniedrigt werden? Nur um das Letztere geht es bei der Emma"-Initiative, und deshalb ist es auch unsachlich, in diesem Zusammenhang um die Freiheit von Kunst und Literatur zu zittern.

Und schließlich: Was soll ich als Kommunistin, die mit ihrer Partei, mit der VVN - Bund der Antifaschisten für ein Verbot rassistischer und neonazistischer Propaganda eintritt, von Günter Amendts Aussage halten, wonach es falsch sei, Gewaltpornographie durch Appelle an den Gesetzgeber, an die Gerichte und an den Staat zu bekämpfen? Ist Gewaltpornographie gegen Frauen weniger schlimm, weniger menschenverachtend als Rassismus? Oder sollen wir demnächst auch bei Rassismus und Neonazismus "Liberalisierung" befürworten statt konsequenter Bekämpfung? Sicher: Das Wichtigste ist die Beseitigung der gesellschaftlichen Ursachen von Rassismus, Neonazismus und Sexismus. Das schließt jedoch Abwehrmaßnahmen und gesetzliche Schritte für die Beschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten unter den

gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht aus, sondern ein.

Konkret 11/88, S. 52

Hermann L. Gremliza

Rhein/Main-Area

Ein Prozeß und ein Lernprozeß für und über die ökolibertären Mitläufer der Metropolen, für und über Schmierer, Cohn-Bendit, die Kultur des Streits und andere schlechte Manieren

Eigentlich ist es nicht üblich, daß Journalisten, wenn sie miteinander streiten, sich wie Franz Josef Strauß verhalten. Während die ersteren meistens wissen, wie man mit mehr oder weniger lauteren Argumenten die Klinge kreuzt, greift letzterer, fühlt er sich beleidigt, sofort zu juristischen Keulen. Eine unrühmliche Ausnahme in unserer Zunft ist und bleibt Herr Hermann L. Gremliza, seines Zeichens Herausgeber, Chefredakteur und Chefunterhalter der in Hamburg erscheinenden Zeitschrift KONKRET. Daß ich den »Möchtegern-Karl Kraus von der Alster« (gegen diese Namensbezeichnung hat er noch nicht geklagt) politisch ätzend und bigott finde, wissen viele in Frankfurt. Daß er Dany Cohn-Bendit für den »Möchtegern-Parvenu von Bockenheim« hält (das darf er auch ruhig sagen), wissen seine Freunde. Nun hat unser Autor Thomas Schmid in einer Kolumne in der Zeitschrift »Kommune« Gremliza in einem Ausrutscher, dessen Wiederholung uns das Gesetzbuch verbietet, Schmerz zugefügt. Diesen Schmerz mußte die »Kommune« mit 4000 Mark bezahlen. Wir unsererseits haben diese Geschichte vor mehreren Monaten glossiert, den sensiblen Herrn von der Alster in der uns eigenen Art angeraunzt, und prompt, so sagen unsere und dessen Juristen, müssen jetzt auch wir für zugefügten Schmerz zahlen. Einige tausend Mark, mit denen sich der große Klare aus dem Norden – nicht zu verwechseln mit dem einschlägig vorbeschimpften Herrn Stoltenberg – seine Wunden pflastern kann. Denn Herr Gremliza macht keinen Hehl daraus, daß es ihm Spaß macht, uns, die Möchtegern-Realpolitiker aus Hessen, nach dem Motto zu behandeln:« Wer in den Schoß der Bourgeoisie zurückkehrt, soll auch deren Sanktionsformen zu spüren bekommen.« Eines muß man dem Herrn zubilligen: Den Sport, seine Kontrahenten mit Schmerzensgeldforderungen zu überziehen ,beherrscht er grandios. Uns würde es niemals einfallen, politische oder journalistische Gegner mit Schmerzensgeldklagen zu traktieren, denn wir wissen, daß die Kultur des Streits zu wichtig ist, um sie einem Richter zu überlassen. Wir fragen uns nur, ob in Herrn Gremlizas sozialistischem Weltbild die Presse eine andere Funktion hätte, als sie in vielen dieser Länder spielen darf. Nach Gremlizas Kommentar zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen (»Polen instandbesetzt«) fühlte sich Jürgen Fuchs nicht zufällig an seinen schmallippigen DDR-Studienrat mit randloser Brille erinnert, wie er mit schneidender Stimme über den Marxismus-Leninismus dozierte. Zensursorgen kennt Herr Gremliza nicht. Der letzte aufrechte realsozialistische Journalist der BRD kämpf t mit dem Rücken zur Wand gegen den ständig um sich greifenden Verrat. Mitleid mit Hermann L. Gremliza und seiner paranoiden Welt.

Dany Cohn-Bendit

Mit der Kultur des Streits verhält es sich so, daß es zu ihr nie kommen wird, wenn einer der Streithammel nicht sagen kann, was er meint. Was, beispielsweise, bedeutet das »Mitleid mit G. und seiner paranoiden Welt«? Ist G.s Welt paranoid (und wenn ja: Wie macht sie das?)? Oder ist Mitleid mit G. und seinem paranoiden Weltbild gemeint? Wie aber litte man mit einem Weltbild? Ich weiß schon, was er sagen wollte: Mitleid mit dem Paranoiker G.. Weil er aber zu Recht das Recht bzw. den Richter fürchtet, dem die Kultur des Streits ein weiteres Mal hätte überlassen werden können, deutet der Streiter mit seiner Lanze irgendwo in die Gegend - circa Äquator, hätte Galetti (»Das größte Insekt ist der Elefant«) gesagt. Und was bedeutet: »Zensursorgen kennt Herr G. nicht«? Daß G. keine Sorge hat, zensiert zu werden? Daß er sich nicht scheut, Zensur auszuüben? Irgendwie beides ? Und wieder ahn' ich's: Es kam darauf an, den Namen des Herrn G. und das Wort Zensur so nah aneinander zu schreiben, daß irgendwas von diesem an jenem hängenbleibt, was man ihm auf ehrliche Art, nämlich in einem deutschen Satz, nicht hätte anhängen können.

»Nach G.s Kommentar fühlte sich F. nicht zufällig erinnert...«? Nein, nicht *durch* den Kommentar, sondern *nach* dem Kommentar (gemeint: nach dessen Lektüre) durch irgendetwas, das er dort gelesen hat. Mehr erfahren wir nicht. Es genügt, daß G., der ehemalige DDR-Bürger F. und dessen schmallippiger ML-Lehrer in einem Atemzug genannt werden: Die Vielen in Frankfurt werden schon verstehen. »Wir fragen uns nur, ob in Herrn G.s sozialistischem (und deshalb paranoidem – HLG) Weltbild die Presse eine andere Funktion hätte, als sie in vielen dieser Länder spielen darf.« Ich gestehe, daß weder die Presse noch sonstwer bei mir je eine Funktion gespielt hat oder spielen dürfte, sondern bestenfalls eine Rolle, und zwar auch nur dann, wenn sie auf Satzkonstruktionen verzichtete, durch welche die L Vielen in Frankfurt noch dümmer gemacht u werden, als sie schon sind: Entweder fragen e wir uns, ob die Presse in G.s Welt*bild* eine andere Funktion hat, weil das Weltbild bereits vorhanden ist, oder wir fragen uns, ob die Presse in G.s *Welt,* die nur eine vorgestellte ist, eine andere Funktion hätte. Bei dem tertium, das, obwohl non datur, hier versucht ist, würde, in Gremlizas Welt, der Autor falscher Konjunktive Zensursorgen kriegen.

»Der große Klare aus dem hohen Norden – nicht zu verwechseln mit dem einschlägig vorbeschimpften Herrn Stoltenberg«: Was will uns der Undichter damit sagen? Eine Gefahr der Verwechslung von G., den noch keiner den großen Klaren aus

dem Norden genannt hat, mit dem Bundesfinanzminister hat nie bestanden; sie zu erfinden, um sie neckisch zu bannen, dient ausschließlich der weiteren Vervollkommnung einer Kultur des Streits, in der die willkürliche Anführung eines bekannten Verdächtigen neben dem Namen eines Unliebsamen, gegen den Tatsachen, die ihn verächtlich machten, nicht vorgebracht werden können, die mehr oder weniger lauteren Argumente ersetzt. Zu dem »einschlägig vorbeschimpften« wäre nur zu sagen, daß, wer nicht schreiben kann, auf den Versuch, Sprachwitze zu erschwitzen, verzichten sollte. Auf keinen Fall kann ihm gestattet werden, G. für die »Zunft«, nämlich die der intriganten Halbalphabeten, zu reklamieren. Mag er mich mit Strauß vergleichen, weil auch der zu Gericht ging und aus der nachweislichen Tatsache, daß Hintern Wind machen und Cohn-Bendit Wind macht, geschlossen werden muß, daß dieser einer sei – mit sich vergleiche er mich auch dann nicht noch einmal, wenn der Vergleich so günstig ausfällt wie diesmal, da er mich einer »unrühmlichen Ausnahmestellung« rühmt sowie mit den Attributen »ätzend« und »bigott« immerhin eine Differenz markiert, die das Publikum vor dem Irrtum bewahrt, ich hätte mir mit jenem je einen Koben geteilt (und mich nicht in diesem Frühjahr fast am eigenen Gelächter verschluckt, als der Herausgeber des »Pflasterstrands« mich um ein Gespräch wg. gemeinsamer Anzeigenacquisition bitten ließ, allerdings mit schönen Grüßen und ohne Hinweis darauf, daß er mich ätzend und bigott findet, was mir, wie gesagt, lieber ist).

Was nun die Kultur des Streits angeht, die ihm zu wichtig ist, als daß er sie einem Richter überlassen wollte, so lernte ich diese näher kennen, als sein Zunftgeselle Thomas Schmid in der Zeitschrift »Kommune« mit der Bemerkung zu brillieren versuchte: »Der unsägliche Schmutzjournalist Hermann Gremliza ist der Reiner Pfeiffer des Falls Wallraff.« Weil ich nun besser als die ganze Zunft weiß, wie das gemacht wird, was man im bürgerlichen Feuilleton die Klinge kreuzen nennt, sah ich sofort, daß gegen Jauche mit dem Degen nichts anderes bewirkt werden könnte, als das Publikum in Mitleidenschaft zu ziehen, und beauftragte meinen Anwalt, den Vertretern der höheren Streitkultur eine finanzielle Buße und die Verpflichtung abzufordern, die zitierte Beleidigung nicht zu wiederholen.

Die Anwälte der Kultur erkannten zwar, daß ihr Streiter auf seiner Waffe ausgerutscht war, und gaben die verlangte Unterlassungserklärung ab. Doch zu einem spürbaren Beweis seiner Reue oder, um im zugehörigen Jargon zu bleiben: der glaubwürdigen Abkehr wollten oder konnten die Rechtsberater ihren Mandanten nicht überreden, und so blieb nichts anderes übrig, als mich an jenen Vater zu wenden, als dessen späte Söhne die Herren Schmid und Cohn-Bendit seit längerem sich bekennen: an den Staat, Abteilung Landgericht Hamburg, mit der Anregung, dem mißratenen Nachwuchs, an dessen Sturm- und Drangzeit nichts mehr erinnert als die schlechten Manieren, das Taschengeld zu kürzen.

Was machen in solchem Fall die Streiter von Kultur? Sie lassen mitteilen, »daß die Zeitschrift Kommune in der nächsten Ausgabe eine Erklärung abdrucken

wird, die den Schmerzensgeldanspruch ausräumen wird«. Es durfte also mit einer öffentlichen Entschuldigung gerechnet werden. Die nächste Ausgabe der »Kommune« erschien mit folgendem Text:

Oh Schmerz, laß nach

Im Wortlaut von Absatz 3 des faksimilierten Schreibens und im Namen von Verlag, Autor und verantwortlichem Redakteur hat RA Baier eine »Unterlassungsverpflichtungserklärung« an RA Jipp geschickt. Wir haben nicht die Absicht, uns wiederholt oder gar in dergleichen Weise mit Herrn Gremliza zu befassen. In den beklagten Text war er eher als Randfigur hineingerutscht. Seiner schillernden Persönlichkeit wird die dort entschlüpfte Kurzformel sicherlich nicht gerecht. Die Schmerzen freilich, die Herr Gremliza monatlich dem politischen Verstand und literarischen Geschmack öffentlich zuzufügen pflegt, sind in Geld gar nicht aufzuwiegen. Wir bitten Herrn Gremliza um freundliche Verrechnung. Danach steht er beim Publikum immer noch tief in der Kreide.

Verlag, Autor und verantwortlicher Redakteur der »Kommune« hatten sich also (Wortlaut Absatz 3) verpflichtet, »daß sie es bei Vermeidung einer für jeden Fall der schuldhaften Zuwiderhandlung zu zahlenden Vertragsstrafe... unterlassen, meinen Mandanten als 'unsäglichen Schmutzjournalisten' zu bezeichnen und/oder bezeichnen zu lassen und diese Darstellung zu verbreiten und/oder verbreiten zu lassen.« Sie hatten außerdem angekündigt, eine Erklärung abzudrucken, die den Schmerzensgeldanspruch ausräumen werde. In Erfüllung ihrer Verpflichtung und ihres Versprechens wiederholten sie durch den Abdruck des Anwaltsschreibens die Beschimpfung und schmückten diese aus: Herrn G. werde die »Kurzformel« »unsäglicher Schmutzjournalist«, der »Ausrutscher«, in den sie »hineingerutscht« sind wie der deutsche Bourgeois, der von Kind auf niemals die Vase runtergeschmissen hat und in seine Weltkriege immer nur »hineingeschlittert« ist, nicht gerecht, weil sie bei weitem nicht alle miesen Seiten seiner »schillernden Persönlichkeit« treffe, hähä. Der Anwalt der »Kommune« gab zusätzlich in einem Schreiben zu bedenken, »daß das unabwendbare Bedürfnis für ein Schmerzensgeld dann fehlen kann, wenn der Ruf des Betroffenen ohnehin weniger günstig ist«, und drohte damit, diese Tatsache dem Gericht gegebenenfalls bekannt zu machen.

Die Kultur des Streits hatte bereits beträchtliches Niveau gewonnen, ihren Gipfel aber noch lange nicht erreicht. Vor dem Landgericht Hamburg trugen die Beklagten nämlich nun vor, warum G. eigentlich doch ein »unsäglicher Schmutzjournalist« genannt werden muß:

Bei dem als »Selbstbezichtigung« getarnten Versuch der Demontage der Werke und Bedeutung Wallraffs muß wohl unterstellt werden, daß es dem Kläger um publizistische Eigensucht und ökonomische Gewinninteressen ging... Peggy Parnass wurde von dem Kläger gekündigt, nachdem sie ihren Namen unter eine Solidaritätsadresse für Wallraff setzte...Der Kläger ist auch ansonsten beim Austeilen nicht zimperlich: Über Bert Engelmann schreibt er: »Nicht entschiedene Parteinahme macht sich Luft, sondern das Ressentiment des Denunzianten«... Er ist sich nicht zu schade, Journalisten, die ihm nicht genehme Positionen vertreten, in die Nähe des Faschismus zu rucken. Zur «Frankfurter Allgemeinen Zeitung«: »Eine anständige faschistische Schreibe will halt gelernt sein«. . . Über andere: »und könnte Kohl sich so ungeniert im Wortschatz des Reichsnährstandes suhlen, wenn die grüne Intelligenz sich und ihre Anhänger nicht zuvor kundlich entwaffnet hätte«. . . All das: Schwüle Blüten aus der redaktionellen Tätigkeit des Klägers, der sich damit eine absatzfördernde Wirkung seines Presseorgans erhofft. Der BGH gewährte kein Schmerzensgeld wegen der Bezeichnung eines Waffenhändlers als »Schießeisenhändlers, der sich aus Absatzgründen die Pionierzeiten des Wilden Westens« zurückwünsche und an Tötungsdelikten mitschuldig sei, wenn er durch seine Werbung Anlaß zur Kritik gegeben hat.

»Weil wir wissen, daß die Kultur des Streites zu wichtig ist, um sie einem Richter zu überlassen«, würde es uns zwar »niemals einfallen, politische oder journalistische Gegner mit Schmerzensgeldforderungen zu traktieren«, sondern bloß, den Gegner in Schriftsätzen an das Landgericht Hamburg als einen Mann zu denunzieren, für den die inkriminierte Beschimpfung eigentlich fast schmeichelhaft ist. Dieser linke Lump, Hohes Gericht, ist nicht nur, hören Sie!, ein Antifaschist, sondern auch ein Spekulant, der mit der Demontage der Werke und Bedeutung Wallraffs nichts anderes bezweckte, als einen Reibach zu machen; er hat eine Autorin mißhandelt, nur weil sie Wallraff die Treue hielt; er hat den prominenten Schriftsteller Engelmann einen Denunzianten genannt; ja, Herr Richter, der sie Ihre »FAZ« doch schätzen und Kohl wählen: Er hat dem Kanzler den Wortschatz des Reichsnährstandes unterstellt und Ihren Lieblingsleitartiklern eine faschistische Schreibe!

Kommt es darauf an, daß G. den Karl Kraus-Preis an Wallraff verlieh, obwohl er wußte, wie teuer die Szene ihn dieses Sakrileg würde bezahlen lassen; daß das »Denunzianten«-Zitat nicht von G. stammt sondern von Enzensberger, den G. bloß zitiert hatte, um Enzenbergers Vorwurf gegen Engelmann zurückzuweisen; daß Peggy Parnass schon Jahre vor ihrer Solidaritätserklärung nicht mehr für KONKRET geschrieben hatte, dort nicht angestellt war und also auch nicht gekündigt werden konnte; daß Kohls Rede, der der Wortschatz des Reichsnährstandes attestiert worden war, so ging: »Heimat ist der Ort oder das Land, wo man geboren und aufgewachsen ist. Dazu gehört die Bindung an Werte und die urtümlichen Lebensformen unserer Heimat. Heimat ist hergeleitet vom Wort Heim, von Haus und Hof, von Erbe und Eigen. Heimat gibt Antworten auf die Fragen: Wer bin ich, woher komme ich, wie wurde ich zu dem, der ich bin« ? Es kommt nicht darauf an, weil die »Kommune« und ihre Anwälte das alles ja wissen und mit ihren Unwahrheiten nichts anderes erreichen wollten, als Richter, deren reaktionäre Instinkte sie zu kennen glaubten, gegen einen, der sogar der »FAZ« Übles nachsagt, in Stimmung zu bringen.

Alles in allem scheint es so, daß Heimat auch Antworten auf die Fragen gibt: Wer ist Thomas Schmid, woher kommt die »Kommune«, und wie wurde Cohn-Bendit zu dem, der er ist?

Das Landgericht Hamburg jedenfalls konnte sich der Auffassung, daß in diesem Verfahren die Gefühle von »FAZ«Abonnenten vor einem Polemiker in Schutz genommen werden müßten, nicht anschließen und verurteilte den »Kommune«-Verleger zur Zahlung von Schmerzensgeld (4.000 Mark) und einer Vertragsstrafe wegen des Verstoßes gegen die Unterlassungsverpflichtung (3.000 Mark). Nachdem sie dieses Urteil zu sich genommen hatte, erbrach die »Kommune« den Ruf: »Und da sage noch jemand, der Begriff der Klassenjustiz sei überholt«, wodurch man erfuhr, daß aus der alten KBW-Zeit nicht nur bedauernswerte Manieren in die ökolibertäre (i.e.phosphatfrei-weizsäckersche) Gegenwart gerettet werden konnten, sondern auch ein marxistischer Begriff und die alte Unfähigkeit, ihn anders als falsch zu gebrauchen.

Da die Opfer der von G.s Klasse beherrschten Justiz aber im Gegensatz zu Franz Josef Strauß und G. bekanntlich keinen Richter brauchen, gingen sie in Berufung beim Oberlandesgericht: Ein Anspruch auf Schmerzensgeld bestehe nämlich deshalb nicht, weil Kläger und Beklagter sich – Achtung, festhalten! – so nahe stünden. Im Wortlaut:

Sowohl d ie vom Kläger herausgegebene Zeitschrift KONKRET als auch die von der Beklagten herausgegebene Zeitschrift »Kommune« stehen sich näher als jede von ihnen etwa der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« oder anderen konservativen Blättern. Nun faßt man sich zwar auch unter guten Bekannten nicht mit Samthandschuhen an; wie die in der ersten Instanz wiedergegebenen Äußerungen des Klägers bezeugen, pflegt er eine oft recht derbe Sprache. Der Autor Thomas Schmid hat sich zwar im Ausdruck vergriffen, behauptet jedoch, in der Sache recht zu haben, was er darf.

Ist auch der Sinn – wie in allen schriftlichen Äußerungen aus diesem Milieu – nicht ganz klar (Was bedeutet das «zwar« im zweiten Satz, das den eh schon bescheidenen Gedanken verhatscht? Einen Ausrutscher? Einen Entschlüpfer?), bleibt die Absicht doch erkennbar: Da beide Parteien der »FAZ« und anderen konservativen Blättern, also der bevorzugten Lektüre von Oberlandesrichtern, gleichermaßen fern stehen, möge das Gericht nach dem alten Grundsatz: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich, entscheiden. Im übrigen habe Thomas Schmid sich zwar im Ausdruck vergriffen, was bei einem Autor, der in

so großer Distanz von der »FAZ« schreibt, jedem Richter a priori einleuchtet, in der Sache aber habe er recht, das heißt: G. sei tatsächlich ein unsagbarer Schmutzjournalist, man hätte und werde es bloß anders sagen müssen, nicht so derb, mehr kulturvoll halt.

Zur Würdigung dieses Vortrags brauchte das Oberlandesgericht Hamburg in der mündlichen Verhandlung keine 15 Minuten, die allerdings lang genug waren, der Anwältin der »Kommune« Gelegenheit zu einem letzten Versuch zu geben: Ob, so fragte sie G.s Anwalt, angesichts der politischen Nähe (des unsäglichen Schmutzjournalisten und des anderen) nicht ein Vergleich geschlossen werden könne. RA Jipp lehnte ab, und so werden wir nie erfahren, ob die »Kommune« für den Verzicht auf ein Urteil und für einen Rabatt auf das Schmerzensgeld bereit gewesen wäre, G. künftig für einen honorigen Zunftkollegen zu halten. Das OLG entschied: Die Berufung der »Kommune« gegen das Urteil des Landgerichts wird kostenpflichtig abgewiesen.

Bleibt die Frage, warum die »Kommune«-Macher weder Mühe noch Kosten gescheut haben, sich außerhalb der Bockenheimer Streitkulturmeile eine blutige Nase zu holen. Die Zeitschrift der zu Ökolibertären konvertierten KBWler hat Probleme: Erstens nimmt niemand sie ernst, nicht die Genossen von gestern, nicht die konsumbewußten Bourgeois von morgen, und zweitens geht es ihr auch sonst nicht gut. Was liegt da näher, als sich von einer Auseinandersetzung mit KONKRET eine »absatzfördernde Wirkung ihres Presseorgans« (das Schreiben müssen diese Anwälte bei ihren Mandanten gelernt haben) zu erhoffen? Noch während der Prozeß in Sachen unsäglicher Schmidjournalismus lief, schaltete die »Kommune« Anzeigen, in denen es hieß, es sei eine »Beleidigung«, die »Kommune« mit »der heruntergekommenen KONKRET auch nur zu vergleichen«. (Daß in diesen Kreisen als heruntergekommen gilt, wer nicht auf Teufel komm raus hinauf will, überrascht nicht.)

Und wieder bekam der verantwortliche Redakteur der «Kommune«, Joscha Schmierer, Grund zur Klage: »Durch die Übernahme dieses Satzes in unsere taz-Anzeige wurde aus der... Ablehnung jedes Vergleichs eine vergleichende Werbung, die zu unterbleiben hat. Also mußten wir schon wieder eine Unterlassungserklärung abgeben und dem Herrn Jipp Anwaltsgebühren überweisen.« Nicht einmal die Scheu vor Namenswitzen kann mich davon abhalten, dies ein tolles Schmiererstück zu nennen: Als fiele es nicht unter das Verbot vergleichender Werbung, ja als wäre es nicht die ideale Erfüllung des Tatbestands, wenn Henkel damit würbe, daß ein Vergleich seines Persils mit dem ätzenden Ariel eine Beleidigung sei. Damit kein Mißverständnis aufkommt: Nicht daß Schmierer auf das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb einen Dreck gibt, macht seine Jeremiade verächtlich, sondern daß der staats- und gesetzestreue Jammerlappen den vielen Frankfurtern einreden will, er sei, durch die Schuld des randlos-schmallippigen Marxisten-Leninisten G. und der ihm hörigen Klassenjustiz, schon wieder Opfer einer Beugung an sich löblicher Gesetze geworden.

Das Lokalglossen-Klischee vom schmallippigen Studienrat mit randloser Brille stamme doch nicht aus der »Kommune«, sondern aus dem »Pflasterstrand«? Mag sein, aber es ist nach dieser Affäre noch schwerer als man dachte, Cohn-Bendit und Schmierer, vergilbte Rotgardisten und Bürgerkriegsspätheimkehrer auseinanderzuhalten. Kaum war das Urteil erster Instanz gegen »unseren Autor« Schmid (»Kommune«) gesprochen, da durfte Schmierer im Blatt »unseres Autors« Schmid (»Pflasterstrand«) einen Vorabdruck seiner Erkenntnisse über die »Klassenjustiz« lesen, garniert mit einem nicht gezeichneten Beitrag, der noch einmal mit der im Prozeß vorgetragenen und von den »Kommune«-Anwälten längst revozierten Lüge aufwartete, es sei G. gewesen (und nicht etwa Enzensberger), der Engelmann »das Ressentiment des Denunzianten« unterstellt habe. Wie im Schriftsatz der «Kommune«-Anwälte trägt Bernt Engelmann auch im Originalbeitrag des »Pflasterstrands« den Vornamen »Bert«, vielleicht in der Absicht, künftigen Erforschern der Streitkultur, die sich über die rotzlöffelige Verbreitung nicht nur widerlegter, sondern vom Verleumder selbst widerrufener Anschuldigungen wundern könnten, ein erhellendes Indiz zu hinterlassen. Nach diesem eindrucksvollen Vermerke fuhr der »Pflasterstrand« fort in seinem Werke:

Es ist dieser Herr selbst der Hauptschriftleiter eines Hamburger Magazins, und das nun in ganz wörtlichem Sinne, schreibt er's doch fast alleine voll, wie weiland Karl Kraus, den er quasi als Wappentier für sich in Beschlag genommen hat, wogegen jener sich ja nicht mehr wehren kann.

Wehe aber, es geht dem Herrn mit dem ungeschützten Wappentier an die eigene Klassenehre. Dann wird er in ihrem Namen zum Schutzgeld-Er. . ., oh, wir wollten sagen: Schutzgeld-Forderer.

Zitat aus meiner Vorrede zur Verleihung des Karl Kraus-Preises 1986: »Da ich kein Schauspieler bin, wird beim Vortrag akustisch nicht immer erkennbar sein, wo Karl Kraus spricht und wo nur ich. Aber das ist kein Malheur: Wer den Unterschied zwischen Sätzen des Dichters und denen seines bemühten Epigonen nicht spürt, für den wäre auch eine deutliche Markierung eine sinnlose Information.« Zwei Jahre später findet der »Pflasterstrand« heraus, daß ich mich als Kraus-Epigone aufführe. Wenn diese Entdecker schon mal was entdecken, dann den Kolumbus.

Pech auch für die Kulturstreiter, daß der Herr mit dem ungeschützten Wappentier, wenn sie ihn nicht zur Änderung seiner Gewohnheiten zwingen, pro Ausgabe nur zwei der durchschnittlich achtzig KONKRET-Seiten vollschreibt und deshalb gerade noch Zeit findet, seine Klassenehre gegen das »Anraunzen in der uns eigenen Art« durch Einschaltung seiner

Klassenjustiz schützen zu lassen. Der »Pflasterstrand« wurde unhöflich aber bestimmt aufgefordert, die wiederholte Behauptung, G. habe Engelmann Denunziantentum nachgesagt, zu widerrufen, die Verleumdung G.s als »Schutzgeld-Er...« künftig zu unterlassen und als Buße für beides ein angemessenes Schmerzensgeld zu bezahlen.

Es schien, als hätten meine Tritte die Kulturentwicklung des Streits ein großes Stück vorangebracht, denn schon nach wenigen Tagen beeilte sich der Anwalt der »Pflasterstrand Verlagsgesellschaft mbH«, die Bereitschaft seiner Mandanten bekanntzugeben, meine Forderungen vollständig zu erfüllen. Aber kaum waren die Druckstellen der Sitzredakteure abgeschwollen, bliesen sie wieder die Backen auf. Unter der Titelzeile »Hermann L. Gremliza« hieß es im »Pflasterstrand«:

Da hat er uns gerade Realpolitik oder Realsozialismus oder sonst was (nämlich Mores – HLG) *gelehrt, indem er uns einige tausend Schmerzensgeld wg. beleidigter Ehre aus den Rippen geschnitten hat – und nun so was! Da hat er schon einmal einen gar nicht so unbegabten jungen Autor, Peter Krauß heißt er (wie weiland der Partner von Coney Froboess). Und der hat einen gar nicht mal so üblen Artikel über den Frankfurter Opernhausbrandstifter Michael Wortho (den DDR-Flüchtling, man erinnert sich) geschrieben, mit dem Titel »Der Totluftsee« (KONKRET 9/88). Aber dann läßt der erfahrene Allein-Herausgeber den jungen Mann im Furor des Schreibens einfach irgendwelche Interviews fingieren, die der nie geführt hat - zum Beispiel mit Ignaz Bubis. . . Der läßt sich nicht gern fiktive Interview-Zitate unterschieben und hat dem verhinderten Fackelträger von der Alster unter Androhung von 50. 000 Mark Vertragsstrafe auferlegt, die Sache richtigzustellen... German L. Kremliza wollte uns (und anderen vor uns) eine Lektion in realbürgerlichem Zynismus erteilen. Das ist ihm gelungen. Unser Mitleid hält sich in Grenzen.*

Wird sich der Autor im Laufe der Zeit noch mit sich einigen können, ob er mir nun realpolitischen, realsozialistischen oder realbürgerlichen Zynismus vorwerfen will? Auch der wirklich nette Namenswitz, der einzige intelligente Einfall, den der Bockenheimer Culture Club zum beschriebenen Streit beigetragen hat, leidet unter dem Verdacht, daß er bloß ein weiteres Beispiel für die Unfähigkeit ist, einfachste Namen wie den des Conny-Partners Peter Kraus oder Michael Wortha richtig zu schreiben. Man sieht: Ich bin der Kultur des Streits, vulgo Frotzeleien, nicht immer abgeneigt – wenngleich ich auch an der bewußten oder fahrlässigen Falschschreibung von Namen die Inferiorität eines Polemikers beweisen könnte, würde der diese nicht im selben Text plakatieren. Denn so blöde kann der dümmste meiner Gegner nicht sein, daß er glaubt, er könne dem Publikum weismachen, ich hätte einen Autor »irgendwelche Interviews fingieren lassen«, wobei die Formulierung den spontanen, oder sagen wir: spontaneistischen Eindruck erwecken soll, ich hätte den Auftrag gegeben, Interviews zu fingieren, während der verantwortliche Redakteur des »Pflasterstrand« vor Gericht mit dem Bekennermut des Spießbürgers beteuern wird, er habe mit der Wendung »er läßt Interviews fingieren« doch nur sagen wollen, daß der erfahrene Herausgeber nicht gut genug auf seinen jungen Autor aufgepaßt habe, und verstehe gar nicht, was Gremlizas Klassenjustiz ihm jetzt schon wieder unterstellen wolle, also echt. Und damit kommt er, weil die Klassenjustiz ihrem Auftraggeber manchmal doch einen Streich spielt, vielleicht auch durch, anders als in jenem Verfahren, in dem der gar nicht so unbegabte Peter Krauß erzählen wird, wann und wo er mit Ignaz Bubis ein ausführliches Interview geführt hat, und in dem der kurzbeinige Sandbläser vom »Pflasterstrand« zu erklären haben wird, warum er sich die Angaben des Herrn Bubis ohne jede weitere Recherche, ohne den Versuch einer Rückfrage beim Autor oder in der Redaktion zu eigen gemacht hat.

Wie bitte?, wird er fragen, vor Gericht?, schon wieder? Gewiß. Diese väterliche Einrichtung ist und bleibt nun mal der einzige Ort, an dem ich den Wonneproppen dieser Gesellschaft zu begegnen wünsche, solange er mir die Möglichkeit bietet, die Vergangenheit der Frankfurter Revoltenschläger bewältigen zu helfen: Das Schmerzensgeld der »Kommune« habe ich einem Hamburger Anwalt für die Verteidigung des Zeichners Rainer Hachfeld gegen den anderen Prozeßhansel, Franz Josef Strauß, und das Schmerzensgeld des »Pflasterstrands« der täglichen Anti-IWF-Zeitung »Zahltag« in Westberlin überwiesen. Der nächste Beitrag Cohn-Bendits geht an »Waffen für El Salvador«.

Den Hauptgewinn, die unvergleichlichen Erlebnisse mit der knietiefen topographischen Erscheinung in der Rhein-Main-Area, gebe ich an die Leser weiter. Krasser als hier, im überschaubaren Gelände dieser Auseinandersetzung, sind die Charakteristika der neuen Mitläufer nie hervorgetreten: Die Unfähigkeit, einen logischen Gedanken zu entwickeln und einen graden Satz zu schreiben; die allzeitige Bereitschaft, Gegner zu verleumden und, wenn die sich wehren, die Anrufung eines Gerichts als eines Linken unwürdig zu geißeln, selber aber jedes Rechtsmittel auszuschöpfen und in Schriftsätzen die Bedürfnisse der Klassenjustiz zu bedienen; den prinzipienlosen Opportunismus kleinbürgerlicher Karrieristen als Metropolen-Mondänität zu verkaufen und jeden, der ihnen dabei in die Quere kommt, jener Motive zu verdächtigen, die ihr eigenes Handeln bestimmen. Ich rate, ihnen aus dem Weg zu gehen. Sollte die unsägliche journalistische Schmutzarbeit, welche die Beschäftigung mit ihren Produkten bedeutet, wieder einmal unvermeidlich sein, weiß man ja, wen man dafür hat.

Konkret 11/88, S. 56

Volker A. Zahn

Mehl statt Zyankali

Die bundesdeutsche Jugend soll durch realistische Literatur nicht länger behelligt werden. Der Jugendbuchautor Klaus-Peter Wolf hat aufschlußreiche Verlagspost bekommen

Kein Sturm fegt durch die sich lichtenden Reihen der Leser; der Herbst bietet bloß den üblichen Schmus: lyrische Lamentos von Frankfurter Würstchen. Im Land der Schnarchsäcke schlummern auch die Bücher.

Wer ist schuld an der Krise der Literatur? Sind die Autoren die Deppen? Oder hat es im Zuge der allgemeinen nationalen Hinfälligwerdung nun auch den Leser erwischt? Wer schreibt wem was vor?

Der Autor schreibt, um zu leben; er fügt sich den Mechanismen des Marktes, weil der ihn in materieller Abhängigkeit hält. Der Markt sind die Leser, und also ist der Kapitalismus eine Basisdemokratie?

Wer sich nicht unter Kontrolle hat, muß anderweitig zur Raison gebracht werden. In den Verlagshäusern lauern die entsprechenden Fachkräfte, um die eingereichten Stücke marktgerecht zu schleifen. Verlagszensoren schlagen dreist und unverfroren vor allem beim Jugendbuch zu, dort scheut man mittlerweile vor keiner Peinlichkeit mehr zurück. Die Bälger frühzeitig auf Trab bringen und also die Nachhut sichern: An seiner Aufgabe wächst der Wachmann.

Aus der Verlagspost des Jugendbuchautors Klaus-Peter Wolf:

»Eine Leiche im Jugendbuch, das geht nun wirklich nicht, Herr Wolf. Wenn überhaupt, so könnte der Polizist den jungen Mann höchstens versehentlich verletzen – auf keinen Fall aber absichtlich erschießen.«

»Die Vergewaltigung sollten wir den Lesern nicht zumuten. Vielleicht bauen Sie die Szene so um, daß der Junge versucht, dem Mädchen unter den Rock zu greifen, sie weist ihn zurecht und er bereut seine Tat, schämt sich und entschuldigt sich schließlich.«

»Das Gespräch zwischen den drei Mädchen in der Peepshow über ihre Erfahrungen mit Männern ist im Grunde meisterlich, aber müssen die Frauen unbedingt in einer Peepshow arbeiten? Sie könnten doch genauso gut in einer Imbißstube hinter der Theke stehen. Aus dem Zuhälter sollte der Besitzer der Imbißstube werden.«

Klaus-Peter Wolf: »Die dahinscheidende Jugendbuchkultur bewegt sich immer im Rahmen des allgemeinen Geschmacks, der guten Sitten. Aufrührerisches gibt es höchstens als modische Pose. Kritik bleibt brav in den Grenzen sozialdemokratischer Parteitage und evangelischer Synoden. Der Staatsanwalt kann beruhigt weiter in der Hängematte schaukeln. Es reicht, daß er einsatzbereit bleibt, falls seinen Vorstoppern mal was durch die Lappen geht.«

.

Schmunzelnd lehnt sich der große Autor, der nicht genannt sein will, in seinem Ohrensessel zurück. Mit lässiger Geste winkt er ab. Das Gerede von der Verlagszensur sei kompletter Blödsinn. Die Literatur wirke als kritische, aufklärerische Instanz weiter fort. Gerade eben in diesen Zeiten bräuchte es die aufrechten Mahner und nicht jene Schwarzseher, die das Übel der Verhältnisse der Literatur aufzuschwatzen gedächten. Ob er, der große Autor, da nicht vielleicht Wunsch und Wirklichkeit durcheinander werfe? Zugegeben, da seien in letzter Zeit Entwicklungen, räumt der Autor ein, die ihm nicht behagten, auch an gewisse Kompromisse erinnere er sich jetzt. Und ob ich mal das Tonbandgerät abschalten könne.

Der Autor hat Angst. Tief verunsichert beobachtet er, wie der Markt diktiert, was in seinen Werken sich zu ändern habe. Keine Experimente: Die Zeiten, da Autoren mit Hilfe mutiger Verleger die Köpfe zu erobern suchten, sind vorbei, die Fronten verschoben. Nun gilt es Überläufer anzuzeigen: Der Verleger alten Typs ist ersetzt durch einen schlüpfrigen Verlagsmanager, der sich in erster Linie für das Gedruckte auf Scheinen interessiert. Auch andere verläßliche Bündnispartner verliert der Autor nach und nach; einigen Verlagen sind neuerdings Lektoren zu nichts mehr nutze. Rationalisierungen treffen immer häufiger diesen sensibelsten Bereich innerhalb der Verlagshäuser. »Es gibt kaum noch sorgfältige Betreuung der Autoren«, sagt der Autor, und: »Die Bewertung unserer Arbeit übernehmen eigentlich die Verlagsvertreter.«

Dann schimpft er sich den Unmut von der Seele: »Frühstücksdirektoren mit 250.000 DM Jahreseinkommen und Betriebswirtschaftsstudium entscheiden, welche Literatur dem Leser zuzumuten ist, Verlagsprogramme verkommen zu Gemüsegärten, weil man es möglichst allen Feuilletonchefs der großen Gazetten recht machen will, und wir Autoren ziehen die Köpfe ein, weil wir sonst nicht überleben könnten.«

Ob er darin eine politische Entwicklung sehe, wird der Autor gefragt. Nein, wehrt der heftig ab, das habe rein wirtschaftliche Gründe...

.

Als vor einigen Jahren Gisela Elsners »Abseits« für das Fernsehen verfilmt werden sollte, bat man die Autorin, das Ende ihrer Story zu verändern. Der beschriebene Selbstmordversuch, schlug man Elsner vor, solle mißlingen, weil die Suizidkandidatin Zyankali mit Mehl verwechsle; nach der gescheiterten Selbstattacke erkenne dann die Frau, wie schön eigentlich das Leben sei und richte es sich dementsprechend ein.

.

Aus einem Brief an Klaus-Peter Wolf: »...sehe ich im Moment keine Möglichkeit, Dein Buch zu machen, weil die Nachfrage nach Problembüchern dieser Art gegenwärtig sehr gering ist. Ich empfehle Dir, was Flotteres, Lustiges zu machen. Das geht momentan sehr gut.«

Es braucht ein dickes Fell, sich nicht in die seichten Gewässer abtreiben zu lassen. Wie im Jugendbuchbereich (und in den Fernsehanstalten sowieso) hat es neuerdings auch in Literaturverlagen Wächter über den Erbauungscharakter der Manuskripte. Klaus-Peter Wolf hat mit seinem letzten Roman, dem »Problembuch«, da recht wundersame Erfahrungen machen müssen.

»Die Angst der Täter« erzählt die Geschichte eines 17jährigen Jungen, der mit einem gestohlenen LKW seinem tristen Dasein zu entfliehen sucht. Als sich herausstellt, daß der Transporter illegal verschobenes chemisches Gift geladen hat, vermuten die Behörden terroristische Hintergründe. Der Junge wird sich seiner Macht bewußt und beginnt, den Staat zu erpressen: Als Gegenleistung für die Herausgabe der Giftfässer solle man einem akut von der Hungerkatastrophe heimgesuchten Land Afrikas sofortige Hilfe zukommen lassen. Schließlich kommen die Behörden dem Jungen auf die Spur, eine Sondereinheit richtet ihn hin. Die Öffentlichkeit wird falsch informiert, die moralische Tat des Jungen als verbrecherischer Akt dargestellt.

Ca. einem Dutzend renommierter Verlage hat Wolf seine Story angeboten, die meisten davon begrüßten den Autor mit offenen Armen. Denn Klaus-Peter Wolf hat bereits zahlreiche Bücher veröffentlicht; ihre Auflage hat die Millionengrenze überschritten, Übersetzungen liegen mittlerweile in acht Sprachen vor. Auch nach Lektüre des Manuskripts wollte die Mehrzahl der Verlage den Autor halten, nur sollte er doch bitteschön die Geschichte in Nuancen verändern.

Aus der Verlagspost: »Die Geschichte ist hervorragend konstruiert, aber das Ende unrealistisch... Der Junge sollte sich stellen und freigesprochen werden. Im Zuge der von ihm entfachten Diskussion könnte die Regierung der chemischen Industrie schärfere Auflagen machen und die Entwicklungshilfe verstärken.«

»...aber warum wird der Junge erschossen? Er fällt noch unter das Jugendstrafrecht.«

»...sehr spannend, aber der Schluß gefällt mir nicht. Die Sache sollte versöhnlicher enden. Dafür würde ich die Liebesgeschichte besser herausarbeiten...ein bißchen Sex täte dem Buch ganz gut.«

»...könnte der Junge von einem milden Richter freigesprochen werden und eine Lehrstelle bekommen.«

»Man empfindet die ganze Zeit Sympathie mit jemandem, der den Staat terroristisch erpreßt. ..deshalb sollten Staat und Junge gegen Ende aufeinander zugehen.«

»...besteht aber auch die Gefahr, daß Sie etwas beschreiben, was zur Nachahmung anregen könnte.«

Klaus-Peter Wolf hat den Roman schließlich ohne Änderungen im Verlag Benzinger veröffentlichen können.

.

Noch geht nicht alles endgültig den Bach hinunter. Zahlreiche Autoren lassen sich nicht in die Werke pfuschen, und einige Verlage bemühen sich tatsächlich noch um eine sorgfältige Betreuung. Dennoch wird es dem aufmerksamen Beobachter immer häufiger angst und bange. Pressemitteilung des Privatsenders RTL plus:

»Außerdem steht auch die RTL plus-Talkshow 'DieWoche' (...)ganz im Zeichen der Buchmesse. Live aus dem neuen Studio der Tele-F.A.Z. sendet RTL plus 'Die Woche' diesmal mit – im wahrsten Sinne des Wortes – erlesenen Gästen. Moderator Rainer Holbe begrüßt zur Talkshow den berühmtesten Autor der DDR, Stefan Heym (...) Auch Dorothee Sölle hat ihr Kommen zugesagt (...) Rainer Holbe wird zur Gesprächsrunde in Frankfurt auch Daniel Cohn-Bendit begrüßen... Der 'rote Dany' von einst bekennt sich inzwischen zum Parlamentarismus und zur bürgerlichen Demokratie als einziger Ordnung, die Humanismus beweist und soziale Vielfalt zuläßt...«

Moderator Rainer Holbe führte übrigens vor einigen Jahren noch durch das Programm der sehr beliebten »Schlagerparade«.

Dort würde man heute englisch singen. Aber das machte die Sache auch nicht viel erträglicher.

Konkret 11/88, S. 58

Johannes Reichmayr

Mutterschaft und Sexus

Marie Langer, Psychoanalytikerin und politische Kämpferin, ist 1987 gestorben. Erst ein Jahr danach erscheint die deutsche Übersetzung ihres Buchs »Maternidad y Sexo« (1951), einer Studie zu den Störungen der weiblichen Fortpflanzungsfunktionen

Marie Langer hat in der Zeit, in der sie als Psychoanalytikerin in Buenos Aires zu praktizieren, lehren und forschen begann (in den frühen 40er Jahren), die Psychoanalyse als Erkenntnismethode in einem Gebiet angewandt, das die Domäne der herkömmlichen Geburtshilfe und Gynäkologie war: Ihrer Studie zur Psychopathologie der weiblichen Fortpflanzungsfunktionen merkt man auch noch heute, 37 Jahre nach der Erstveröffentlichung, den kreativen Pioniergeist, die Lust am Forschen und das persönliche Interesse an der Problemstellung an; ebenso die Unsicherheiten und Schwierigkeiten bei den Versuchen, die klinischen Erfahrungen mit den gesellschaftlichen und sozialen Bedingungen theoretisch zu verknüpfen; manche der verwendeten Begriffe sind nicht mehr vertraut oder überholt. Die Jahre haben dem Buch aber nichts von seiner Spannung genommen, die vor allem von den in ihm enthaltenen und aufbereiteten Frauen-Fallgeschichten ausgeht.

Marie Langer schrieb in ihrem Vorwort zur Ausgabe von 1951: »Dieses Buch basiert hauptsächlich auf der direkten psychoanalytischen Beobachtung von Konflikten und Schwierigkeiten, die Frauen mit ihrer Weiblichkeit haben. Als Frau hat mich dieses Thema immer interessiert. Deshalb habe ich Störungen der Zeugungsfunktionen bei meinen Analysandinnen, später auch in Falldarstellungen anderer Analytiker, die mit mir ihre Fälle besprachen, besonders aufmerksam beobachtet.«

Bei der Beschreibung und Analyse der häufigsten Störungen der weiblichen Fortpflanzungsfunktionen begleitet Marie Langer ihre Patientinnen, Mütter, Töchter und sich selbst (sie war zum Zeitpunkt ihrer Arbeit schwanger) in ihrer Entwicklung von der Geschlechtsreife bis zum Abstillen und in einem abschließenden Kapitel bis zum Klimakterium. Die vorgestellten Frauen und ihre Geschichte kehren in den verschiedenen Abschnitten des Buches immer wieder: bei den Störungen der Menstruation, der Defloration, der Frigidität, bei Befruchtung und Sterilität, Empfängnis und Geburt. »Meine Hauptthese ist ja, daß die Frauen, weil sie heute größere sexuelle und soziale Freiheiten genießen, nicht mehr an den typischen neurotischen Krankheitsbildern, wie zum Beispiel der großen Hysterie, leiden: da sie aber in ihrer Rolle und Funktion als Mütter eingeschränkt werden, leiden sie an psychosomatischen Störungen dieser Funktionen.« So war auch die Mehrzahl der Frauen, die sich bei der Autorin in psychoanalytische Behandlung begaben, nicht von typischen Neurosen geplagt, sondern es waren Frauen, die mit ihrer Weiblichkeit Konflikte hatten.

Zur Zeit der Abfassung ihrer Studie waren die schmerzlose Defloration durch den Gynäkologen, die eingeleitete Geburt, die Geburt unter Narkose, Medikamente, die das Einschießen der Milch verhindern, und die Ernährung des Säuglings mit der Flasche typisch für den Entwicklungsstand der modernen Geburtshilfe und Gynäkologie, Meisterstücke männlicher Effizienz, mit denen die Zeugungsfunktionen der Frau desexualisiert, Triebhaftes und Spontanes in Mechanisches und Kontrolliertes umgewandelt wurden. Heute hat der industrielle Zugriff auf den weiblichen Körper im Zeichen der Gen- und Fortpflanzungstechnologie und im Dienste der Fortpflanzungs- und Bio-Industrie neue gynäkologische Dienstleistungen hervorgebracht: In-Vitro-Befruchtung, künstliche Besamung, pränatale Diagnostik und humangenetische Beratung setzen die Kontrolle der medizinischen Experten, die äußere und innere Kolonisation der Frau, fort. Liest man auf diesem Hintergrund das Buch von Marie Langer und geht mit ihr von dem psychophysiologischen Bedürfnis der Frau aus, ein Kind zu gebären, – aus dem Wunsch, alle latenten Fähigkeiten verwirklichen zu wollen – so bedeutet der psychopathologische Zugang und die Aufklärung der psychischen Konflikte einen Schritt der Wiederaneignung der eigenen, weiblichen Geschichte und der Selbstbestimmung über den eigenen Körper.

Die Frauen in unserer Kultur und Gesellschaft sind auf Verzicht festgelegt. Die Modalitäten, diesen zu erpressen, wandeln sich und mit ihnen auch die Reaktionen, Manifestationen und Symptomatiken. Die vorherrschende Tendenz des Ausmerzens der triebhaften und lustvollen Komponenten aus allem, was mit Zeugung, Schwangerschaft und Geburt zu tun hat, drückt sich nicht nur in den Fortschritten der patriarchal-kapitalistischen Medizin aus, sondern auch in den Konflikten des Verzichts der Frauen, die glauben, zwischen Mutterschaft, sexuellem Genuß oder einer befriedigenden und kreativen Arbeit und einer politisch und sozial wichtigen Tätigkeit wählen zu müssen. »Wer zu verzichten begonnen hat, ist bereits auf Ungerechtigkeit festgelegt«, dieser Satz von Christa Wolf beschreibt die Spannung, in der sich Marie Langer mit ihren Patientinnen und mit sich selbst befunden hat.

In ihrer psychoanalytischen Ausbildung in Wien nach 1934 mußte Marie Langer verzichten: auf die Verbindungen der Psychoanalyse zur Politik und auf ein befriedigendes theoretisches Konzept für eine psychoanalytische Psychologie der Frau. Beide Themen waren in der Wiener Psychoanalyse randständig. Die Analytiker im austrofaschistischen Ständestaat versuchten sich dem Regime gegenüber neutral zu verhalten; die Einbußen an Denk-, Handlungsfreiheit und Oppositionsgeist trugen zur Stagnation der psychoanalytischen Bewegung bei; Wilhelm Reich, politisch aktiver

Kommunist und Psychoanalytiker, fiel dem Korpsgeist zum Opfer – er wurde 1934 aus der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung ausgeschlossen. Otto Fenichel und seine Gruppe linker Analytiker verständigten sich nur mehr über geheime Rundbriefe zu den Fragen von Politik und Psychoanalyse. Marie Langer, Tochter einer assimilierten jüdischen Bürgerfamilie in Wien, wurde im Untergrund für die Kommunistische Partei Österreichs aktiv und ging 1936 mit ihrem Mann Max in den Sanitätsdienst der Internationalen Brigaden nach Spanien.

Erst an neuen Orten, zunächst in Montevideo und später in Buenos Aires, kehrte Marie Langer zur Psychoanalyse zurück. Sie entdeckte in dieser Zeit der Aufbruchs- und Kolonisierungsstimmung der Psychoanalytiker in Argentinien die Konzepte von Melanie Klein, einer Schülerin Sandor Ferenczis und Karl Abrahams, die in London wirkte. Im psychoanalytischen Wien blieb das Schicksal der weiblichen Sexualität, Mutterschaft und Fruchtbarkeit im Neid auf die Lust und Potenz der Männer beschränkt. Gegen Sigmund Freud bestand Melanie Klein darauf, daß die Frau psychophysiologisch kein kastrierter Mann sei, sondern von Geburt an eine eigenständige Triebentwicklung durchmache und ein unbewußtes Wissen ihrer Geschlechtlichkeit, Genitalorgane und rezeptiven Funktionen habe. Sie wurde von den Wiener Analytikern verächtlich nach »Melanesien« verbannt.

Für Marie Langer förderte dieser Ansatz das Verständnis und die Theoretisierung der eigenen Erfahrungen und der Problematik ihrer Patientinnen. Neben den zum Verständnis von psychosomatischen Störungen bei Frauen dienlichen Ansätzen bei Sigmund Freud, Helene Deutsch, Karen Horney, Ruth Mack Brunswick, Ernest Jones und Karl Abraham stützte sich Marie Langer in »Maternidad y Sexo« vor allem auf die Position Melanie Kleins, wonach die Ängste und Phantasien des kleinen Mädchens, nicht intakt zu sein, grundlegend für seine späteren Konflikte mit der Weiblichkeit und Mutterschaft seien. Zentral ist die weibliche Angst vor der Zerstörung des Körperinneren, die Phantasien darüber, was sich im Inneren abspielt. Nach Melanie Klein tritt das Mädchen bereits in seinem ersten Lebensjahr die Rivalität mit der Mutter an. Sein früher Haß aus den oralen Versagungen und Frustrationen durch die Mutter führt dazu, daß das Mädchen das Körperinnere der Mutter zerstören und sich des begehrten Inhalts bemächtigen möchte; dies löst in ihm die irrationale Angst vor entsprechender Rache durch die Mutter aus, es fühlt sich selbst der Gefahr der Zerstörung seines Inneren ausgesetzt.

In den Falldarstellungen und Symptomatiken der Untersuchung Marie Langers werden die Auswirkungen dieser unbewußten Phantasien von Neid, Haß und Aggression – die vor allem gegen die (schwangere) Mutter und die jüngeren Geschwister gerichtet sind – eindrücklich demonstriert. Der grundlegende Konflikt als Ausdruck der Angst, sich mit dem Bild der »schlechten«, »zerstörten« Mutter zu identifizieren, oder der Angst vor ihrer Rache, zeigte sich in allen Fallgeschichten. »Im klinischen Teil des Buches werde ich mich auf psychoanalytisches Material von 'Töchtern' und 'Müttern' stützen und zum Beispiel zeigen, wie die Angst vor der Mutter ein Mädchen daran hindert, zu gegebener Zeit ihre Regel zu bekommen, wie der Haß einer Schwangeren zu einem Abort führen, oder wie die Ablehnung einer jungen Mutter Schwierigkeiten beim Stillen nach sich ziehen kann.«

Es ist wichtig, was Ingeborg Fulde in ihrer Einleitung zur deutschsprachigen Ausgabe von »Maternidad y Sexo« den Lesern mitteilt, um einem falschen Verständnis durch die manchmal unleidige Terminologie vorzubeugen: »Für Leserinnen und Leser dieses Buches, die mit der psychoanalytischen Theoriebildung nicht so vertraut sind, möchte ich darauf hinweisen, daß die Theorien Melanie Kleins, wie z. B. das von Marie Langer häufig benutzte Konzept der 'guten und bösen' Mutter, nicht bedeuten, daß Aspekte einer wirklichen Mutter aufgezählt werden die sich dann in einem moralischen Sinne als gut oder schlecht in ihrer Mütterlichkeit verhalten hat, sondern daß es sich um die innere Verarbeitung der unmittelbaren körperlichen Erfahrung des Säuglings und Kleinkindes sowie seiner frühen Abhängigkeit von einem anderen Menschen handelt. So wie das kleine Kind auf den bösen Tisch haut, wenn es sich daran gestoßen, sich weh getan hat und den Gegenstand dafür verantwortlich macht, ist die Mutter der frühen Lebensjahre im Erleben des Kindes zuständig für alle Gefühle und Spannungen: die bösen und die guten, die gefährlichen und die beruhigenden, die befriedigenden und die frustrierenden. Eigene bedrohliche und unbewältigbare Affekte von Wut, Schmerz und Angst werden in die Mutter hineingelegt; die 'böse Mutter' ist das machtvolle Bild der daraus folgenden Ängste, Ausdruck der Grunderfahrung der psychologischen und biologischen Abhängigkeit, durchwebt mit den Stürmen der eigenen Emotionen und Begierden, die uns immer wieder überraschend treffen. Die böse Mutter existiert in jedem von uns, denn wir waren alle einmal klein und unersättlich, kannibalistisch und tobsüchtig. Vielleicht mag diese Erkenntnis ein wenig dazu beitragen, uns begreifbar zu machen, warum es doch vergleichsweise selten vorkommt, daß in der menschlichen Psyche individuell und sozial die Liebe über den Haß siegt, die Vernunft über die Leidenschaft.«

Marie Langer hat in ihrem Vorwort zur zweiten spanischen Ausgabe von »Maternidad y Sexo« 1972 angemerkt, daß es ihr in ihrer klinisch orientierten Studie theoretisch nicht befriedigend gelungen sei, die »persönliche und soziale Gleichung«, die die Störungen der weiblichen Fruchtbarkeit bestimmt, aufzulösen. »Vom psychoanalytischen Standpunkt aus gesehen besitzt es (das Buch) in seiner Gesamtheit noch nach wie vor Gültigkeit. Sicher wäre es nötig, einiges zu revidieren.... Aber das ist nicht das Hauptproblem. Die Schwäche des Buches liegt im Ideologischen, einem Bereich, mit dem ich mich zwar lange, bevor ich 'Mutterschaft und Sexus' geschrieben habe, schon auseinandersetzte. Aber ich wußte damals nicht, wie ich ihn hätte mit dem psychoanalytischen Standpunkt verbinden können. Aber erst seit kurzer Zeit erscheint es mir als ein

großes Versäumnis, daß ich den sozialen Aspekt, den Kampf für Veränderung, beiseite gelassen habe, weil ich nicht wußte, wie ich ihn hätte mit dem psychoanalytischen Standpunkt verbinden können. In der Zwischenzeit habe ich zusammen mit vielen anderen gelernt und weiß es besser.... Für die Fragestellung, die uns hier interessiert, heißt das: Um von der heutigen Frau sprechen zu können, müssen wir sie als Angehörige einer bestimmten Klasse identifizieren und den historischen Moment, in dem wir leben, berücksichtigen.« Dieser Hinweis erhellt auch, daß an manchen Stellen des Buches die Verweise auf Fruchtbarkeit und Mutterschaft als Beschwichtigung vor der Angst, nicht intakt zu sein, (miß-)verstanden werden können. Ihre eigenen Einwände griff Marie Langer in der Auseinandersetzung zwischen Psychoanalyse, Feminismus und Marxismus in einem 1973 verfaßten Aufsatz über »Die Frau: ihre Grenzen und Möglichkeiten« auf, ein Artikel, der auch als Anhang zur italienischen Ausgabe von »Mutterschaft und Sexus« 1981 erschienen ist.

Marie Langer ist in den sich verschärfenden politischen und sozialen Kämpfen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre in Argentinien für eine gesellschaftlich offene Psychoanalyse eingetreten. »Diesmal werden wir weder auf Marx noch auf Freud verzichten« und ihr spektakulärer Austritt aus der Argentinischen und Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung waren ihre Antworten auf Anpassungswilligkeit, Stillschweigen und Kollaboration der Zunft angesichts der sich zuspitzenden politischen Kämpfe und des »schmutzigen Krieges« der Generäle, die mit Tod, Entführung und Folter die Bevölkerung terrorisierten. Psychoanalytiker, Psychologen und Psychiater, die in Buenos Aires vorbildliche psychosoziale Dienste aufgebaut hatten und zum Teil in der gewerkschaftlich orientierten linken »Plataforma«-Gruppe die Debatte über Psychoanalyse und Politik fortführten, wurden zu einer Zielgruppe von Geheimpolizei und Todesschwadron. 1974 mußte Marie Langer aus Argentinien flüchten und ging nach Mexiko ins Exil.

Auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in Wien und Buenos Aires hatte Marie Langer 1971 auf dem Internationalen Psychoanalytischen Kongreß in Wien über »Psychoanalyse und/oder soziale Revolution« referiert und der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung die Leviten gelesen. Nachhallendes? Vor einem Jahr hörte ich auf einer Tagung über »Psychoanalyse im Exil« in London in einem Pausengespräch den Freiburger Psychoanalytiker Frederick Wyatt (Friedrich Weiss, der 1938 aus Wien vertrieben wurde) den auf Marie Langer gemünzten markanten Satz »She is a pain in the neck« sagen. Politisches Engagement, auch innerhalb der institutionalisierten psychoanalytischen Welt betrieben, verursacht Schmerzen.

Marie Langer hat in Mexico an der Universität der Hauptstadt im Bereich der Klinischen Psychologie als Professorin gelehrt, als Psychoanalytikerin praktiziert und sich intensiv um lateinamerikanische Flüchtlinge, insbesondere um die argentinischen Exilierten gekümmert, die durch Folter, Flucht, Verschleppung und den Tod von Angehörigen, Freunden und Genossen gezeichnet waren. Sie reiste seit Mitte der 70er Jahre regelmäßig nach Europa und berichtete über ihre Arbeiten und Erfahrungen: in psychoanalytischen Zirkeln, in psychosozialen Einrichtungen, an Universitäten in Spanien, Italien, der Schweiz, Österreich und in der Bundesrepublik. Sie arbeitete mit Franco Basaglia an der psychiatrischen »Karte der Schande«, hielt in Salzburg, wo ich sie 1975 kennenlernte, am Psychologischen Institut bei Igor A. Caruso Seminare und wirkte am Psychoanalytischen Seminar in Zürich als Dozentin und Supervisorin. Ab 1981 reiste sie mit Mitarbeitern des »Equipo Internacionalista de Salud Mental« (das nach ihrem Tod in »Equipo Internacionalista Marie Langer« umbenannt wurde) regelmäßig nach Nicaragua, um Ärzte, Psychologen, Psychiater und andere Gesundheitsarbeiter in psychoanalytischer Theorie auszubilden, Supervisionsgruppen einzurichten, in Ausbildung, Lehre und Forschung beim Aufbau der sozialpsychiatrischen Versorgung in Nicaragua mitzuhelfen.

Auf ihren Reisen in Europa stand nach 1981 die Solidaritätsarbeit für Nicaragua und für das Salud-Mental-Projekt im Mittelpunkt. Unterstützt wurde und wird diese Arbeit in der Bundesrepublik von medico international, in der Schweiz vom Psychoanalytischen Seminar in Zürich und in Österreich von der Werkstatt für Gesellschafts- und Psychoanalyse in Salzburg. Diese Organisationen sind die Herausgeber eines soeben erschienenen Buches, das einen detaillierten Einblick in die Arbeit des »Equipo Internacionalista Marie Langer« gibt. Aufsätze, Berichte und Interviews gehen auf die theoretischen, praktischen und politischen Zielsetzungen der Gesundheitsarbeit im sandinistischen Nicaragua ein und behandeln deren Umsetzung in die Praxis. Die Differenzen zwischen gemeindepsychiatrischer und psychoanalytischer Gruppenarbeit kommen zur Sprache, ebenso wie Fragen der Psychotherapie unter den Bedingungen eines im Krieg und im Aufbau befindlichen Landes.

»Psychoanalyse ist sicher keine revolutionäre Theorie, im Sinne einer Theorie der Revolution oder einer revolutionären Gesellschaft. Sie ist eine Theorie, das Individuum besser zu verstehen, allerdings in seiner gesellschaftlichen Realität. Auf daß die Befreiung von der Diktatur, die Neugestaltung der sozio-ökonomischen Umwelt auch zu einer schrittweisen Befreiung der Individuen führt, dazu kann die Psychoanalyse beitragen. Freud selbst hatte schon darauf verwiesen, daß die Psychoanalyse vielleicht 'nicht mehr leisten kann, als neurotisches Elend in allgemeines Unglück zu verwandeln' . Ist das nun revolutionär oder nicht? Zu einer Revolution, verstanden als allseitige Befreiung, gehört es ganz sicher« (Marie Langer, Salzburg 1983).

Fidel Castro wurde auf Marie Langer und die Psychoanalyse über ihre Arbeit in Nicaragua aufmerksam. Sie wurde in das »Komitee der Intellektuellen für die Souveränität Lateinamerikas« gewählt, wo sie den Sitz des verstorbenen Julio Cortázar

einnahm. Sie bemühte sich um das Zustandekommen eines Kongresses lateinamerikanischer kritischer Psychologen und Psychoanalytiker. 1986 fand dieser mit Unterstützung Fidel Castros zum ersten Mal in Havanna statt. Seine Fortsetzung im Februar 1988, die Marie Langer nicht mehr erlebte, sie starb im Dezember 1987 in Buenos Aires, fand zum Thema »Psychoanalyse und Marxismus« statt. Die Kongresse zeigten, daß die Psychoanalyse in der intellektuellen Kultur Lateinamerikas einen theoretischen und praktischen Stellenwert gewonnen hat, der Marie Langers Anliegen entsprach. Sie hatte geschrieben, es ginge ihr darum, ihre »beiden Lieben zu vereinen: Psychoanalyse und politisches Engagement für die Menschen«.

Marie Langer: »Mutterschaft und Sexus. Körper und Psyche der Frau«, Kore Verlae. Freiburg 1988.378 S.. 42 Mark
»Salud Mental in Nicaragua«. Psychoanalyse im Dienste des Volkes. Hrsg. v. Werkstatt für Gesellschafts- + Psychoanalyse Salzburg, Psychoanalytisches Seminar Zürich, Kore Verlag Freiburg, Medico International, 1988, ca. 180 S., 20 Mark

Konkret 11/88, S. 62

Vincent von Wroblewsky

Aus dem Leben eines Aufrechten

Acht Jahre nach seinem Tod ist in der Bundesrepublik eine ausführliche Darstellung des Lebens Jean Paul Sartres erschienen. Im Auftrag eines amerikanischen Verlages hat die Französin Annie Cohen-Solal eine Biographie des Schriftstellers und politischen Aktivisten verfaßt, die nicht nur informativ, sondern auch gut zu lesen ist

Le sujet est mort, vive le sujet! Seit vielen Jahren wird das Subjekt von Strukturalisten, Post- oder Neostrukturalisten und Postmodernen für tot erklärt. Doch davon läßt sich die theoretische Leiche bei ihrem unaufhaltsamen Aufstieg auf der verlegerischen Erfolgsleiter nicht beeindrucken. Das Interesse an Biographien und Autobiographien nimmt ständig zu, unabhängig von der Himmelsrichtung: für die DDR beispielsweise zeugt davon die Brecht-Biographie von Mittenzwei ebenso wie die Bismarck-Biographie von Engelberg. Bestätigt oder widerlegt das die Philosophen? Belegt das wachsende Interesse für das Leben von Menschen, die in ihrer Zeit sichtbare Spuren hinterließen, das Bedürfnis nach einer letzten wehmütigen Erinnerung an den teuren Toten, den einzelnen, der mit der Illusion lebte, Subjekt der Geschichte zu sein und an ihrer Sinngebung teilhaben zu können? Bestätigt es den unwiederbringlichen Verlust der großen Synthesen, der glaubwürdigen Menschheitsperspektiven, bestätigt es die Parzellierung, die Pluralität der Perspektiven, die keine Totalisierung mehr einzuholen vermag? Oder behauptet der unbelehrbare Anthropozentrismus wider alle Einsichten in die dezentrierte Position des Menschen, dieser bleibe, allem theoretischen Antihumanismus zum Trotz, Schöpfer seiner selbst, auch wenn ihm die Fähigkeit zur Selbstzerstörung seiner Gattung ultima ratio ist? Beharrt dieser Mensch darauf, selbst als Zufall am Rande des Universums, als zufälliges Evolutionsprodukt, als schwaches Ich zwischen Es und Überich, als Produkt ökonomischer und sozialer Strukturen, als von der Sprache Gesprochener, von Mythen und Bildern Gezeichneter, von Informationen Formierter und Deformierter, weiterhin zu denken, zu fühlen, zu sprechen, zu handeln und seine Welt verändernd sich zu verändern, gar zum Besseren hin?

Scheint das Interesse für Biographien schlechthin letzteres zu bekräftigen, so Biographien über Sartre in ganz besonderem Maß. Hat er doch wie kein anderer auf Subjektivität als Ausgangspunkt und Grundlage für das Verstehen der Menschen und ihrer Geschichte insistiert, auch als sein Blick sich vom individuellen Entwurf zur Praxis der Gruppe erweiterte und der Mensch ihm kein Individuum mehr, sondern ein einzelnes Allgemeines war. Seine satirische Kritik aller möglichen Humanismen in »Der Ekel« (1938) verwandelte sich in die These »Der Existentialismus ist ein Humanismus« (1946) und in die Forderung nach einem revolutionären Humanismus. Dieses Fortschreiten, auf philosophischer Ebene von »Das Sein und das Nichts« (1943) zur »Kritik der dialektischen Vernunft« (1960), läßt sich am anschaulichsten in den von Sartre geschriebenen Biographien verfolgen, in seinem »Baudelaire« (1947), in »Saint Genet, comédien et martyr« (1952, deutsch 1982), in »L'idiot de la famille. Gustave Flaubert de 1821 à 1857« (1971-72, deutsch 1977-80), in seinen Texten über Mallarmé, über Tintoretto und natürlich auch in der Autobiographie »Die Wörter« (1964).

Doch wer bisher in deutscher Sprache biographische Auskünfte über Sartre suchte, mußte sich mit Wenigem begnügen. Und nun in rascher Folge gleich zwei umfangreiche Sartre-Biographien! Vor Annie Cohen-Solal ging Ronald Hayman mit seinem »Jean-Paul Sartre – Leben und Werk« (Heyne Verlag München) durchs Ziel – doch nur dank schnellerer, da zweigeteilter und auch weniger anspruchsvoller Übersetzung. Ansonsten muß der Vergleich – für den leider hier nicht der Platz ist – wohl zugunsten Cohen-Solals und ihrer Übersetzerin Eva Groepler ausfallen. Die lange Zeit, in der der von Walter Biemel für Rowohlts Bildmonographien dargestellte »Jean-Paul Sartre in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten« konkurrenzlos in den Buchhandlungen stand, ist damit zuende.

Ähnlich sah es in Frankreich aus. Lange blieben »Sartre par lui-même« (1955), »Un quidam nommé Sartre« (1966) und »Sartre dans sa vie« (1974) von Françis Jeanson die einzigen nennenswerten biographischen Texte. Jeanson hatte am Engagement Sartres gegen den Kolonialkrieg Frankreichs in Algerien großen Anteil – daß seine Bücher über Sartre engagierter waren, als die von Biemel es sein konnten und wollten, muß nicht betont werden. Doch überall (die USA bilden eine Ausnahme) fällt die Diskrepanz auf zwischen den unzähligen, teilweise hervorragenden Untersuchungen zu Sartres Philosophie, Literatur, Theater, Literaturkritik, zu seinem politischen Engagement auf der einen Seite und auf der anderen die Zurückhaltung, sein Leben und Werk insgesamt darzustellen. Schrecken die potentiellen Biographen vor dem erdrückenden Gewicht des Werkes Sartres (und Simone de Beauvoirs) zurück oder befürchten sie, an der von Sartre entwickelten biographischen Methode gemessen zu werden?

Annie Cohen-Solal hat beide Probleme mit Bravour gelöst. Die von ihr gewählte Methode ist nicht von Sartre inspiriert, ihr geht es nicht darum, die Human-Wissenschaften oder die philosophische Anthropologie zu revolutionieren: keine Rede von progressiv-regressiver Methode, von Integration der Psychoanalyse und der Soziologie als »Hilfswissenschaften«, keine ständige Reflexion des eigenen Verfahrens. Sie erhebt nicht den Anspruch, dem Sartre in seinem Flaubert-Buch folgte, anhand einer Fallstudie zu demonstrieren, was man heute von einem Menschen wissen kann. Der Chronologie folgend, schildert sie in einer lebendigen, anschaulichen Weise, die von Anfang bis Ende die Spannung zu halten versteht, über

welche Höhen und Tiefen Sartre seine Wege der Freiheit suchte. Souverän geht sie mit dem umfangreichen Corpus der Texte von Sartre und Simone de Beauvoir um, den Blick natürlich auf die biographisch relevanten Passagen konzentriert, vor allem die postum erschienen Tagebücher und Briefe Sartres. Doch darauf beschränkt sie sich nicht – und darin liegt vor allem ihre Originalität.

Ebenso wie ihr Stil ist ihre Methode vom Vorbild der großen, soziologisch und literarisch ambitionierten Reportage geprägt. Dieses Genre verbindet eine umfassende Hintergrundinformation mit dem Effekt des »Dabeigewesenseins«. Der Leser soll das »Ereignis« als Augen- und Ohrenzeuge im Fluß des Geschehens nachvollziehen können. Ist das zu rekonstruierende Ereignis ein Leben, müssen die zeitlichen und örtlichen Umstände so genau wie möglich wiedergegeben werden, jedoch stets aus der Sicht des Akteurs oder wenigstens mit Bezug auf ihn. Das erfordert umfangreiche Nachforschungen, Ortsbesichtigungen, Befragungen von Zeitgenossen, Aufspüren des Zeitgeistes und seines Kolorits in seinen vielfältigen Manifestationen.

Fast vier Jahre lang hat Annie Cohen-Solal recherchiert: Zu ihren Quellen zählt sie 66 Zeitungen und Zeitschriften sowie 26 öffentliche und 16 private Archive, sie bedankt sich bei über 250 Personen, die ihr als Zeitzeugen Auskunft gaben oder als Freund halfen. Vier Jahre und 50.000 Dollar. Wer räumte der jungen Frau, bis dahin Autorin eines Buches über Paul Nizan, diesen Kredit ein? Sartres Hausverlag Gallimard? Ein anderer großer Verlag? Die Geschichte lohnt, kurz erzählt zu werden.

Seit 1962 leitet André Schiffrin den New Yorker Verlag »Pantheon Books«. Sein Vater hatte einst in Paris die berühmte Reihe »La pléiade« im Verlag Gallimard mitbegründet und geleitet (als Sartre in den siebziger Jahren in diese Reihe aufgenommen wurde, war er stolz und zugleich erschrocken, schon zu Lebzeiten in einen »Klassiker« verwandelt zu werden). Nachdem durch die Kollaborationsregierung Pétains 1941 antijüdische Gesetze in Frankreich eingeführt worden waren, entließ Gallimard seinen leitenden Mitarbeiter Schiffrin, der dank André Gides Hilfe dem Lager entgehen und über Marokko in die USA emigrieren konnte. Dort gründete er gemeinsam mit Kurt Wolff den Verlag Pantheon Books und publizierte Bücher in englisch, französisch und deutsch, vor allem Exilliteratur. 1945 lernte er Sartre persönlich kennen, als dieser zum ersten Mal in die USA reiste. 1950 starb er.

Als André Schiffrin dreißig Jahre später die Zeit für gekommen hielt, eine Sartre-Biographie zu veröffentlichen, meinte er, Franzosen müßten die Initiative ergreifen. Er wandte sich an Robert Gallimard (Sohn von Gaston, unter dessen Leitung André Schiffrins Vater entlassen worden war), dann an andere französische Verleger: Alle schreckten vor der Aufgabe zurück. Die Frau des Verlegers François Maspéro, Fanchita Gonzales Maspéro, zeigte André Schiffrin 1981 das Nizan-Buch von Annie Cohen-Solal, woraufhin es ihm gelang, sie dazu zu bewegen, das Abenteuer zu wagen. Vier Jahre später war Gallimard angesichts des Ergebnisses nun endlich überzeugt, kaufte von Schiffrin die Rechte und brachte die französische Originalfassung heraus. 1987 folgte »Sartre, A life« bei Pantheon Books, 1988 die Ausgabe von Rowohlt, andere werden folgen. Kommerziell nicht weniger als ideell hat sich André Schiffrins Mut zum Risiko bezahlt gemacht.

Annie Cohen-Solal gliedert ihr Buch in vier ungleiche Zeitabschnitte (Jeanson hatte entdeckt, daß Segmente von jeweils zwölf Jahren mit wesentlichen biographischen Einschnitten zusammenfallen). Im ersten verfolgt sie die Jahre von 1905 bis 1939, von der Geburt bis zur »Zeit der Reife«, unter dem Titel »Unterwegs zum Genie«. Für die Jahre der Kindheit, die ersten zwölf (!), stieß sie auf die erste große Schwierigkeit: Sartre hatte diese selbst ausführlich und mit nicht zu übertreffender Meisterschaft in »Die Wörter« dargestellt. Was konnte ein Biograph noch Neues, Originales und Originelles hinzufügen? Sartre hatte der Mutter Anne-Marie und deren Eltern, Charles Schweitzer und Louise, geborene Guillemin, bei denen er aufwuchs, breiten Raum gewidmet, war in ihrer Genealogie weit zurückgegangen. Den Vater jedoch, Jean-Baptiste Sartre, den der kleine Poulou mit fünfzehn Monaten verloren hatte, hatte er nur am Rande erwähnt, und mit ihm waren auch seine Vorfahren aus dem Périgueux ins Unbekannte versunken. A. Cohen-Solal hatte das Glück und die Umsicht, sich einen Nachlaß sichern zu können, der 3.000 Briefe der Familie Sartre enthält, weit ins 19. Jahrhundert zurückgehend. So kann sie von den Studien Jean-Baptistes in der Ecole polytechnique erzählen, seine widerwillige und kurze Karriere bei der französischen Kriegsmarine, seine Erfahrungen als einer der letzten in französische Kolonialunternehmungen in China verwickelten Matrosen nachzeichnen. Historisch und kulturgeschichtlich durchaus interessant und auch nicht ohne Pikanterie ist es, Jean-Baptiste Sartre sich auf dem Kreuzer »Descartes« einschiffen zu sehen, doch zum Verständnis des Sohnes trägt das nicht erheblich bei.

A. Cohen-Solal tut gut daran, Sartres »Wörter« nicht immer beim Wort zu nehmen. Ihre Recherchen erlauben ihr, Sartres Interpretationssystem teilweise zu demontieren. Auch für das Intermezzo in La Rochelle nach der Wiederheirat der Mutter wird bisher Bekanntes ergänzt und teilweise korrigiert. Dann wieder Paris, die Wiederbegegnung mit Paul Nizan, mit anderen Freunden, die lange Sartres Wege begleiten werden. Und die Jahre des Studiums an der Ecole Normale Supérieure von 1924 bis 1929, die erste Liebe 1925, andere, viele, folgen ihr – Sartre probierte im amourösen Bereich sämtliche Genres, schreibt die Autorin und führt das im Laufe ihres Buches auch vor. Aus Leidenschaften werden Freundschaften, langsam entsteht das komplizierte Gebilde der »Sartre-Familie«, gestört durch unvermeidliche Entfernungen von Paris,

1931 bis 1936 als Lehrer nach Le Havre, mit einem Zwischenspiel in Berlin 1933/34, wo Sartre die Phänomenologie Husserls kennenlernt.

Viele Zeitzeugen jener Jahre hat A. Cohen-Solal befragt. Es gelingt ihr, ein farbiges, detailreiches Bild zu zeichnen, in das sie auch Sartres Gedankenwelt, sein literarisches und philosophisches Leben einbezieht. Nicht immer kann sie dagegen Vereinfachungen oder Einseitigkeiten vermeiden. Ein Beispiel: Von Sartre heißt es, »in der eigenen Lebensästhetik seiner dreißiger Jahre« wird er »ganz wesentliche Bereiche seiner Entente cordiale mit den Surrealisten finden. Diese Ästhetik der Marginalität, die der kommunistischen Moral des neuen Menschen und des Aufbaus des Sozialismus so entgegengesetzt war, wird, wie wir sehen werden, dazu beitragen, daß Sartre in den Reihen der KPF als degeneriertes und dekadentes Produkt des Kapitalismus angesehen wird, als eine der letzten Kakerlaken eines Systems im Zustand zunehmender Verwesung« (S. 185). Das liest sich gut, ist auch nicht falsch, dennoch wird es den viel komplizierteren und widersprüchlicheren Beziehungen Sartres sowohl zu den Surrealisten als auch zu den Kommunisten nicht gerecht.

Das macht schon der zweite Abschnitt, »Eine Verwandlung im Krieg – 1939-1945«, deutlich. Drôle de guerre, Kriegsgefangenschaft, der gescheiterte Versuch, eine Widerstandsgruppe »Sozialismus und Freiheit« zu gründen und wirksam zu machen, dann doch Wirkung mit dem Wort, schließlich moralischer Rigorismus und Forderung nach einer engagierten Literatur – in diese sechs Jahre fallen die folgenreichsten Erfahrungen in Sartres Leben.

A. Cohen-Solals Darstellung selbst überzeugt davon, daß Extrapolationen von den dreißiger auf die vierziger und fünfziger Jahre mehr als problematisch sind. »Die Sartre-Jahre – 1945-1956« nennt sie die wechselvolle Phase, in der der Sartresche Existentialismus zunächst Paris eroberte, dann seinen Siegeszug durch die westliche Hemisphäre antrat. Die große Verbrüderung der Tage der Befreiung trat bald in den Hintergrund, und Sartre blies nach seinem Engagement im Rassemblement Démocratique Révolutionaire (der vor der Zeit vieles sagte, das heute sehr bedenkenswert scheint) der eisige stalinistische Wind des *Wer nicht (in allem) für mich ist, ist wider mich* ins Gesicht. Das hinderte ihn nicht, in den Jahren des kalten Krieges 1952-56 als kritischer Weggefährte der Kommunisten Positionen zu beziehen, die sein Freund Maurice Merleau-Ponty ultrabolschewistisch nannte.

Für die Jahre 1956-1980 schließlich hat A. Cohen-Solal den Titel »Ein Mann erwacht« gewählt. Während die Medien den Franzosen eine heile Welt suggerieren und ihnen Tag für Tag einreden, wie fabelhaft sie sind, herrscht in Algerien die Gewalt kolonialer Unterdrückung, wird gefoltert. Sartre engagiert sich (unter anderem mit Hilfe seiner Zeitschrift »Les Temps modernes«), denunziert den Kolonialismus als System. Und zeitgleich schreibt er fieberhaft, wie so oft zuvor seinen Körper malträtierend, große Dosen von Aufputschmitteln lösen Schlaf- und Beruhigungsmittel ab. So entstehen zwischen 1957 und 1960 unvollendete italienische Entwürfe, darunter »La reine Albemarle ou le dernier touriste«, das Simone de Beauvoir als »La nausée« der reifen Jahre Sartres bezeichnete und aus dem »Der Eingeschlossene von Venedig«, ein Text über Tintoretto, veröffentlicht wurde, und im Auftrag des amerikanischen Regisseurs John Huston ein Freud-Drehbuch, dessen 570 Seiten erst 1984 bei Gallimard erschienen.

Vor allem aber beendete Sartre den ersten Band seiner »Kritik der dialektischen Vernunft«. Inzwischen hatte sich die Welt verändert, die Nachkriegszeit, der kalte Krieg schien beendet, die friedliche Koexistenz sollte die Beziehungen zwischen den Völkern regieren. Für Sartre begann die Zeit der großen Reisen: »Von Peking bis Moskau, von Rio bis Jerusalem, von Prag bis Tokio, von Kuba bis Rom, von Stockholm bis Belgrad, von Kairo bis Leningrad gelang es Sartre tatsächlich, 'die Welt zu besitzen'« (S. 597/98). Damit sind auch den Möglichkeiten der Biographin, ihrem Helden recherchierend zu folgen, Grenzen gesetzt. So ist es ihr nicht zu verübeln, wenn sie etwa anläßlich des Kuba-Besuchs Sartres im Februar/März 1960, also gut ein Jahr nach der Revolution, von »cette presse si favorable à son égard« spricht. Ein Blick in die kubanischen Zeitungen jener Zeit offenbart jedoch, daß die Presse nicht durchweg Sartre zujubelte: Das alteingesessene, konservative, katholisch-großbürgerliche »Diario de la marina«, das sich entschieden nach Franco, nicht nach Fidel ausrichtete, empörte sich auf das Heftigste gegen Sartres Besuch – nicht weniger als gegen den hochrangiger sowjetischer Politiker – und betrachtete es als Ungeheuerlichkeit, daß zur Neueröffnung des National-Theaters ausgerechnet Sartres »Respektvolle Dirne« aufgeführt wurde. Dieser Fauxpas ist der Autorin, wie gesagt, nicht zu verübeln – obwohl sie in den USA und in Brasilien die Pressereaktionen auf Sartres Aufenthalte prüfte. War Kuba tatsächlich soviel weiter?

Erstaunlicherweise (?) fehlt der oben zitierte Halbsatz in der deutschen Übersetzung. Hat Eva Groepler, die ansonsten alle Schwierigkeiten in ihrer ebenso lesbaren wie zuverlässigen Übertragung gemeistert hat, hier wie an einigen anderen Stellen korrigierend eingegriffen? Wenn ja, hat sie es leider nicht immer konsequent genug getan: Den offensichtlichen Fehler bei der Zeitangabe für Sartres Kubareise »du 22 février au 21 mars 1955« (S. 509) hat sie eliminiert, doch übernimmt sie die falsche Behauptung, Sartre sei mit Dolorès im Sommer 1947 bereits in Kuba gewesen (in Wirklichkeit war es im Sommer 1949) und übersetzt dann auch getreu »Acht Jahre später traf Sartre Fidel Castro, Raul Castro und Che Guevara...« (S. 603) – womit wir wieder bei 1955 wären!

Ähnliches ließe sich von der Darstellung der Beziehungen Sartres zu Brecht oder Lukàcs sagen. Gewiß kommt ihnen keine zentrale Rolle zu, aber allein in der ausgezeichneten, für jede intensive Beschäftigung mit Sartre unentbehrlichen Bio-

Bibliographie von M. Contat und M. Rybalka »Les Ecrits de Sartre« (Gallimard 1970) ist mehr und genaueres zu finden – abgesehen davon, daß Cohen-Solal im Brecht-Archiv (Berlin/DDR) und im Lukàcs-Archiv in Budapest interessante Entdeckungen hätte machen können. So weisen nicht nur die Wertungen, sondern auch Auswahl und Gewichtung der Fakten auf den Ort hin, an dem sich die Autorin situiert. Das aber heißt nur, daß Annie Cohen-Solal mit ihrer Sartre-Biographie nicht alles in Sachen Sartre gesagt hat, und auch nicht in der einzig möglichen Weise. Jedoch hat sie das Bild von Leben und Werk des großen Intellektuellen wesentlich bereichert, und es ist ein Genuß, ihr Buch zu lesen.

Annie Cohen-Solal: Sartre. 1905-1980. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1988, 864 Seiten, 58 Mark

Konkret 11/88, S. 66

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats: Jad Fair beschwert sich

Jad Fair. Great Expectations, Doppelalbum (Bod Alchemy Records /Recommended Records)

Ausflug nach Lärmland, ihr Pisser. Ich meine, ich brauch's vielleicht nicht mehr jeden Tag. Ich darf auch meine Freude an Universal Congress Of oder Henry Kaiser oder den Flowerpornoes oder am Marianne-Rosenberg-Sampler oder an der neuen Keith Richards oder am Alex-Chilton-Bootleg »Dusted in Memphis« haben, und auch ich muß immer wieder Jad Fair hören, aber ich wollte sagen, ich darf auch mal Musik hören, die an der Spitze dessen, was heute gedacht und gespielt werden kann, steht, obwohl sie sich den *Fehler* nur noch als von außen kommendes, ihrer eigenen Perfektheit entgegengesetztes Prinzip aus lauter Luxus und auch um die Musik weiterzutreiben leistet, aber das könnten und können die vom Universal Congress Of auch ohne solche Tricks, ihr aber, glaube ich, müßt nochmal durch die Grundschule der direkt an euch gerichteten Beschwerden, des nichtsophisticateden und nur manchmal, wenn er von Browning spricht oder Shakespeare-Stücke referiert, lustigen Jad-Fair-Lärms, des Lärms, für den es keine Theorie gibt, als daß er euch von der Arbeit abhalten soll: Arschloch, Schwein, Stampf, mieses, gemeines Pisserschwein, du hast mir das Auto nicht gegeben, als ich es brauchte, und du bringst Millionen in Nicaragua um, du vergewaltigst Frauen, machst die Welt häßlich mit schlechten, neuen Häusern und Lichtern, du Wichser zwingst Frauen zu strippen, um ihre Kinder

durchzubringen, du gönnst den Kindern ihren Spaß nicht und treibst die Erwachsenen in endloses Leid.

Jad Fair beschwert sich. An die Stelle des Protests ist in der Musik die Beschwerde getreten, sie ist nicht mehr oder weniger wert, sie ist nur zeitgemäßer. Protestierend beruft man sich immer auf allgemeingültige Rechtsgrundlagen, glaubt idealistisch an einen prinzipiellen Konsens aller Menschen, an einklagbare Rechte und Verfehlungen, die jeder ächtet, wenn man sie nur bekannt macht, und daß der Staat Papi ist. Jad Fairs Papi aber bist Du, der Zuhörer.

Der Beschwerdeführer glaubt nur an *ein* Recht auf ein besseres Leben und wenn das, weil er ein mitfühlender oder gar politischer Mensch ist, auch durch das Leid anderer verschlechtert wird, wie das bei großen Künstlern wie Jad Fair natürlich der Fall ist, schließt das vergewaltigte Frauen und Kinder in Nicaragua mit ein, beschwert er sich für sie mit, aber der Boden ist die Beschwerde, nicht die Empörung, nicht die Aufklärung. Das gilt im besonderen Maße zum Beispiel für HipHop, der Rap ist ja in fast allen Fällen, selbst wenn es sich buchstäblich um ein Liebesbekenntnis oder eine Angeberei handelt, eine einzige Beschwerde. Und da sagt der alte Scheißer/ doch zu mir / du stinkender Nigger/ bleibts nicht hier / da tret ich ihm in die Eier / und fühle mich higher / und säge ihm ab den Kopf / bis genug Blut tropft / etcetera. Immer pöbelt da ein aufgeregtes Individuum vor sich hin, immer ist man versucht zu sagen, reg dich ab, mach's halblang, Bruder. Aber das ist natürlich Unsinn, denn wir sagen das ja nur, weil wir seine Nöte nicht ernst nehmen, weil sie sich nicht einem *Cause,* einem *Issue,* einem *Problem* zuordnen lassen, wie es dann in besorgten Zeitungen und *caring* liberalen Programmen durchgekakelt werden kann. Hier ist aber immer nur einer sauer und gleich haut er dich weg.

Verbrämt gilt dasselbe für heavy metal, eindeutig, und das schon seit Jahren, für amerikanischen Hardcore-Punk (während sich der britische bezeichnenderweise ja immer noch in irgendwelche Bewegungen hineinhalluzinierte).

Das ist schließlich auch das einzige, was heute von Protest-Bewegungen übrig geblieben ist: Jeder, wie z.B. Rösner, ist heute in der Lage, sein Leben perfekt milieutheoretisch zu erklären und sich anschließend über die Ergebnisse, die er mithilfe dieser Theorie über sein Leben herausgefunden hat, zu beschweren (statt die Ergebnisse dieser total entmündigenden terrorsoziologischen Theorie zuzuschreiben und für sich selbst zu handeln). Und das ist auch immer noch besser als sich nicht zu beschweren, vielleicht durchstößt diese Beschwerde ja irgendwann ihren beschränkten Horizont (das geht freilich nur über Geschichte, individuelle, dann kulturelle und schließlich gesellschaftliche, in der amerikanischen Musik ist der erste Schritt getan worden und – vgl. KONKRET 10/88 – teilweise auch schon der zweite).

Jad Fair hat eine Horizontüberschreitung schon einmal seiner Stimme zu verdanken, er schlägt allein schon durch das kleine gepreßte und näselnde Organchen die Brücke zum klassischen Teen-Beschwerde-Sound, zum Unwillen-Pop, wie es ihn in den 50ern und 60ern authentisch und in den Teenie-feindlichen 70ern in den Parodien von Frank Zappa and the Likes gab, und überführt damit nicht nur die 80er Jahre-Beschwerde in den verdienten Infantilitäts-Kontext, sondern verbindet sie andrerseits auch mit Geschichte, einer nach all den teenfeindlichen Jahren ja auch von Intellektuellen aller Art akzeptierten künstlerisch-politisch-kulturell-richtigen Teen-Kultur-Geschichte. Um diese Stimme und ihre Quengeleien explodiert die Musik auf einem Haufen nervtötender, schnarrender, raschelnder, zirpender Streich-, Zupf-, Percussions- und Krach-Instrumente. Das ist auch wieder infantiler Anarchismus, aber eben darum gut, weil dieser infantile Anarchismus nichts zu tun hat mit den romantisierten reizenden Kindern, denen Kindergärtnerinnen in der Ausbildung und andere Idioten vom Schlage Pierrot und Roncalli immer noch und immer wieder gern die Weltherrschaft in die schokoverschmierten Fingerchen legen wollen, sondern weil er davon handelt, wie in der Noch-Infantilität und dem im Heranwachsen unmittelbar folgenden noch-infantilen Anarchismus, wie sie sich im Zauberwort Teen treffen, bereits eine

Tauglichkeit zu echter Konfrontation, zu einem über's pubertäre Querulieren hinausgehenden Ärgermachen ausgebrütet wurde, das die wahre kämpferische Tradition der Pop-Musik als unter ihr durchlaufender dauernder Stachel im Turnschuh begleitet hat: keine Subversions-Strategien also in 89, sondern eine Ungezogenheit, die nichts mit bewußtem politischem Ungehorsam zu tun hat, sondern mit dem coolen im Rechtsein des Teenie. Das aber normalerweise im Kopf des Teens begraben ist und ihn verläßt, wenn sich die Hirnschale mit 18 schließt, und nur auf ein paar Schallplatten bleibt, die ihrerseits kaum bleiben, außer in sogenannten Plattensammlungen.

So daß es eben eines Künstlers wie Jad Fair bedarf, um aus der Vergänglichkeit goldener Jugendtage zu einer fortdauernden einsetzbaren künstlerischen Haltung umgeschmiedet zu werden, zur universellen, die ganze Menschheit zum Mitmachen einladenden Beschwerde.

Jad Fair gründete vor über zehn Jahren die Gruppe Half Japanese, die er mit einem Tripel-Album voller Lärm (»Half Gentlemen / Not Beasts«) bekannt machte (in Grenzen). Damals entdeckte die Jugend der Welt para-e-musikalische Kompositionstechniken und hatte Freude an den Residents. Das war für Jad ein günstiges Klima. Das sollte sich wieder ändern. Circa zwanzig Schallplatten später: Jad Fair hat gelernt, sich zu diversifizieren, der Kinderkrach-Anarchismus um jeden Preis, die Teen-E-Musik, der Stockhausen-Surf-Sound hatte sich ja an dem Problem selber totgeschlagen, daß er in den befreiten Territorien, wo er zu Gehör gebracht wurde, nicht Zuhörer oder Fans, sondern nur neue Kollegen produzierte. So um 83 lernte Jad Fair singen/komponieren wie ein guter, unbekümmerter Rock'n Roll-Sänger aus der ewigen Jonathan Richman-Tradition, das ist die Teen-Wut in der kultivierten Eastcoast-Boston-Fan-von-Velvet-Underground-Tradition (Velvet Underground war die erste definitive Nicht-Teen-Band der Weltgeschichte, ihre Schüler, zu denen sich ebenso fanatisch auch Jad Fair rechnet, bestehen aber immer auf Teen-Wut-mäßigen Aspekten von V.U.). Die Violent Femmes kamen heraus, waren sehr erfolgreich und klangen wie Jad Fair auf seinen ersten unverkäuflichen Krach-meets-Richman-Platten von jeweils einem Jahr zuvor. Er war produktiv wie eh und je, und keine Platte hatte weniger als 20 Songs.

Doch die, von der wir hier reden, meine Droogies, hat 74 Titel, und es ist eine Jad-Fair-Solo-Platte und darum etwas anderes als Half Japanese, die Band, in die er alle Erfahrungen gepackt hat, wie man ein Publikum zum Schreien und Lachen bringen kann, ohne daß es sofort auf die Bühne kommt und gleich hinterher als Hauptact des Abends auftreten will (auch wenn dies natürlich die ideale Situation ist, aber seit dem Sommer 36 in Barcelona, als die Autos allen gehörten, waren die Rahmenbedingungen nicht mehr danach). Eine Solo-Platte also, nichts, was die Violent Femmes nachempfinden wollen könnten, und daher 74 Titel auf vier LP-Seiten, darunter Kompositionen von Willie Dixon, Bob Dylan, James Brown, und der ganze Freundeskreis, den sich Jad Fair rund um seine Band und die vielen Kollaborationen, an denen er teilgenommen hat, aufgebaut hat : Kramer, der umtriebige Musiker von Bongwater, B.A.L.L. und Betreiber des Shimmy-Disc-Label, Terry Adams, das Piano-Genie der Uralt-Hippie-Genie-Band NRBQ, Tom Reccion von verschiedenen New Yorker Avantgarde-Bands sowie die Velvet Monkeys und Half Japanese, woran wir sehen, daß die Arbeit von Jad und seinen Freunden, früher der reine Freak-Exotismus, heute in einer funktionierenden in sich wieder Traditionen und Geschichten herausbildenden Szene stattfindet, die stetig expandiert und das Problem aller Szenen dieser Art (Inzest) nicht zu fürchten braucht.

Nie haben sich Underground-Platten so gut verkauft wie heutzutage. Aber noch wichtiger, noch nie hat sich zum Teil ganz atonale Musik überhaupt, geschweige denn so relativ gut verkauft wie heute, was Leuten wie Jad, von denen es vielleicht zwanzig bis fünfzig im vorwiegend amerikanischen Musikleben gibt, die die Mittel der Atonalität mit Teen-Emotionen erst aufluden und dann wieder frei gaben oder einfach an andere Beschwerde- und Befreiungsbewegungen ankoppelten wie Hardcore oder HipHop, nach Jahren der Selbstausbeutung für sich und ihre Schützlinge halbwegs normale Arbeitsbedingungen gebracht hat.

Diese Platte killt natürlich all die Säcke, die sich soviel darauf einbilden, daß sie bald sterben werden/müssen und die all denen ideell und materiell gerne das Leben noch ein bißchen unangenehm machen wollen, die noch ein paar Jahrzehnte vor sich haben und nicht nur noch für die italienische Küche leben.

Diese Szene, von der ich sprach, setzt sich aus lauter Leuten zusammen, die Anfang der 80er schon irgendwie around waren und meinten, zerstören zu müssen, im Namen des neuen Teen-Anarchismus, der in den 80ern die Anti-Teen-Teen-Helden der 70er als potentielle und nur vom reaktionären progressiven Zeitklima als solche nicht verstandene Teen-Helden wiederentdeckte: Captain Beefheart, The Stooges und Velvet Underground und einige ihrer Zeitgenossen. Erst galten diese nämlich als progressiv und darum gut, und Teen war nicht progressiv und dumm und sprach zu wenig über die Papageienfolter in Brasilien, dann entdeckte man um die letzte Jahrzehntwende die Qualitäten von Teen und fing an »progressiv« zu hassen, aber erst Leute wie Jad (als einer der ersten) entdeckten die Teen-Seite von »progressiv«, und da geht es jetzt weiter, stay pretty!

Fast wurde es so gegen 86, wie die Half-Japanese-Platten aus dieser Zeit zeigen – sie kommen zum größten Teil jetzt erst in Deutschland raus – , Jad Fair schon wieder zu bequem in dieser Musik, auch dem schon erwähnten Kramer, der damals mit dem in der letzten Kolumne erwähnten Eugene Chadbourne zusammen musizierte, wurde es möglicherweise zu bequem in dem immergleichen Anarcho-Humor, den er damals bei Shockabilly pflegte: Als sich die beiden etwas früher in diesem

Jahr für eine Duo-Platte zusammentaten, impften sie sich gegenseitig: Kramer Fair mit Anarcho-Zappa-vom-Kopfauf-die-Füße-Stellen-Humor, umgekehrt Fair Kramer mit ewiger Teen-Renitenz, dem Zusammenfallen von jugendlichen Immerrechthabern und modernen Querulantenbürgern, erstere so mit dem für sie durchaus verkraftbaren Ernst des Lebens belastend und damit vor dringend nötige neue Aufgaben stellend, letztere durch das Recht der Jugend adelnd und so mindestens für 74 kurze garantiert nervtötend auf ihr Recht pochende Einheiten einen irgendwie – mir auch egal wie – ganz und gar neuen Menschen in eure kritischen Wohnzimmer tragend.

Konkret 11/88, S. 68

Jan Philipp Reemtsma

Stück Deutschland

Der 1956 aus dem Rheinland in die DDR übergesiedelte Schriftsteller Werner Steinberg ist hierzulande nahezu unbekannt. Erst 1986 ist einer seiner Romane in der Bundesrepublik erschienen: »Die Mördergrube« berichtet vom Arrangement des deutschen Untertanen mit seinen Obrigkeiten – zunächst im Nationalsozialismus, dann in der DDR

Die »Mördergrube« von Werner Steinberg stehe in der Tradition von Heinrich Manns »Der Untertan«, sagt das Nachwort des Buches. Schon richtig, allein deshalb, weil jedes Buch über deutsche Untertanen in dieser Tradition steht. Auch ein Buch, das von jenem nichts wüßte, stünde in dieser Tradition. Die Frage ist nur: Wie? Das muß keine relevante Frage sein. Wer über Literatur spricht, spricht ohnehin oft zu wenig über das Buch, um das es geht, und zu viel über andere Bücher, mit denen er es vergleicht. Aber man kann die Frage zu einer relevanten machen. Vergleichen Sie die Romaneingänge:

Heinrich Mann: *»Diederich Heßling war ein weiches Kind, das am liebsten träumte, sich vor allem fürchtete und viel an den Ohren litt. (...) Wenn Diederich vom Märchenbuch, dem geliebten Märchenbuch aufsah, erschrak er manchmal sehr. Fürchterlicher als Gnom und Kröte (des Märchenbuchs) war der Vater, und obendrein sollte man ihn lieben. Diederich liebte ihn. Wenn er genascht oder gelogen hatte, drückte er sich so lange schmatzend und wedelnd am Schreibpult umher, bis Herr Heßling etwas merkte und den Stock von der Wand nahm. «*

Werner Steinberg: *»Ängste peinigen Karl-Heinz Trojandt, ehe er lernt, sich auf die Seite der Stärkeren zu schlagen und bei den Siegern zu sein.« –* Dieser Satz aus Steinbergs Buch klingt, als träte jemand vor ein Klavier und schlüge ein paar Akkorde an. Aus den Akkorden erkennen Sie eine Symphonie, die Ihnen aber nicht gespielt wird. Im Folgenden wissen Sie aber stets, welche Symphonie nicht gespielt wird; obwohl sie stumm bleibt, hören Sie sie mit. –

Steinberg erklärt nicht, er setzt voraus. Das Psychologische, um den klassischen Satz abzuwandeln, versteht sich sozusagen von selbst. Wir haben schließlich einige tausend Jahre Menschheitsgeschichte und abertausende von Seiten Menschengeschichten hinter uns, und vielleicht sind die verbleibenden Rätsel individuellen wie kollektiven Seelenverhaltens so rätselhaft gar nicht, wie sie manchmal scheinen wollen.

Steinberg teilt mit, daß einer eine Lektion gelernt hat, die, daß es vorteilhaft ist, bei den Stärkeren zu sein, und man kann lernen, wie man es macht, auf der Seite der Macht zu landen: *»Dazu gehört Härte gegen sich selbst und die anderen; die lehrt ihn das Leben, nicht sein Vater, der weichherzige Verlierer. «*

Werner Steinberg schreibt diese Lektionen auf, die gelernten und die gelehrten, zum Beispiel: Karl-Heinz Trojandt arbeitet in einem Sägewerk. Der Sägewerksbesitzer ist Jude, wie man aus den Schmierereien an der Hauswand *»Saujuden raus!«* lesen kann. Er kommt eines Tages zu Trojandt und bittet, daß der ihn verstecken möge, einen Tag wenigstens. Trojandt tuts nicht. Zu riskant. *»Ist er weg.?«,* fragt ihn seine Frau. Und: *»Vielleicht hättest du ihn nicht wegschicken dürfen, Karl-Heinz. Wir haben ihm doch so viel zu verdanken. «* Antwort: *»Überleg doch. Der ist am Ende! Ob er nun Dreck am Stecken hat oder nicht – den greifen sie sich. Sie werden bei uns nach ihm suchen. Hätten sie ihn gefunden, würden wir als Komplizen gelten. Nicht nur ich, Erika, du auch.«* Und schließlich: *»Schließlich sind wir Deutsche, müssen wissen, was wir unserm Volke schuldig sind.« – 'Überleg* doch'. – Trojandt ist kein Ideologe; Antisemit ist er wie die meisten: *»Er hat genau gewußt, was er an uns hat, das Jüdchen« – ,* aber das ist nicht handlungsleitend. Es ist ihm sogar unangenehm, so gesprochen zu haben. Überleg doch – das ist es. Und wenn das zu kalt klingt, zu egoistisch vielleicht, irgendwas zu verdanken hat man ja den meisten, die man kennt, dann kann man noch einen allgemeinen Satz als Moralsubstitut dazugeben, den allgemeinsten, inhaltsleersten, dümmsten, der sich finden läßt, und also am besten geeignet ist: *»Schließlich sind wir Deutsche, müssen wissen, was wir unserm Volk schuldig sind«,* überleg doch – .

Ein Schweinehund? Ein Realist in schwerer Zeit? Tja, wenn uns doch die Psychologie helfen könnte und uns sagen, ob so ein Charakter aus dem Bösen oder dem Mangel des Besseren kommt. Jenseits der Psychologie ist da kein großer Unterschied. Jedenfalls: Karl-Heinz Trojandt ist keine sehr dramatische Erscheinung, ein Mensch wie – die meisten Ihrer Bekannten, ein Mensch mit keinem sehr weiten Horizont, aber dafür einer, der aufpaßt, wo er hintritt. Ein Mensch, der auf seinen Vorteil achtet, ungern Risiken eingeht, es sei denn, es sei einigermaßen gesichert, daß sie sich auszahlen. Ein Mensch also, der sich ganz normal benimmt. Nur gibt es Zeiten, in denen Menschen, die sich ganz normal benehmen, Mittäter bei Massenmorden werden. Nein, greifen Sie jetzt bitte nicht zu der Formel von der Banalität des Bösen, auch nicht angesichts einer so banal wirkenden Erscheinung wie Karl-Heinz Trojandt. Die Formel »Banalität des Bösen« ist ja von Hannah Arendt erfunden worden, um den Abstand auszumessen, der zwischen einer literarischen Figur wie etwa Macbeth und jenem Bilde liegt, das ein Schriftsteller von einem Eichmann zeichnen müßte, wenn er es wollte. Sie sagt also nichts über die Realität aus, sondern über die Modi ihrer Darstellbarkeit. Und auch nur dann, wenn es einem Buche darum ginge, das Problem der Darstellbarkeit zu seinem Stoff zu machen und nicht in seiner Form auszutragen, wäre die 'Banalität des Bösen' sein Thema.

Aber »Mördergrube« hat diese Stufe der Reflexion 'hinter sich'. Das Buch ist über die Beschaffenheit seiner Figur Karl-Heinz Trojandt nicht erschüttert. Das Buch wundert sich nicht. Und das möge eine Lektion für jene seiner Leser sein, denen das Entsetzen über den Nationalsozialismus und seine zivilen und militärischen Massenmorde zum Erstaunen mißrät und sich artikuliert wie bei Kempowskis Mutter: wie es nu bloß möglich gewesen sei. Ein feiner Triumph der Trojandts immerhin: den Nachgeborenen nicht nur ihre Taten, nicht nur sich als Täter ihrer Taten, sondern auch noch sich selbst als psychologisches Rätsel zu vererben – als reichte unsere Menschen- und Deutschenkenntnis nicht aus, um – Karl-Heinz Trojandt zu verstehen.

»Die Zeiten sind hart und verlangen Härte. Sie drohen noch härter zu werden: das Reich vergrößert sich – Österreich ist angegliedert, die Tschechoslowakei besetzt, der Nichtangriffspakt mit Polen gekündigt, der Militärpakt mit Italien geschlossen, Polen niedergeworfen. Karl-Heinz Trojandt ist erleichtert. Er hat auf das richtige Pferd gesetzt. Der Siegeszug der Nationalsozialisten ist wohl nie aufzuhalten. Das Großdeutsche Reich, der Führer, Hunderttausende Bolschewisten eingekesselt, hingemäht, gefangengenommen. In der Wochenschau sieht man die unendlichen Züge, erschöpft, zerlumpt, Großaufnahmen von Gesichtern: die Untermenschen.« Er wird nicht zum Militär eingezogen, eine verkrüppelte Hand ist ihm Protektion. *»Seine Bedeutung wächst, je mehr Männer um ihn verschwinden.«* Das ist auch eine Lektion, gelernt wie lehrbar.

Neunzehnhundertfünfundvierzig .

Trojandt denkt, *»wieder einmal müsse er rechtzeitig – nicht eine Minute zu früh, nicht eine Minute zu spät – auf das richtige Pferd setzen. Aber auf welches? Die untergründige Furcht vor dem, was geschehen würde. Nicht zu wissen, was es sein könnte. Sich auf nichts vorbereiten zu können. Nur warten, warten zu müssen.«* Auf diese Weise kam die Rede von der 'Stunde Null' in die Welt; – daß es die nicht gab, nicht gegeben hat, wußte und weiß jeder, aber das Gefühl, es sei eine Stunde, in der seine Uhr stehen bleiben könnte, war doch in manchen. Trojandt übrigens bleibt, wo er ist, auch örtlich. *»In Grillenau kennt Trojandt alle. In der Fremde jedoch«* und: *»hier ist das Sägewerk, hier gilt er etwas. «* Die Russen kommen. Karl-Heinz Trojandt tritt in die KPD ein.

Auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland hätte es eine andere Partei sein können, irgendeine andere, es bedeutet ja nichts darüber hinaus. -Im Januar 1956 schreibt Arno Schmidt an Werner Steinberg: »Haben Sie die neueste Kulturschweinerei schon gehört? Jetzt soll Prof. Bense und unserem trefflichen 'Augenblick' das Lebenslicht ausgeblasen werden! WDR und Episkopat Köln haben sich eingeschaltet, schon scheint der Geldgeber ängstlich zu werden. Man sieht, daß es bei den Deutschen gar nicht auf die Regierungs'form' ankommt – ähnlich wie bei einem Kuhfladen, ob er rund oder ins Quadrat getreten ist – sie bleiben immer dieselben intellektuellen Lumpen und Schläger! Und ein Narr, wer für dieses Pack immer wieder den Winkelried macht!« Und Alfred Andersch, dem Schmidt recht ähnlich geschrieben hat, merkt an, der Angriff gegen Bense stamme »von demselben Mann, der seinerzeit im 'Rheinischen Merkur' den unglaublichen Angriff gegen 'Texte und Zeichen', Sie und mich geschrieben hat, einem Herrn Theunissen, der folgende Laufbahn hinter sich hat: Kölnische Zeitung, Völkischer Beobachter, Tägliche Rundschau (das Blatt der roten Armee), Neue Zeitung (das Blatt der amerikanischen Armee), rheinischer Merkur, NWDR Köln, also immer bei der Regierungspresse.«

Si monumentum quaeris.

Karl-Heinz Trojandt hat auch einen Sohn, Ulrich, und den lehrt er das Leben. Ein Mitschüler Ulrichs, ein sogenannter schlechter Umgang, wird aus der Schule entfernt. Die Lehrerin muß sagen: *»Unser Matzke, sagt sie, wird uns morgen verlassen; weil seine Mutter arbeitet und für die Kinder zu wenig Zeit hat, wird unser Matzke im Thälmann-Heim leben, das ist sicher viel besser für ihn. So, und nun schlagt das Rechenheft auf.«* Ulrich hat noch Angst vor unserem Matzke, als das passiert, doch der tut nichts mehr, sagt nur: *»Dein Vater ist ein Schwein! Ulrich läßt den Arm sinken. Er muß den Vater verteidigen, er ballt die Faust und stößt Matzke vor die Brust, es ist ein schwächlicher Schlag.«* Dem direkten Bemühen des Vaters mißlingt der Sohn. Ulrich wird nicht hart genug, macht lange einen sehr unentschlossenen Eindruck. Wir lernen ihn übrigens genauer kennen als seinen Vater, denn die Kenntnis Karl-Heinz Trojandts ist durch Außenbeschreibung vollständig zu haben. Steinberg erreicht diese metapsychologische Erkenntnis über den deutschen Untertanen-Typ durch ein Stilmittel. Die Dinge um Karl-Heinz Trojandt sind nämlich beredter als er. – *»Das Gesicht des Vaters ist im Schatten kaum zu erkennen, die Stimme ist freundlich und sachlich wie immer: Matzke, das ist kein Umgang für dich, Ulrich, ich will versuchen, dir das zu erklären. Der Junge hört zu, der dumpfe Fall der Kastanien unterbricht die Rede des Vaters. /Der dumpfe Fall der Kastanien, das leise Rascheln der niedersinkenden welken Blätter, der graue Dunst vor dem Fenster.«*

Eines ist, einen Trojandt als historisches Massenereignis zu verstehen, in einem weltgeschichtlichen Text seine Handschrift zu erkennen, ein anderes, Sohn eines Karl-Heinz Trojandt zu sein, ein anderes auch, einen solchen Sohn Ulrich Trojandt zu beschreiben, ihn zu verstehen, die Regeln seines Handelns zu finden. – Werner Steinberg malt eine kleine Alltagskatastrophe, aber vergessen Sie die Etymologie des Wortes Katastrophe nicht, es kommt von katastrephomai, unterwerfen. *»Bedingungslos vertraut sich Ulrich der unerbittlichen Güte seines Vaters an, auch wenn sie ihn zum Weinen zwingt. Wieder serviert die Mutter auf dem Sonntags-Frühstückstisch die Rotzfädelsuppe, ein schleimiges, graugrünliches*

Gericht aus geriebenen Kartoffeln, das seinen Brechreiz hervorruft. Er kann die Tränen nicht zurückhalten, keinen Löffel voll wird er hinunterschlingen, sonst muß er sich übergeben, und das ist furchtbar. Vergeblich sind alle Tränen; ruhig erklärt der Vater: Die Suppe ist nahrhaft, Ulrich, deshalb mußt du sie essen. Hunderttausend Menschen wären dafür dankbar – denk nur an die Umsiedler unten! Es stimmt: In den leeren Büroräumen wurden zwei Familien aus Schlesien untergebracht; sie essen keine Rotzfädelsuppe, auch die Kartoffeln sind rar. Immer ist richtig, was der Vater sagt, deshalb ist es so schrecklich.« Ja, deshalb. Was für ein Stück Deutschland, dieser Teller voll graugrünem Schleim, Rotzfädelsuppe nebst Vater, und der mit dieser entsetzlichen Stimme: Überleg doch. Die Suppe ist nahrhaft und andere wären dankbar. Man muß seinen Ekel auch noch als Privileg hinunterschlucken.

Ulrich *»ergibt sich; nur halbvoll nimmt er den Löffel, trotzdem ist ihm, als quelle die Suppe in seinem Mund zu einem glitschigen lauwarmen Frosch auf, er weiß, er darf ihn nicht ausspeien, er schluckt ihn hinunter. Die Teller der Eltern sind längst leer. Endlich schiebt er auch den seinen von sich in die Mitte des Tisches. Da hört er die Stimme des Vaters: Aber, Ulrich, wir lassen nichts übrig, das wäre Vergeudung! Tatsächlich sind auf dem Boden des Tellers noch grünliche Schlieren; er schabt sie gehorsam zusammen, dieser letzte Löffel ist der schlimmste. Und dann der Lohn, als er die Augen des Vaters wohlwollend findet: Sehr brav, Ulrich! Wir alle müssen eben die Suppe essen, auch wenn sie nicht schmeckt. Es ist gut, wenn du das für dein Leben lernst!«* Als wäre die Rotzfädelsuppe nicht schon Leben genug. » *Tatsächlich lernt er das, seit der Vater Matzke sanft und unwiderruflich vom Holzplatz verwiesen hat«* und später von der Schule.

Dann passiert etwas. Arbeiter demonstrieren gegen die Normenerhöhungen in Berlin, Leipzig. Im Sägewerk hört mans im Westradio. *»Karl-Heinz, du mußt etwas tun!«* Trojandt tut nichts, er hat Angst, denn es könnte sich ja wieder etwas ändern, er nicht bei denen sein, die sich als die Stärkeren erweisen werden. Ulrich sieht, daß sein Vater Angst hat. Aber es ist bald alles wieder ruhig. *»Ulrich atmet verstohlen auf; zwar begreift er noch nicht, was soeben geschehen ist, aber es scheint, daß der Alltag gesiegt hat, und der Alltag, das ist sein Vater.«*

Über Ulrich Trojandt siegt der Alltag, auch wenn er dann nicht mehr im väterlichen Fleische auftritt. Ulrich hält sich zunächst wacker in diesem Kampf, einmal läuft er bei einem Umzug mit der roten Fahne einen anderen Weg als den vorgeschriebenen, aber wohin er eigentlich mit ihr will, weiß er nicht, sie wird ihm auch wieder abgenommen. Ein anderes Mal öffnet er den Tresor seines Vaters und findet den Aufnahmeantrag in die NSDAP. *»Ich weiß nicht...«* beginnt Karl-Heinz Trojandt, *»die Stimme versagt ihm, er muß sich räuspern und neu anfangen: Ich weiß wirklich nicht, aus welchem Grund du mir diesen Brief überreichst, ich kenne ihn doch. Er ist kein Geheimnis, du hättest mich jederzeit fragen können, was ich indem Tresor aufbewahre, ich hätte dir ohne zu zögern das Aktenstück herausgeholt und dir alles erklärt. Er wartet. Der Sohn reagiert nicht. Das ist eine lange Geschichte, setzt Trojandt fort. Aber ich will versuchen, dir das zu erklären, nur mußt du Geduld haben«.*

Ulrich Trojandt hat Geduld, und die ist nicht immer eine Tugend. *»Der Vater sagt: durchdenke das alles in Ruhe. Ich will nicht, daß du mir jetzt antwortest. Ich versichere dir, daß alles so war, wie ich es dir erzählt habe; aber wenn du wieder einmal eine Frage hast, dann stelle sie bitte an mich, gehe nicht den Umweg über einen Tresor und über ein Aktenstück, es ist nicht notwendig.«* – Gehe nicht den Umweg über einen Tresor und über ein Aktenstück. Daß die Trojandts immer die Psychologie für sich beanspruchen, daß sie immer meinen, das Interessante an ihren Taten wären die sie begleitenden Seelenregungen, dabei geht der geradeste Weg in das Zentrum ihres Wesens über Aktenstücke. Sie wissen das, sonst würden sie nicht so nervös werden, wenn man ihnen an die Archive geht.

»Ulrich sitzt noch einen Moment zusammengesunken da, er blickt den Vater nicht an; dann erhebt er sich langsam, bleibehängt geht er zur Tür«.

Aus Ulrich wird nichts, wie man so sagt. Nur Hilfskraft, *»Hilfspampel«* in einer Buchhandlung. Mit dem Vater überwirft er sich; heiratet; ein Kind kommt; die Wohnung ist eng. Den Teil der »Mördergrube«, der dieses Leben Ulrich Trojandts beschreibt, könnte ich Ihnen als Boxkampf beschreiben. Ulrich Trojandts vs. Der Alltag. Wer da nicht gewinnen kann, ist klar. Aber vielleicht ist 'Boxkampf' auch eine etwas zu dramatische Metapher. Man kann die Niederlagen Ulrichs nicht so einfach beschreiben wie die schäbigen Siege Karl-Heinz Trojandts.

»Es sind unklare Gedanken«, heißt es gegen Ende des Romans über Ulrich. *»Es sind Gefühle, doch entrinnen kann er ihnen nicht, und er versucht es auch nicht. «* Die unklaren Gedanken und unklaren Gefühle sind Ulrich Trojandts beständige Niederlagen, und ab und zu ein Verrat. Er stimmt für den Ausschluß seiner Freundin aus der FDJ. Nicht, wie sein Vater es getan hätte, mit klarem Kopf (je mehr um ihn verschwinden desto mehr wächst seine Bedeutung) und mit einem erläuternden »Überleg doch« hinterher, sondern erst beim zweiten Mal und nach Ermahnung: *»Ich verlange gar nicht von dir, daß du dich gleich entscheidest, überleg dir alles in Ruhe!«*

Der FDJ-Sekretär redet wie der Vater: *»Aber, Ulrich, ich vertraue dir! So, und jetzt wollen wir die anderen nicht warten lassen.«* Später macht Ulrich das so: *»Das ist die Vorbereitung zur Resolution, denkt Trojandt, und als der Redner endlich endet und viel Beifall erhält, sieht Trojandt seinen Zeitpunkt für gekommen – er stiehlt sich lautlos aus dem kleinen Saal.*

Vor der Tür des Kulturhauses bleibt er stehen, atmet tief auf und ist erlöst: niemanden hat er brüskiert, hat sich keiner Gefahr ausgesetzt und ist doch der Unterzeichnung entgangen.« War genau das der knockout?

Aber Ulrich Trojandt schreibt. Er tut, was er tut, mit dem unklaren Gefühl, eigentlich sei er etwas anderes, eigentlich sei er Schriftsteller. Begonnen hat er das Schreiben nicht aus irgendeiner den Leser erschütternden Berufung zur Literatur heraus, sondern mehr nebenher zunächst, anfänglich wie um zu beweisen, daß er die Lektion der Rotzfädelsuppe nebst ihrer Sublimierung in sozialistische Moral verstanden hat.

Ulrichs erster Versuch in Sachen Literatur ist dieser: *»Ein Rotarmist geht über die Straßen von Grillenau. Vor ihm laufen zwei Schulkinder. Eines wirft achtlos die Schnitte Brot weg, die es in der Pause nicht gegessen hat. Nun erinnert sich der Soldat seines kleinen Bruders, der in Leningrad in seinen Armen vor Hunger starb. Er hebt die Brotscheibe auf und verwahrt sie wie eine Köstlichkeit. «* Das ist zwar Kitsch, aber auch kein größerer als die gängigen Lesebuchzumutungen, und Kinder, Jugendliche in diesem Alter haben alle nahe am Kitsch gebaut. Daß der Vater ihm, weil die Moral stimmt, Beifall zollt, ist auch klar. Doch der Lehrer hat Einwände nach dem Muster der gerade modernen literaturtheoretischen Variante, und die will vor allem eine klare Aussage zum gerade aktuellen Klassenbündnis. *»Sind es Arbeiterkinder? Das kann sein. Arbeiterkinder wissen, wie schwer ihre Eltern das Brot verdienen. Vielleicht Kinder eines Arztes, eines Professors? Das wäre politisch falsch, denn wir haben ein Bündnis mit der Intelligenz, wir benötigen sie beim Aufbau des Sozialismus. Sind es Bauernkinder? Da müssen wir genau unterscheiden: Kleinbauern, Neusiedler. . . «* Daß Ulrich die empfohlene Umarbeitung nicht gelingt, zeigt, daß er jenseits der Bereitschaft, auf andere zu hören, sich zu fügen, jenseits auch des kindlichen Bedürfnisses, mit Moralkitsch zu prunken, den Keim eines Gefühls für literarische Form sein Eigen nennt. Es gelingt ihm nämlich nicht, die gewünschte soziale Spezifizierung der brotwegwerfenden Kinder in dem Text unterzubringen.

Er gibt dennoch nicht auf und schickt sein Stück Literatur an die Zeitung. Die gibt auch Antwort: *»Hastig reißt er das Kouvert auf, entfaltet das graue Papier: '...dann propagieren Sie, daß weggeworfenes Brot aus dem Straßenkot aufgehoben und gegessen wird. Das widerspricht allen hygienischen Vorschriften. Unsere Literatur soll unsere Menschen doch auch zur Erhaltung der Hygiene erziehen. . . '«*

Derlei ist nie Karikatur. Nicht in der DDR, nicht in der BRD, nicht sonstwo.

Selbstverständlich ist Wielands Geschichte der Abderiten ein realistisches Buch. Ein Kommilitone wollte mich einmal zum Leser von Erich Honeckers gesammelten Ansichten zur Kunst und Kultur machen, und eine Bahnhofsbuchhandlung umwarb mich, Helmut Schmidts »Bekenntnisse zur Erfahrung von Kunst« käuflich zu erwerben.

Aber darum geht es letztlich nicht. Sondern um den seltsamen Effekt, den solche Abderitereien machen. Man gewinnt die Lesebuch-Anekdote beinahe lieb. Weil sie, egal wie sie ist, Literatur ist, nein, genauer: weil sie aus dem Versuch eines Menschen entstanden ist, Literatur zu erzeugen. Nicht, weil die Geschichte, wenn sie von einem Erwachsenen stammte, etwas anderes sein würde als ein bloßer Kitsch, sondern weil an dieser Geschichte ein Akt der Barbarei verübt wird. Hätte, es ist reinlichste Utopie, ich gebe es zu, doch jemand Ulrich erklärt, daß seine Geschichte ohne die Moral, um deretwillen er sie geschrieben hat, durchaus etwas sein könnte, es hätte einer eine Pflicht getan. Aber das einzige, was Lehrer und Zeitung interessiert, ist die Moral von der Geschichte. – Die ästhetische Lektion von der Geschicht: Wer so urteilt, akzeptiert für seine gute Lehre jedweden Kitsch.

Ulrich Trojandt schreibt trotzdem weiter, ja, er beginnt, trotzdem, gut zu schreiben. Seine beste Geschichte ist die vom hundertsten Geburtstag. In ihr werden zwei alte Menschen für einen Besuch von ZK-Vertretung, Bezirksleitung, Kreisleitung aufgetakelt. Die Wohnung wird neu gestrichen, neu möbliert, vielleicht leben sie ja noch ein paar Wochen drin. Die Frau kann »das Wasser nicht halten«, man kauft ihr eine Gummihose für den Festakt. Der ist dann eine Apokalypse – wohlgemerkt: Fast alles klappt wie am Schnürchen, darum.

Er hat auch jemanden, dem er seine Sachen vorlesen kann; es gibt den Maler, Expressionisten, Kommunisten Scheithauer, er ist quer zum Alltag als Person, Expressionist, Kommunist. » *Warum Trojandt immer wieder zu ihm kommt, darüber macht sich Scheithauer keine Gedanken; dabei ist des Rätsels Lösung so einfach: Scheithauer ist ein ungebrochener Mensch. «* Ich kann Ihnen das Bild einer Figur wie Scheithauer hier nicht so einfach skizzieren. Es gibt solche bei uns nicht. Karl-Heinz Trojandt ist bestens bekannt, aus seinesgleichen sind beide deutschen Staaten, wie es scheint, gemacht. Ulrich Trojandt kennen wir auch in vielen Variationen, nur ist das Wie seines Lebenslaufes natürlich unterschiedlich. Scheithauer kommt in der Bundesrepublik nicht vor. Er wäre entweder ein bekannter Maler oder ein alter Kommunist, den niemand kennt. Dieses resistente Zwischending, das er ist, das allerdings bei lebendigem Leibe fossiliert, ist hier nicht zu finden. Daß Scheithauer der nicht sein kann, der Ulrich Trojandt die Resistenz gäbe, die nötig wäre, um aus ihm einen Menschen zu machen, so unverbieglich, wie es für ein Stück nötige Literatur nötig wäre, ist das dramatische Zentrum des Buches.

Ich kann Ihnen auch eine Reihe anderer Figuren des Buches nicht vorstellen, obwohl sie es wert wären; deshalb will ich sie auch nicht nennen. Ulrich Trojandt jedenfalls gibt das Schreiben nicht auf. Was er schreibt, ist ehrlicher als was sonst

gedruckt wird, deshalb wird nicht gedruckt, was er schreibt. Und was er schreibt, ist auch ehrlicher als er selbst, und deshalb versucht er eines Tages, damit er gedruckt wird, so zu schreiben wie das, was gedruckt wird, geschrieben ist. Nur nimmt 'seine' Lektorin – er hat inzwischen einen Verlagsauftrag, eine Anthologie zeitgenössischer Literatur zusammenzustellen – die Geschichte nicht an: *» Was Sie da fabriziert haben, ist eine durch und durch verlogene Geschichte, und Sie wissen es! Das hat sich so hingeschrieben, nicht wahr? Was ich von Ihnen erwarte ist, daß man mindestens zwischen den Zeilen die Wahrheit lesen kann, und das können Sie leisten, das müssen Sie leisten. Wenn Sie Ihre Erzählung einem anderen Verlag anbieten, würde sie wahrscheinlich publiziert werden. Ich bin Ihnen nicht böse, wenn Sie das versuchen wollen. Also, wie steht's?«* Er tut's nicht. Das Argument, sein literarischer Ruf wäre erledigt, bevor er entstanden sei, überzeugt ihn – zumindest als Argument. Dann veröffentlicht er lieber nur die Anthologie. Und er erhält den Auftrag, eine Reportage über einen Großbetrieb zu schreiben. Das bringt Geld und Zeit für Eigenes, das vielleicht irgendwann gedruckt werden wird.

Man ist gar nicht mehr neugierig darauf, das dann zu lesen. Wenigstens zwischen den Zeilen müsse man die Wahrheit erkennen, hatte die Lektorin gesagt. Zwischen den Zeilen die Wahrheit schreiben, das kann List sein. Als Lektoratsauftrag ist es eine Katastrophe, die kaum größer sein kann. Das ist kein Zeichen eines Bündnisses der Schwachen, sondern es ist die Kumpanei der Undeutlichen.

Wer Steinbergs Buch gelesen hat, weiß im sehr genauen Detail, was passiert ist. Er möchte dennoch fragen, was zum Teufel eigentlich passiert sei. Es gibt in Steinbergs Buch keine Schlüsselerlebnisse, auf große Pointen dürfen Sie lesend nicht warten. Werner Steinberg enthält Ihnen das Pathos von Scheideweg-Situationen vor. Es gibt sie nicht im Buche, und das bedeutet die kleine moraltheoretische Lektion: daß es 'im Leben' nur solche gibt.

»Trojandt hat den Eindruck als spreche er gar nicht, sondern ein anderer, die Worte fließen ihm glatt aus dem Mund. Beiersdorff drückt die Tasten, das Band rauscht leise zurück. Hören wir es uns einmal an!/Als die Stelle kommt, an der sich Trojandt versprochen hat, sagt Beiersdorff: Das lassen wir, das klingt echt!«

Werner Steinberg: »Mördergrube«, Hoffmann und Campe, 1986, 38 Mark

Konkret 11/88, S. 73

Walter Boehlich

Böse, krank und seelisch abnorm

Entmündigt, vom Vater denunziert, drogenabhängig und zwangspsychiatrisiert: Das Leben und die Texte des schweizerischen Kohlengräbers, Gärtners, Fremdenlegionärs und Schriftstellers Friedricb Glauser zeugen von der Brutalität, mit der eine selbstgerechte Gesellschaft einen Außenseiter zur Strecke brachte, der lieber Landstreicher als Offizier sein wollte

Zu seinen Lebzeiten ist Friedrich Glauser ein Unbekannter und Unerkannter gewesen. Nur wenige haben von ihm gewußt, von ihm wissen können. Er hatte kein Glück mit den Verlegern und Redakteuren, wie er Glück überhaupt kaum gekannt hat. Mit Mühe ist es ihm gelungen, wenigstens zwei seiner Kriminalromane zu veröffentlichen, zu einem Zeitpunkt, an dem er an ganz anderes dachte – an einen »großen« Schweizer Roman nämlich, aus dem nie etwas geworden ist. Er ist nicht gut behandelt worden, in der Schweiz nicht, in Deutschland nicht, und bei der Fremdenlegion schon gar nicht. Ein mühseligeres und entwürdigteres Leben kann man sich kaum vorstellen. An diesem Leben ist er zugrundegegangen, wenig älter als vierzig.

Als er tot war, hat sich die Schweiz zögernd seiner besonnen und den so lange Verachteten, dem bescheinigt worden war, daß er eine Gefahr für seine Mitmenschen darstelle, für die nationale Propaganda zu nutzen gesucht. Trotzdem, man kann diejenigen, die sich für sein Werk interessiert haben, an den Fingern einer Hand aufzählen, und wäre nicht die Büchergilde Gutenberg gewesen, dann hätten auch die Schweizer ihn ebensoschnell vergessen, wie sie sich seiner, zu spät, zu erinnern suchten. Er blieb ein unbeachteter Lokalautor, bis der Arche Verlag sich seiner systematisch annahm, vor rund zwanzig Jahren, ohne Rücksicht auf möglichen Erfolg oder Mißerfolg. Es könnte sein, daß Friedrich Dürrenmatt aus guten Gründen eine Rolle dabei gespielt hat.

Erst dann ist man auch in der Bundesrepublik auf ihn aufmerksam geworden. Allerdings: Was heißt man? Auch bei uns waren es nur drei oder vier Kritiker, die ihn der Mühe wert fanden, und es scheint, daß es nicht so sehr die Kritik gewesen ist, die diesen Autor schließlich durchgesetzt hat, sondern das beharrliche Reden der Liebhaber, die den Kreis seiner Leser und Bewunderer zu vergrößern sich mancherlei Mühe gaben. Unendlich langsam haben seine Bücher ein Publikum gefunden, aber jetzt, ein halbes Jahrhundert nach seinem Tode hat er mehr als nur ein Publikum, eine Art Gemeinde, die dazu neigt, ihn ein wenig größer zu machen, als er gewesen ist.

Glauser teilt dieses Schicksal mit vielen, vor allem mit tatsächlich Bedeutenderen, deren Sperrigkeit erst späteren Generationen verständlich geworden ist. Er scheint aber der einzige Autor von Kriminalromanen zu sein, dessen Werk so verspätet aufgenommen worden ist. Kultautoren sind man che von ihnen mit großer Verzögerung geworden, aber alle anderen sind wenigstens gedruckt worden, solange sie lebten, auch wenn sie unangepaßt waren.

Warum Glauser solch ein Sonderfall war, ist eher aus seiner Biographie als aus seinem Werk zu erklären, das nicht eigentlich widerständig ist, obgleich es die Erwartungen derer enttäuscht haben mag, die sich mit der geliebten englischen Hausmannskost zu nähren pflegten. Sein Wachtmeister Studer hat nichts von dem fiktiven Scharfsinn seiner englischen Kollegen, ihm liegt viel mehr an der Unschuld der Unschuldigen als an der Schuld der Schuldigen, und an nichts ist weniger gelegen als an Strafe. Die Einteilung der Menschheit in Gute und Böse hielt er für »romantischen Zauber«, vor allem eben den Glauben, daß Täter »böse« sein müßten.

Zu oft hatte die selbstgerechte Schweizer Bourgeoisie ihm bedeutet, daß er, Friedrich Glauser, böse sei, krank, nicht normal, und entsprechend ist sie mit ihm umgegangen. Er hat sich ihr immer wieder zu unterwerfen gesucht, oft aus taktischen Gründen, um wenigstens ein winziges Stück Freiheit zu erlangen, nur für »böse« hat er sich selbst nie gehalten . Er verstand sich besser als die, die ihn beurteilten, besser auch als die, die ihn verurteilten. Die Gesellschaft, die Macht über ihn hatte, war nicht die, in der er existieren wollte, und wenn ihm etwas klar war, dann daß nicht er diese Gesellschaft, sondern daß diese Gesellschaft ihn terrorisierte.

Was für ein Leben ihm bereitet worden ist, ist seit Gerhard Saners zweibändiger Biographie kein Geheimnis mehr, aber nicht jedermann wird sich durch diesen Materialberg hindurchwühlen wollen, ohne dessen Vorarbeit freilich kaum möglich gewesen wäre, was jetzt für viele an seine Stelle treten könnte: eine umfängliche Sammlung von Glausers Briefen, zunächst von 1911-1934. Die Kindheit, der frühe Tod der Mutter, die barbarische »Erziehung« durch den Vater, die angeblichen Sünden und Verfehlungen, die das Verhältnis zwischen Vater und Sohn so unerträglich gemacht haben, kommen da nach Lage der Dinge selbstverständlich nicht zur Sprache, da Glauser fünfzehn Jahre alt ist, wenn die Briefsammlung beginnt.

Er ist damals, weil man ihn zu Hause nicht mehr beherrschen kann, im Landerziehungsheim in Glarisegg, hat sein Schulbuch nicht bei sich, wird aus dem Unterricht verwiesen und schlägt den Lehrer, den er ungerecht findet. Er reagiert auf diesen Vorfall mit einer demütigen Entschuldigung, schämt sich seines zynischen Charakters und verhält sich in allem

wie einer, der bürgerliche Erziehung verinnerlicht hat. Da er in der Schule bleiben will, um Schlimmerem zu entgehen, verspricht er wohlerzogen, sich zu ändern. Bei ihm liegt die Schuld; jedenfalls tut er so.

Es ist ein Modellbrief, dem unzählige gleichartige folgen werden, über Jahrzehnte hinweg. Was immer ihm geschieht, oder was immer er getan hat: Er entschuldigt sich, verspricht Besserung – und eben über diese Jahrzehnte hinweg fast immer in dem Tone des ertappten Schülers, der sich den Unwillen seiner Erzieher zugezogen hat. Das gilt für fast alle Briefe an den entsetzlichen Vater, für fast alle Briefe an seinen Amtsvormund, auch an seinen Arzt. Er ist, bis zu seinem Tode, als Kind gehalten worden, entmündigt eben. Eine andere Wahl hat er nicht. Ist er nicht höflich, gibt er sich nicht brav, verspricht er keine Besserung, verliert er auch noch die letzten Vergünstigungen, die einem unmenschlichen Leben den falschen Schein von Menschlichkeit geben sollen. Er ist vollkommen unterworfen.

Vor allem ist er bettelarm, besitzt nichts und hat selbst bei angestrengtester Arbeit nie genug, um wenigstens die allergeringsten Bedürfnisse zu befriedigen. Wo es nicht langt, muß der Vater aushelfen. Was er auch braucht, Hemden, Strümpfe, Hosenträger, eine Mütze, einen Mantel, Schuhe, einen Koffer – er bekommt es nur, wenn er untertänig darum bittet. Die Rechnungen muß er vorlegen, und er legt sie vor. Immer hat er Pläne, ein wenig zurückzulegen, für Zeiten der Freiheit vorzusorgen, und immer wird nichts aus diesen Plänen, immer muß er wieder betteln.

Längst hat er hingenommen, daß er aus diesem Elend nur durch Anpassung an die eine oder andere gesellschaftliche Norm sich wird befreien können, wobei sein größtes Problem seine Drogenabhängigkeit ist. Die Versuche, sich von ihr zu befreien, wechseln mit neuer Abhängigkeit. Ist er gerade dem Schlimmsten entgangen, fälscht er Rezepte, verschafft sich illegal Opiumsaft, mit dem Ergebnis, daß er wieder ins Irrenhaus eingeliefert wird. Ein Teufelskreis, aus dem er sich nie hat lösen können. Das eine Mal soll der Eintritt in die Fremdenlegion ihm helfen, das nächste Mal die Arbeit als Gärtner, noch einmal der Plan, endlich so zu leben wie andere auch, nicht im Erziehungsheim, nicht in der Anstalt, sondern fern von der verhaßten Schweiz, in Frankreich, allein oder mit einer Frau, die er liebt.

Keiner dieser Versuche ist geglückt, jedesmal wird er in die Schweiz abgeschoben, aus Belgien so gut wie aus Deutschland, wo sein Vater lebt. Er war nicht untüchtig zum Leben, man hatte ihn untüchtig gemacht. Auch die Hoffnung, durch eine lange Psychoanalyse »gesund« zu werden, hat sich zerschlagen. Es war ihm nicht zu helfen, jedenfalls nicht auf dem Wege, der der selbstgerechten Gesellschaft als der richtige erschien, und auch nicht von denen, die die Vorurteile dieser Gesellschaft nicht teilten. Von denen gab es einige. Die einen halfen mit Geld, andere mit Verständnis. Sie lasen, was Glauser schrieb, sie sorgten dafür, daß hin und wieder ein kleiner Artikel von ihm in einer Zeitung oder Zeitschrift erscheinen konnte. Sie hielten ihn für begabt. Das tat er auch selbst. Er schrieb auch dann noch, wenn er zwölf Stunden am Tag gearbeitet hatte, manchmal jedenfalls. In Wirklichkeit wollte er weder Teller waschen noch Bäume beschneiden noch im Bergwerk arbeiten, schon gar nicht eingesperrt sein, so oft er auch versichert hat, daß das alles sein müsse, sondern er wollte schreiben und er wollte endlich mündig sein. Geschrieben hat er in seinen letzten Jahren wie ein Verzweifelter, entmündigt blieb er bis zu seinem Tode.

Daß er seelisch abnorm sei, hat ihm der Mannheimer Gefängnisarzt bescheinigt, bevor er in die Schweiz ausgewiesen wurde, ein Bekannter des Vaters. Zweifellos war Glauser gerade das nicht, nur konnte er es seinen Zeitgenossen nie beweisen, die sich nicht vorzustellen vermochten, daß einer es besser fand, als Landstreicher als als Politiker oder als Offizier zu leben. »Gesund« im normalen Sinne war Glauser kaum, nur war es seinen Peinigern gleichgültig, warum er nicht gesund war. Er selbst hat sich seine Misere sehr vernünftig aus dem Verhalten des Vaters zu erklären versucht. Dem mochte der Vater nie zustimmen. Der war der Meinung, daß er seinen Sohn immer geliebt habe, immer für ihn dagewesen sei. Er war davon überzeugt und hat ihn wenigstens mit Geld immer unterstützt.

Vielleicht waren es diese Geldopfer, die ihn so hartherzig sein ließen, ihn stets das Bündnis mit den Behörden suchen ließen. Der professorale Vater im fernen Mannheim bleibt immer Vater und Herrscher, behandelt den Sohn, der längst im erwachsenen Alter ist, nicht so sehr als sein Kind, sondern als Kind. Vermutlich hat er ihn bisweilen denunziert, auf jeden Fall ihn nicht hinreichend gedeckt, und ist fähig, dem Unglücklichen, der sich den halben Tag für ein paar Rappen über seine Kräfte hinaus abmüht, zu schreiben, er solle immer daran denken, daß er das Glück habe, von Liebe umgeben und nicht dem Schicksal ausgeliefert zu sein. Nach der nächsten Katastrophe verlangt er zu seiner persönlichen Sicherheit und für das Wohl der Gesellschaft, daß sein Sohn lebenslänglich interniert werde. Dieser setzt sich selten zur Wehr, und wenn er es wirklich einmal getan hat, entschuldigt er sich im nächsten Brief.

Es ist ganz deutlich, daß der Vater ihn zu dem gemacht hat, was er geworden oder geblieben ist, das lebenslängliche Kind, das sich äußerlich dem übermächtigen Vater unterwirft und ihm versichert, daß er ein wenig so geworden sei wie dieser Vater, daß er Wasser in seinen Wein gegossen habe, daß die Schuld bei ihm, Friedrich Glauser, liege: »Ich habe mich immer mit Ausreden zu betäuben versucht und die Fehler anderen zugeschoben, wo doch die Wurzel all meiner Enttäuschungen und all meiner Leiden nirgends als in mir selbst zu finden ist. Meine Charakterschwäche und meine Verblendung sind die einzigen Ursachen meiner Verkommenheit. Vielleicht – und dies hoffe ich fast – wird es mir diese Überzeugung, die jetzt tief in mir verankert ist, ermöglichen, auf festerem Grund noch einmal ein neues Leben zu beginnen . «

Dressur und ihre Folgen. Auch das neue Leben wäre nie ein Leben im Sinne des Vaters geworden. Später wußte Glauser zwar, daß auch die »künstlichen Paradiese« nur Höllen sind – aber er brauchte diese Höllen und hätte ohne diese Höllen nie seine tief humanen Romane schreiben können, die alles Lügen strafen, was über ihn in die behördlichen Akten eingegangen ist. Fraglos war er auf einem Wege der Anpassung, weit weg von seinen Anfängen im Kreise der Dadaisten, entfernt auch von seinen frühen Lieben, von Proust ebenso wie von Freud, entschlossen, eine Literatur zu schreiben, die mehr mit Hamsun und Simenon zu tun hatte als mit Literatur aus Literatur, aber die Bewunderung für das, was ihm mehr abverlangt hätte, als er zu leisten noch imstande war, war so wenig erloschen wie sein Ziel, ein Leben zu führen, das seines und nicht das der anderen wäre.

Friedrich Glauser: Briefe 1, 1911-1934, Hrsg. v. Bernhard Echte und Manfred Papst, Arche Verlag, Zürich 1988, ca. 500 S., ca. 60 Mark. Der Band erscheint in diesen Tagen.

Kasten »Friedrich Glauser,« auf Seite 74

geb. 1896 in Wien. 1916 Abitur in Zürich. Dadaismus. 1918 wegen »liederlichem Lebenswandel« entmündigt. Drogenabhängig. Bis 1936 mit Unterbrechungen in psychiatrischen Anstalten. Selbstmord- und Ausbruchsversuche. Fremdenlegionär, Kohlengräber, Gärtner, Schriftsteller. Starb 1938 am Vorabend seiner Hochzeit in Nervi bei Genua.

Die Glauser-Krimis:

Der Tee der drei alten Damen, 266 S., 15 Mark

Wachtmeister Studer, 192S., 13 Mark Die Fieberkurve, 215 S., 14 Mark

Matto regiert, 248 S., 15 Mark Der Chinese, 184 S., 14 Mark Krock & Co., 128 S., 13 Mark

Wachtmeister Studers erste Fälle, 211 S., 20 Mark

Weitere Schriften:

Gourrama. Ein Roman aus der Fremdenlegion, 309 S., 18 Mark

Morphium. Erzählungen, 264 S., 17 Mark

Der Kleine. Gesammelte Prosa 1 (1915-1930), 368 S., 34 Mark, erscheint zeitgleich mit Briefe 1

Sämtliche Glauser-Texte sind im Arche-Verlag, Zürich, erschienen

Konkret 11/88, S. 81

Ingrid Strobl

Masters of the Universe

Solange ein Mädchen als emanzipiert gilt, wenn es sich ab und zu wie ein Junge verhält, ein Junge aber als lächerlich, wenn er sich wie ein Mädchen benimmt, wird sich am Sexismus dieser Gesellschaft nichts ändern

Schon das erste Bild dieses Buches provoziert: Der Junge im Kleidchen. Wer muß da nicht den Kopf schütteln, wer findet das nicht – zumindest – übertrieben? Genau darum geht es in der ersten These, die Katja Leyrer allen alternativen, fortschrittlichen, emanzipierten Eltern, Müttern, ErzieherInnen und anderen Menschen zumutet: Es reicht nicht, die Töchter zu androgynen Wesen gestalten zu wollen, wenn gleichzeitig die Jungs ungehindert Jungs bleiben dürfen.

Während den Töchtern ein paar »männliche« Privilegien gestattet werden, wie Hosen tragen und auf Bäume klettern, erwartet niemand von den Söhnen, daß sie sich an einem neuen Kleid oder einer Puppenstube erfreuen. Eine Erziehung, die nur an den kleinen Mädchen herumdoktert, trägt dazu bei, die Überlegenheit des männlichen Geschlechtes zu perpetuieren. »Männlichkeit« ist das wesentliche, das richtige, dem sich heutzutage auch die Frauen ein wenig annähern dürfen. »Weiblichkeit« aber ist minderwertig, so minderwertig, daß keinem Mann, auch keinem kleinen Mann zugemutet wird, auf diese Stufe menschlicher Entwicklung herabzusteigen.

Katja Leyrer ist weit davon entfernt, die »weiblichen«, also Frauen zugeschriebenen (und abverlangten), Eigenschaften zu glorifizieren. Sie weiß sehr genau, daß diese Eigenschaften massiv dazu beitragen, Frauen in ihrer Unterdrückung zu belassen. Aber sie konstatiert, daß sich unter diesen Qualitäten auch einige befinden, die Männern sehr gut anstehen würden. Weil sie schlicht und einfach menschliche Qualitäten sind. Und sie besteht darauf, daß die »neue Mädchenerziehung« keine befriedigende Lösung darstellt in einer Gesellschaft, die von Männern beherrscht wird. Denn solange ein Mädchen als emanzipiert gilt, wenn es sich ab und an wie ein Junge verhält, ein Junge aber als lächerlich, wenn er sich wie ein Mädchen benimmt, solange das eine als fortschrittlich gilt, das andere aber als peinlich, solange hat sich nichts wesentliches geändert.

Die ebenso provokante wie logische Forderung Katja Leyrers lautet: Wir müssen nun endlich auch die Jungs rannehmen. Wir müssen uns bewußt machen, daß sie mit statistischer Wahrscheinlichkeit zukünftige Frauenschläger und Vergewaltiger werden können. Es ist an der Zeit, dem gegenzusteuern, auch auf die Gefahr hin, uns selbst unbeliebt und den Sohn lächerlich zu machen.

Diese Forderung stellt Katja Leyrer allerdings nicht in der Illusion, eine feministische Mutter, die sich nur genügend Mühe gibt, könne ihr Ziel so ohne weiteres erreichen. Sie macht in ihrem Buch auch deutlich, daß eine Mutter alleine nicht allzuviel ausrichten kann. Das ist nun an sich keine neue Erkenntnis. Jede/r, die/der mit halbwegs offenen Augen durch das Leben geht, kann sehen, daß auf Kinder Nachbarn, Verwandte, der Freundeskreis der Eltern, die eigenen Freundinnen und Freunde, Werbung, Fernsehen, eben alle gesellschaftlichen Konstellationen ihres Umfeldes einwirken. Trotzdem werden die diversen ExpertInnen für Kindererziehung und Kinderpsyche nicht müde, den Mütter die Schuld an allem, was ihre Kinder betrifft, zuzuschreiben.

Der Vater spielt mit dem Sohn Abenteuer im Dschungel, während er die Tochter für ihre gerade zögernd entwickelte Koketterie lobt; die Großeltern schenken dem Enkel Masters of the Universe und der Enkelin eine Barbiepuppe; die Erzieherin im Kinderladen findet, das Mädchen sei doch etwas zu wild, der Junge aber müsse endlich lernen, sich durchzusetzen; das Werbefernsehen predigt mehrmals täglich, was ein richtiger Junge und was ein liebenswertes Mädchen ist. Und gleichzeitig soll die Mutter irgendwie das Wunder vollbringen, ihre Tochter vor jeglichem Weibchengehabe und ihren Sohn vor allem Mackertum zu bewahren.

Katja Leyrer übersieht dabei nicht die tatsächlichen Schwächen auch frauenbewegter Frauen. Sie fragt nicht danach, welche Ansprüche Mütter und Väter an die Kindererziehung stellen, sie fragt nach der Realität, die das Kind in sich aufnimmt und an der es sich orientiert. Sie fragt: »Wer reparierte neulich das Auto? Wer macht meistens das Klo sauber? Wer verdient mehr Geld? (...) Wer gibt nach und lenkt ein, wenn die Fetzen fliegen?« Sie fragt nach der alltäglichen praktischen Rollenverteilung in den so gepriesenen neuen »Partnerschaften«.

Sie stellt auch noch andere Fragen und erhält darauf erschreckende Antworten. »Frauenbewegte« Frauen erklärten ihr, sie würden die Freundschaft zu einem Mann nicht abbrechen, wenn sie erführen, daß er andere Frauen prügelt, ja selbst dann nicht, wenn er ein Vergewaltiger ist. Die Mütter, so Katja Leyrer, vorneweg: »Mütter (...) entwickeln anscheinend eher eine 'Tugend', die sie dazu befähigt, entsetzliches, auch gegen ihre ureigensten Bedürfnisse und gegen ihr eigenes Leben gerichtetes Verhalten von Männern zu akzeptieren.«

Katja Leyrer legt die Finger auf einige Wunden, die gerade mit dem Gerede von Partnerschaft und »neuen Männern« gesundgebetet werden sollen. Sie entwirft ein Szenario einer bundesdeutschen Alternativfamilie, das so entlarvend ist, daß

einer das hämische Lachen im Halse steckenbleibt. Sie zeigt den fortschrittlichen Müttern, wie meilenweit entfernt sie noch von einem wirklich emanzipierten Verhalten sind, nimmt sie aber gleichzeitig in Schutz vor dem weltfremden Anspruch, sie könnten alleine, schon durch die Erziehung ihrer Kinder, die Gesellschaft umkrempeln und die Welt verändern. Sie fordert die sofortige und aktive Verantwortlichkeit der Väter ein, und zwar in Form praktischer Arbeit.

Und, als Gipfel ihrer »Zumutungen«, fordert sie eben nicht nur, daß den Mädchen alle männlichen Privilegien offenstehen müssen, sondern daß den Jungen männliche Privilegien genommen werden sollen. Man (und auch frau) hat Katja Leyrer deshalb aufgefordert, ihre Kinder, vor allem ihren ach so gequälten Sohn, zur Adoption freizugeben. Der »arme Junge« wurde heftiger bedauert als jedes äthiopische Hungerkind im Fernsehen. Wo kämen wir auch hin, wenn die Männer, gar die süßen kleinen Männer, endlich lernen müßten, daß die Welt und die Weiber nicht geschaffen wurden, um ihnen untertan zu sein?

Katja Leyrer: Hilfe! Mein Sohn wird ein Macker. Konkret Literatur Verlag, Harnburg 1988, 184 S., 20 Mark

Konkret 11/88, S. 82

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

»Die drei Zigeuner«, »Der Postillion«, »Auf eine holländische Landschaft«, »Himmelstrauer« aus den Heidebildern, »Stimme des Regens«, Nummer neun aus den Waldliedern, das fünfte der Schilflieder (und davon auch nur die ersten drei Strophen) – und vom »Don Juan« der Schluß: »Mein Todfeind ist mir in die Hand gegeben/doch dies auch langweilt mich wie das ganze Leben« (wirft den Degen weg- Don Pedro ersticht ihn). – Reicht, Lenau. Und von mir aus auch bloß die »drei Zigeuner«. Reicht völlig. Ist mehr als genug.

*

Etwas Autobiographisches über den Dichter als Alkoholiker. Und ein zweites Buch über die Entziehung gleich hinterher. Gibt es, gibt es alles. Von mehr als einem (einer). War gerade kürzlich wieder im Fernsehen anzuschauen ein Herhaus damit.

Und ich dachte immer, ein Dichter trinkt aus denselben Gründen, wie ein Indianer sich bei Entsprechendem bedient: wegen dem Zielwasser. Um sich mit den Elementargeistern kurzzuschließen. Und aus Verzweiflung über seine Ohnmacht gegenüber dem weißen Mann.

Und nun stelle ich mir vor: ein Indianer, uns damit vollabernd, wie er erst dem großen Pilzgott verfallen gewesen und nun aber 'trocken' sei: Saudumm.

*

Mit mir nicht, Gert Westphal, 'König der Vorleser', der Sie laut »Hör zu« sind. Mir haben Sie Manns Josephs-Romane, dieses Dokument affektierter Blutleere, als ein literarisches Prachtkerlchen im Radio nie rüberdrücken können. Aber ich gestehe: eine Lesung aus dem Hamburger Telefonbuch von Ihnen, und ich könnte echt schwach werden.

*

»Wo ich wohne hört man wie lang/die Leute sich waschen.« »Die Erde dreht sich rollt/die Menschen aus dem Bett zum Arbeitsplatz.« »Ach nicht in Ruhe lassen/sie uns trauern...«

Da ist er, Leute, noch am Leben, unbändig wüst, mitleidsvoll, und breitprankig schön in seinen Versen: Ludwig Fels. Erst das grandiose »Rosen für Afrika«. Und nun legt er noch mal nach mit: »Blaue Alleen, versprengte Tartaren« (Piper Verlag, München).

*

Statt 'Eigenmacht des Klaviers' die herrschende Akademiekunst als 'Es': 'eingemachtes Klavier'. Was ein richtiger Legastheniker ist, der läßt nicht locker.

*

Es gibt Bücher, die sind *Satz für Satz so* spannend und außer Atem, daß man um jede Seite trauert darum, daß sie schon vorüber ist. Und schon wünscht man sich den Schluß in weite Ferne. Damit die Lust kein Ende nimmt. Kurz: Kriminalromane öden mich an. Warum die Mühe auf sich nehmen, sich von einer story irreführen zu lassen wenn ich doch die Lösung auf der letzten Seite nachschlagen kann? Spannung? Wie's ausgeht? Es wird schon halt einer der Mörder sein... Dachte ich wie gewöhnlich, richtete mich darauf ein, das Buch wegzulegen, sobald das gewohnheitsmäßige gehetzte Schielen darauf, wie's weiter- und ausgehe, mich packen würde... und legte dann doch nicht weg: »Weinschröter, du mußt hängen« von Doris Gercke (Galgenberg Verlag, Hamburg).

Keine Ahnung, wer das ist. Aber, hoppla, was für Sätze:

»Manche Männer sind von hinten wunderschön«.

»Das ganze Theater war so sinnlos, wie das Scharren von Hunden auf Beton wenn sie geschissen haben. «

Und erst, was so nebenher passiert: Da rückt eine Frau mit Insektenspray einer Fliegenplage zu Leibe, im Haus auf dem Land. Und man blättert zurück, will nicht wahrhaben, daß sich Alltägliches so atemberaubend liest, staunt.

Natürlich gibt es auch einen Fall, merkwürdige Todesfälle in einem Dorf im Norden, schätze mal: Wendland. Und natürlich einen Kommissar, eine Kommissarin Bella Block mit Namen, die sie lösen soll. Aber wie Gercke dieses Dorf – Feldarbeit, Theke, Sommerfest, Zuhälter, die sich bereits in Bauernhäuser einkaufen für einen Landpuff, Männergehabe und von Erwachsenen verdrehter Kindermund – wie Sie diesen Verrott, den städtischen wie den althergebrachten, diese trostlose, kleine, dumme Welt ins Messer ihres schönen, bösen, kurzangebundenen und ungerührten Blicks rennen läßt, das ist der

wahre Krimi. Die Ermordeten? Die (Selbst)mörderin? Daß der Fall am Ende klar ist? Na gut. Aber – O-Ton Gercke – »Es lohnte nicht, länger darüber nachzudenken.«

Ein feministischer Kriminalroman? Wenn's denn unbedingt ein Etikett haben muß: auch das. Jedenfalls der erste, der mich seit Wahlöös »Mord im 31. Stock« nicht gelangweilt hat.

*

Es weht der Wind mit Stärke zehn, es tobt das wilde Meer. So war es immer schon. Mit Storm zu reden. Bemerkenswert an den Gerüchten um O. Lafontaine und B. Wegener und – laut Frankfurter Abendpost(Nachtausgabe vom 3.9.) – K. v. Dohnanyi und U. Hahn dennoch der Kommentar, den der Maler P. in HH dazu abgab: »Was für einen erlesenen Geschmack hatten doch die Kennedys!«

*

Fonds heißen sie beide. Über den einen, den Weltwährungsfonds, schreibt ein – bar auf Seite eins der »FAZ« vom 27.9.: »Mit Ausbeutung, Kolonialismus und Imperialismus hat die Politik das Fonds und der Weltbank nichts zu tun.« Über den andern, den Deutschen Literaturfonds, ein Uwe Wittstock in derselben Zeitung am selben Tag: »Die in Kranichstein gehörten Texte haben den Steuerzahler zusammen schätzungsweise eine Viertelmillion Mark gekostet.« Und: »Was ist das für ein Kuratorium, das namhaften fünfzig und sechzigjährigen Literaten bereitwillig das Monatseinkommen um ein bis zweitausend Mark aufbessert?«

Dem Wittstock hat Wolfram Schütte zwei Tage drauf in der »FR« Bescheid gestoßen. W. ist aber kein Einzelfall. Nachgewachsen ist, die Jahre zuvor, in großen bürgerlichen Zeitungen eine Stricher-Mentalität, die sich vom gewöhnlichen Opportunismus der 60er und 70er Jahre unterscheidet. Schon gut, sagte früher – bei etwaigen Gewissensanfechtungen – der junge Redakteur alten Schlages, schon gut; aber muß man immer übertreiben? Außerdem habe ich Frau und Kind. – Der neue Typus ist gewissenlos entspannt im Hier und Jetzt. Übertreiben wir, sagt er, auffallen ist alles! Zwar, er ist längst sein eigener Hintermann; aber bei der Power und Intensität, mit der er his masters voice Gehör verschafft, darf er sich ganz als er selbst fühlen. Er ist, wie er ist; er verläßt sich ganz auf 'Jade' . Und sein 'Credo' ist das der jungen italienischen Faschisten vom Anfang der Bewegung: Programm? Politische Überzeugung? Haben wir nicht. Unser Programm ist das Leben, die Tat!

Man trifft ihn heute überall an, diesen neuen Typus, im Schoß von Kapitalmacht damit befaßt, den Markt von oben lustvoll zu bereinigen. Die Zeitgeist-Magazine sind die Kadettenanstalt; inzwischen treffen auch »Stern« und »Zeit«, um Nachwuchs verlegen, ihre negative Auslese. Ja, sogar der »Spiegel« scheint sich derart behelfen zu müssen, wo Leute von Qualität wie Cora Stephan oder Caroline Fetscher nicht mehr einfach mitmachen. Und natürlich die »FAZ«. Einen ganzen Kranz von Sachwaltern hat sich der Frankfurter Redakteur hinterlassen, die mit Power betreuen, was er mit Strenge zugerichtet hat.

Und nun also hat es den Deutschen Literaturfonds erwischt. Der Deutsche Literaturfonds fördert seit Jahren schlecht und recht nach der Devise: Wenn einige Spitzenleistungen bringen sollen, muß man vielen zum Start verhelfen. Vor allem kann er nach künstlerischen Kriterien ein *Werk* fördern, statt – wie Juroren gewöhnlicher Literaturpreise – öffentliche Gelder vergeben zu müssen nach Maßgabe der Stukkatur und Opportunität einer *Person.*

Der DLF *muß* nicht einen mit Getöse vollzogenen Austritt aus der Deutschen Kommunistischen Partei belohnen. Und liegt nur ein untadeliger Text vor, *muß* er auch nicht die Förderung verweigern einem Kommunisten im Fall, daß der mit Getöse nicht einmal austreten kann, einfach weil er, aus Mitleid mit sich/der Kunst und der Partei, ohnehin nie Mitglied war...

Stört demnach der DLF bei der Endbereinigung des Marktes? Stört er, weil er nicht – opportunistischen literarischen Kunstwerken in der Republik zumindest hin und wieder noch die Chance gibt, überhaupt geschrieben zu werden? Denn das Grab am Markt wird man ihnen danach schon bereiten. . .

Zweierlei fällt auf: Verächtlich gemacht wird eine Institution der Literaturförderung in Westdeutschland, die noch nicht völlig vereinnahmt ist. Gleichzeitig optieren »FAZ« und andere große Blätter mehr und mehr für deutschsprachige Literatur von *jenseits* der Grenzen. Applaus, Applaus für letzteres, weiß Gott, ja. Ja... Wäre da nur nicht als Leitstern just jener Schweizer Stumpen namens Burger, Hermann, aufgeboten, der – im Winter Porsche, im Sommer Ferrari (oder umgekehrt) – für die »FAZ« offenbar als Pilotprojekt fungiert dafür, daß die Kapitalistenklasse sich zur Not auch 'ihren Dreck alleene' schreiben kann.

Und so läuft es denn: Die Herren und Handlungsgehilfen des bürgerlichen Belletristik-Markts (und wir haben keinen anderen), überdrüssig einer Literatur, die Positionen der Aufklärung im eigenen Land zu behaupten versucht, kehren sich ab vom nicht-opportunistischen literarischen Kunstwerk *hier,* lassen es zurück, als existiere es nicht, und wenden sich der Schweiz, Österreich – und den Kollegen in und aus der DDR zu, bei denen man sich doch allemal so schön gruseln kann von wegen der Zensur und wie sie anspielungsreich immer haarscharf am Hackebeilchen vorbeischreiben... Und von da echot's denn auch noch geschmeichelt zurück am Beispiel mit Heiner Müller, wenn er zu verstehen gibt, daß eine

westdeutsche Literatur ohne die reiche Blutzufuhr aus 0st und Südost kaum noch existierte. Was weiß er? Was von Grad und Verfassung der inneren Emigration im Land? Ich fürchte, wenig. Oder? Müller?

'Zensur'? Aber neindoch. Woher denn! Der Literaturmarkt im Land funktioniert wie der Weltmarkt nach Maßgabe von Weltbank und Weltwährungsfonds; und den Weltmarkt beschrieb am 26.9. der »Spiegel« mit der ihm eigenen – Inserenten-Empfindlichkeiten von BMW, IBM, VW und Philips haarscharf austastenden – Anspielungskunst: »Das Reizvolle dieser liberalen Ordnung der Wirtschaftswelt ist, daß, anders als in der Kolonialzeit, Gewalt nicht ausgeübt werden muß . Es läuft alles wie von selbst. Die Kräfte des Marktes besorgen die Geschäfte der Wohlhabenden.«

Und da muß eben jeder sehen, wo er bleibt. Tut er ja auch, keine Bange. So wie Arno Schmidt es getan hat, von dem eben im Haffmans-Verlag eine schaurig-schöne Dokumentation erschienen ist zu Prozessen, die man ihm in den 50er Jahren aufgehalst hat. Schriftverkehr mit Rechtsanwälten, Gerichten, Klägern und Gutachtern, ein Fahrrad, ein Tandem, (ja, richtig gelesen), das man ihm pfänden will...kurz: reiner Wahnwitz, dabei schön und sorgsam ein- und ausgeleitet, wie es sich gehört: »In Sachen Arno Schmidt. Prozesse I und 2.« Alte Kamellen? Nein, aktuell, brandaktuell heute, in diesen Zeiten der Neuauflage der 50er: in diesen 80er Jahren...

Konkret 11/88, S. 84

Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

Musikplaudertasche

Unlängst habe ich hier gegen das so erbarmungs- wie zeitlos spätbürgerliche Publikum in Frankfurts postmoderner Alter Oper gemosert, wie es ungerührt sich Mahlers Neunte antut. Im August hörten in der Berliner Waldbühne (was es alles gibt) zehntausend speziell dafür hingeschickte Jugendliche Mahlers Dritte mit dem Gustav-Mahler-Jugendorchester (auch das gibt's) unter Abbado. Im Fernsehen war der »musikalische Hochgenuß« (so die wie die Faust auf's eigene Auge passende Ansagerin) im Rahmen von »Berlin – Kulturstadt Europas 1988« (dochdoch, auch das ist nicht gelogen) nochmals zu hören und zu sehen. Der einzige Unterschied zwischen den Altzauseln dort in Frankfurt und der Jeunesse hier bestand darin, daß jene routiniert nur am Schlusse klatschten, diese linkisch-unzivil nach jedem Satz; am Schluß aber klatschten sie sowohl als sie auch zum kleineren Teil, wie beim Rock gelernt, vor Begeisterung pfiffen.

Sei's über Mahler, sei's über sich. Statt daß sie wenigstens, wie Werners Leute mit Bölkstoff wacker abgefüllt, Nietzsches schwer pathetischen Text mitgröhlten.

Anders geht's also nicht; aber so schon gleich gar nicht. Den reifen F.W.Bernstein zu variieren: Die schärfsten Kritiker der Elche / Sind schon immer selber welche.

Mein Gott, was eine Kontinuität an Arschgesichtern.

&

So vornehm wie nur irgend möglich sollte es zugehen beim Frankfurter September-Symposion über den Komponisten Theodor W. Adorno, und gegen die vorerwähnte, strotzend geld- und geldsackaffizierte Alte Oper als Austragungsort hatte offenbar niemand ernstlich etwas. Als man dann aber für die ersten beiden Referat-Komplexe aus Andrangsgründen in den Konzertsaal der Deutschen Bank auszuweichen sich genötigt sah, da meldeten sich das schlechte Gewissen und die schuldige Widerstandsgesinnung zurück, und man wechselte anbetrachts des »schwer erträglichen Kontrasts« (Moderator Schibli) in die karg-asketische Musikhochschule. Der Beschluß, der Vortrag mehr oder weniger sämtlicher Kompositionen Adornos geriet dann aber im großen und fast vollen Saal der Alten Oper doch wieder zur kaum verhohlenen Repräsentationsveranstaltung – selbst Hilmar Hofmann ließ es nicht sich nehmen – der Stadt im Rahmen ihrer beginnenden Betroffenheitsfeierlichkeiten in memoriam des November 1938; welche jetzt schon mit einer so ästhetisch smart gestylten Plakat- und Buchreihe aufwarten, daß sich der stinkedle Oberprogrammtitel »Zerstörung – Verlust – Verinnerung« sich seiner und seines hochsensiblen Trauergraus nicht zu schämen braucht; jedenfalls nicht sicht- und hörbar.

Die Teilnehmer, Referenten wie Publikum, unterschieden sich freilich vom habituellen altneuen Bürgerprunk derer, die üblicherweise der Alten Oper scheinhaften Inhalt geben, um mehr als Nuancen, als sie ganz überwiegend im forciert saloppen Aufzug in den Tempel des Wahren, Schönen, Guten vorrückten, 19 Jahre nach dessen Tod »das Genie« (Referent Wiggershaus) im bis dahin verborgensten Teil seiner Künstlerexistenz sattsam zu ehren, sei's als Berufsmäßige, sei's als pur Neugierige. Dem Schüler Alban Bergs, dem Spätexpressionisten, dem (ihr selber halb unerwünschten) Radikalapologeten der Wiener Schule wäre gleichwohl vor allem bei dieser ziemlich hochbourgeoisen Finalsoiree vermutlich überaus warm ums Herz geworden; denn das hätte ihm jenseits aller unveräußerlichen Dialektik sehr wohl gefallen.

Ich wiederum vermißte zwischen all den staunenden Musikologen und den verblüffend leidensbereit über zehn Stunden lang heroisch sich langweilenden Laien, Dilettanten und schlicht Verehrungswilligen stark das gesund konterkarierende, das wünschenswert proletarische und/oder sürrealistische Element; etwa in der Gestalt meines Freundes und angeblichen Adorno-Vertrauten Alfred Edel: »Du, Bua, nimmst mi mit zum Adorno-Symbosium, ha? Du, i vasteh ja nix von dera Musik, oba i hob seinerzeit viel mit dem Teddy diskutiert und reflektiert über die – was? – ja, genau, über die restaurativen Momente beim Schönberg in seiner Dodekaphonie. Also praktisch auch über de komplementäre Harmonik, also die harmonischen Strebungen komplex chromatischer Klangschichten, also de emanzipative Versöhnung horizontaler und vertikaler Linien – kann man doch sag'n, oda?«

Das Letztere sagte in Frankfurt so ungefähr und fast eine Stunde lang der vorzügliche Pianist und Musikwissenschaftler Mauser – und zum kleineren Teil geriet so das Adorno-Symposion denn tatsächlich zu einer eigenen Parodie, wie sie sich ein Satiriker kaum auszubreiten traute. Mag sein, daß dieser von Adorno ja mitkreierte und nur in großen Momenten umschiffte kritische Musikologenjargon, so vulgär und meta-feuilletonistisch er heute schon häufig klingt, bei der Kompliziertheit der Materie schwer vermeidlich ist. Er ist und bleibt ein Graus.

Das – der alte Wortwitz ist halt noch immer wahr – Adorante der Aura Adorno ist zumindest als ein Rest noch immer zu tragen peinlich. Sie stellen zwar das Reflexivum inzwischen nicht mehr seriell nach, die Adorno-Weihesüchtigen und Ich-Idealsucher. Aber der »zu intellektuelle Schwätzer« (Schönberg über Adorno) gebiert noch immer genug Überadornos und schiere Schwatztanten. Die Faszination hält an, zu Recht. Keiner (mich manchmal ausgenommen) vermochte so schön, so

abgehoben, so wahrhaft musikalisch über Musik zu plaudern wie Silberzunge und Goldmund Adorno, keiner so sachlich kompetent und einleuchtend, ohne daß wohl wirklich Wissenschaft, ja auch nur immer Evidenz vorgelegen hätte. Wahr ist aber wohl auch, daß uns heute die »Rezeption« der Wiener Schule inklusive ihrer theoretischen Aufbereitung durch ihren spekulativsten Deuter, Adorno, nicht mehr recht gelingen mag. Wenig Sinn hat es, gegenüber deren historisch gewordenem Idiom den Verständigen zu mimen. Wer nicht ganz in ihm aufgeht (und das ist ein Lebensinhalt), der versteht letzten Endes gar nichts davon. Das betrifft den Laien; die wenigen Experten aber, fürchte ich, werden von Adornos Hegelumkehrung eingeholt: daß das Ganze das Unwahre sei; hier eben in Form der Verwissenschaftlichung bzw. Verbetrieblichung einer ehedem revolutionären Gewalt.

Ob Adorno ein großer, ein beachtlicher Komponist war, als der ihn immerhin Berg ästimierte? Das in Frankfurt vorgestellte Gesamtwerk soll nächstens auf einer Wergo-LP veröffentlicht werden. Man wird es öfter hören müssen. Vielleicht nur rührend-belustigend die »Sechs kurzen Orchesterstücke« op. 4, die ohne Bergs »Drei Orchesterstücke« op. 6, ihrem »Epoche machenden« (Adorno) und auch von Strawinsky als »ein Wunder« bestaunten Klang nicht denkbar wären – der zarte Frankfurter Filigranphilosoph als machtvoller Beherrscher buchstäblich von Pauken und Trompeten. Mir am besten gefielen aufs erste Mal die zwölftonfernen Kleinkompositionen: die zweier Propagandagedichte von Brecht (!) und die charmanten französisch behauchten Lied-Dingerchen – beide ohne Opus-Ziffer.

&

Als »triumphal« wurde unisono von der gesamten deutschen Kulturpresse Peter Steins Verdi-»Falstaff« von Cardiff 1988 gewürdigt. Gleichwohl ist es ein gewaltiger Blödsinn, den das Hätschelkind der Hochkultur in einem einschlägigen Gespräch mit Paul Allan, abgedruckt in der taz, zum Vortrag bringt. Stein: »Das Problem der Komödie ist, daß sie sich immer auf etwas beziehen muß. Komödie als solche gibt es nicht. Nicht wie die Tragödie, die die Basis des Theaters ist. Die Komödie dagegen bezieht sich immer auf die Tragödie (...) Auch im griechischen Drama kam zuerst die Tragödie und dann die Komödie, die die Tragödie zitierte. Die Komödie ist eine Travestie von etwas, ohne diese tragischen Untertöne kommt sie nicht aus. Sie wäre sonst reiner Spaß.«

Und das soll nicht sein. Hier redet nämlich der altdeutsche Oberstudienrat von ca. 1955. Wie doch eine gewisse Halbbildung den Menschen die Köpfe verdreht. Von wegen griechischer Tragödie. Das Komische ist, wie das Tragische, nichts anderes als eine spezielle Optik der Welt. So einfach ist das.

Schwieriger aber und das wahre Thema wäre: Warum trotz aller Verdischen Meisterschaft Komik im »Falstaff« *nicht* sinnfällig wird; nein, überhaupt nicht, es ist zum Weinen.

&

»Wolfgang Sawallisch atmet mit der Musik, er verbündet sich mit ihr, er wird mit ihr auf eine rätselhafte, auf eine mystische Weise eins.«

Wenn man nicht wüßte, daß der Joachim Kaiser ein Ehrenmann ist, könnte man glatt meinen, er kriegt für solche Sätze zugunsten der Buchreklame des Hauses Hoffmann und Campe jeweils 50, na sagen wir: 80 Mark. 40 von Hoffmann und Campe, 40 vom Sawallisch.

&

»Tag des deutschen Schlagers 1988« – »Galaabend« mit Verleihung der »Goldenen Stimmgabel«: Und alles satt im Fernsehen – Herz, was gehrst du mehr. Nichts. Die trainierte oder aber angeborene Lieblosigkeit, mit der Dieter Thomas Heck Stücker zwölf Zombies von Nino de Angelo über Bruce Low bis Nicki empfängt und sogleich wieder davon haut, ohne sich auch nur den Hauch eines Anscheins geben zu mögen, ein Minimum an Gastgeberhöflichkeit walten lassen zu wollen, sie hat etwas – tief Humanes, ja schon richtig Zärtliches. Denn jedes weitere Wort über die blanke Namensnennung »Michael Holm!« hinaus wäre Lüge; eine, die sich der reife Heck nicht mehr zuschulden kommen lassen darf, er hat schließlich einen Ruf zu wahren.

Die Inständigkeit aber, mit der Caterina Valente beschwört »Ich bin noch da«: Die wiederum knüpft direkt an ans tief pessimistische Schlußwort von Camus' Caligula. Der Mensch ist ein Irrtum.

&

Im Jahre 1919 schrieb Kurt Schwitters sein im Sinne des Dadaismus programmatisches »Anna Blume«-Gedicht: »Oh du, Geliebte meiner 27 Sinne, ich liebe Dir! (...) Anna Blume, Du tropfes Tier, Ich -------- liebe -------- Dir!«

Keine 69 Jahre später teilt die deutsche Schlagersängerin Hanne Haller mit: »Anna Blum / 16 Jahre jung / Auf den ersten Blick sehr weiblich / Chaos im Innern: unbeschreiblich.«

Genau. Denn wahrscheinlich hat sie sich beim Singen überhaupt nichts bei gedacht. Sondern das unbeschreibliche Kulturchaos in unser aller Innerem sang da halt lautlos vor sich hin, von auch keinem schwachen Halbschleier auf den Gedanken gebracht, daß es hier irgendwas zitiert. Wahrscheinlich unterlag es einfach der allgemeinen »Anna«-Anfälligkeit

der Zeit und brachte sodann in der progredierenden Schwurbelhaftigkeit der universellen' Ignoranz so wie einst der Prof. Carstens die gefährliche Terroristin Anna-Katharina Böll, geb. Arbeitsminister Blümchen, mit der eigenen Hanne durcheinander.

Doch, so könnt's gewesen sein.

&

Udo Jürgens: »Was immer kommt, ich geh drauf zu / Und swinge durch die Zeit / Mal ist dein Leben schubidu / Mal nichts als Einsamkeit.« Und eben hier offenbaren sich, wo sonst die vermeintlichen Antagonismen längst konvertieren, ein vielleicht letztes Mal die ideologiekritischen, ja – später Glücksfall! – realpolitischen Gegenpositionen im scheinbaren Alleinerlei der Zeit. Wenn sonst Satz und Parodie allemal tendenziell schon koinzidieren, hält Gerhard Polt den substantiellen Speer des Widerstands ganz fest: »Sag doch *nicht* immer Schubidu zu mir, / Sag lieber Schabidawai.«

&

Es gibt wenig Eindrucksvolleres auf dieser Welt als zwei heute unwidersprochen erfolgreiche Kabarettisten (L. Lorentz, W. Schneyder), die sich 1988 im Fernsehen ab 23.05 Uhr plötzlich einreden, sie hätten 1933 ff. als österreichische Chansonisten »Kleinkunst als Notwehr« gegen Hitler betrieben; Schneyder anheimelnder Weise und im Sinne des Kabaretts »Die Stachelbeere« extra mit Dreitagesbart; einem wahrhaft schuhauszieherischen.

&

»Steht die Sonne tief, wirft ein Zwerg auch lange Schatten« (Peter Maffay in »Lange Schatten«).

»Wenn die Sonne der Kultur niedrig steht, werfen selbst Zwerge Schatten« (Karl Kraus in der »Fackel«).

Jawohl, zum Ausgenommenwerden sind sie abermals noch gut genug, unsere dummen Alten – gemerkt aber hat's der Nürnberger »Plärrer«, Ehre ihm.

Konkret 11/88, S. 86

Christian Storms

Kein feuchter Hipstertraum

Clint Eastwood hat einen Film über den Altsaxophonisten Charlie Parker, den Erfinder des »Bebop«, gedreht

Das Drehbuch für den Film »Bird« wurde bereits 1982 geschrieben. Verfilmen wollte es jedoch bei Columbia Pictures nach einigem Hin und Her niemand mehr. Erst fünf Jahre später und aufgrund eines Deals der Verleihfirmen konnte Clint Eastwood daraus den Film über den Altsaxophonisten Charlie Parker realisieren. Eastwood hatte bereits 1968 nach seinen ersten großen Erfolgen die Produktionsfirma »Malpaso« (»kritische Lage« oder »Fehltritt«) gegründet, um eigene Filme unabhängig realisieren zu können.

»Ich hatte das große Verlangen, der Industrie zu zeigen, daß sie modernisiert werden muß, damit mehr Filme mit kleineren Mannschaften gemacht werden können. Die Mannschaften werden öfter beschäftigt, also wird es genau so viel Arbeit geben. Was hat es für einen Sinn, so viel Geld auszugeben um einen Film zu produzieren, daß man nicht ohne Verlust abschneiden kann? Deshalb gibt es bei 'Malpaso' keinen 26köpfigen Mitarbeiterstab und kein schickes Büro. Ich habe einen Six-Pack Bier unter meinem Arm, und einige Blätter Papier, und ein paar Bleistifte, und ich bin im Geschäft.«

Bis heute ist Eastwood arrogant genug geblieben, um eine »politique des auteurs« – im allgemeinen falsch übersetzt mit »Autorentheorie« – zu verteidigen und Filme herzustellen, die erstmal nur ihn selbst interessieren. Leider fanden einige der besten der 31 von »Malpaso« produzierten Filme nur ein wenig größeres Publikum. »In meinen Augen haben die Amerikaner außer Western-Filmen und Jazz überhaupt keine eigene Kunstrichtung. Sie neigen dazu, ihre einzige Kunst auch noch zu übersehen, weil sie ihnen so vertraut ist.«

Zum gerechten Ausgleich neigen die Kritiker dazu, seine Filme zu hassen. Die guten Linken freuen sich, daß sie wieder einmal einen amerikanischen Schauspieler als faschistischen Satanisten, als »Söldner Reagans« (J.L.Douin) entlarvt haben, während die feinsinnigen Liberalen scherzen: »Eastwoods Filmemachen könnte man beschönigend als grundlegend (basic) bezeichnen.« (P.Kael)

Das Gegenteil ist wahr, denn sein Stil ist grob, unelegant und schreiend, aber gut. Das folgende Zitat von Bernardo Bertolucci meint einen anderen Regisseur, aber es würdigt auch die Filme Clint Eastwoods. »Die Filme von (. ..) ähneln in ihrer Schönheit wirklich einem Wrack, das richtungslos dahintreibt. Seine Filme sind unvollständig, tragisch und vom Untergang gefährdet – wie ein Boot, das herrenlos in der Strömung treibt. Wracks üben immer erhebliche Faszination aus, weil sie bedroht und vergänglich sind und jeden Augenblick untergehen.«

Die ersten Sekunden von »Bird« schneiden Charlie Parkers Leben in die Konfektion des amerikanischen Traums: Der 5-jährige reitet auf einem Pony durch eine ärmliche Vorstadt und spielt dabei eine undefinierbare Melodie auf einer Holzflöte. Dann übt der Jugendliche (Damon Whitacker) im Gehen auf dem Saxophon das Lied »Maryland, my Maryland«. Schließlich triumphiert der Erwachsene (Forest Whitacker) in einem Jazzclub mit seinem neuen Jazzstil »Bebop« . Die übliche Lügengeschichte über einen armen Jungen, der zu Ansehen und Reichtum kommt, weil er einen starken Charakter und unbeirrbaren Willen hat. Im Gefolge dieses abschreckenden Klischees benutzt Eastwood eine verschachtelte, fragmentarische, nicht vorwärts chronologisch, sondern seit- und rückwärts erzählende Struktur. Im Anschluß an die Bilder sieht der Zuschauer ein zischendes Schlagzeugbecken in Zeitlupe zu Boden fallen. Wenn es auf den Boden prallt, springt der Film in einen Gewitterschlag, währenddessen der betrunkene Charlie Parker, gerade nach Hause gekommen, seinen Mantel aufs Bett wirft.

In New York im Jahr 1954 ist Parker weit von seinen früheren Triumphen entfernt. Eastwood zeigt einen fetten, schwitzenden Mann in Unterhosen, nicht weit vom körperlichen und geistigen Zusammenbruch entfernt. Der alkohol- und heroinsüchtige Parker hat bei der Aufnahmesession als einziger bemerkt, daß er nicht richtig gespielt hat. Nach einem Streit mit seiner Frau Chan Richardson (Diane Verona) versucht er sich mit Jodtinktur zu vergiften. Bevor er das Jod trinkt, hört man aus dem Off eine Strophe des Gedichts »Rubáiyát« von Omar Khayyam, die dem wirklichen Parker gut gefiel, weil sie mit seinem Spitznamen »Bird« und seinem Lebensstil Scherz trieb.

Im Krankenhaus kann man ihn retten, und dem jungen Assistenzarzt darf der gefesselte Parker schon bald die Platte »Charlie Parker with Strings« signieren. Parker macht sich über seine absurde Lage und den Jazzfan lustig, indem er in distinguiertem Tonfall eine von den Pralinen anbietet, die der Arzt sichtlich ehrfürchtig vorgekostet hatte, um festzustellen, ob die Süßigkeiten wohl Drogen enthalten.

Damit Parker ein für allemal ruhiggestellt wird, schlagen die Ärzte der psychiatrischen Abteilung eine Elektroschocktherapie vor. Der Chefarzt gibt Chan Bedenkzeit, und diese Szene leitet eine Rückschau zu den New Yorker Jazzclubs der 52nd Street im Jahr 1944 ein. In dieser Rückblende wird mittels einer weiteren Rückblende von einer fiktiven Figur auch die Bedeutung des fliegenden Beckens erklärt. Der Saxophonist Buster (Keith David) fragt, vor einem Jazzclub

stehend, ob sich etwas Neues getan habe? »Charlie Parker« . Der sei doch nichts Neues, sagt Buster. Bereits 1937 hatte der 17jährige Parker zum ersten Mal an einer »Jam Session«, einem Improvisationswettbewerb, teilgenommen. Ein Freund rät ihm, das Schicksal nicht herauszufordern und seinen technischen Fähigkeiten entsprechend nur kurz zu spielen. Gegenüber dem Saxophonisten der Hausband, Buster, riskiert Parker mehr und versucht das Tempo zu verdoppeln. Er vermag seinem Vorsatz jedoch nicht nachzukommen, quietscht, macht rhythmische Fehler. Die anderen Musiker hören auf zu spielen. Der Schlagzeuger schraubt sein Becken ab und wirft es Parker vor die Füße. Buster und das Publikum explodieren vor Lachen. Parker schleicht von der Bühne. Zurück im Jahr 1952 lacht Buster immer noch, bis er den erwachsenen Charlie Parker, das Genie der neuen Musik hört. Darauf schmeißt Buster sein eigenes Saxophon ins Wasser. Der Film kehrt zurück zu Chan, die sich entschlossen hat, Parker eine Elektroschocktherapie zu ersparen und ihn aus dem Krankenhaus zu holen.

Nach dieser Ouvertüre erlaubt Eastwood sich und uns den Luxus einer 2-stündigen Durchführung der bisher bloß angerissenen Motive. Den vernünftigen Freund beispielsweise vergrößert der Film zu Parkers Kollegen und Förderer, dem Trompeter Dizzy Gillespie (Sam Wright). Die Konstellation Parker/Gillespie benutzt der Film um einmal grundsätzlich zu werden und mit Klischees wie etwa dem folgenden aufzuräumen. »Dizzy war wortgewandt, geistreich, extrovertiert und von sonnigem Gemüt – alles, was Charlie nicht war. Dizzy war für jedermann zugänglich. Einen solchen Mann setzte man nicht an die Spitze einer Hierarchie. Die ausübenden Musiker, die Bescheid wissen mußten, stimmten darin überein, daß Parker die Quelle der neuen Musik war. Der reiche Fluß seiner Ideen suggerierte mysteriöse Urkräfte. Mit einer kleinen Veränderung paßte auch Charlies Spitzname zu allem anderen. 'Yardbird' war reizlos, wenn nicht sogar herabsetzend. 'Bird' hingegen erinnerte an schwerelosen Flug, Licht, unbegrenzte Horizonte und Jenseitigkeit. Wie jede rechtlose Minderheit hatten auch die 'in-people' Sehnsucht nach einem mystischen Helden und schufen sich selbst einen.«

Dieses Zitat stammt aus der Charlie-Parker-Biographie von Ross Russell und beschreibt einen feuchten Hipstertraum, den sich Eastwood gerade nicht zu eigen macht. Im Film hat der unromantischerweise gute Geschäftsmann und disziplinierte Bandleader Gillespie das Wort. Er wirft dem betrunkenen Parker vor, daß er sich selbst zum Märtyrer stilisiere. Und daß das weiße Publikum es liebe, wenn Parker sich als unzuverlässiger Nigger aufführe. »Ich werde niemandem auch noch helfen, der sich zerstören will«, sagt Gillespie. Der Film läßt aber auch dieses Gegen-Pathos nicht ungebrochen, denn Charlie Parkers Charme gleicht die vernünftigen Argumente wieder aus. Er umarmt Gillespie.

Aus dem Jazzfan im Krankenhaus entwickelt der Film die Person des weißen Trompeters Robert »Red Rodney« Chudnick (Michael Zelnicker). Auch im wirklichen Leben dachte dieses Mitglied der zweiten Ausgabe des Charlie-Parker-Quintetts, Charlie Parker sei Gott und habe einmal getreu dem Motto – »To play like Bird, you have to do like Bird« – die fremden Süßigkeiten (Heroin) probieren wollen. Gegen den Willen Parkers fing Rodney an, Heroin zu spritzen, wurde süchtig und spielte keinen Deut besser.

Mit einer Geschichte, die so platt und unglaublich ist, daß sie nur wahr sein kann, beschreibt der Film den Rassismus. Charlie Parker will 1950 eine Tournee durch den Süden der USA unternehmen mit seinem »gemischten« Quintett. Die strenge Rassentrennung macht das eigentlich unmöglich. Deshalb läßt Parker Red Rodney als Albino-Neger namens »Albino-Red« ankündigen und jeden Abend im Konzert einen Blues singen. Damit Red Rodney wirklich von niemandem für einen Weißen gehalten wird, muß er Instrumente und Koffer schleppen, während Charlie Parker den Sklaventreiber spielt. Parkers Leben war reich an solchen Anekdoten.

Für die Filmmusik wurde Parkers Saxophon aus den alten Aufnahmen herausgefiltert, die zum Teil unter miserablen Bedingungen entstanden sind, um seinem Improvisationsgenie einen angemessenen Rahmen mit neuen Begleitmusikern und Parker-Fans geben zu können. Das Bild zur Musik liefert der phantastische Forest Whitaker. Er spielt Charlie Parker wie Charlie Parker Saxophon spielt.

»Ich hoffe, der Film wird dieser Musik gerecht. Ich glaube, daß 'Bird' gerne dabei gewesen wäre. Wir können jedoch froh sein, wenigstens seine Musik zu haben« (Clint Eastwood).

Konkret 11/88, S. 88

Kla□ s Roehler

Gro□ e de□ tsche Literat□ r: gegl□ ckt

Erste k□ r□ e Z□ sammenfass□ ng □ on Gedanken □ nd Einsichten, □ ie sie der Sach□ erst□ ndige H. Wieser k□ r□ lich □ ei hat

I. Was ist große deutsche Literatur?

1. Der Ort der Handlung

In der großen deutschen Literatur liegt der Ort der Handlung am Schwarzen Meer. Dort lauert der Winter zum Beispiel zwei Jahre, länger als hier, und Eis überzieht nicht nur das riesige Wasser, sondern auch die Seelen in den Häusern; dort blühen im ewigen Schnee u.a. »der Maulbeerbaum und eine subtropische Fauna«.

2. Der Held, der am Ort der Handlung gesucht wird

In der großen deutschen Literatur ist der Held, der am Ort der Handlung gesucht wird, ein applausverwöhnter Feingeist und zartbesaiteter Bonvivant, ein Pioniergeist also, das heißt, einer der Ersten, »denen eine anspruchsvolle Verbindung von U und E in der Literatur am Herzen lag«. Von Dante zitiert, von Luther geadelt, von Shakespeare geehrt, von Diderot genossen, von Goethe verteidigt, mit Baudelaire verwandt, von Briten vertont, von Kafka nachgeschrieben: Eine solche Vergangenheit, wie sie H. Wieser vollständig nachweisen kann, hat ihr eigenes Gewicht. Man nähert sich ihm mit einer List.

3. Der Held, der am Ort der Handlung sucht

In der großen deutschen Literatur macht sich nun ein junger Verehrer ganz allein auf den Weg. Seine Ankunft am Schwarzen Meer ist »der erste Strich auf einem Gemälde«, das heißt, es entfaltet sich nämlich ein Bilderbogen mit Doppelheld oder auch Heldenpaar: Der eine wird gesucht, der andere sucht. Der Suchende gewinnt Vertrauen, denkt laut und macht sich einen Reim, kommt dann aber zu spät. Nur langsam fällt ihm auf Stolpergängen im Nebel der Staub von den Augen, dämmern ihm ferne Lichter und die Lösung der Rätsel.

4. Andere handelnde Personen

In der großen deutschen Literatur ist es am Ort der Handlung nicht nur ziemlich schwarz und kalt und warm, es ist dort auch »unheimlich«. H. Wieser erwähnt u.a. einen viehischen Schlachter, einen deutschen Salbenrührer und einen schwachsinnigen Dorfidioten mit Narrennase, dessen Verkleidung aber ein Zeichen ist, dazu eine taubstumme Weberin mit morbider Schatzkammer und eine schöne einsilbige Dirne, dazu einen vagabundierenden Zwerg mit Filmprojektor, der »Menetekel der Liebe, des Abschieds und der Zerstörung« an eine Schlachthausmauer wirft, einen uralten Griechen, der gutmütig schwarzmalt, und auch einen Seiler, der nachts mit den Wölfen heult. Alle zusammen finden den Gesuchten nicht.

5. Die Sprachkunst

In der großen deutschen Literatur ist »das Ambiente des Romans vor allem einer Kunst unterworfen: der großen Kunst einer zeitlosen Sprache«. Sie adelt die traumwandlerische Sicherheit in der Wahl der atmosphärischen Bilder, von denen jedes bleibend die Gegenwart zum Verwechseln ähnlich behelligt. Zeitlos wird diese Kunst durch einen Schmugglertrick ohne den Anflug eines falsch tönenden Effekts. Das heißt, jemand hantiert nicht etwa am Mikrowellenherd, sitzt also nicht vor dem HiFi-Gerät, im Gegenteil: Das Risiko dieser schrägen Töne wird dadurch vermieden, daß naturgetreu ein Omnibus vorübertuckert.

6. Das Ganze

Große deutsche Literatur ist immer »eine Perle der deutschen Sprachkunst«; zwischen den Zeilen aber irrlichtert Erkenntnis. Nicht die Historiker sind die Leuchten der überlieferten Seitenwege, es sind eine taubstumme Weberin und ein Freudenmädchen in einem Ambiente, in dem einige Gestalten völlig neu kostümiert, andere dagegen aus dem wirklichen Leben, wieder andere als zeitgenössische Gestalten einquartiert auftreten. Die Schläge der Politik können freilich nur Spielmarken der Propaganda in den Kämpfen um die Macht sein. Ein Zauberspiel wird kaum merklich auch mit den Landschaften getrieben, das heißt, die Liebe zum Detail, mit der man den unheimlichen Prunk der Vegetation bis zum feinen Gesang sterbender Schnecken imaginiert, könnte den Verdacht aufkommen lassen, man habe die blühende Flora und Fauna geradezu recherchiert. Dieser Verdacht, so H. Wieser, ist falsch. Die Liebe zum Detail nämlich ist »allein ein Tribut der Phantasie an den poetischen Klang«. Und das heißt, wir sind Zeuge der »ersten Enthüllung eines Denkmals in der Gestalt eines Romans«.

II. Wer schreibt große deutsche Literatur?

Der Verfasser großer deutscher Literatur ist von melancholischer Intelligenz, entwaffnend unkokett und gibt freundlich eine Auskunft. Gratulationen und Lobesblitze brechen nicht wie ein Goldregen, sondern wie ein Gewitter über ihn herein; in seiner Not verdunkelt er die Wohnung und ruft seinen Vater an. Ursprünglich hatte er – der Verfasser – eine ganz andere Idee. Um ein Haar nämlich wäre sein Roman nie geschrieben worden, wenn sich nicht merkwürdige Dinge ereignet hätten: Plötzlich begegnete er seinen Figuren in der Straßenbahn. »Solche Erlebnisschauer waren die Geburtsaugenblicke des Romans«, das heißt, »aus den Schreibtischmühen war eine schöpferische Obsession geworden«.

III. Wie wird große deutsche Literatur erkannt?

Große deutsche Literatur erkennt man, wenn Tranchiermesser das falsche Besteck sind. Nach einem Geflüster in eingeweihten Kreisen legt der Sachverständige Rezensentensilber auf, steht in verborgener Entfernung Pate und wartet ab, bis sich im sommerlichen München ein ansonsten ätzender Kritiker zufuß im Englischen Garten mit dem Schriftsteller H. M. Enzensberger einträchtig ausgetauscht hat. Dieses aufklärerische Täuschungsmanöver aber braucht seine Zeit. Erst nach anrührendem Abschied zeigt sich dem Sachverständigen ein Traumgesicht, eine positive Flaschenpost sozusagen, die er freudig entkorkt.

IV. Was würde den Glanz nicht trüben?

Besorgnisse, Einwände, Vermutungen und Monate liegen allenthalben wie immer und jeder Verdacht flach auf der Hand. Ich erwähne nur Behauptungen wie, H. Wieser habe zwischen den Zeilen vielleicht ein anderes Buch gelesen als das, was dessen Verfasser, ein C. Ransmayr aus Wien, tatsächlich geschrieben hat, oder er – H. Wieser – habe ohne Rücksicht auf diesen Verfasser und dessen Roman endlich große deutsche Literatur entwerfen wollen oder auch, daß die Wochenschrift »Der Spiegel«, in der er – H. Wieser – sich veröffentlicht hat, eine alte Salatschüssel sei, in der Provinzyuppies das Rühren lernen. Auch wenn es sozusagen so wäre, es würde den hohen Glanz seiner eigenen zeitlosen Sprachkunst, seiner Gedanken und Einsichten, die ich hier zum ersten Mal kurz zusammenfassen durfte, nicht trüben. Denn H. Wieser hat sich mit seinem Sachverstand und unter wachsendem Beifall einen Logenplatz in unserer Literaturkritik erschrieben, das heißt, er hat einen Maßstab gesetzt in maßstabloser Zeit. Das sollte ihm nicht vergessen sein.

Konkret 11/88, S. 90

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Lieber Friedensfreund Michael Hähn!

Gestatten Sie mir, bitte, im Namen der Frau Präsident Bertha Gräfin Kinsky, ein paar Fragen? Ja? Danke!

Sie sprechen hier von einem Familiendialog. Wieso kommt Ihre Frau darin nicht vor? Ist sie mit einem Kriegshetzer durchgegangen?

2. a) wann, b) wie haben Sie das Plakat »Auf zum Friedensacker nach Linnich« an der Küchentüre befestigt? aa) mit Tesa? bb) mit Uhu? cc) mit Pattex?

3. a) Was geschieht dann mit demselben? 3 aa) Archiv? 3 bb) Recycling?

4. Sie sprechen vom Widerstreit der Kopf- und der Bauchgegendstimme: Wo genau sitzt a) die Kopf- b) die Bauchgegendstimme?

5. Wieso lädt Ihre Tochter, wiewohl Briefpartnerin des Generalsekretärs der Regierungspartei der UdSSR, die »Kinder« zu ihrem »Kindergeburtstag« nicht auf den Friedensacker zu Linnich ein? Ist sie in Wirklichkeit eben keine Friedenskämpferin, sondern nur ein ihr Kinderzimmer mit Bravopostern verkleisterndes und Barbiepuppen wiegendes dummes Ding?

Wieso können Sie Briefe Ihrer Tochter in die Hand nehmen, die Sie doch, wenn nicht dieser ganze Familiendialog von Arsch bis Zwirn verlogen sein soll, an den »lieben Herrn Gorbatschow« abgeschickt haben muß, glaubt man dem Botschafter der UdSSR zu Bonn (und dem allerdings ist zu glauben!)? Muß es sich nicht um Kopien handeln, achtens und zwar entweder um schwarze, schreibmaschinen-, oder um blaue, handschriftlich gefertigte, hä?

9. Wie kommt Ihre Tochter, statt sich um ihre Frauwerdung unter Einfluß Herrn Princes, der Pet Shop Boys, Herrn Michael Jacksons u.a. zu kümmern, dazu, sich in die Verschrottung von Atomwaffen einzumischen, vom »neuen Friedensleben« zu phraseln, ja, reinster katholischer Kack, an den Frieden »fest zu glauben«?

10. Wer hat Ihrer Tochter die Verwendung des von Bertolt Brecht im Lied von den Matrosen (»enormer Wind die Segel bläh ... «) urbenutzten und also geschützten Ausdrucks »enorm« erlaubt?

11. Ist Ihre Tochter toll, »fast« nicht mehr daran zu glauben, daß ihre Briefe an Herrn Gorbatschow nicht beantwortet werden? Ja, soll Herr Gorbatschow die Briefe Ihrer nicht in die Verschrottung der Kurz- oder der Lang-, sondern eben, weil sie Realpolitikerin ist, Mittelstreckenraketen involvierten Tochter nicht beantworten lassen durch Herrn Kwizinskij?

12. Kennen Sie Ernst Kahls »kongretchen« in der Ausgabe von Dezember 1985 (»Lieber Herr Reagan, lieber Herr Gorbatschow, auch meine Meerschweinchen wollen Frieden»)?

13. Warum, vermuten Sie ruhig mal, stelle ich in dieser contrakitschigen Produktion den »US-Botschaftsschafför Billy Labuda« dar, der sich mit einem »Peacebird-Brief« den Arsch abwischt? Damit das alles so weitergeht mit die Friedensäcker und die Friedensbriefschnellhefter und dem Friedenstaubenmalen? (Siehe auch Kahls »Die Friedenstaube, ein Flug durch die Kunstgeschichte«, erhältlich bei KONKRET für grade mal 7 Mark!) Ich habe, mein lieber Friedensfreund Höhn, eine uneheliche Tochter mit elf. Schreibt die auch so einen luxuriös-kindischen Semidkperstweltscheiß? O nein, die schickt jeden gebrauchten Kaugummi an die bronchitischen Kinder auf dem Smoke-Mountain zu Manila, die mit dem Pieker im Müll stochern und in einer Brühe von Wasser Plastebecher recyceln für 30 Pfennige am Tag.

Lieber Freund, lieber Kollege, lieber Genosse Mathias Bröckers!

In Deiner Besprechung von Theweleits »Buch der Könige« in der »taz« vom 1. Oktober sagst Du: Wolfgang Neuss habe die von Timothy Leary, L.S.D.) gestiftete »Revolution der Wahrnehmungstechnik«, die »jede Art von Hades-Kontakt, bis hinunter ('hinunter' ist gut! der Verfasser) in das zellulare Bewußtsein der Materie« ermögliche, so metaphorisiert: »Man kann heute sterben und anschließend in die Disco«. Ich weiß, keiner sagt so was, ohne daß er drüber tagelang nachgedacht hätte. Aber, scusi: Es muß heißen: Man kann heute in die Disco und morgen sterben. Denn, Mathias, nach all dem Nachdenken und den Pillen und Zäpfchen und dem Hasch und dem Pils will dann doch wieder auf dem Menschenarsche Platz genommen und memoriret werden: Die Wahrnehmungstechniken kommen und gehen, aber die Reihenfolge bleibt bestehen.

Immer mehr

die Fünfzig vollendende Narren am Hofe Königs Tod I. vermeinen, aus dem Datum eine sogenannte Feierlichkeit schlagen zu sollen, mit allem drum nix dran: Barolopreisvergleich beim Toscanapartyausstatter, dann EG-Bier auf dem Balkon, Schnittchen in der Küch, vermischte music vom Recorder und kein Schwein weiß mehr, denn das ganze Gesindel ist ja arriviert, wie das früher einmal war, in den einstigen Sechzigern, wo man die Mäntel plünderte und es zu Stehficks kam auf dem Gästeabort. Ohne mich! Mein 50. zu Allerheiligen sieht so aus: 9 Uhr: Besuch einer Amtsgerichtsverhandlung gegen einen mehrfachen Schwarzfahrer. 10 Uhr: Reinschaun bei einem einigermaßen renommierten Sozialamt. 11 Uhr: Gespräch mit einem Heroinsüchtigen. 12 Uhr: Einnahme einer lässe Kaffee mit meiner Leibfotografin Monique Pasadena/Pinneberg. 13 Uhr: Verteilung handsignierter und numerierter Flugblätter gegen die Auswüchse bei der Ausbeutung des Menschen durch denselben in der Fußgängerzone. 14 bis 19 Uhr: Mittagsruhe. 20 Uhr: Referat bei den »Anonymen Mariefickern« (»Ich heiße Horst und bin geldabhängig«). Schluß.

Geschenke zu meinem 50. bitte an die Zucht- und Frauenhäuser. Merke:

Wir kommen alle gleich zur Welt

Nackt, schreiend, pissend, scheißend

Doch dann kommt gleich das Taschengeld

Die weitern Wege weisend.

Konkret 11/88, S. 94

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Das Wirken des sozialdemokratischen Satirikers Klaus Staeck vollzieht sich im Rahmen eines gesellschaftskritischen Angaschmangs und deshalb in sicherem Abstand von meinen Jagdgründen, in die er sich manchmal dennoch verirrt:

Viel mehr ist über den tumben Ritter von der ganz traurigen Gestalt nicht zu sagen, dem man seine vier Rocky-Filme inzwischen ansieht.

Ein Satz wie ein Plakat des Plakatkünstlers, der sich standhaft weigert, in ein Buch von Heartfield zu schauen oder auch nur in den Spiegel, obwohl gerade dies zum Zwecke der medizinischen Selbstversorgung nötig werden könnte:

Spätestens seit Cassius Clay weiß man, daß übermäßiges Boxen dem Kopf nicht gut tut.

Mag der Neid des Heidelberger Allesklebers auf den großen Muhammad Ali, dessen letzte Klebe die gesammelten Werke aus Staecks Pelikanol-Epoche vergessen, ja fast verschmerzen läßt, auch verständlich sein: Das soll er ja nicht noch einmal tun. Bis hierher und nicht weiter! Sonst lasse ich mich zu dem Versuch hinreißen, mit einem linken Jab sogar in diesem verpfuschten Milieu ein Minimum an Manieren durchzusetzen.

»Das Präservativ ist in aller Munde«: Der unsterbliche Satz mit dem sich die »Frankfurter Allgemeine« Applaus weit über ihren entnazifizierten Abonnentenstamm hinaus erworben hatte, erweist sich als ebenso falsch wie die Prognosen ihres Literaturredakteurs. Soeben teilt das Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn nämlich mit:

Das Thema Aids ist in aller Munde.

Und dorthin konnte es doch nur kommen, weil das Präservativ nicht in aller Munde war.

Oft bin ich gar nicht so bösartig, wie die vielen guten Menschen unterstellen, sondern bloß hilflos. Was, beispielsweise, wollte der freundliche »TAZ«Redakteur Max Thomas Mehr mir mit diesen Sätzen sagen:

Nur die Linke muß wirklich um den Bayern als Politiker trauern. Verliert sie doch ihren wichtigsten Gegner, ihren Lieblingsfeind des allzu bequemen Diskurses.

Strauß soll ein Feind des allzu bequemen Diskurses gewesen sein? Und als Feind des allzu bequemen Diskurses ein Liebling der Grünen? Obwohl er doch gleichzeitig ihr wichtigster Gegner war (das war ihnen unheimlich wichtig)? Ich nix verstehen. Wenn ich aber von der genitivischen Unfähigkeit der Lieblingsfreunde des albernativen Journalismus redete, hieße es nachher wieder, ich sei ein Anhänger der Genitiv-Technologie oder mindestens ein Feind jener Lieblinge, die sich aus der Sprache einen fröhlichen Sonnabend bzw. einen Diskurs machen. Und dann fielen sie wieder über sie und mich und also über sich her.

Ach, Theo, dein lieber Liberalismus ist und bleibt doch die Weltanschauung des Versicherungsvertreters:

Bundespräsident Richard von Weizsäcker steht im Feuer der Erbarmungslosen. Es wird ihn hoffentlich nicht verbrennen.

Wer im Feuer steht, steht im Feuer der Geschütze, die ihm zwar was auf's Fell brennen, ihn aber nicht verbrennen können. Bilder, Theo, sind wer weiß es wie du von mir, lebensgefährlich. Wie schnell fällt man aus den heroischen Gewitterwolken des Krieges in die flache Pfütze der Brandkasse.

In der Farbanzeigenbeilage der »Zeit« erscheint jetzt neben »The Art of Writing« von Mont Blanc auch eine Serie »Mit Heinrich Heine in Italien«, deren zweite Folge wie folgt beginnt:

Ankunft in einem zaubrig gelegenen Dorfgasthof – unweit von San Giorgio di Valpolicella. Zuerst noch ein Abstecher zur berühmten Kirche von San Giorgio, hoch über den Bergen, mit einem der seltensten langobardischen Ziborien aus dem achten Jahrhundert. Nun sitze ich im schattigen Garten, die Täler unten scheinen sich mit einem »Benvenuto in Italia« zu öffnen, Italien hat »begonnen«: Die freundliche Blonde, die den weißen Valpolicella und köstlichen Nudelsalat bringt, ist...

Wer? Kein anderer als der zaubrige Träger des Karl Kraus-Preises, den der Verleger in vorauseilender Veräppelung der Literaturgeschichte immer wieder auf Abstecher zu berühmten Kirchen und köstlichem Nudelsalat schickt, wo sich die Lippen der freundlichen Blonden und speziell jener im Tal von Policella zu einem »il conto, per favore« öffnen, anstatt sich ein für allemal seine langobardischen Ziborien zu verbitten. Aber, wer weiß, vielleicht geschieht das alles im Interesse von

Studenten der Germanistik, die in fünfzig Jahren ein Thema für ihre Hausarbeit brauchen: Der Schmock im ausgehenden 20. Jahrhundert, unter besonderer Rücksichtslosigkeit mit dem einen.

Nachdem sich die FDP entschieden hatte (Lieber kriminell als Frau), referierte der Reporter Friedrich Karl Fromme in der »FAZ« die Motive der dissidierenden Liberalen:

Aber da sei die Sache mit den Parteispenden. Gewiß, gewiß: Der Graf habe nichts für sich und alles für die Partei getan. Aber das sei wie im Kriege, wo von vielen der eine, zufällig, getroffen werde.

Zwanzig Millionen Zufälle, und nur der Graf entkam, um später sagen zu können, was der Leitartikel der »FAZ« mit Genugtuung zitieren wird:

Der Minister der Kanzler Schmidt und Kohl will auch künftig »weder Lagerinsasse noch Blockwart« sein. Daran läßt er nicht rütteln.

Ein Mann von Grundsätzen. Schon damals wollte er weder Jude noch Nazi sein, sondern bloß ein Mann, der zufällig trifft.

Warum soll ich alle Witze selber machen? Ein begabter Parodist schickt mir sein jüngstes Werk, eine Erklärung der grünen Bundestagsabgeordneten Antje Vollmer zum Tode des bayerischen Ministerpräsidenten:

Mit Franz Josef Strauß ist unser bedeutendster politischer Gegner gestorben, an dessen Person und Politik wir uns abgekämpft haben, solange ich denken kann. Daß er dabei so volkstümlich war, hat uns oft in Zweifel gebracht über d ie Haltbarkeit einer offenen, toleranten Demokratie in dieser bundesrepublikanischen Gesellschaft.

In den letzten Jahren hat F. J. Strauß selbst, klug und irritierend, an einem Eckpfeiler seines Weltanschauungsgebäudes, dem Antikommunismus mitgesägt, als er den Reformbestrebungen Gorbatschows Glaubwürdigkeit und der DDR Kreditwürdigkeit attestierte. An der Korrektur einer Feindbild-Polarisierung im Bereich der Innenpolitik, hat er zu unser aller Schaden dagegen nicht mehr mitgearbeitet. Mag sein Motiv dabei auch gewesen sein, keine Wähler ins rechtsradikale Spektrum abdriften zu lassen, so ist das Ergebnis im Bewußtsein der Bevölkerung doch zwiespältig: intolerante Gesinnung und autoritäres Denken werden dadurch verfestigt.

In den letzten Monaten gab es einzelne Signale daß es auch hier zu einer symbolischen Irritation unseres Lieblingsfeindbildes, des Law-and-Order-Politikers F. J. Strauß, kommen könnte.

Dafür ist er aber zu früh gestorben. In seiner Partei ist niemand in Sicht, der eine notwendige innenpolitische Liberalisierung der CSU glaubhaft vertreten und in Angriff nehmen könnte.

Nicht schlecht, diese Mischung aus grünem Konfirmandenunterricht und blauäugiger KPD-Abzockerei: die symbolische Irritation, das Sägen am Weltanschauungsgebäude, die Feindbild-Polarisierung, das Abkämpfen, der zu frühe Tod (noch vor dem Eintritt altersbedingter Demenz und damit vielleicht dem in die grüne Partei). Einiges freilich scheint mir ein wenig überzogen, etwa das kluge und irritierende Mitsägen, die Hoffnung auf Straußens Mitarbeit an der Korrektur einer Feindbild-Polarisierung und, nicht zuletzt die Pedanterie, den parodierten Nachruf als »Pressemitteilung Nr. 972/88« vom Pressedienst »Die Grünen im Bundestag« verteilen zu lassen. Vor allem letzteres, das muß ich dem talentierten Autor schon jetzt voraussagen wird böse enden und kein juristisches Nachspiel haben.